G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Bernt Engelmann
Szenario nach Filbinger

Kurt Bayertz
Emanzipation von Technik und Fortschritt?

Edgar Gärtner
Die Zukunft der „Grünen Aktion Zukunft"

Stephen Salaff
Auf Umwegen zur Atommacht?
Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran

Heinz-Jürgen Axt
Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie?

Mostafa Danesch
Die innenpolitische Entwicklung im Iran

9'78

September 1978 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

September 1978

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1978 1025

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock. Ein Porträt des (i)designierten BDI-Vorsitzenden ..... *Friedrich Hitzer* 1028

Stau an! Von der „Investitionslücke" zum „Investitionsstau" *Joachim Eisbach* 1031

Zur Situation in Nord- und Südjemen ..... *Horst J. Andels* 1034

GLOSSE

Man könnte beinahe ein Märchen draus machen ..... *Peter O. Chotjewitz* 1040

HAUPTAUFSÄTZE

Szenario nach Filbinger ..... *Bernt Engelmann* 1041

Emanzipation von Technik und Fortschritt? Zur Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen der Technikkritik ..... *Kurt Bayertz* 1051

Die Zukunft der „Grünen Aktion Zukunft". Gedanken zu Herbert Gruhls „Grünem Manifest" ..... *Edgar Gärtner* 1070

Auf Umwegen zur Atommacht? Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran ..... *Stephen Salaff* 1077

Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie? ..... *Heinz-Jürgen Axt* 1098

Die innenpolitische Entwicklung im Iran. 25 Jahre nach dem Sturz Mossadeghs ..... *Mostafa Danesch* 1112

Privatisierung der „inneren Sicherheit"? *Udo Gelhausen* und *Albert Spitzner* 1123

MEDIENKRITIK

Tatort Herz (Mimis Krimi, 2. Teil) ..... *Günter Giesenfeld* 1130

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) *Jörg Goldberg* 1131

BÜCHER

Forschungspolitik als Gesellschaftspolitik? Vier Monographien zu neuen Tendenzen in der staatlichen Forschungspolitik der BRD *Rolf-Dieter Vogeler* 1135

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Entschließungen des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik (Wortlaut) 1142

„Das Grüne Manifest" – Programm der Partei „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) vom 13. Juli 1978 (Wortlaut) 1149

Konvention über das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt (Wortlaut) 1151

Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock

Ein Porträt des designierten BDI-Präsidenten

Fernsehen läßt uns nahsehen: Nicht Kleider, sondern Brillen machen Leute. Bei Bildern von Lyndon B. Johnson, Augusto Pinochet und Robert Lembke zum Beispiel kann man den Mann ohne die Brille nicht wahrnehmen. Man fragt sich da auch nicht, ist der kurzsichtig oder weitsichtig, übersichtig oder blind. Der Kopf ist Form hinter Brille, die Augen sind Einrichtung hinter Gläsern, die Nase bleibt Halterung fürs Gestell. Rodenstock macht es am allerausehenswertesten.

Das geht so weit, daß man bestimmte Brillen mit bestimmten Haltungen verbindet, die dann, je nach Gesinnung, besonders gern oder überhaupt nicht getragen werden. Wer möchte sich etwa das Modell *Zermatt* anschaffen, mit dem der selige US-Ex-Präsident Johnson seine Befehle für die Bombenangriffe auf Vietnam vom Manuskript ablas? Und wer will sich die finsterste Augenglasmontur, die Santiago de Chile je gesehen hat, verpassen lassen? Gerüchten zufolge soll Pinochet so sensibel sein, daß er ohne die dunklen Gläser keinen Mordbefehl unterzeichnen kann.

Ob Hans Baumann, der Chef der chilenischen Rodenstock-Filiale, in diesem Zusammenhang Werbesprüche für deutsche Qualitätsbrillen angeregt hat, ist nicht bekannt. Geläufig ist jedenfalls Baumanns Spruch für Rodenstock in Chile, gleich nach Allendes Ermordung: „Jetzt geht es wieder aufwärts." („Die Welt" v. 29. September 1973.)

In Ländern der Dritten Welt kann man mit teueren Brillen keine Geschäfte machen. Sie werden mit Vorliebe für die Produktion ausgenutzt und als Absatzmarkt für Schund und alte Billigmodelle gebraucht. Seinerzeit erklärte Rolf Rodenstock, warum er in Puerto Rico ein neues Filialwerk hat bauen lassen. Er setzt dort „auf die um ein Drittel niedrigeren Lohnkosten gegenüber der Bundesrepublik und auf den Wegfall des amerikanischen Außenzolls von 16% für Brillenfassungen". („Süddeutsche Zeitung" v. 19. März 1975.) Für die Filiale in Chile liegen die Löhne noch niedriger. Dafür sorgt der Freund des Hauses – Augusto Pinochet.

Das unverhohlene Lob des Filialleiters Baumann in Santiago für die Verhältnisse eines Landes, in dem für die Beseitigung von Mitbestimmung und zur Zementierung niedriger Löhne unter anderem massenhaft gefoltert und gemordet wird, hat den Namen der *Optischen Werke G. Rodenstock* auf spektakuläre Weise in unmittelbare Nähe zu faschistischer Politik gebracht. Freilich stellt dieses Unternehmen damit keine Ausnahme unter den ausländischen kapitalistischen Investoren Chiles dar. Gewiß ist Rodenstock, verglichen mit dem US-Konzern ITT, ein kleiner Fisch. Doch so unverblümt öffentlich wie der Rodenstock-Manager in Chile hat sich kein ausländischer Firmenvertreter geäußert. War nun diese Äußerung des Filialleiters typisch für die Rodenstock-Betriebsführung?

Professor Dr. Rolf Rodenstock ist zwar seit dem Bundestagswahlkampf 1972 als einer der Motoren der radikalen Unternehmerbewegung für die CDU/CSU bekannt. Rodenstock betonte auch seine Bevorzugung in aller Öffentlichkeit: „Nicht nur in diesem Wahlkampf, son-

dern es war, so glaube ich, immer so, daß die CDU/CSU in vielen Fragen offensichtlich etwas mehr Verständnis für marktwirtschaftliche und unternehmerische Notwendigkeiten hat." („stern", v. 29. Oktober 1972.) Die Belegschaft des Münchner Werks kann wohl auch nicht die Spezies Busenfreundschaft übersehen, wenn Franz Josef Strauß in der Firma aufkreuzt. Bekannt ist auch Rodenstocks Abneigung gegen qualifizierte Mitbestimmung, seine unüberhörbaren Warnungen vor allzu hohen Löhnen und Gehältern zu Hause und sein Lob für Niedrigstlöhne wie in Chile, Puerto Rico usw. Doch deshalb ist die öffentliche Sympathiebekundung für einen faschistischen Putsch und Präsidentenermordungen längst nicht typisch: Professor Dr. Rolf Rodenstock legt Wert auf eine gepflegte Visitenkarte.

Er gehört zu den Unternehmern, die darauf achten, daß sich eine Firma zwar die härtesten Realitäten der näheren und weiteren Welt zunutze machen wird (siehe Chile), sie gegebenenfalls auch herbeiführen würde. Doch ungeschminkt darüber sprechen? Dafür sind andere da – Politiker, deren Partei hinreichend genug bezahlt wird und das politische Risiko zu tragen hat, Freunde wie Franz Josef Strauß. Rodenstock ist ein Macher im Hintergrund, er ist ein Mächtiger, der tiefstapelt und sich aus der Schußlinie hält.

Nein, Rolf Rodenstock ist kein bloßer Vorsitzender von vorlauten Filialleitern. Er ist einer der klügsten Herren dieses Landes, der seine Macht so zu gebrauchen versteht, daß die westdeutsche Öffentlichkeit nicht das sieht, was er wirklich darstellt: Eine der Schlüsselfiguren konservativ-reaktionärer Politik der Bundesrepublik Deutschland, ein Spitzenfunktionär des harten Kerns der Unternehmerverbände, ein Garant für Strauß. Diese Garantie scheint so sicher, daß sich jener Sonthofener Reden im Dutzend leisten könnte. Gerade dafür eignen sich Stil und Methoden des Rolf Rodenstock in seinen verteilten Rollen. Rodenstock praktiziert vortrefflich eine Weisheit des seligen Friedrich Flick: Macht ist dann am effektivsten, wenn die Mehrheit nicht weiß, wer sie ausübt.

Dem kommt, bei Rodenstock, der gute Ruf deutscher Qualitätsarbeit auf dem Gebiet der Optik und Feinmechanik entgegen. Rolf Rodenstocks Image zehrt zunächst von einem Renommee, das er in Wirklichkeit zahllosen Wissenschaftlern, Ingenieuren und Facharbeitern der Betriebe verdankt, die seinen Namen tragen. Der Herr dieses Hauses bucht auf die Konten dieses Namens den ganzen Goodwill aus der Arbeit vieler Namenloser. Das verhilft Rodenstock zu seinem Ruf, in der Produktion solide und in der Politik harmlos zu sein.

„Gute Sicht", die Werkzeitschrift der optischen Werke G. Rodenstock, bringt all das auf teuerstem Hochglanzpapier und in verschwenderisch schlichtem Layout zum Ausdruck. „Gute Sicht" ist die Visitenkarte für Belegschaft und Kunden, für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Das darf, ja das soll etwas kosten. Es gibt wenig Zeitschriften, die sich solchen Aufwand an Graphik, Layout, Papier leisten. Jede Nummer wird von einem Leitartikel des Professorunternehmers eingeleitet. In wohlabgewogenen Sätzen äußert er sich über die allgemeine Lage der Wirtschaft und die besondere des Betriebs. Regelmäßig verleiht er seiner Sorge Ausdruck, daß die Gewerkschaften zu viel fordern, daß schon 1954 die Lohnforderungen „Kopfzerbrechen" machten. Dem Leser wird die Schlußfolgerung ans Herz und in den Mund gelegt, daß sich der Unternehmer um die Sache aller kümmere, um das Wohl des Betriebs und die Sicherheit der Arbeitsplätze, um die Zukunft des Werkes und des ganzen Volkes. Einzelheiten über Betriebsgründungen und andere Investitionen im Ausland sind hier natürlich auch nicht zu erfahren. Wie Rodenstock die Niederlassung in Chile und Puerto Rico als Sicherungsmaßnahme für die Arbeitsplätze der hei-

mischen Belegschaft in Bayern vertritt, wird durch die „Gute Sicht" auch nicht klar. Das ist halt so. Und selbstverständlich erörtert er auch nicht, in welchem Maß hier industrielle Reservearmeen international gehandhabt werden.

An der zweiten Stelle einer jeden Nummer steht der Kommentar des Betriebsratsvorsitzenden. Das ist seit vielen Jahren J. G., mit dem Unternehmer quasi gleich und ins zweite Glied gestellt, der – keine Ausnahme unter Betriebsratsvorsitzenden – wenig Handlungsspielräume hat und deshalb gern den Weg des geringsten Widerstands geht. Wie der Chef kommentiert er aktuelle Themen – die Wirtschaftslage des Betriebs und der BRD; er spricht fast alle Probleme an, die Arbeitnehmer bewegen – etwa Arbeitsplatzsicherung, Lebensqualität, Umweltschutz – aber J. G. bewegt niemanden. Es kommt so heraus, als hätte der Vorsitzende des Rodenstock-Gesamtbetriebsrats zu kritisieren, um die Harmonie des Ganzen zu garantieren.

Die Einordnung in die betriebliche Disziplin und die Herausforderung des persönlichen Ehrgeizes der Belegschaftsmitglieder vollziehen sich, beurteilt man dies nach den Mitteilungen der „Guten Sicht" (H. 36, Dezember 1972) vor allem nach der Devise: „Konstruktive Kritik hilft Ihnen und uns allen!" Bei Rodenstock gibt es auch eine „Neuererbewegung". Initiatoren für betriebliche Besserungsvorschläge werden mit Prämien (im Schnitt 250 DM), öffentlicher Belobigung und Aufstiegschancen stimuliert, den Einsatz ihrer Arbeitskraft zu erhöhen, die wirkliche Eigentumsfrage als zweitrangig anzusehen. Und in einem Vortrag des nunmehr alten Junior – der Senior Alexander Rodenstock ist 1954 gestorben – vor der Höheren Fachschule für Augenoptik wird ein Wunsch formuliert: „Bitte bedenken Sie auch, daß soziale Sicherheit unaufhörlich zunimmt und der Abbau von Belegschaft so gut wie unmöglich wird."

Nun, diesen Wunsch äußerte Rolf Rodenstock, so weit mir bekannt ist, in der letzten Zeit so selbstsicher nicht mehr. Seit 1974 bangen auch Rodenstockwerksangehörige um den Arbeitsplatz. Doch auch jetzt ändern sich Ton und Methoden im Betrieb zu Hause nicht. Noch wird den Beschäftigten mit Kapitalistenmacht allenfalls gedroht. Die Leute wissen schon selbst, wie weit sie gehen und was sie sich leisten können. Und guter stiller Wille wird bei Rodenstock nicht strapaziert.

Zu Hause tut er alles, um die Mitarbeiter so an sich und den Betrieb zu binden, daß diese oft schon gar nicht mehr fragen, was er außerhalb des Betriebs tut und ob das etwa seine Rolle als Unternehmer besonderen Zuschnitts genauer beleuchten könnte. In einer anderen Rolle, die sich der Aufmerksamkeit der Belegschaft bewußt entzieht, geht Rodenstock aufs ganze, da ist er der machtbewußte Unternehmer, der alle Register von Wirtschaft und Politik zu bedienen versteht.

Rolf Rodenstock ist an mehreren Fronten im Einsatz. Ein Ausschnitt: Chef der Optischen Werke G. Rodenstock / Chef der Rodenstock Instrumente GmbH / Aufsichtsratsvorsitzender der KODAK-AG und der Gerling-Global-Bank / Aufsichtsratsmitglied der ESSO-AG, der Münchner Rückversicherungs- und zweier Gesellschaften des Gerling-Konzerns, der Industriekreditbank und der Bayernwerke AG / Präsident der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern / Präsident des Landesverbands der Bayerischen Industrie / Vizepräsident der Arbeitgeberverbände in Bayern / Vizepräsident des Vereins der Bayerischen Metallindustrie / Präsidiumsmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände / Vorsitzender des Vorstands des Deutschen Industrieinstituts / Mitglied des Wirtschaftsrats der CDU e. V. / Vorsitzender der Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung / und neuerdings auch designierter Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie.

Am bekanntesten wurde Rolf Rodenstock in den Vereinigungen, die in den letzten Wahlkämpfen Millionenbeträge der CSU zukommen ließen (wie zum Beispiel die „Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung"). In unserem Zusammenhang ist Rodenstocks Tätigkeit im BDI und in dem Deutschen Industrieinstitut aufschlußreich. Das Deutsche Industrieinstitut – inzwischen Institut der deutschen Wirtschaft – ist die Zentrale für Propaganda und Ideologie der Unternehmer. Sein Vorsitzender: Professor Dr. Rolf Rodenstock. Hier wird für die herrschende Klasse der Bundesrepublik die Linie gemacht. In Worten ist auch hier Professor Rodenstock der Mann, der Argumente sucht, Mäßigung übt, um seine Sache umso wirksamer zu vertreten. Rodenstock ist – zumeist in erlauchten Kreisen, vor Industrie- und Handelskammern, Industriellenzusammenkünften – der Weichmacher für Linienhärter. Es vergeht kaum eine Rede, in der Rodenstock nicht sein Engagement unterstreicht, „unternehmerischen Sachverstand für das Gemeinwohl nutzbar zu machen". (Zum 25. Jubiläum der Industrie- und Handelskammer Passau, 18. Mai 1974.) Doch jede Rede und jeder Artikel orientieren vor allem darauf, daß Demokratisierung, Investitionskontrolle, Lebensqualität u. ä. Forderungen seien, hinter denen „ursowjetische und syndikalistische Räteromantik samt einer gehörigen Portion rousseauistisch-jakobinischen Gedankenguts steckten" (ebd.).

Vielleicht hatte Filialleiter Baumann im fernen Santiago doch die wirkliche Sprache des Bosses gesprochen, der eben weiß, daß er daheim so nicht auftreten lassen muß wie in Chile.

Natürlich vernimmt ein genaues Publikum die Entschlossenheit zu allem und kapiert auch: Der gibt freiwillig nicht nach und erst recht nicht auf! Die Glacéhandschuhe täuschen. Der ließe, wenn es sein muß, so gründlich zuhauen, wie das der Strauß in Sonthofen etwas angeberisch bis zum Jahr 2000 versprochen hat. Doch wo sind die Grenzen? Rodenstocks Versuche, auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, in schroffer Konfrontation gegen gewerkschaftliche Mitbestimmung, langfristige Gewinne zu sichern, haben deshalb etwas Behutsames und Beschwörendes an sich.

Andererseits zeigt er, daß er den ganz ordinären Gassenhauer der Unternehmer zu pfeifen versteht: Die Löhne bleiben drunten! Und da scheut er auch vor einer Drohung nicht zurück: Wenn das so weiter geht, würde der deutsche Arbeitnehmer „spürbare Nachteile zu gewärtigen haben". („Münchner Anzeiger" v. 15. Februar 1974.) Doch bleibt Angelpunkt seiner Anstrengungen seine Art von Aufklärung für den ethischen Unternehmer. Mit allen Mitteln müsse dafür gesorgt werden, daß der Unternehmer als verantwortungsbewußte Persönlichkeit nur fürs Gemeinwohl und nichts als das Gemeinwohl wirke. Friedrich Hitzer

Stau an!

Von der „Investitionslücke" zum „Investitionsstau"

Wer bislang glaubte, die Ursache der wirtschaftlichen Stagnation in der Verkrampfung der Investitionsneigung, des „Herzmuskels einer wachsenden Wirtschaft", vermuten zu müssen, wird feststellen, daß er damit nicht mehr auf dem aktuellsten Stand der Willkürung von Krisenursachen ist. Denn nicht mehr das Zaudern der Unternehmer verursacht das Dümpeln der Konjunktur – so hört man. Im Gegenteil, die Unternehmer der BRD stehen energiegeladen in den Startlöchern zum Aufschwung. Der „Herzmuskel" ist erstarkt – will man uns glauben

machen. Indes, Bürokraten, Gerichte und Bürgerinitiativen stehen den Unternehmern auf den Füßen und hindern sie, das zu sein, was sie gern von sich behaupten, nämlich dynamisch.

Wo in der propagandistischen Krisenbewältigung gestern noch die „Investitionslücke" klaffte, steht heute der „Investitionsstau". Noch herrscht Uneinigkeit über die Stauhöhe. Je nach Quelle, die man bemüht, beträgt sie 25 Mrd. DM (Bundeswirtschaftsministerium, Sachverständigenrat) bzw. 55 Mrd. DM (Bundesverband der Deutschen Industrie), vorwiegend im Kraftwerksbereich und in der Bauwirtschaft; Investitionen, die geplant, aber aufgrund administrativer Widernisse bislang nicht genehmigt worden sind. Klar, daß die Konjunktur nicht vorankommt – soll man sich denken. Ihre Schuldigkeit getan hat die „Investitionslücke", die noch vor Jahresfrist die Rolle der Krisenursache spielte; hat doch der „Investitionsstau" den wesentlichen Vorzug, daß er die Verantwortung für die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung einmal mehr auf die vermeintliche Uneinsichtigkeit derjenigen abwälzt, denen die herrschende ordnungspolitische Doktrin noch nie Kompetenz und Mitsprache in wirtschaftlichen Entscheidungen zubilligen wollte, nämlich Staat und Bevölkerung. „Beamte können ja sehr vieles, aber eines können sie eben nicht: Unternehmungen leiten."[1]) An Publizität mangelt es dem „Investitionsstau" also nicht. Es fragt sich aber, ob denn auch der Beschäftigungseffekt seiner Auflösung seinem propagandistischen Aufwand entspricht?

Die Genehmigung von (Bau-)Investitionen ist nicht erst seit dem letzten Jahr üblich. Auch in den vergangenen Jahren durchlief stets ein Teil die Genehmigungsverfahren. Korrekterweise wird man daher von der Summe der z. Z. noch nicht genehmigten Investitionen diesen Teil abziehen müssen. Die verbleibende Differenz erst könnte gegebenenfalls langwierigeren Genehmigungsverfahren zugeschrieben werden. Berücksichtigt man, daß darin Investionen mit mehrjähriger Bauzeit überwiegen, d. h., daß obige Differenz auf mehrere Jahre verteilt werden muß, so beliefen sich die zusätzlichen Investitionen auf, grob geschätzt, 2–4% der gesamten jährlichen Investitionen. Ihr Beschäftigungseffekt entspräche etwa dem des 16 Mrd. DM-Programms der Bundesregierung, das sich jedoch allenfalls als ein Tropfen auf den heißen Stein der Massenarbeitslosigkeit erwiesen hat. Sicher würde man einen zweiten Tropfen aus der Auflösung des „Investitionsstaus" nicht schmähen, bestünden nicht erhebliche Zweifel an dessen Existenz in der angegebenen Höhe. Eine interministerielle Arbeitsgruppe bezifferte Ende letzten Jahres das durch Genehmigungsverfahren verzögerte Investitionsvolumen auf lediglich 2,5 Mrd. DM und wies darauf hin, daß in der Privatwirtschaft unter gestauten Projekten auch solche firmieren, die tatsächlich aus Gründen pessimistischer Gewinn- und Absatzerwartungen hinausgeschoben worden sind[2]).

Für die angeblich am höchsten gestauten Bauinvestitionen zeigt sich bei den genehmigten Hochbauten ein bereits seit Jahren nach unten gerichteter Trend. Nun sollte man annehmen, daß, bestünde ein „Investitionsstau", die Bauherren die den Behörden endlich abgerungenen Genehmigungen auch zügig nutzten, was sich darin ausdrücken müßte, daß der Anteil genehmigter, aber noch nicht begonnener Wohnungsbauten am sogenannten Bauüberhang (das sind genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen) sehr gering geworden ist. Dem ist aber nicht so. Dieser Anteil betrug 1977 29% und war damit höher als 1972/73 und „genauso hoch wie in den letzten drei Jahren und den Rezessionsjahren 1966/67"[3]). Gleiches gilt für den Anteil

1) Helmut Schmidt, in: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", v. 8.5. 1978, S. 414.

2) Vgl. BMI (Hrsg.), „Umwelt", Nr. 62, S. 4.

3) „Wirtschaft und Statistik", 4/1978, S. 237.

der noch nicht begonnenen Bauten an den insgesamt erteilten Baugenehmigungen, sowohl denen des laufenden Jahres wie denen des Vorjahres. In beiden Fällen liegt der Anteil erheblich über dem der Jahre 1972/73, als der „Investitionsstau" noch nicht gekürt war.

„Investitionsstau" bedeutet auch nicht unbedingt „Investitionsmittelstau", dann nämlich, wenn alternative Verwendungsmöglichkeiten der finanziellen Mittel gegeben sind. Dies trifft für die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand zu. Mit erteilten Aufträgen in Höhe von 17 Mrd. DM „wurde der bisher höchste Stand der Tiefbauvergaben vom Jahre 1975 (15,8 Mrd. DM) um 7,9% überschritten"[4]). Bis 1985 will die Bundesregierung nochmals 59 Mrd. DM in den Straßenbau stecken.

Mit Beginn dieses Jahres zeigt der Auftragseingang in der Bauwirtschaft erstmals seit fünf Jahren eine aufwärts weisende Tendenz. Bislang sind in diesem Jahr mehr Baugenehmigungen und -aufträge als im Vorjahr erteilt worden. Schon wird in der Bauindustrie von Kapazitätsengpässen und steigenden Preisen gesprochen. Der „Investitionsstau" fließt bereits wieder ab, noch bevor er sich propagandistisch so recht hat entfalten können. Schließlich: forscht man nach Beispielen gestauter Investitionen, so fällt deren Dürftigkeit auf. Die Entschuldigung dieses Mangels mit der „Furcht vor Beamten-Willkür"[5]) macht den „Investitionsstau" auch nicht gerade glaubwürdiger. Hierin zeigt sich denn auch, daß ein Großteil der Investitionen in der Psyche der Unternehmer gestaut ist: „Viele Unternehmer kapitulieren vor dem unüberwindlichen Berg an Schwierigkeiten, den sie auf sich zu kommen sehen."[6])

Was aber steckt dann hinter dem „Investitionsstau", wenn beschäftigungspolitisch nichts oder weitaus weniger dahintersteckt, als seine Publizität vermuten läßt?

Die Argumentation richtet sich gegen das in der Sicht der Unternehmer „Zuviel an Staat", das durch Vorschriften Einfluß auf privatwirtschaftliche Entscheidungen zu nehmen sucht – wie gering dieser auch immer sein mag. Demgegenüber sollen die einzelwirtschaftlichen Interessen Vorrang vor den öffentlichen Belangen haben. Das „Investitionsstau"-Argument stellt eine neue Seite in der Privatisierungsdebatte dar, die über die bisherige Entwicklung hinausweist. War die Privatisierung bislang darauf gerichtet, den Staat aus Funktionen der Leistungserstellung zu drängen, so geht es jetzt um die Begrenzung traditioneller Staatsfunktionen, um die Beschneidung der staatlichen Gesetzgebungsautonomie. „Idealziel der Gesetzgebung müßte es sein, jede Neuregelung mit der Aufhebung von Überholtem zu verbinden, so daß die Summe der von dem Bürger zu beachtenden Vorschriften konstant bleibt und nicht ständig wächst"[7]), schreibt A. Surminiski in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", obwohl er anerkennt, daß der Gesetzgebungsbedarf wächst. Nach diesem Vorschlag blieben die staatlichen Regelungen hinter den objektiven Erfordernissen zurück; an ihre Stelle würden private Anweisungen oder Abmachungen treten. Es wäre eine Schranke errichtet, öffentliche Belange gegen privatwirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

Die Vorstellung, die diesen Vorschlag durchweht, kennt man aus der Lohnpolitik. So wie dort von der Vorstellung ausgegangen wird, man habe einen „Kuchen", den es zu verteilen gälte, und die Größe der Stücke sei eine Frage der Macht, steht hierin die Absicht, Rechte und Pflichten aus einer vorgegebenen Zahl von Gesetzen und Verordnungen entsprechend dem gesellschaftspolitischen Einfluß verteilen zu wollen. Soll denn aber anläßlich der Entdeckung eines neuen gesundheitsbelastenden Schadstoffes am Arbeitsplatz und dessen

4) „Wirtschaft und Statistik", 3 1978, S. 166.
5) „Wirtschaftswoche", 15 1978, S. 24.
6) Ebd.
7) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 21.7. 1978, S. 11.

notwendiger gesetzlicher Begrenzung die Regelung für einen anderen bereits bekannten Schadstoff für nichtig erklärt werden? Die gesetzlichen Vorschriften haben für den Arbeitnehmer ganz und gar nicht das „Schreckliche" bürokratischer Eingriffe, das sie für den Unternehmer haben mögen.

Dies gilt – bei aller Erfahrung, die man mit Bürokratie macht.

Joachim Eisbach

Zur Situation in Nord- und Südjemen

Im „Hinterhof Arabiens" lebte sich's schon immer gefährlicher als anderswo. Im Jemen regelt man Meinungsverschiedenheiten – auch in der Politik – traditionell kurz, aber schmerzvoll, durch Mord.

Die Imame aus der schiitischen Zaiditensekte – die hierzulande seit 820 unserer Zeitrechnung mit mehr oder weniger langen Unterbrechungen auch die weltliche Herrschaft ausübten, 945 vom islamischen Kalifat unabhängig wurden, nach 1517 von der Hohen Pforte nur wenig in ihr autokratisch-feudalistisches Machtmonopol hineingeredet bekamen, 1839 den strategisch wichtigen Hafen von Aden mit dem aus einigen Duodezmonarchien hinterwüstlerischer Dorfdespoten bestehenden Hinterland und dem bis heute noch recht geheimnisvollen Hadramaut an die Engländer verloren, sich 1918 noch schnell zu souveränen Königen ausriefen, 1924 beinahe vom expansionslüsternen Nachbarn Saudi-Arabien geschluckt worden wären und 1962 gestürzt und verjagt wurden – die Imame starben selten im Bett. Ihr Schreckensregiment endete meistens unter einem Krummschwert, im Speerhagel oder im Kugelregen. Thronaspiranten beseitigten sie häufig vor dem Exekutionspeloton oder durch Gift. Die Stammesscheichs hielt man sich, wenn sie rebellisch wurden, durch die Geiselnahme ihrer Lieblingssöhne vom Leib. Mörder bestrafte man durch öffentliches Enthaupten, Ehebrecherinnen durch die Steinigung, Homosexuelle setzte man mit dem „corpus delicti" auf scharf zugespitzte Holzpflöcke oder stieß sie von einem Dach, Diebe verloren erst die eine und beim Rückfall die andere Hand, Gesetzesbrecher minderer krimineller Energie schmiedete man für mehr oder weniger lange Perioden in eiserne Fußfesseln und gab ihnen dann die Freiheit. Das wirkte ungemein abschreckend und ersparte kostspielige Gefängnisse.

Imam Achmed „der Dämon" starb zur Abwechslung zwar im Bett, aber an den Folgen von über achtzig Attentaten. Sein Erbe Eis-Seif el-Islam („Das Schwert des Islams") Mohammed el-Badr regierte gerade noch eine Woche. Oberst Abdullah es-Sallal, Befehlshaber seiner eigenen Leibgarde, schoß in einer Septembernacht den Königspalast in Trümmer. Mohammed el-Badr floh durch unterirdische Gänge, rettete sich in Frauengewändern in den unwegsamen, gebirgigen und traditionsgemäß rebellisch gesinnten Norden, befehligte sieben Jahre lang den Kampf seiner royalistischen Stammeskrieger gegen die Armee der in der Hauptstadt Sana ausgerufenen Republik und starb inzwischen im saudi-arabischen Exil.

Die Republik machte es nicht viel humaner als die Monarchie. Machtkämpfe entschied gewöhnlich der Kommandant einer Hinrichtungseskadron oder der Henker. Die Politik blieb hierzulande ein russisches Roulett. Militärdiktaturen folgten parlamentarischen Gehversuchen, Zivilregierungen Militärdiktaturen. Am Ende jedes Zwischenspiels warteten entweder das Exil oder der Tod auf die Akteure.

Nassers Ägypten trug derweil – mit einem zuletzt bis auf fünfzigtausend Soldaten gestiegenen Einsatz und einem finanziel-

len Aufwand von täglich einer Million Dollar – die Hauptlast des Bürgerkriegs. Die Gegner schenkten sich nichts. Die Royalisten kupierten ihren unglücklichen Gefangenen Nasen und Ohren und jagten sie zurück über die Front; die Republikaner rächten sich mit grausamen Napalmbombardements auf königstreue Dörfer.

1969 erst endete das unentscheidbare Ringen mit einem labilen Kompromiß. Die Republikaner konnten sich zwar behaupten, beteiligten die Monarchisten und mit ihnen die partikularistischen Stammesscheichs aber an der Macht. Die Ägypter hatten, und das war vor allem eine Folge des verlorenen arabisch-israelischen Sechs-Tage-Krieges, schon zwei Jahre vorher das Land verlassen. Hinterlassen hatten sie allerdings ein unschätzbares Erbe: Der Jemen besaß erstmals seit dem Eindringen der frühislamischen Heere eine einigermaßen intakte staatliche Verwaltung und eine moderne Armee. Anstelle der Maria-Theresia-Silbertaler hatte er endlich eine zeitgemäße Papierwährung. In Sana gaben sich östliche und westliche Entwicklungshelfer fortan die Klinke in die Hand. Die Chinesen waren die ersten, noch zuzeiten der Monarchie, ihnen folgten die Sowjets, Italiener, Bundes- und DDR-Deutsche. In friedlichem Wettbewerb sorgten sie für die Installation eines modernen Telefon- und Telegraphennetzes, Straßen- und Brükkenbauten, errichteten Flugplätze und renovierten Hafenanlagen und schufen die ersten Industrien.

Weder die Ägypter noch die Entwicklungshilfepartner aus Ost und West änderten aber bislang die eigentliche jemenitische Misere. Sie hat vier tiefsitzende Wurzeln: 1. Das gewaltige und keineswegs allein von den (türkischen im Norden und britischen im Süden) Kolonialmächten verschuldete Entwicklungsdefizit. 2. Der bis heute nicht überwundene religiöse und zivilisatorische Gegensatz zwischen dem schiitisch-zaiditischen Gebirgsland im Norden und dem sunnitischen Flachland im Süden des Nordjemens. 3. Die Rivalität zwischen dem konservativen, aber verhältnismäßig reichen Nord- und dem modernen, aber relativ armen Südjemen. 4. Das ungelöste Problem der Wiedervereinigung der seit fast hundertvierzig Jahren künstlich getrennten beiden Landesteile.

Im Altertum existierten im Jemen – die Römer nannten ihn daher „arabia felix" („Glückliches Arabien") – wirtschaftlich und kulturell blühende Reiche wie Main, Kataban und, vor allem, Saba. Die Königin von Saba besuchte mit einer Riesenkarawane voller unvorstellbarer Reichtümer den biblischen König Salomo, den Weisen, in Jerusalem. Legende ist sicher die Behauptung, ein von beiden gezeugter Sohn sei der Stammvater der 1973 in Äthiopien gestürzten Kaiserdynastie. (Einige Historiker schließen, unter anderem aus der engen Verwandtschaft der amharisch-äthiopischen und der hebräischen Sprache, auf die nicht auszuschließende gemeinsame Herkunft von Juden und Amharen aus dem Jemen.) Keine Legende ist, wie archäologische Forschungen bewiesen, die erwähnte Hochblüte. Der Staudamm von Marib, der Hauptstadt Sabas, war fünfzehn Meter hoch und zwischen dem zehnten und sechsten vorchristlichen Jahrhundert das Fundament dieser Blüteperiode. Als er brach, war es mit ihr vorbei. Jemens Geschichte wurde seitdem zu einer zweieinhalbtausendjährigen Talfahrt. Was der Dammbruch nicht fortgeschwemmt hatte, zerstörten die kalifischen Heere aus dem heißen Inneren Zentralarabiens.

Die Imame unterschieden sich sowohl durch ihre Herkunft aus dem wilden Norden als auch durch ihre andere religiöse Konfession von dem einst hochentwickelten Süden. Ihre Herrschaft war daher nie ganz unangefochten, die Armut ihrer Untertanen für sie das beste Mittel zum Zweck der Unterdrückung. Tausend Jahre lang entwickelte sich hierzulande nichts mehr; die Zeit stand einfach still. Das Land, das ein Gemüsegarten Arabi-

ens sein könnte, ist gegenwärtig abhängig von der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte. Die Stammesscheichs des Norden überleben bis heute nur durch die dort noch immer gültigen mittelalterlichen Feudalstrukturen mit all ihren entwicklungsfeindlichen Begleiterscheinungen. Sie trugen daher folgerichtig den siebenjährigen royalistischen Widerstand gegen die junge Republik im Süden. Ihr Widerstand richtet sich seitdem vor allem auch gegen die immer wieder hochkommenden Wiedervereinigungstendenzen in Sana und Aden. Eine Wiedervereinigung bedeutet in ihren Augen, angesichts der im Südjemen bestehenden sozialistischen Gesellschaft, die Gefahr ihrer eigenen Entmachtung. Sobald Sana sich anschickte, mit Aden zu verhandeln, schlugen sie Alarm.

Die Scheichs steckten beispielsweise hinter dem Mord an Sanas vorigem Offiziersstaatschef, 1977 Opfer eines unerkannt entkommenen Mördertrios in Frauenkleidern. Der Mord an seinem Nachfolger hatte die gleichen Hintergründe. Diesmal kam der Attentäter jedoch aus Aden. Ein Gesandter des inzwischen hingerichteten südjemenitischen Präsidentschaftsratsvorsitzenden Salim Rubaji Ali zündete zu Beginn abermaliger Verhandlungen über eine Wiedervereinigung im Präsidentenpalast von Sana, als er seine Aktentasche öffnen wollte, wohl unwissentlich eine darin versteckte Bombe und tötete damit sich selbst und den gastgebenden Staatschef Achmed Hussein el-Ghaschmi. Die Verhandlungen kamen, was wohl auch beabsichtigt worden war, wieder zum Stillstand.

Die Bombe von Sana bewerkstelligte indessen auch, was jedermann überraschte, eine unerwartete Explosion im fernen Aden. Die „Demokratische Volksrepublik Jemen" wird von westlichen Kritikern geradezu böswillig immer wieder mißverstanden als „einziger marxistisch-leninistischer Staat Arabiens und einziger arabischer Satellit der Sowjetunion". Daran ist wenig wahr. Der Sozialismus Adens orientiert sich zwar auch sowohl an marxistisch-leninistischen als auch maoistischen Prinzipien, hat aber – was man westlicherseits entweder nicht weiß oder wissentlich verschweigt – lange zurückreichende und tief verwurzelte eigenständige lokale Traditionen.

Das Gebiet am „Bab el-Mandeb" („Tor der Tränen") mit der Hauptstadt Aden („El-Adan" = „Das Paradies") ist alles andere als paradiesischer Natur. Es ist der heißeste Platz der Erde und gleicht eher einer irdischen Hölle. Die Menschenfeindlichkeit der Witterungsverhältnisse, die Kargheit der Landschaft und die Armut der dörflichen oder nomadisierenden Bevölkerung bestimmten die sich hierzulande entwickelnden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

„Hadramaut" („Land des Brandes") heißt eine Landschaft an der Südküste der Arabischen Halbinsel. Der Boden ist steinig und, wie der Name sagt, hart gebrannt, und auf ihm wachsen nur dürre Steppengräser. Regen ist eine Seltenheit. Aus der Wüste Er-Rub el-Chali, Arabiens leerem Viertel, weht fast ständig ein unerträglich heißer Wind. Sengende Sonne lastet schwer auf dem ausgeglühten Land. In den entlegenen Dörfern lebt, fern jeder Zivilisation, ein schwer zugänglicher Menschenschlag. Männer, Frauen und Kinder bauen gemeinsam ihre primitiven Lehmhütten, bestellen gemeinsam ihre kargen Äcker, weiden gemeinsam ihre Schaf- und Ziegenherden. Es gibt keinen Privatbesitz, alles ist Gemeinschaftseigentum. Die Siedlungen sind klassenlose Kommunen. Die Produktionsmittel gehören allen. Die Frauen sind unverschleiert und absolut gleichberechtigt. Entscheidungen trifft man nach öffentlicher Diskussion in freier Abstimmung. Diese Lebensform ist nicht etwa nur eine menschliche Antwort auf extrem menschenfeindliche Umweltbedingungen. Seit Anfang des sechzehnten Jahrhunderts ist hier der letzte Zufluchtsort der sogenannten „Karmaten".

Hamdan Karmat, dessen aramäischer Name etwa „Der Verbergende" bedeutet, lebte gegen Ende des 9. Jahrhunderts unserer Zeitrechnung im Süden Mesopotamiens, dem heutigen Irak. Sein Auftreten war eine Reaktion auf den moralischen und politischen Verfall unter der damals herrschenden Fatimiden-Dynastie. Im Gegensatz zum Propheten Mohammed verhieß er das Paradies nicht im Jenseits, sondern versprach es schon auf Erden.

Hamdan Karmat gründete den legendären Staat El-Aksa im heutigen „Schatt el-Arab". Dieser war, soweit man weiß, wie eine Landkommune im heutigen China organisiert. Dieser Staat war ein früher Vorläufer einer klassenlosen Gesellschaft. Das Privateigentum war abgeschafft, und die Produktionsmittel waren Eigentum der Produzenten. Die Karmaten erhielten damals ungeheuren Zulauf. Unterdrückte Bauern und rechtlose Sklaven flüchteten scharenweise in ihre Arme. Zu ihrem Symbol wurde eine rote Fahne. Ihre Bewegung breitete sich rasch bis nach Syrien, Persien und Indien aus. Im Jahr 930 erschien ihr Heer vor der heiligen Stadt Mekka. Der Geburtsort Mohammeds wurde besetzt, und der geheiligte „Schwarze Stein" fiel in die Hände der Karmaten. Erst einundzwanzig Jahre darauf kam es nach langwierigen Verhandlungen zur Rückgabe des Heiligtums im Austausch gegen die formelle Anerkennung des Staates El-Aksa. Islamische Geschichtsquellen berichten nur sehr wenig über dieses urkommunistische Phänomen. Auch die Karmaten selbst hinterließen nur spärliche Dokumente. Immerhin steht fest, daß Hamdan Karmat schon vor tausend Jahren sozialistische Gedanken vorausgedacht und vorausrealisiert hat. Nichts bekannt ist auch über den Untergang dieses frühen Versuchs zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Zwischen dem elften und dem Anfang des sechzehnten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung verlieren sich die Spuren der Karmaten. Doch sie fanden bereits zu Beginn des zwölften Jahrhunderts Adepten in Europa. Die Katharer, griechisch „Die Reinen", fanden damals in Oberitalien, dem Rheinland, in Nord- und Südfrankreich und auf den britischen Inseln zahllose Anhänger. Wahrscheinlich kamen sie über den Balkan aus dem Vorderen Orient. Ihre Lehre, wonach alles Irdische böse sei und durch Askese überwunden werden müsse, kirchliche und weltliche Hierarchien ebenso abzulehnen seien wie die Ehe, der Fleisch- und Weingenuß, klingt wie eine mystisch-religiöse Erhöhung der Ideen Hamdan Karmats. Die Katharer waren ein leuchtendes Beispiel für Kultur, Ritterlichkeit und Toleranz, und sicher stellt ihr Wirken einen ganz eigentümlichen Beitrag des Orientes zur abendländischen Geistesgeschichte dar. Ludwig der Heilige ertränkte diese von Rom mit Besorgnis betrachtete Häresie in Strömen von Blut. Das war im zwölften Jahrhundert. Doch noch bis ins vierzehnte gab es geheime katharische Gemeinden im Languedoc, der europäischen Gegenküste des Orients. Und bis auf den heutigen Tag leben Gedankengut und Ethik der Katharer fort in den uralten Volksliedern des Languedoc. Die Karmatenlehre ging ebenfalls nie ganz unter. Praktiziert wurde sie über ein Jahrtausend hinweg allerdings nur noch in dem geschilderten vergessenen Winkel der arabischen Welt. Von dort ging endlich jedoch auch ihre erstaunliche Renaissance aus.

Die Hadramautis zwingt die Unwirtlichkeit ihrer Geburtsheimat häufig zur Auswanderung. Zwar kehren sie am Ende ihres Lebens meistens in ihre Dörfer zurück. Doch vorher führt sie ihr Lebensweg über Aden, die frühere britische Kronkolonie und heutige Hauptstadt der marxistischen „Demokratischen Volksrepublik Südjemen", in die benachbarten Araberstaaten, nach Persien, Afghanistan, Pakistan und Indien sowie auf den afrikanischen Kontinent. Auf diese Weise fand und findet zwangsläufig auch karmatisches Denken Eingang in die politischen Gruppierungen der Gastländer.

Am klarsten beweisen läßt sich das am Beispiel der erwähnten „Demokratischen Volksrepublik". Sie gilt als erster marxistisch-leninistischer arabischer Staat; ihre Führung stützt sich offiziell auf Marx, Engels, Lenin und Mao und unterhält die besten Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zur Volksrepublik China. Die Wurzeln dieser Entwicklung reichen jedoch wesentlich tiefer in die arabische Geschichte zurück. Schon unter der britischen Kolonialherrschaft fiel wachen Beobachtern der große Einfluß zugewanderter mutmaßlicher Kryptokarmaten auf die Gewerkschaftsbewegung und die beiden für die nationale Unabhängigkeit kämpfenden Untergrundorganisationen „Front für die Befreiung des besetzten Südjemens" (FLOSY) und „Nationale Befreiungsfront" (NLF) auf. Sogar die in den vierziger Jahren entstandene syrische und irakische sozialistische Partei „El-Baath" („Die Wiedergeburt") hat unter anderem auch karmatische Wurzeln. Hamdan Karmat stammte aus dem Zweistromtal, und seine Karmaten nannten sich manchmal auch „Baathisten".

Die Araber können bei ihrer Suche nach sozialer Gerechtigkeit also durchaus auf eine über tausendjährige eigenständige Tradition zurückgreifen . . . Wie lebendig karmatisches Gedankengut noch immer ist, zeigt sich am Beispiel der sogenannten Dhofar-Rebellen im Norden Hadramauts. Seit 1967 kämpft deren Guerillaorganisation in der Südprovinz des Sultanats Oman gegen die rückständige Despotie der Duodezherrschaft von Muskat. Etwa zweitausend Partisanen stehen hier seit über einem Dutzend Jahren nur mit südjemenitischer Unterstützung gegen die hochgerüsteten, von britischen und jordanischen Offizieren befehligten Streitkräfte des Sultans im Krieg. Das Geheimnis ihrer Selbstbehauptung liegt in den sozialen Taten für die rückständige Landbevölkerung. Die Rebellen kollektivierten in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Landwirtschaft, verbesserten die Anbau- und Viehzuchtmethoden, schufen mobile Krankenstationen und Schulen und suchten sogar den Analphabetismus der Erwachsenen zu beseitigen. Dies ist beste karmatische Tradition. Hamdan Karmats Vermächtnis wirkt noch immer weiter und ist ein über tausend Jahre hinweg fortdauerndes Beispiel für die modernen jungen Sozialreformer und Sozialrevolutionäre Arabiens.

Als die Engländer gingen, hinterließen sie ein perfektes Chaos. Die Landwirtschaft litt unter den mittelalterlichen Feudalstrukturen. Industrie gab es so gut wie keine – bis auf die Erdölraffinerie. Der Handel befand sich praktisch vollständig in der Hand der nunmehr mit den Briten emigrierenden Inder und Juden. Die Auflösung der britischen Militäreinrichtungen war gleichbedeutend mit einer kaum zu bewältigenden Massenarbeitslosigkeit. London versagte dem jungen Staat sogar die allernotwendigsten Finanzzuwendungen für die schwerste erste Zeit.

Die „Nationale Befreiungsfront" und die von ihr getragene Regierung vollbrachte ein Wunder: Die Landwirtschaft wurde kollektiviert und produziert trotz unsagbar kärglicher natürlicher Vorbedingungen inzwischen den Löwenanteil des einheimischen Bedarfs. Jeder Südjemenite hat ein verfassungsmäßiges Recht auf Arbeit. Die Entwicklung der Industrie und der übrigen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Infrastruktur machte riesige Fortschritte. Das Land überstand sogar die Schließung des Suezkanals im Gefolge des israelisch-arabischen Sechstagekriegs und den damit zwangsläufig verbundenen Devisenausfall aus dem Transithafengeschäft in Aden.

Das Modell Südjemen war dem Ölkrösus Saudi-Arabien jedoch schon immer ein Dorn im Auge. Er-Riad versuchte lange vergeblich, das Land in seinen Einflußbereich zu ziehen. Präsident Salim Rubaiji Ali ließ sich endlich verlocken – von der Aussicht auf einen Zweihundertfünfzig-Millionen-„Kredit" und der Hoffnung, statt ein Glied der kollektiven Führung zu bleiben, vielleicht doch die ganze

Macht an sich reißen zu können. Bei einem Besuch in Saudi-Arabien versprach er dessen König die Einstellung der südjemenitischen Hilfe für die Sozialrevolutionäre im Sultanat Oman und im Nordjemen, Wiedervereinigungsverhandlungen mit Sana und einen Westschwenk. Er übersah, daß er noch nicht einmal erster, sondern nur einer unter gleichen war. Seine Kollegen in „Medinet esch-Schaab" („Stadt des Volkes") entschieden sich gegen die Silberlinge aus Mekka und für die Ideale Hamdan Karmats.

Damit hätte es sein Bewenden haben können. Kollektive Führungen setzen voraus, daß ihre Mitglieder kollektive Mehrheitsentscheidungen hinzunehmen bereit sind. Der Präsident war das nicht. Er konspirierte weiter mit Er-Riad und Sana und stachelte Teile seiner unzufriedenen Streitkräfte schließlich auf zum Militärputsch. Die Südjemen-Armee hatte sich 1967 etwas voreilig auf die Seite der NLF geschlagen. Die Rechnung des Offizierskorps: Die FLOSY ist stark, und wir werden unter ihr schwach sein, die NLF ist schwach, und wir werden unter ihr stark sein. Diese Rechnung erwies sich als Fehlkalkulation. Die Armee wurde unerwarteterweise zu dem verdammt, wozu sie eigentlich da ist, zu gehorchen. Deshalb putschten einige Offiziere auch mit ihrem Präsidenten gegen die eigene Regierung. Das Scheitern dieses „Staatsstreichs von oben" zeigt allein schon die Stärke eines im Westen bewußt und gewollt irrigerweise als „moskauhörig" verteufelten Regimes.

Horst J. Andel

Neuerscheinungen

Ulrike Hörster-Philipps
Wer war Hitler wirklich?
Großkapital und Faschismus 1918–1945
360 Seiten, DM 12,80

Joachim Petzold
Wegbereiter des deutschen Faschismus
Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik
410 Seiten, DM 14,80

J. Berlin / D. Joachim / B. Keller / V. Ullrich
Was verschweigt Fest?
Analysen und Dokumente zum Hitler-Film
Mit zahlreichen Grafiken und Bildern namhafter antifaschistischer Künstler
208 Seiten, DM 9,80

Bertha von Suttner
Die Waffen nieder!
Ausgewählte Schriften
Herausgegeben von Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn
140 Seiten, DM 9,80

Wolfgang Abendroth
Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie
4., aktualisierte Auflage
142 Seiten, DM 9,80

Heinz Köller / Bernhard Töpfer
Frankreich
Ein historischer Abriß
Mit zahlreichen Abbildungen und Karten
734 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

GLOSSE

Man könnte beinahe ein Märchen draus machen

Peter O. Chotjewitz

Vor Jahren hatte eine Art Naturkatastrophe stattgefunden, eine Überschwemmung zum Beispiel; Vergleiche zwischen gesellschaftlichen Vorgängen und Naturerscheinungen hinken immer. Es war zunächst nicht weiter schlimm, da es lange Zeit nicht geregnet hatte; nur die Leute in den tiefer liegenden Häusern kriegten rasch nasse Füße, aber dann kam der Staat und nahm sich ihrer an. Er transportierte sie in Lager, wo sie nicht ausreißen konnten, und versuchte, sie zu überzeugen, daß so eine kleine Überschwemmung von Zeit zu Zeit einem Volk eigentlich nur gut tue. Nur eine unbelehrbare und natürlich auch radikale Minderheit versuchte gegen das Wasser zu kämpfen, aber die kamen auch in die Lager oder ertranken.

Man weiß, wie die Sache ausging. Die Freude an einem See zu wohnen, in einer seenreichen Landschaft, wich bald dem Ärger, weil das Wasser stieg und stieg, und zum Schluß hockten wir auf den Bäumen, wie die Affen und hatten kein Dach über dem Kopf, nichts anzuziehen und kaum was zu essen. Sehr viele aber waren ertrunken und aus den umliegenden Landstrichen mußten die Menschen kommen und uns helfen, unser Land wieder einigermaßen trocken zu legen.

Nun hätte man meinen sollen, die Leute wären gewarnt gewesen, hätten Vorsorge getroffen gegen zukünftige Überschwemmungen, diejenigen bestraft, die durch ihre sträfliche Nachlässigkeit die Überschwemmung herbeigeführt hatten etc. Aber nichts dergleichen geschah. Es sei eben ein Naturereignis gewesen, meinten die Leute, dagegen sei nichts zu machen gewesen, beileibe kein persönliches Versagen habe vorgelegen und im übrigen sei völlig ausgeschlossen, daß es noch einmal eine Überschwemmung geben werde. Es reiche völlig aus, in Zukunft einmal im Jahr eine kleine Feierstunde für die prominentesten Überschwemmungsopfer zu veranstalten, soweit ihre Persönlichkeit in die neue Zeit gepaßt hätte.

Nach ein paar Jahren aber geschah folgendes. Eines Tages bemerkten ein paar Leute, daß in dem Land eine Art Naturkatastrophe stattzufinden schien, eine Mäuseplage zum Beispiel. Das war zunächst nicht weiter schlimm, denn an Stelle der Ernten, die die Mäuse vernichteten, konnte man Nahrungsmittel aus dem Ausland importieren und dafür Industriegüter exportieren; da hatten die Steuerzahler das Nachsehen, weil mit ihren Geldern die Landwirtschaft unterstützt wurde, aber die Inhaber von Industrieaktien den Vorteil, weil ihre Dividenden stiegen. Doch dann drangen die Mäuse auch in die Vorgärten ein, die ganzen schmucken Blumenrabatten verwelkten, selbst in die Häuser stießen die Mäuse vor und wühlten alles durch.

Als das geschah, brach eine Kontroverse aus, die ging folgendermaßen. „Unser Land ist schon total von Mäusen zerwühlt."

„Aber nein, das ist ganz normal, wir haben nicht mehr Mäuse als andere Länder auch, und im übrigen werden es auch wieder weniger Mäuse, wenn es zuerst mehr geworden sind."

Vor allem über eines konnten die Leute sich nicht einigen; die Frage nämlich, ob man die Mäuseplage von jetzt – vorausgesetzt, daß es überhaupt eine wahr – mit der Überschwemmungskatastrophe von damals vergleichen könne.

„Aber nein", sagten die einen, „das begreift doch jeder, daß es ein Unterschied ist, zwischen Wasser und Mäusen!"

„Aber doch", sagten die anderen, „weil es dasselbe ist, ob die Menschen ertrinken, wegen der Wassermassen, oder verhungern, weil die Mäuse alles kahl fressen."

Dies war der Anfang einer Reihe fruchtbarer Diskussionen.

Szenario nach Filbinger

Von Bernt Engelmann

I

Mit dem Rücktritt des „furchtbaren (und furchtbar uneinsichtigen) Juristen" Dr. Hans Filbinger vom Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten ist Anfang August dieses Jahres angeblich ein Schlußstrich gezogen und ein Drama beendet worden, das mit einer Leseprobe aus einem neuen Werk Rolf Hochhuths einige Monate zuvor begonnen haben soll.

Nichts daran stimmt.

Erstens hat das Drama weitaus früher begonnen, in der dunklen und bis heute unbewältigten Vergangenheit, und nicht nur der des Dr. Filbinger, weiland Marinestabsrichter eines verbrecherischen Regimes; zweitens kann von einem Ende besagten Dramas wahrlich nicht die Rede sein. Allein, daß der Ministerpräsident a. D. dann stellvertretender Bundesvorsitzender und badenwürttembergischer Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union bleiben wollte und durfte, zeigt deutlich, daß das Trauerspiel noch nicht zu Ende ist, und es wirft die Frage auf, wo eigentlich die Grenzen der Zumutbarkeit in diesem Lande liegen. Nach Meinung der Union offenbar im Unendlichen, und die veröffentlichte Meinung der bundesdeutschen Demokraten außerhalb der CDU scheint ihr recht zu geben. Wer denkt daran, daß die alte Mutter jenes Gefreiten, den der Marinerichter Filbinger noch zuböserletzt hinrichten und „sargen" ließ, sich wegen des damaligen Schandurteils mit noch geringeren Versorgungsbezügen als ohnehin üblich begnügen mußte? Ihre Einbußen über die Jahre sind zweifellos nur eine Lappalie – verglichen mit der monatlichen Pension des Ex-Premiers von Baden-Württemberg. Aber Vergeßlichkeit gehört weder zu den christlichen noch zu den demokratischen Tugenden.

Doch selbst wenn der Herr Ministerpräsident a. D. und Vizeparteichef der alten Mutter seines Opfers heimlich etwas zukommen ließe, weil man ja Gutes nur im verborgenen tun soll, selbst dann bliebe Dr. Filbinger eine Unzumutbarkeit für einen Staat, der sich auf seine freiheitlich-demokratische Rechtsordnung soviel zugute hält.

Allein schon mit seiner öffentlichen Erklärung, daß, „was damals Rechtens war", heute nicht Unrecht sein könne, hat sich der Jurist Filbinger für jedwedes Amt in diesem Staat disqualifiziert. Daran ändern auch die Salvierungsbemühungen Helmut Kohls nicht. Wenn dieser beschwichtigend meint, diese entsetzliche (und entsetzlich entlarvende) Feststellung Filbingers sei „aus dem Zusammenhang gerissen" und daher falsch verstanden worden, so darf man wohl fragen, in welchem anderen Zusammenhang der Terror der Nazis heute *nicht* als Unrecht anzusehen sei?

Der Schlußstrich, der unter den „Fall Filbinger" gezogen werden soll, ist von Golo Mann, einem offenbar sehr zerstreuten Professor, dann eilig auch vom CSU-Chef Strauß, zur Forderung nach „Generalamnestie" erweitert worden. Das ist eine absolut unzulässige Vermengung von Begriffen. Amnestie kann nur für Straftaten gewährt werden; alle Nazi-Verbrechen, ausgenommen Mord und Völkermord, sind *strafrechtlich* längst verjährt; die demnächst ablaufende Verjährungsfrist auch für die mörderischsten Verbrechen soll nicht mehr verlängert werden. Aber kann und soll das bedeuten, daß jeder Amnestierte mit seiner Befreiung von weiterer Strafverfolgung oder -verbüßung auch die Eignung für Staats- und Parteiämter erhält? Man kann sich nicht denken, daß Golo Mann dies gemeint haben könnte, und was Strauß betrifft, so hat bereits Theo Sommer in der „Zeit" nachgewiesen, daß es dem CSU-Chef gar nicht um „Generalamnestie" geht, sondern um „General-Amnesie", um allgemeines Vergessen, um einen durch Konsens aller Beteiligten herbeigeführten und für sich Sträubende amtlich verordneten Gedächtnisschwund. Es mag sein, daß sich auch dafür Leute, zumal ältere, finden, die den Vorschlag des Herrn Strauß gutheißen, ohne daß sie selbst perönliche Nutznießer solcher „General-Amnesie" würden. Dennoch liegt die Vermutung nahe, daß hier einer auch noch die letzten Wählerstimmen von mehr oder weniger stark belasteten alten Nazis gewinnen, auch noch die dunkelsten Ecken nach neuen Anhängern absuchen und auskratzen will.

Schließlich steht die Landtagswahl vor der Tür, und es geht um die Neubesetzung des Ministerpräsidentenpostens in Bayern.

Was diese Neubesetzung des höchsten Amts im weiß-blauen Freistaat betrifft, so müßte doch eigentlich das jüngste Drama von nebenan, die mühsame, langwierige und das Ansehen von Staat und Partei zerfressende Ausschaffung des baden-württembergischen Landesvaters, Anlaß genug sein, sich in Bayern erst einmal zu vergewissern, wie der neue Mann für den Sessel, den Goppel nun verläßt, beschaffen ist, und zwar just für den Fall, daß die von ihm gewünschte General-Amnesie *nicht* durchzusetzen ist. Sonst könnte sich womöglich das Drama von Stuttgart in München wiederholen, natürlich in anderer Form, aber, was nicht völlig auszuschließen ist, ebenfalls mit einer ziemlich harmlosen Leseprobe als auslösendes Moment.

II

1. Leseprobe aus dem noch unveröffentlichten Roman „Ein Politiker gibt Auskunft"

Plötzlich war es ganz still im Saal. Dann brauste Beifall auf. Egon wiederholte leise für sich, jedes Wort genüßlich auf der Zunge zergehen lassend, den wunderbaren, geradezu erlösenden Ausspruch, mit dem der Politiker gerade seine Zuhörer begeistert hatte: *„Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen!"*

„Bravo!" flüsterte Egon, „ganz große Klasse, das mit Auschwitz und überhaupt . . ."

Dann aber umwölkte sich seine nicht allzu hohe Stirn. Er dachte: „Nichts mehr von Auschwitz – schön und gut, aber was ist mit Treblinka, Maidanek, Großrosen, Mauthausen, was ist mit Sachsenhausen, Dachau, Flossenbürg, Bergen-Belsen, Stutthof, Ravensbrück . . ." Er hielt inne. Früher, ja, da hatte er alle Bestimmungsorte auswendig hersagen können, da war er ja schließlich verantwortlich gewesen für das richtige Ausfüllen der Transportzettel. Aber jetzt fielen ihm die Namen nicht mehr alle ein.
„Na ja", tröstete er sich, „jemand, der wie ich diese technischen Leistungen vollbracht hat, der hat ein Recht . . ." Da wurde er unsanft aus seinen Träumen gerissen. Sein Nachbar hatte ihn kräftig in die Rippen gestoßen.

Egon wollte ihn schon dafür zurechtweisen, ihm den ohnehin bereits leeren Maßkrug auf den Kopf – da ging ihm ein Licht auf. Der Nachbar hatte ihn nur aufmerksam machen wollen auf einen anderen Zuhörer, einen Langhaarigen mit Brille, der sich, wie man deutlich vernahm, an dem Redner mit Worten verging. „Ein furchtbarer Politiker", hatte der Langhaarige soeben dreist erklärt.

Egon und sein Nachbar zögerten nicht lange. Nicht zögern, sofort hart durchgreifen, das hatten sie gelernt, damals . . .

2. Erste Instanz. Aus dem Schriftsatz des Beklagten

. . . Das in dem in der Leseprobe wiedergegebenen Romanausschnitt enthaltene Zitat: *„Ein Volk . . . hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen"* stammt aus einer Rede des – damals noch das Amt eines Bundesministers bekleidenden – Klägers vom September 1969. Es ist seinerzeit in der gesamten überregionalen Presse veröffentlicht worden, so in der „Frankfurter Rundschau" v. 13. 9. 1969; der Kläger bestreitet auch nicht, diesen Ausspruch getan zu haben.

Der Beklagte hat nun eine Romanfigur an den zitierten Ausspruch des Klägers eine bloße Meinungsäußerung knüpfen lassen: „Ein furchtbarer Politiker . . ."

Hätte der Beklagte diese Meinungsäußerung als seine eigene zum Ausdruck bringen wollen, so hätte er sie nicht einer anonymen, rein fiktiven Figur in den Mund gelegt bzw. legen lassen. So aber kann der Beklagte den Kunstvorbehalt für sich in Anspruch nehmen, der . . .

3. Zweite Instanz. Aus dem Schriftsatz des Klägers

. . . als ein für höchste Staatsämter qualifizierter Spitzenpolitiker von internationalem Rang nicht verminderten, sondern vermehrten Anspruch auf Ehrenschutz.

Der Kläger hat zudem wiederholt öffentlich dargetan – so in der Wochenschrift „Die Zeit" vom 25. 11. 1966 –, daß er in seinem ganzen Leben „niemals

ein Anhänger des Nationalsozialismus gewesen" sei, diesen „im Gegenteil stets für den Totengräber Europas gehalten" habe. Der Kläger hat sogar „in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs und in den Monaten danach absolut eindeutig zu den erklärten Gegnern des Nationalsozialismus gehört", was damals geradezu lebensgefährlich werden konnte. Dies hat die Aussage des Zeugen K. klar ergeben.

Der erwiesenen Gegnerschaft des Klägers zum Nationalsozialismus widerspricht keineswegs, wie der Beklagte ausführen läßt, die seinerzeitige Mitgliedschaft des Klägers im NSKK. Dieses Kraftfahrkorps war, wie schon aus dem Namen erkennbar, ein völlig unpolitischer Klub motorsportbegeisterter junger Menschen. Daher war auch die zeitweise Tätigkeit des Klägers als „weltanschaulicher Referent" des Motorsturms 23/M 86 im wesentlichen eine rein sportliche; daneben bemühte sich der Kläger, in seinen Referaten auf die geschichtlichen Wurzeln des Motorsports und auf christliche Traditionen (St. Christopherus) einzugehen.

Die irrwitzige Behauptung des Beklagten, die seinerzeitige Ernennung des Klägers zum – natürlich ehrenamtlichen – „Führer des NSKK, einer der SS gleichrangigen Gliederung der NSDAP" und zum „weltanschaulichen Referenten" hätte bestimmte politische Voraussetzungen gehabt, wird zurückgewiesen. Wenn der Beklagte behauptet, es hätten „nachweislich" nur „einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten" „weltanschauliche Referenten" werden können, so mag dies im allgemeinen zutreffen, auf den Kläger aber zweifellos nicht. Auch daß solche Referenten „den Führern und Mannschaften das NS-Gedankengut einprägsam zu vermitteln und sie für Führer und Bewegung zu begeistern" hatten, mag generell richtig sein, trifft aber auf den Kläger schon deshalb nicht zu, weil er, wie er überzeugend dargetan hat, niemals Nationalsozialist war, sondern von Anfang an ein erklärter Gegner.

Auch aus dem Vermerk in der Personalakte des Klägers aus dem Jahre 1943 – anläßlich seiner Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit –, der besagt, der Kläger habe damals die Gewähr geboten, sich „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzusetzen", darf nicht geschlossen werden, daß dies tatsächlich der Fall war; es handelte sich vielmehr um eine damals vielleicht gutgemeinte, aber irrige Meinung seiner Dienstvorgesetzten.

Die Ernennung des Klägers zum „Offizier für wehrgeistige Führung" und seine Tätigkeit als solcher kann in diesem Verfahren völlig außer Betracht bleiben, denn es handelte sich 1) um eine rein militärische Aufgabe; 2) wurde diese Tätigkeit vom Kläger ausschließlich dazu benutzt, den ihm anvertrauten Soldaten Geschichtsunterricht zu erteilen und so ihre – größtenteils kriegsbedingten – Bildungslücken zu schließen.

Wenn der Beklagte – hier muß man schon sagen: infamerweise – vortragen läßt: „Der ‚Offizier für wehrgeistige Führung', später ‚NS-Führungsoffizier (NSFO)' genannt, mußte nicht nur ein ‚bewährter Frontoffizier' sein und eine ‚schwungvolle Persönlichkeit' mit Eignung, Gedanken in Wort und Schrift auf

andere zu übertragen' sowie mit ‚Begeisterung für die besondere Aufgabe'; vielmehr wurden ausdrücklich nur *‚bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten'* zugelassen, usw.", so ist dem entgegenzuhalten, daß ja der Kläger erweislich den Nationalsozialismus mit absoluter Entschiedenheit abgelehnt hat, ja, noch in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs und in den Monaten danach ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus gewesen ist.

Die Behauptung des Zeugen und ehemaligen Gefreiten August K., er sei von dem Kläger, nur weil er das Datum des „Führergeburtstags" nicht gewußt und gesagt habe, das interessiere ihn auch nicht, ohne weiteres „bei noch nicht beendeter Ausbildung" an die Ostfront versetzt worden, ist falsch und ersichtlich erlogen. Eine solche Versetzung konnte der Kläger gar nicht selbst aussprechen, sondern allenfalls anregen. Auch ist es im Krieg die ehrenvolle Pflicht jedes Soldaten, an der Front für das Vaterland zu kämpfen. Es kann schwerlich ein Nachteil oder gar eine „Bestrafung aus politischen Gründen" darin erblickt werden, wenn ein Gefreiter zur Erfüllung einer ehrenvollen Pflicht Gelegenheit erhält.

Schließlich ist auch der Aussage des Generals a. D. H., des letzten Kommandeurs der Flakartillerieschule, an der der Kläger zeitweise als „Offizier für wehrgeistige Führung" tätig war, keine Bedeutung für dieses Verfahren beizumessen. Wenn der Zeuge erklärt hat: „Als gegen mich wegen einer offenen Kritik am Dritten Reich im Dezember 1944 ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet wurde, hat der Kläger sich mir gegenüber nicht als ‚Widerstandskämpfer' zu erkennen gegeben. Andere Offiziere der Flakschule boten mir seinerzeit Hilfe und Unterstützung an", und wenn der Zeuge hinzugefügt hat, von der antinationalsozialistischen Haltung des Klägers habe er „damals nichts gemerkt", so bedeutet dies doch lediglich, daß sich der Kläger diesem General gegenüber – und sicherlich aus guten Gründen – nicht sofort als erklärter Gegner des Nationalsozialismus zu erkennen gegeben hat. Dazu war der Kläger gar nicht verpflichtet . . .

4. Im Namen des Volkes . . .

. . . unter Abweisung im übrigen hat der Senat der Klage insoweit stattgegeben, als es dem Bekagten bei Meidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, ersatzweise Freiheitsentzug bis zu sechs Monaten, untersagt wird, zu verbreiten oder verbreiten zu lassen, der Kläger „verdankt es nur glücklichen Umständen, daß er noch auf freiem Fuß ist".

Begründung

. . . hat der Beklagte durch Dokumente und Zeugenaussagen bewiesen. Insoweit konnte der Klage in diesen Punkten nicht stattgegeben werden . . . Auch die Bezeichnung des Klägers als „furchtbarer Politiker" hat der Senat nach gründlicher Prüfung und unter Berücksichtigung des Umstands, daß der Kläger inzwischen ein hohes Staatsamt bekleidet, nicht zu verbieten . . .

5. Die Leseprobe und ihre Folgen sind natürlich – vorerst – nur eine Erfindung, ein reines Produkt linksextremistischer Phantasie, eine intellektuelle Spielerei. Das einzige, was daran nicht fiktiv ist, sind ein paar Zitate und einige Fakten. D. Verf.

III

DOKUMENTARISCHER ANHANG

1. „Vorwärts", 17. 8. 1978: „Braune Jauche"

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger glaubte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in *Bild am Sonntag* vor einem „geistigen Bruderkrieg" warnen zu müssen. Strauß:

„Das Materialsammeln, Schnüffeln, Drecksuchen, Anschießen, Hetzen, Rufmorden, Abschießen war eine beliebte Methode der Nazis, deren gelehrige Schüler die Roten sind. Besonders die braune Jauche wird von ihnen gerne benutzt – das ist die fortgesetzte neue Spaltung unseres Volkes, die mit der Suche nach geschichtlicher Wahrheit und Läuterung nichts gemein hat."

„Damals (in der Weimarer Republik – d. Red.) sprachen die Rechtsradikalen von den demokratischen Staatsmännern als Systemverbrechern und erfanden die verlogene Legende, daß die unbesiegte Front von der Heimat verraten worden sei – die ganze innenpolitische Atmosphäre wurde vergiftet. Heute hetzen die Roten mit dem Vorwurf, die Konservativen von heute seien die Nazis von gestern und diffamieren jeden als Faschisten, der ihre Klassenkampfhetze ablehnt und ihre deutschfeindliche Geschichtsfälschung bekämpft."

2. „die tat", 4. 8. 1978: „Ex-Führungsoffizier als Landesvater?"

Es ist so eine Sache mit den Ministerpräsidenten hierzulande. Und mit denen, die es werden wollen. Noch schwankt die CDU mit akrobatischem Geschick zwischen uneingeschränkter Ehrenerklärung und immer kritischerer Solidarität mit ihrem „furchtbaren Juristen" aus Baden-Württemberg, da ist auch aus Bayern Alarm zu hören.

Es geht um Strauß. Der CSU-Vorsitzende und designierte Ministerpräsident war, wie der Vorsitzende des Verbandes der Schriftsteller der BRD, Bernt Engelmann, auf einer Pressekonferenz in Erinnerung rief, während des Krieges „Offizier für wehrgeistige Führung". In diese Funktion, die der des späteren „NS-Führungsoffiziers" entsprach, durften entsprechend einer Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht nur solche Personen berufen werden, die als „absolut überzeugte und zuverlässige Nationalsozialisten" galten. Auch eine praktische Bewährung war in der Regel vorzuweisen. Damit konnte Strauß dienen: als Mitglied der „NS-Studentenschaft" und vor allem als „weltanschaulicher Referent des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps" (NSKK).

Daß Personen, die sich nachweislich als aktive Handlanger des Hitlerfaschismus betätigt haben, in verantwortungsvolle Staatsfunktionen dieses Landes aufrücken können, ist allein schon beunruhigend genug. Rassengesetz-Kommentator Globke, Ex-Bundeskanzler Kiesinger und die vielen Filbingers und Puvogels haben das Ihre dazu beigetragen, daß nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland seit jeher Zweifel an der demokratischen Substanz der kurzen Geschichte der BRD aufkommen konnten.

Unerträglich wird der Gedanke, sich von solchen Figuren „repräsentiert" zu wissen, vollends, wenn ihre politische Biographie der letzten 30 Jahre solche Zweifel weiterhin nährt. Dafür aber ist Strauß ein Paradebeispiel. Seine Jubelreden für das faschistische Pinochet-Regime in Chile belegen – so Engelmann – „die Kontinuität der politischen und geistigen Positionen von Franz Josef Strauß während des zweiten Weltkriegs und heute". Auch ansonsten Schwierigkeiten mit

der Demokratie: „Starfighter", „Schützenpanzer HS 30", „Fibag" und „Spiegel-Affäre" sind nur Höhepunkte der Skandalserie von FJS. Fazit des bayrischen SPD-Abgeordneten Warnecke: „Nicht nur für das Amt eines Ministerpräsidenten unzumutbar."

3. Auszug aus der Personalakte Strauß

Der Reichsminister
für Wissenschaft, Erziehung
und Volksbildung

E III f Strauß, Franz c/43 (b)

Vorschlag zur Ernennung RP 4158/43
des

Studienassessors Franz Strauß zum Studienrat in der Reichsbesoldungsgruppe A 202. Der Leiter der Partei-Kanzlei hat Einwendungen gegen die Ernennung nicht erhoben.

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

Berlin, den 5. April 1943 — In Vertretung

An den
Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers
Berlin W 8
Voßstraße 4

(. . .)

(Spalte) 8

a) Bietet der Vorgeschlagene nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt?
b) Wodurch ist seine und seiner Ehefrau deutschblütige Abstammung nachgewiesen?

a) ja
b) durch Fragebogen und Urkunden

(. . .)

(Spalte) 11

a) Mitglied der NSDAP?
b) Seit wann?
c) Mitglieds-Nr.
d) Ämter in der Partei?
e) Dienstrang und Führerstelle in SA, SS, NSKK, NSFK, HJ usw. (Angabe des Sturms usw.)

a) nein
b) —
c) —
d) —
e) Angehör. des NSKK seit 1. 5. 37 weltanschaulicher Referent und Rottenführer beim Sturm 23/M 86 in München; seit 1. 11. 1937 Mitgl. ds. NSDStB.

(. . .)

4. „. . . vom Nationalsozialismus durchdrungen . . ."

Nat.-Soz. Kraftfahr-Korps
Der Korpsführer.

München 33, den 12. Mai 1938.
Brienner Straße 41
Rufnummer 55 7 41–43, 55 0 82, 55 7 33

Betr.: Richtlinien für Bearbeitung der Personalangelegenheiten.

Verteiler IV (einschl. Verwaltg.)

Korpsbefehl Nr. 12b

Durch die fortschreitende Entwicklung des Nat.-Soz. Kraftfahrkorps ist der Korpsbefehl Nr. 12a größtenteils überholt und bedarf einer Neufassung.

Ich hebe ihn daher mit sofortiger Wirkung auf und ersetze ihn durch Korpsbefehl Nr. 12b.

I. Allgemeines.

Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps verkörpert die motorisierte Kraft der Partei und ist der Banner- und Willensträger des Motorisierungsgedankens der deutschen Nation. Dieser hohen Aufgabe kann nur die beste Führerauslese gewachsen sein. Körperliche Tauglichkeit und Frische, motorische Leidenschaft, bestes sachliches Können, vom Nationalsozialismus durchdrungene hohe geistige und sittliche Kräfte müssen daher die hervorragenden Eigenschaften dieses Führerkorps sein.

Ich erwarte im besonderen:

Lauterkeit der Gesinnung und des Charakters,
Selbstzucht und soldatische Einfachheit,
Schlichtheit der Lebenshaltung,
Treue, Gehorsam und Kameradschaft,
allgemein einwandfreies Auftreten.

Dauernde Schulung, ein immer tieferes Eindringen in das nationalsozialistische Gedankengut, die regelmäßige Ableistung von Uebungen in der Wehrmacht erwarte ich von allen Führern.

Die Bearbeitung der Personalangelegenheiten darf grundsätzlich nur in langem Parteidienst tätigen und bewährten Führern, die über eine ausreichende Menschen- und Sachkenntnis verfügen, anvertraut werden.

(. . .)

*5. „. . . aktivistischer Nationalsozialist . . ." *)*

Der Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres
Stba/Ic. Nr. 3714/43 geh.

Berlin, den 14. Mai 1943

Geheim!

Betr.: Wehrgeistige Führung im Ersatzheer.
Bezug: Chef H Rüst und B d E Stab/Ic Nr. 3714/42 g v. 10. 8. 42.

Die Arbeitsbesprechung der durch o. a. Verfügung befohlenen Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung bei Chef H Rüst und B d E Stab/Ic am 15./16. 4. 43 hat ergeben, daß die stellv. Generalkommandos Maßnahmen der wehrgeistigen Führung bei ihren unterstellten Truppenteilen und Dienststellen getroffen haben, die der zunehmenden Bedeutung dieser Aufgabe entsprechen.

Die große Aufgabe der wehrgeistigen Kriegsführung, die in Verfügungen, Tornisterschriften, Merkblättern, Zeitschriften und Mitteilungsblättern ständig der jeweiligen Lage entsprechen[d] behandelt wird, muß Widerhall bei jedem Offizier des Ersatzheeres finden. Wehrgeistige Führung ist kein von der Not erzwungenes Programm, sondern eine aus der revolutionären Umgestaltung unseres Zeitalters erwachsene *politische* Führungsaufgabe, wie sie in dieser Bedeutung noch niemals einem Offizierkorps gestellt worden ist. Ziel aller Maßnahmen der wehrgeistigen Führung ist deshalb die *Mobilisation des Offizierkorps* zur unablässigen Arbeit an sich selbst und an der ihr anvertrauten Truppe. Nur durch eine solche tatkräftige politische Führung der Soldaten, die in den kommenden Schlachten kämpfen und siegen sollen, wird das Offizierkorps des Ersatzheeres seiner hohen Verantwortung vor Führer und Volk gerecht.

---

*) Dieses und die folgenden Dokumente aus: Zur Geschichte des nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO), Dokumentation, in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 9. Jg. 1961, H. 1, S. 7 ff.

Für die einheitliche wehrgeistige Führung im Ersatzheere gebe ich deshalb die nachstehende Anordnung.

gez. Unterschrift

1. Die bei den stellv. Generalkommandos bestimmten Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung der Gruppe Ic sind künftig bei den stellv. Generalkommandos, den Generalkommandos der Reservekorps, dem Befehlshaber im Gen.Gouv., dem Wehrmachtbevollmächtigten Prag und dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark als

„Offizier für wehrgeistige Führung"

ausschließlich mit dieser Aufgabe zu befassen.
Eine neue Planstelle hierfür kann vorerst nicht bewilligt werden. Die Planstellen der K.St.N. Nr. 5005 Gruppe IC S. b. Nr. 24 27 sind auszunutzen.
Der „Offizier f. wehrgeistige Führung" untersteht dem Gruppenleiter Ic, ist aber nit mit ihm personengleich.

2. Die Auswahl einer für diese Aufgaben geeigneten Persönlichkeit ist für den Erfolg entscheidend. Gesichtspunkte für die Auswahl sind:
bewährter Frontoffizier
aktivistischer Nationalsozialist
schwungvolle Persönlichkeit
Eignung, seine Gedanken in Wort und Schrift auf andere zu übertragen,
Begeisterung für seine Aufgabe
Dienstgrad nebensächlich.

Die Herren Komm.Generale werden gebeten, sich über die Auswahl des „Offiziers für wehrgeistige Führung" Vortrag halten zu lassen und dem „Offizier für wehrgeistige Führung" im Laufe seiner Arbeit häufig die Möglichkeit zu unmittelbarem Vortrag zu geben . . .

5. Die Aufgabe des Offiziers für wehrgeistige Führung der stellv. Generalkommandos und Btle. (Abt.) ist *ausschließlich* politisch-weltanschaulich-nationalsozialistisch . . .

Für die Richtigkeit
gez. Dr. Schumacher
Hauptmann

6. „Bedingungsloser Nationalsozialist"

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht

F.H.Qu., den 6. 2. 1944

Bezug: Führerbefehl vom 22. 12. 1943 für
NS-Führung in der Wehrmacht

1. Für die einheitliche Handhabung der NS-Führung innerhalb der Wehrmacht wurde im OKW der NS-Führungsstab gebildet.
Chef des NS-Führungsstabes des OKW (NSF/OKW) ist der Chef des Allgemeinen Wehrmachtamtes, General d. J. Reinecke.

2. Durch die Oberkommandos der Wehrmachtteile ist für ihren Bereich je ein *NS-Führungsstab* aufzustellen.

Bei den Kommandobehörden bis zu den Divisionen und gleichgeordneten Dienststellen einschl. sind *NS-Führungsoffiziere (NSFO)* hauptamtlich einzusetzen. Bei den nachgeordneten Stäben bis zum Bataillonsstab einschl. ist ein Offizier des Stabes nebenamtlich mit den Aufgaben des NSFO zu betrauen.

Einheitlichkeit der Organisation und der Dienstanweisungen stellt Chef NSF/OKW unmittelbar mit den Wehrmachtteilen sicher.

3. Träger der NS-Führung in der Wehrmacht bleibt der *Truppenführer*. Er trägt die alleinige Verantwortung für die politisch-weltanschauliche Führung und Erziehung der Truppe.

Zur Durchführung dieser Aufgaben sind den Befehlshabern und Truppenkommandeuren die „Nationalsozialistischen Führungsoffiziere" als Sachbearbeiter unterstellt.

4. Entscheidend für das Gelingen der vom Führer befohlenen politischen Aktivierung der Wehrmacht ist die richtige Auswahl der in den NS-Führungsstäben und als NSFO verwendeten Offiziere. Sie hat unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß die politisch-weltanschauliche Führung kriegsentscheidende Bedeutung hat. Es sind Offiziere ohne Rücksicht auf den Dienstgrad einzusetzen, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

a) Bedingungsloser Nationalsozialist.
b) Besonderer Persönlichkeitswert.
c) Hervorragende Frontbewährung.
d) Erfahrungen und praktische Fähigkeiten in der politisch-weltanschaulichen Führung und Erziehung. Zugehörigkeit zur Partei und aktive politische Tätigkeit als politischer Leiter sind erwünscht.

5. Durchführungsbestimmungen für die NS-Führung erläßt der Chef des NSF/OKW entsprechend den im Abschnitt III des Führerbefehls festgelegten Aufgaben.

gez. Keitel

7. *„. . . in gleichem Maße soldatisch und politisch bewährt . . ."*

Dokument Nr. 12

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Partei-Kanzlei

Der Leiter der Partei-Kanzlei — Führerhauptquartier, den 21. 5. 1944

Rundschreiben 116/44.

Betrifft: Auslese der NS.-Führungsoffiziere. – Abgabe von Beurteilungen.

Die nationalsozialistischen Führungsoffiziere sind für die Durchführung der vom Führer befohlenen nationalsozialistischen Führungs- und Erziehungsarbeit in der Truppe verantwortlich. Bei der Auswahl der NS.-Führungsoffiziere muß daher, der hohen Bedeutung dieser Aufgabe entsprechend, ein besonders strenger Maßstab angelegt werden. Nur solche Offiziere sollen vorgeschlagen werden, die sich in gleichem Maße soldatisch und politisch bewährt haben . . .

Verteiler: Gauleiter.

gez. M. Bormann.

8. *„. . . ganze Kraft für äußerste Aktivierung und Fanatisierung der Truppe . . ."*

Stellv. Generalkommando XIII. A.K.
NS-Führung

Nürnberg, den 3. August 1944.
Fernruf: 2941/795

An Stellv. Gen.Kdo. XIII. A.K. zur beschleunigten Weitergabe bis zu NSFO der Div. und gleichgestellten Verbänden.

Ich habe Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es in Anbetracht der gegenwärtigen Lage nicht Aufgabe der NSFO ist, Bildung zu vermitteln. Vielmehr haben sie ihre ganze Kraft für äußerste Aktivierung und Fanatisierung der Truppe einzusetzen. Keine lehrhaften Vorträge und Schulungen auf längere Sicht, sondern Aufruf zu höchster Leistung.

Rücksichtsloser Kampf gegen Schlafmützigkeit oder bewußtes Abseitsstehen.
Mit dem Ausmerzen der Verräter sind die letzten Widersacher einer entscheidenden Politisierung der Wehrmacht beseitigt. Es darf nunmehr für die NS-Führungsarbeit keine Hindernisse mehr geben.

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die NSFO, die als F.S. Schnelldienst gegebenen Informationen und Sprachregelungen schnellstens und auf breitester Grundlage auszuwerten haben.

gez. Reinecke
OKW/NSF

. . .

Emanzipation von Technik und Fortschritt?

Zur Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen der Technikkritik

Von Kurt Bayertz

I

Technik und Wissenschaft sind in Verruf geraten. Früher als Garanten unbegrenzten Fortschritts verehrt, werden sie heute kaum mehr als Mittel umfassender Lebenserleichterung, sondern als wichtigste Quelle der Entfremdung empfunden. Bei der Nachricht, daß in den USA seit kurzem Kleincomputer für den häuslichen Gebrauch auf den Markt geworfen werden, die zum Preis von knapp 600 Dollar nicht nur Steuererklärungen und private Buchhaltung übernehmen oder der Hausfrau Kochrezepte und Kalorientabellen zusammenstellen, sondern darüberhinaus auch die Hausaufgaben der Kinder kontrollieren, ihre Besitzer mit „gutem Tag" begrüßen, sich nach ihrem Wohlbefinden und ihrem Intimleben erkundigen[1]), taucht zwangsläufig die düstere Vision eines technisch durchrationalisierten Alltags auf, in dem an die Stelle der zwischenmenschlichen Kommunikation der programmierte Dialog mit dem Computer und an die Stelle persönlicher Spontaneität die elektronische Entscheidungsfindung treten. Eine zweite Meldung, ebenfalls aus den USA, wirft ein weiteres Schlaglicht auf das Ausmaß, in dem dort die individuellen Lebensprozesse von Technik durchdrungen, wenn nicht entstellt sind: in Kalifornien verbringen Vorschulkinder mehr als ein Drittel des Tages vor dem Fernseher; auf die Frage „Wer ist dir lieber – Papa oder das Fernsehen?" antworteten 44% der befragten Vorschulkinder mit „Fernsehen"[2]).

Es kann nicht verwundern, daß angesichts solcher Tendenzen ein massives Unbehagen an Technik und Wissenschaft und an der auf ihnen beruhenden modernen Zivilisation überhaupt um sich greift. Während nämlich einerseits immer mehr Lebensfunktionen auf wissenschaftlich-technische Apparate übertragen oder von diesen kontrolliert und gesteuert werden, nimmt andererseits die Überschaubarkeit dieser Apparate und ihre Durchsichtigkeit für den einzelnen ab. Die Folge ist ein Gefühl des Ausgeliefertseins an die Technik, wie es der folgende Text über die Problematik der technisch perfektionierten Geburtshilfe zwar drastisch, aber in einer repräsentativen und über die spezielle Problematik hinausweisenden Form zum Ausdruck bringt: „Mutter werden ist wie jede unserer Lebensäußerungen zur Zivilisationslei-

1) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), v. 27. 1. 1978 und v. 8. 6. 1978.
2) Vgl. FAZ v. 30. 6. 1978.

stung geworden, ein Teil unseres zweckgebundenen Handelns, der herrschenden Rationalität unterworfen . . . Die Schwangerschaft und Geburt werden als natürlicher Prozeß in uns entmystifiziert und von der Technik beherrscht. Den Frauen wird alles aus der Hand genommen, was ursprünglich Lebensprozeß mit eigener Dynamik war, wird in seinem Ablauf zu einem von Medikamenten, Instrumenten bestimmten, fast künstlichen Vorgang, bis zur programmierten Geburt aus der Retorte, um die Frau von ihrer Natur zu entlasten. Die Geburt in der Klinik soll uns von Schmerzen und Risiken befreien, nimmt uns aber die Möglichkeit des ganz individuellen Erlebens. Wenn wir sie betreten, läuft ein für die Hebammen und Ärzte alltägliches Programm ab. Die Einmaligkeit unserer Geburt wird zum Fertigprodukt vom Fließband. Die persönliche Dimension läßt sich in dem Massenbetrieb nicht mehr realisieren. Wir lassen unsere Freunde, unsere gewohnte Atmosphäre, ja sogar total eingeschüchtert, unsere Individualität draußen. Der Kopf beherrscht den Bauch, die Ratio das Gefühl, die Männer die Frauen, Realität ist das, was beweisbar ist. . . Die Realität ist so eingeschränkt, daß nur das wahrgenommen wird, was auch die technischen Instrumente wahrnehmen und was durch Zahlen erfaßbar ist. Ein Empfinden gibt es nicht, bis die Instrumente ausschlagen."[3])

Dieser Text liefert ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die heute vielfach vorherrschende Ausprägung der technischen Zivilisation und legt damit die Problematik eines Technikverständnisses offen, das in der Praxis zu einer weitgehenden Tilgung der persönlichen Dimension in wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens führt. Angesichts dieser Vorherrschaft technischer Rationalität erscheint der Rückzug auf das Vor-Technische als Befreiung von einer fremden Macht und es mehren sich allenthalben Stimmen, die für einen radikalen Verzicht auf Wissenschaft und Technik plädieren oder zumindest für einen eingeschränkten Gebrauch der von ihnen bereitgestellten Hilfsmittel eintreten. Als durchgängige Tendenz der aktuellen Diskussion kann eine positive Neubewertung von Begriffen wie „Natur", „Gefühl", „Heimat" und „Geborgenheit" festgestellt werden, die noch vor kurzem als altfränkisch, wenn nicht als reaktionär angesehen waren. Der zitierte Text ist charakteristisch vor allem deshalb, weil er die entscheidenden Begriffe einführt, die der kritisierten technischen Zivilisation als Alternativen entgegengehalten werden: „herrschende Rationalität" gegen „ursprüngliche Lebensprozesse"; „Technik" gegen „Natur"; „Massenbetrieb" gegen „individuelles Erleben"; „Ratio" gegen „Gefühl"; „technische Instrumente" gegen „Empfindung". Deutlicher noch wird die Umwertung von Rationalität und Emotionalität, wenn die Autorin ihre Gedanken angesichts ihrer bevorstehenden Niederkunft beschreibt. „Ich wollte mich in der Situation ganz auf meinen Instinkt verlassen . . . Ich hörte einfach auf mein Gefühl. Ich, die immer gewohnt war, auch vor mir selber zu begründen, warum ich etwas tat, hatte einfach keine Lust zu begründen, den Kopf zu gebrauchen und zu sezieren, was in mir vorging." Wissenschaft und Technik, ja rationales Denken überhaupt, erscheinen als Ausprägungen einer Zivilisation, die antagoni-

3) Brigitte Reuß, Mein Bauch gehört mir. In: „Frauenoffensive" Nr. 7, Juni 1977.

stisch zu allen elementaren und menschlich-vertrauten Formen der Beziehung der Menschen zur Welt und zu sich selbst steht.

Damit aber verschiebt sich zugleich die Perspektive der Kritik: im Mittelpunkt des Unbehagens stehen nicht mehr die konkreten Mißstände, die die Entfremdung tatsächlich produzieren, sondern steht abstrakt „die Technik". Nicht mehr ein Gesundheitswesen, in dem Rentabilität vor Humanität rangiert, ist der Gegenstand der Kritik, sondern „die Zivilisation" überhaupt. Der berechtigte Protest gegen eine verabsolutierte Technik verfällt nur allzu leicht einem kurzsichtigen Irrationalismus, wenn die (im privaten Einzelfall verständliche und bisweilen legitime) Unlust „zu begründen, den Kopf zu gebrauchen", zu einer *prinzipiellen* Verweigerung von Rationalität ausgeweitet wird. Der Rückzug auf „Gefühl" und „Instikt", auf die *Subjektivität* als dem Inbegriff dessen, was von dem gesellschaftlichen Entfremdungszusammenhang noch unberührt zu sein scheint, gilt dann noch als einzig diskutables Verhalten. Wo nicht mehr bloß ein technokratisch verkürzter Vernunftbegriff zurückgewiesen, sondern Rationalität kurzerhand mit Repression ineinsgesetzt wird, beginnt die Zivilisationskritik in Irrationalismus umzuschlagen.

II

Die Massenmedien tun das Ihrige, um das Unbehagen an Technik, Wissenschaft und Zivilisation in die dunklen Kanäle eines neuen Irrationalismus zu leiten: „Sachbücher, vor einem Jahrzehnt noch hauptsächlich Schilderungen naturwissenschaftlicher Errungenschaften in einer dem Laien verständlichen Sprache, widmen sich heute vornehmlich pseudo-psychologischen und übersinnlichen Spekulationen. Nicht die Kerntechnik, nicht die sensationellen Entdeckungen der Elementarteilchenphysiker, nicht die Chemie der uns alle umgebenden Kunststoffe machen Sachbuchauflagen, sondern das Bermuda-Dreieck, Astrologie, die Urschrei-Therapie und der Okkultismus. Gefragt ist die Verteufelung des wissenschaftlichen Denkens . . ."[4]) Die Folgen sind ebenso vielfältig wie erschreckend: sie reichen von einem wachsenden Wunderglauben in großen Teilen der Bevölkerung, der von ca. 10 000 Okkultisten und Wunderheilern in der Bundesrepublik ausgeschlachtet wird[5]), bis zu einem rapiden Mitgliederzuwachs bei obskuren Sekten, denen heute schon ca. 150 000 Jugendliche angehören[6]). Es ist zu befürchten, daß dieser zur Zeit noch im verborgenen wuchernde Irrationalismus sich eines Tages auch unmittelbar politisch manifestieren und den Zwecken einer immer weiter nach rechts führenden Tendenzwende dienstbar gemacht wird.

Das Unbehagen an Wissenschaft und Technik ist alles andere als neu. Schon in den Anfängen der industriellen Revoluion regte sich der zivilisationskritische Protest in romantischer Weltflucht und in dem Wunsch nach der Wiederherstellung vorindustrieller Verhältnisse. Die Zwiespältigkeit dieser romantischen Bewegung, schwankend zwischen Kritik an den Keimformen kapitali-

4) „Die Zeit" v. 9. 12. 1977.
5) „Süddeutsche Zeitung" v. 22. 5. 1978.
6) FAZ v. 11. 7. 1978.

stischer Entfremdung und restaurativer Idylle, wurde schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts einseitig zugunsten der reaktionären Tendenz aufgelöst: es entstand die bis heute fortdauernde Tradition konservativer Kulturkritik, die der „seelenlosen Rationalität des Maschinenzeitalters" mit der Forderung nach einer „Rückbesinnung auf geistige Sinngehalte" entgegentritt. Die Kritik an Wissenschaft und Technik blieb seit dem 19. Jahrhundert einer kleinen aber einflußreichen Elite konservativer Ideologen vorbehalten, während die große Mehrheit der Bevölkerung ihre Hoffnung auf den Fortschritt von Wissenschaft und Technik setzte, von dem sie größeren Wohlstand, Erleichterung von schwerer Arbeit und Schutz vor Krankheiten erhoffte. Diese Hoffnung auf umfassende Verbesserung der Lebenssituation durch Technik ist in den letzten Jahren rapide zurückgegangen. Nach repräsentativen Erhebungen demoskopischer Institute ist von 1966 bis 1976 die Gruppe von Bürgern, die die Technik für einen „Segen" halten, stark zurückgegangen; im gleichen Zeitraum stieg der Prozentsatz derer, die sie für einen „Fluch" halten, von drei auf zehn Prozent. War 1966 die Gruppe derer, die glaubten, das Leben werde „immer leichter" noch ungefähr gleich groß wie die Gruppe derjenigen, die meinten, das Leben werde „immer schwerer", so hofften 1977 nur noch zwölf Prozent der Befragten, das Leben werde „immer leichter", während dreiundsechzig Prozent erwarteten, es werde „immer schwerer".[7])

Es wäre kurzschlüssig, solche Meinungsverschiebungen als zwangsläufige Begleiterscheinung der technischen Entwicklung, als unausweichliche Reaktion auf die immer extensivere und intensivere Verwendung technischer Hilfsmittel erklären zu wollen. Ebenso voreilig allerdings wäre es, hier eine bloß subjektive Zivilisationsverdrossenheit aufbrechen zu sehen, die keinerlei Basis in den objektiven Verhältnissen hätte. Das wachsende Unbehagen an Wissenschaft und Technik kann nur als Ausdruck von realen Krisenerscheinungen verstanden werden, die ihre Basis in einer bestimmten *Verwendungsweise* von Wissenschaft und Technik haben. Hintergrund der gewandelten Einstellung zur Technik und zu der mit ihr Verbundenen Zivilisation ist die Mitte der 70er Jahre einsetzende Wirtschaftskrise: für eine Million Arbeitslose, für ihre Familienangehörigen und für zahlreiche andere wurde das Leben nun tatsächlich „immer schwerer". Daß diejenigen, die infolge von Rationalisierungsmaßnahmen ihre Arbeitsplätze verloren haben, eher geneigt sind, die Technik für einen „Fluch" als für einen „Segen" zu halten, liegt auf der Hand.

Die Neigung des Alltagsbewußtseins, die fortschreitende Rationalisierung als einen technischen Sachzwang anzusehen, dessen unvermeidliche Folge die „Freisetzung" von Arbeitskräften sei, wurde bestärkt durch die Anfang der 70er Jahre entbrannte Debatte um die „Grenzen des Wachstums". Auch in dieser Debatte nämlich ist Tendenz vorherrschend, die Verantwortung für die unter dem Stichwort der ökologischen Krise zusammengefaßten Erscheinungen der quasi-naturhaften Sachlogik der technischen Entwicklung anzulasten. Angesichts der besorgniserregenden Umweltproblematik hat sich die

7) FAZ v. 21. 11. 1977.

ehemalige Zuversicht über die Perspektiven des technischen Fortschritts und über die Möglichkeiten zur Erleichterung des Lebens durch wissenschaftliche Erkenntnis vielfach in eine ohnmächtige Furcht vor dem drohenden ökologischen Chaos verwandelt. Eine Furcht, die sich am sichtbarsten in der Auseinandersetzung um die Kernenergie manifestiert hat: so hat eine Untersuchung über die Ängste der Bevölkerung gegenüber Atomkraftwerken ergeben, daß diese „als eine unmittelbare und symbolische Todesdrohung empfunden werden, wie wir sie bisher weder kennen, noch uns vorzustellen vermögen"[8]). Eine Reihe von Fragen drängen sich auf, stellen wir nur die eine: warum diese Ängste erst seit einigen Jahren aufgebrochen sind, da doch Atomreaktoren schon lange vorher in Betrieb und damals kaum sicherer waren als heute. Weder die wachsende Zahl von Atomkraftwerken, noch die Aufklärung der Bevölkerung über ihre Risiken können diese Frage allein beantworten. Den entscheidenden Anstoß für diese gewandelte Einstellung haben offenbar die ökonomische und ökologische Krise gespielt, die große Teile der Bevölkerung handgreiflich mit den Konsequenzen des technischen Fortschritts in seiner „marktwirtschaftlichen" Ausprägung konfrontiert haben. Die öffentlichen Beteuerungen der Sicherheit von Atomkraftwerken wirken unglaubwürdig aus dem Munde von Experten und Politikern, die noch gestern erklärt hatten, die Investitionen von heute seien die Arbeitsplätze von morgen – und durch die tatsächliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen Lügen gestraft wurden. Die Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie hat die Rolle eines Katalysators bei den Veränderungen im Technik-Verständnis breiter Bevölkerungsteile gespielt: die Ablehnung der Kernenergie ist in diesem Sinne weniger die Ablehnung einer bestimmten Art risikoreicher Energieerzeugung, als der Protest gegen eine Form des technischen Fortschritts, in der die Risiken und Folgelasten ebenso einseitig verteilt sind, wie der Nutzen und Gewinn.

Wie tief der Einfluß dieser Krisenerscheinungen auf bestehende Bewußtseinsstrukturen ist, läßt sich an den Veränderungen im Selbstverständnis der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz ablesen. Als Träger des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts war für diese Gruppen bisher ein nahezu ungebrochener technokratischer Glaube an die heilbringenden Sachzwänge der technischen Entwicklung kennzeichnend. Fortschritt war für sie weitgehend identisch mit fortschreitender Perfektionierung der Technik; diese These von der Identität des sozialen Fortschritts mit dem technischen ist heute gerade auch in Teilen der Intelligenz einem ständigen Erosionsprozeß unterworfen. Schon seit Jahren tritt in den USA eine „Anti-Science-Movement" auf, die in abstrakter Negation des technokratischen Glaubens das unkontrollierte Wachstum der Wissenschaft zur *hauptsächlichen* Gefahrenquelle für die Menschheit erklärt. In Westeuropa hat die Skepsis im Wissenschaftsbereich immerhin schon weit genug um sich gegriffen, um die EG-Kommission mit diesem Thema zu befassen: zur Analyse des Phänomens und zur Diskussion von Gegenstrategien organisierte sie im Mai 1977 eine Exper-

8) Zitiert nach: Robert Jungk, Der Atom-Staat, München 1977, S. 43.

tentagung zu der Frage „Krise der Wissenschaft in der europäischen Gesellschaft?“ [9])

Auch in Philosophie und Wissenschaftstheorie ist das traditionelle positivistisch orientierte Wissenschaftsverständnis in eine Krise geraten. Für den Positivismus war die Wissenschaft höchste Ausprägung von Rationalität und daher von allen anderen Formen ideeller Betätigung (Mythos, Kunst, Religion, Weltanschauung, Moral) nicht nur strikt unterschieden, sondern diesen auch prinzipiell übergeordnet. Für Hans Albert z. B. repräsentieren die methodischen Verfahrensweisen der Naturwissenschaften eine Konzeption von Rationalität, die für alle Lebensbereiche universelle Gültigkeit besitzt, „weil sie die Struktur eines adäquaten Problemlösungsverhaltens überhaupt betrifft“ [10]). Im Zuge neuerer wissenschaftstheoretischer und wissenschaftshistorischer Forschungen ist die strikte Abgrenzung zwischen der Wissenschaft als Inbegriff der Rationalität und dem, was der Positivismus als Metaphysik kurzerhand abtut, erheblich relativiert worden.Insbesondere durch die Untersuchungen Thomas S. Kuhns ist deutlich geworden, daß die Entwicklung der Wissenschaft nicht überzeitlichen Rationalitätskriterien folgt, sondern in jedem Stadium von weltanschaulichen Elementen durchsetzt und dem Einfluß psychologischer, sozialer und ökonomischer Faktoren unterworfen ist.

Was zunächst als längst überfällige Korrektur an der positivistischen Rationalitätshypertrophie und am technokratischen Glauben an die Allmacht der Wissenschaft begann, ist inzwischen von einigen Theoretikern bis zur totalen Einebnung der Differenz zwischen Rationalem und Irrationalem vorangetrieben worden. Nicht zufrieden damit, der Wissenschaft den positivistischen Heiligenschein unbefleckter Rationalität abzunehmen, denunzieren sie diese sogleich als metaphysisches und irrationales Flittchen, das die Tugenden der Rationalität nur geschickt vorzutäuschen versteht. „Man nennt“, so spricht der Philosoph mit der ihm gebührenden Distanz zum Zeitgeist, den er zu destruieren wünscht, „unser Zeitalter das wissenschaftlich-technische. Damit ist gemeint, daß die Wissenschaft heute eine beherrschende Rolle spielt und beinahe alles durch sie beeinflußt ist. Ihre Stellung kann daher durchaus, wie befremdlich dies auch zunächst klingen mag, mit derjenigen der Theologie in vergangenen Zeiten verglichen werden. Wie diese einst das ganze Leben durchdrang, und am Ende alles mit ihr gedeutet, begriffen und gemeistert werden sollte, so hält man heute die Wissenschaft für überall zuständig und gesteht ihr zu, allenthalben mitzusprechen. Hat man früher die Priester vor bedeutenden Unternehmungen befragt, so nun die Wissenschaftler. Sowohl in öffentlichen wie in privaten Angelegenheiten werden sie als Berater herangezogen und zwar selbst dann, ja bisweilen gerade dann, wenn sie noch recht umstrittene Gebiete vertreten wie Soziologie, Politologie und Futurologie. Phantastische Summen werden für die Wissenschaften und für wissenschaftliche Unternehmungen, dem Bau von Kathedralen vergleichbar, ausgegeben, und wie man früher meinte, keiner werde selig ohne theologische Un-

9) Vgl. „Wirtschaft und Wissenschaft“, H. 3 1977.
10) Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, München 1971, S. 67.

Liebe „Blätter"-Leser!

Die „Blätter" haben keinen großen Werbe-Etat. Das dafür notwendige Geld stecken wir lieber in die Arbeit von Redaktion und Vertrieb. Davon haben unsere Leser mehr, finden wir. Daß die „Blätter" in wohl einmaliger Kontinuität Jahr für Jahr ihren Abonnenten- und Leserkreis ausbauen können (Allein im ersten Halbjahr 1978 haben wieder über 800 Leser die „Blätter" neu abonniert!) — daran haben also die Leser der „Blätter" den größten Anteil. Immer wieder bekommen wir aber auch Briefe und Hinweise, daß noch zuviele potentielle Leser die „Blätter" bisher nicht kennen. In der Bundesrepublik haben sich ja, trotz schwieriger Bedingungen, gerade in den letzten Jahren fortwährend neu Menschen im Ringen um die Demokratie engagiert, im Kampf gegen Berufsverbote und Gesinnungsverfolgung, um Mitbestimmungsrechte, in Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke und gegen die Zerstörung der Umwelt, in der Frauenbewegung, in Chile-Hilfsaktionen und anderen Initiativen für die Solidarität mit der Dritten Welt. Die demokratische Bewegung ist — der von rechts ausgerufenen „Tendenzwende" zum Trotz — gewachsen. Mit und in ihr die „Blätter".

In einer Sonderaktion möchten wir mit Ihrer Hilfe neuen Intereressenten für die „Blätter" Gelegenheit geben, die Zeitschrift kennenzulernen. Bitte geben Sie uns, wenn Sie sich beteiligen wollen, umseitig die Adressen einiger (oder ggf. auch eines) Ihrer Bekannten an, denen wir ein Probeheft der „Blätter" schicken sollen. Sollten Sie keine Briefmarke zur Hand haben, schicken Sie uns die Karte unfrankiert zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre „Blätter"-Redaktion

PS: Wer uns die diesem Heft beiliegende grüne Bestellkarte von einem neuen Abonnenten unterschrieben einschickt, kann gleichzeitig ein Buch im Wert bis zu DM 15,— aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags als kostenlose Prämie bestellen.

Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft an folgende Anschriften:

1. .....

.....

.....

2. .....

.....

.....

3. .....

.....

.....

Name, Straße, Ort mit Postleitzahl

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54

5000 Köln 51

Wissen über Faschismus

Reinhard Kühnl (Hrsg.)
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
Zweite, erweiterte Auflage
538 Seiten, 16 Abb., DM 9,80

Reinhard Kühnl/Gerd Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
290 Seiten, DM 12,80

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
30 Dokumente, 105 Seiten, DM 9,80

Ulrike Hörster-Philipps
Wer war Hitler wirklich?
Großkapital und Faschismus 1918–1945
Ca. 300 Seiten, DM 12,80

J. Berlin/D. Joachim/B. Keller/V. Ullrich (Hrsg.)
Was verschweigt Fest?
Analysen und Dokumente zum Hitler-Film von J. C. Fest
218 Seiten, DM 9,80

Reinhard Opitz (Hrsg.)
Europastrategien des deutschen Kapitals 1900—1945
Dokumentensammlung, 1069 Seiten,
Studienausgabe DM 68,–

Kurt Finker
Stauffenberg und der 20. Juli 1944
Eine politische Biographie
486 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Raum für weitere Adressen, an die wir ein kostenloses Probeheft der „Blätter" senden sollen:

4. .....

.....

5. .....

.....

6. .....

.....

7. .....

.....

Name, Straße, Ort mit Postleitzahl

terweisung, so glaubt man heute, niemand werde glücklich, er habe denn an einer Universität studiert."[11])

III

Verliebt in das Pathos der „Entmythologisierung" ist bei dem spöttischen Vergleich zwischen Wissenschaft und Theologie allerdings das Entscheidende übersehen worden: die Wissenschaft übt in der modernen Gesellschaft zwar – ähnlich wie die Theologie im Mittelalter – die Funktion einer gesellschaftlichen Legitimationsinstanz aus, reduziert sich aber nicht auf diese. Der Vergleich bewegt sich im Rahmen bloßer formaler Übereinstimmungen, da er die materiale Leistung von Wissenschaft von vornherein ausblendet. Es wird unterschlagen, daß Wissenschaft – im Gegensatz zur Theologie – es erlaubt, Naturprozesse *theoretisch zu beherrschen,* und somit die Voraussetzung schafft, diese Naturprozesse mit Hilfe der Technik auch *praktisch zu beherrschen.* Ob ein Bauer sich vor der Aussaat den Segen des Pfarrers holt, oder einen Agrarwissenschaftler über optimale Anbaumethoden befragt, mag vom äußeren Vorgang her besehen kein großer Unterschied sein. Ein Blick auf die Entwicklung der Ernteerträge während des letzten Jahrhunderts zeigt jedoch, daß zwischen Theologie und Wissenschaft gleichwohl ein fundamentaler Unterschied besteht: durch theologische Unterweisung wäre es kaum gelungen, die Weizenerträge von 1870 bis 1970 von 13 dz/ha auf 45 dz/ha zu steigern.

Angesichts des offenbar mehr und mehr in Mode kommenden antiwissenschaftlichen Affekts ist es nicht überflüssig, sich daran zu erinnern, daß der wissenschaftliche Fortschritt nicht nur die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch neue Technologien oder die der Entwicklung der Neutronenbombe möglich gemacht hat, sondern zunächst einmal die Beseitigung des Hungers, die Eindämmung von Seuchen und eine beträchtliche Verlängerung der Lebenserwartung. Die Rolle der Wissenschaft in unserer Gesellschaft bleibt zwangsläufig unbegriffen, solange vergessen wird, daß mit ihrer Hilfe in der letzten dreihundert Jahren eine Umwälzung der Produktivkräfte vollzogen wurde, die den Menschen eine bis dahin undenkbare Fülle von Mitteln zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse zur Verfügung gestellt hat. Diese unbestreitbaren Leistungen von Wissenschaft und Technik beweisen nicht nur ihre qualitative Differenz zu anderen ideellen Betätigungen, sondern machen sie – trotz ihrer zum Teil problematischen Auswirkungen – letztlich unverzichtbar. Der Weg zurück in vor-wissenschaftliche und vor-technische Beziehungen zur Umwelt mag verlockend erscheinen, ist aber nicht gangbar, weil er zu große Opfer einschlösse.

Die Kritik an der traditionellen, einseitig naturwissenschaftlich orientierten Medizin zeigt an diesem Punkt ihre ganze Ambivalenz: so berechtigt sie als Ablehnung eines durchtechnisierten, unpersönlichen Gesundheitssystems ist, so wenig kann andererseits bestritten werden, daß die naturwissenschaftliche Methode in der Medizin zu gewaltigen Erfolgen geführt hat. Daß auch

11) Kurt Hübner, Zur Frage des Relativismus und des Fortschritts in den Wissenschaften. In: „Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie", V, 2 (1974).

schen daher nicht aus der Entfremdung befreien, sondern alle Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ihrer Subjektivität preisgeben. In wie pervertierter Form auch immer, in jeder neuen Errungenschaft der Technik kommt eine Erweiterung menschlicher Fähigkeiten zum Ausdruck, die es nicht rückgängig zu machen, sondern in vernunftgemäße Bahnen zu lenken gilt. Die Forderung nach Verzicht und Entsagung trägt zur Entfaltung der Humanität nichts bei, sondern hilft, Verhältnisse zu versteinern, die die Fortschritte der Technik in Rückschritte der Menschlichkeit verkehren.

Die Zukunft der „Grünen Aktion Zukunft"

Gedanken zu Herbert Gruhls „Grünem Manifest" *)

Von Edgar Gärtner

Mitte Juli 1978 gründete der kurz zuvor aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl auf Bundesebene eine neue Partei, die „Grüne Aktion Zukunft (GAZ)", und ernannte sich zu ihrem ersten Vorsitzenden. Über Annoncen in großen Tageszeitungen suchte er Kandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen (am 8. Oktober) und Bayern (am 15. Oktober). Anlaß zu diesem Schritt Gruhls waren offensichtlich die Wahlerfolge „grüner" und „bunter" Listen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Gruhl, der seit dem Erscheinen seines inzwischen in etwa 250 000 Exemplaren verkauften Buches „Ein Planet wird geplündert" [1]) durch die Bundesrepublik reist und eine „planetarische Wende" propagiert, hielt nun die Stunde für gekommen, mit seiner GAZ den Einzug in den Bundestag außerhalb des bei großen Bevölkerungsteilen in Mißkredit gefallenen Systems der etablierten Parteien zu suchen. Wie Gruhl schon vor seinem Schritt in einem Interview [2]) kundtat, erhofft er sich Wählerstimmen vor allem von Jugendlichen, die der etablierten Parteien überdrüssig sind, ferner von der Frauenbewegung und den Mitgliedern von Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden.

*) Vgl. den Dokumententeil dieses Heftes. D. Red.
1) Frankfurt/M. 1975.
2) „Süddeutsche Zeitung" v. 23. 6. 1978.

Zur Zeit deutet zwar vieles darauf hin, daß der größte Teil dieser von Gruhl genannten Zielgruppen sich von seinem selbstherrlichen Vorgehen überfahren fühlt, zumal viele Anhänger der Bürgerinitiativen fest organisierten Parteien grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen und andere (zu Recht) darauf hinweisen, die bisherigen Erfolge der Initiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken, die Ansiedlung umweltbelastender Industrie, den Bau landschaftszerstörender Straßen o. ä. seien gerade ihrer Überparteilichkeit geschuldet. Trotzdem scheint es, als enthalte das von Gruhl verfaßte „Grüne Manifest", das vorläufige Programm der GAZ, Aussagen, die auf relevante Wählerschichten, nicht zuletzt auf Teile der Jugend und der Intelligenz, Anziehungskraft ausüben werden. Das ist umso mehr zu erwarten, seit die übrigen „grünen" Listen und Wählerinitiativen, die meist einen engeren Kontakt zur Basis der Ökologie-Bewegung haben als die von Gruhl gegründete Partei, sich inzwischen über Abgrenzungsproblemen zwischen rechts und links zerstritten haben, was ihre Attraktivität bei potentiellen Wählern schmälern dürfte.

Die Massenmedien, die den „Grünen" in der letzten Zeit (sicher nicht ohne Hintergedanken) zu großer Publizität verhalfen, haben seit dem Beginn der politisch-ideologischen Spaltung der Ökologie-Bewegung ein übriges getan, um den Eindruck entstehen zu lassen, auf der einen Seite ständen nun die echten Umweltschützer, während auf der anderen Seite eine radikale Minderheit die ökologischen Probleme nur als Vorwand gebrauche, um ihrem alten Ziel, dem Umsturz, näherzukommen.

Gruhl und seine Leute erscheinen nun als naive und ehrliche Konservative, wählbar auch für jene, die von der Politik der sozial-liberalen Koalition enttäuscht, aber aus verschiedenen Gründen nicht bereit sind, einer Partei links von der SPD ihre Stimme zu geben. Sie hoffen nun, durch einen Einzug der „Grünen" (einschließlich der GAZ) in die Landtage und den Bundestag könne die SPD dazu gezwungen werden, endlich ernst zu machen mit Umweltschutz, Lebensqualität, Steuergerechtigkeit usw.

Über die Fundiertheit solcher Hoffnungen versucht die nachstehende Untersuchung des „Grünen Manifestes" Aufschluß zu finden, wobei ich mir erlaube, auch einige Vergleiche mit verschiedenen Ausführungen in Gruhls Buch anzustellen. Der Titel meines Beitrages kann dabei auf zweifache Weise ausgelegt werden: 1. Welche Zukunft hat die GAZ als politische Partei? 2. In welche Zukunft möchte die GAZ uns führen?

I

Bei der ersten Lektüre des „Grünen Manifests" fand die Mehrheit der 30 Programmpunkte (die Punkte 1, 10, 13, 15, 16, 18 bis 26, sowie die Punkte 29 und 30) meine spontane Zustimmung, weiteren Punkten (den Punkten 8, 9, 11, 12, 14, 17 und 27) könnte ich mit Einschränkung zustimmen, d. h. ich bin natürlich wie viele andere dafür, die ökologischen Grundlagen künftiger Generationen zu erhalten, ich bin für den sparsamen Einsatz von Energie und Rohstoffen, gegen eine weitere Ausuferung des privaten PkW-Verkehrs, für Steuerge-

rechtigkeit, für eine Politik des friedlichen Zusammenlebens aller Völker, gegen die Neutronenbombe, für eine allgemeine Abrüstung, usw. Das heißt aber noch nicht, zu diesen Punkten wäre nichts zu sagen. Insbesondere frage ich mich, warum sich in Gruhls Buch 1975 Vorstellungen finden, die diesen positiven Ansätzen zutiefst widersprechen; denn von einer Selbstkritik Gruhls ist mir nichts bekanntgeworden.

Jedenfalls bewirken die angeführten positiven Punkte, daß man Gruhls Manifest nicht einfach mit der billigen Kritik, es fordere ein „Zurück zur Natur", beiseiteschieben kann, um mit der bisherigen Politik fortzufahren. Vertreter der SPD haben denn auch in ihrer Analyse des „Grünen Manifestes" erkannt, daß sich hier eine für sie unbequeme Entwicklung anbahnt[3]). Aber auch der von allen etablierten Parteien vorgebrachte Einwand, aus einer „Ein-Punkt-Bewegung", der Ökologie-Bewegung, könne man keine politische Partei machen, greift ins Leere, weist doch Gruhl selbst ausdrücklich darauf hin, eine reine Umweltpartei könne es nicht geben[4]). Schließlich finden sich im „Grünen Manifest" Aussagen zu fast allen Bereichen der Politik: von der Umweltpolitik bis zur Beschäftigungspolitik, von der Bildungspolitik bis zur Außenpolitik. Diese schulterklopfende Kritik ist meist mit dem Hinweis verbunden, in den Programmen der etablierten Parteien werde der Notwendigkeit des Umweltschutzes ja bereits Rechnung getragen, nur würden dort die Belange der Umwelt abgewogen gegenüber anderen berechtigten Interessen. Sie unterschlägt, daß die aktuellen Umweltprobleme tatsächlich Existenzprobleme der menschlichen Gattung sind, deren Lösung Vorrang genießen muß vor der Lösung beliebiger anderer gesellschaftlicher Probleme. In einer objektiven Hierarchie der Gegenwartsprobleme müßte das Problem des Friedens und seiner Voraussetzungen ganz oben und der Schutz der Umwelt an zweiter Stelle stehen. Erst dann kommen die übrigen Probleme. Diese Problemhierarchie ist bereits seit einigen Jahren recht gut im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit verankert, wie verschiedene Meinungsumfragen offengelegt haben – nur bei den etablierten Parteien scheint ein solches Problembewußtsein zu fehlen.

Aber auch Gruhl stellt die Hierarchie der Gegenwartsprobleme teilweise auf den Kopf.

II

Weitaus bedenklicher finde ich, daß Gruhl über der Größe der ökologischen Probleme die Frage nach dem „wie" ihrer Lösung zu vergessen scheint. Im ganzen Manifest gibt es keinerlei Anhaltspunkt für die einzuschlagenden Lösungswege.

Hätte Gruhl die Frage „Wie?" angeschnitten, dann wäre deutlich geworden, daß es auch für Existenzprobleme nicht nur einen einzigen, sondern verschiedene Lösungswege gibt, die allerdings jeweils den Interessen verschiedener

3) Vgl. insbes. die Beiträge von E. Eppler und H. Scheer in: „Vorwärts" v. 27. 7. 1978.
4) H. Gruhl, Braucht der Umweltschutz eine eigene Partei?, Manuskript, Juli 1978.

sozialer Gruppen entsprechen, d. h. die Frage „Wie?" führt automatisch auf die Frage „cui bono?" und die Frage „Wohin?". Um diese Fragen – nicht einfach um das „ob" – drehen sich seit Ende der 60er Jahre die politischen Auseinandersetzungen über die Umweltpolitik. Initiativen wie das Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 wären in der vorliegenden Form doch wohl kaum zustandegekommen, wenn nicht bei allen maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften (den Unternehmern wie den Gewerkschaften) grundsätzliche Einigkeit über die Notwendigkeit des Umweltschutzes bestanden hätte. Die äußerst lückenhafte Realisierung dieses Programms ist also kaum auf mangelndes Problembewußtsein zurückzuführen (wie Gruhl und seine Anhänger zu glauben scheinen), sondern auf die widersprüchlichen Erwartungen, die die verschiedenen sozialen Kräfte in dieses Programm setzten. Die eine Gruppe erwartet vom Umweltschutz in erster Linie die längerfristige Sicherung der Bedingungen der Profitproduktion, die andere Gruppe wünscht eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Unvereinbarkeit der beiden Zielvorstellungen erweist sich dann spätesten bei der Finanzierungsfrage.

Das Dilemma der gesellschaftlichen Zielfindung, dessen sich Gruhl im Prinzip durchaus bewußt ist, da er ihm in seinem Buch ein ganzes Unterkapitel widmet[5]), könnte nur gelöst werden durch die Mobilisierung derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die von ihrer eigenen Interessenlage her befähigt sind, potentiell die Interessen der ganzen Gesellschaft zu vertreten. Welche Kräfte das sind, wird in Gruhls Manifest aber mit keinem Wort erwähnt. Mehr noch: Einzelne Programmpunkte laufen ihren Interessen direkt zuwider. So der Punkt 5, in dem Gruhl davor warnt, „das materielle Anspruchsdenken" immer höher zu treiben. Hier greift er zu den gleichen Vokabeln, mit denen Erklärungen der Unternehmerverbände BDI und BDA seit einigen Jahren gewerkschaftliche Forderungen nach mehr Lohn und sozialer Sicherheit zu diffamieren trachten. In seinem Buch offenbart Gruhl eine offen gewerkschaftsfeindliche Haltung, wenn er das in der Menschenrechtserklärung der UNO enthaltene Recht auf Arbeit eine „totale Perversion"[6]) nennt.

Sicher entspricht es nicht dem Selbstverständnis Gruhls, von den Interessen der Bevölkerungsmehrheit auszugehen. Er hat wiederholt erklärt, niemandem nach dem Munde reden zu wollen. Vielmehr möchte er, wie das auch im Punkt 5 seines Programms zum Ausdruck kommt, bittere Wahrheiten verkünden. Es ist diese Haltung, die ihn in den Augen vieler von der Verlogenheit der etablierten Parteien positiv abhebt. Daß er der Frage „Wie?" aus dem Wege geht, stört diejenigen am wenigsten, die jahrelang den fertigen Rezepten ökonomischer Quacksalber gefolgt sind und nun die Nase voll haben. Die festgefahrenen Verhältnisse der BRD haben als ganz natürliche Reaktion den Wunsch nach sozialen Experimenten und alternativen Lebensstilen ohne ausgeklügelte Rezepte aufkommen zu lassen. Aber müßte man die Frage „Wie?" nicht wenigstens so weit beantworten, daß deutlich wird, ob die ge-

5) Ein Planet wird geplündert, a.a.O., S. 258–263.
6) Ebenda, S. 160.

sellschaftlichen Ziele und Problemlösungsstrategien auf autoritärem oder demokratischem Wege festgelegt werden sollen? Gruhls Manifest beantwortet diese Frage nicht eindeutig. Zwar fordert es, die Freiheiten des demokratischen Rechtsstaates, insbesondere das Recht zur gewaltlosen Demonstration aufrechtzuerhalten (Programmpunkt 24) und: die Betroffenen und die Bürgerinitiativen müßten „bei allen Planungen und Entscheidungen mitwirken können" (Punkt 22) Bis zum Wort „Mitbestimmung" mochte Gruhl sich aber offenbar nicht durchringen. In seinem Buch sagt er sogar offen, er verspreche sich nichts von einer „Mitwirkung des Bürgers an den Entscheidungsprozessen" [7]). Ja, er geht so weit, auszusprechen, daß er sich die Lösung der ökologischen Probleme nur von einem autoritären Staat verspricht: „Jetzt muß die Zukunft geplant werden. Und es ist weit und breit niemand sichtbar, der das tun könnte, außer dem Staat. Wenn er es aber tut, dann muß er jetzt tatsächlich viele Freiheiten entschlossen aufheben, um das Chaos zu verhüten . . . Im Kampf ums Überleben werden die Menschen auch zu allem bereit sein." [8]) Klammert Gruhl also die Frage „Wie?" nur deshalb aus seinem „Grünen Manifest" aus, weil es für ihn von vornherein nur einen möglichen Lösungsweg, den Weg nach rückwärts, gibt?

III

Darüber geben insbesondere die Punkte Auskunft, die von Anfang an meinen Widerspruch herausforderten. Zunächst schlägt sich Gruhls präfabrizierter Lösungsweg, wie zu erwarten, auch bereits in seinen Problemdefinitionen nieder. Sie sind äußerst schwammig und lösen keineswegs den im Programmpunkt 5 formulierten Anspruch auf wahrheitsgemäße Aufklärung ein. So heißt es im Punkt 2, „das derzeitige ökonomische System der Menschen in den Industrieländern" zerstöre die ökologischen Grundlagen und vernichte sich dadurch selbst. Gibt es wirklich ein einheitliches ökonomisches System aller Industrieländer? Die Antwort auf diese Frage gibt Gruhl selbst in seinem Buch. Er zeigt dort anhand von Statistiken über Rohstoffvorräte, Verbrauchsraten usw. allen, die das nicht wahrhaben möchten, klar auf, daß der kapitalistische Westen in Bezug auf die Meisterung der Energie-, Rohstoff- und Umweltprobleme weitaus schlechter gerüstet ist als die sozialistischen Länder [9]).

Ich hätte auch gerne erfahren, wie Gruhl sich eine „Ökonomie in Übereinstimmung mit den Naturgesetzen" vorstellt. Es reicht ja nicht aus, sich unter Naturgesetzen in erster Linie Gesetze vom Charakter des Fallgesetzes oder des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik vorzustellen. Etwas verkürzt ausgedrückt, ist das oberste Gesetz der Natur doch wohl das Gesetz der Entwicklung. Übereinstimmung mit den Naturgesetzen bedeutet daher in erster Linie, die gesellschaftliche mit der natürlichen Evolution in Einklang zu bringen und umgekehrt (!). Dafür gibt es zunächst nur einen Anhaltspunkt: Auf jeder Stufe der natürlichen und der sozialen Evolution gibt es ein ganzes

7) Ebenda, S. 261.
8) Ebenda, S. 290.
9) Ebenda, S. 325–334.

Spektrum möglicher Wege der Weiterentwicklung – nur Rückfahrkarten gibt es nicht.

Die im Manifest mehrmals angeführte Forderung einer „Gleichgewichtswirtschaft" hat Gruhl in seinem Buch im Sinne einer permanenten Kriegswirtschaft ausgelegt. Alle Schlußfolgerungen werden dort abgeleitet aus dem Kampf gegen den Sozialismus. Dieser Kampf (und nicht die Sorge um die Lebensbedingungen künftiger Generationen) ist das übergeordnete Motiv Gruhls, das seine Problemdefinitionen wie seine Lösungsvorschläge determiniert. Es kommt ihm nämlich gar nicht in den Sinn, aus den von ihm plastisch dargestellten Vorteilen des Sozialismus den naheliegenden Schluß zu ziehen, man müsse auch im Westen für entsprechende gesellschaftliche Veränderungen eintreten, um die ökologischen Probleme lösen zu können. Vielmehr steht für ihn von vornherein fest, daß der Sozialismus bekämpft werden muß, und wenn sich angesichts der ökologischen Probleme deutliche Vorteile des Sozialismus zeigen, muß der Westen zu um so drakonischeren Maßnahmen greifen, um diese Vorteile wettzumachen. Hier nur einige Kostproben aus dem wichtigsten Kapitel des Gruhlschen Bestsellers: „Die Bedürfnislosigkeit oder Leidensfähigkeit der Bevölkerung . . . wird langfristig der wertvollste Trumpf sein." [10]) Und: „Für die Zukunft werden die Völker einen riesigen Vorsprung erreichen, denen es gelingt, ihren Rüstungsstandard auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten . . . Jetzt ist, um mithalten zu können, eine atomare Bereitschaft erforderlich . . ." [11]) Wieviele seiner etwa 250 000 Käufer haben das Gruhl-Buch wirklich bis zu Ende durchgearbeitet? Hatten viele Anhänger der „Grünen" bisher noch geglaubt, über der drohenden ökologischen Krise die ideologischen und politischen Gegensätze vergessen zu können, so werden sie nun durch die GAZ, die in ihren Reihen nur Leute duldet, die vom Verfassungsschutz für „sauber" erklärt wurden, sicher bald eines besseren belehrt.

IV

Was das „Grüne Manifest" an konkreten Zielvorstellungen erkennen läßt, ist nur eine Untermauerung der oben aufgezeigten Grundorientierung, die Gruhl seinen potentiellen Wählern weitgehend vorenthält, wobei das in den Programmpunkten 3,7 und 9 verwendete Vokabular an eine Denktradition anknüpft, die trotz bitterer Erfahrungen in unserem Lande immer wieder Anhänger findet. So belegt Gruhl die kapitalistische Vergeudungswirtschaft mit dem Attribut „materialistisch" (Punkt 3). Ich frage mich, warum in der Nachkriegszeit ständig erhebliche Wachstumspotentiale der Volkswirtschaft (in Form unausgelasteter Produktionskapazitäten, Arbeitslosigkeit, Unterqualifikation usw.) brachlagen, wo doch, so Gruhl, alle dem Götzen „wirtschaftliches Wachstum" dienten. Diese Ungereimtheiten lassen sich doch leicht ausräumen, wenn man den Götzen, dem alles geopfert wird, konkret zu benennen wagt: den Profit der großen Konzerne. Im Programmpunkt 7 wird Gruhl dann

10) Ebenda, S. 321.
11) Ebenda, S. 323.

deutlicher: Nicht in der aktiven Umgestaltung der Natur und in der aktiven Beteiligung an der Leitung der Gesellschaft sei ein „sinnerfülltes Leben" zu erreichen, sondern durch den Rückzug in passive „geistig-seelische" und „religiöse Erlebnisse", in die sattsam bekannte deutsche Innerlichkeit also. Natürlich bin ich voll einverstanden mit der Forderung, gegenseitiges Vertrauen und Helfen müsse die ökonomische Rücksichtslosigkeit ablösen. Ich meine auch, Opfer könnten „den Wert unseres Daseins erhöhen". Nur wird mit dieser Forderung in der aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzung ein Sinn verbunden, der mit christlicher Nächstenliebe nichts gemein hat; denn ohne gesellschaftliche Umgestaltungen werden sich die Opfer der Mehrheit auch weiterhin in dicke Bankkonten, Aktienpakete und Luxusjachten einer Minderheit verwandeln. Den zukünftigen Generationen werden diese Opfer gar nichts nützen.

Aber Veränderungen am Gesellschaftssystem schließt Gruhl ja ausdrücklich aus. Er hat wiederholt erklärt, nicht das System, sondern seine Inhalte, die Grundwerte, gelte es zu ändern[12]). Und er hat in seinem Buch und in einer Vielzahl von Vorträgen und Artikeln niemanden im Unklaren darüber gelassen, welchen Werten er anhängt. Er möchte zurück zu einer agrarisch-handwerklichen Produktionsweise, verbunden mit rein kontemplativem Naturerleben. Das mache die Menschen „still und zufrieden"[13]). In seinem Buch schwärmt er offen für die mittelalterliche Zunftordnung. Im „Grünen Manifest" wird diese Orientierung allerdings nur an drei Stellen, den Punkten 7, 12 und 17, vage angedeutet.

Statt dessen enthält das Programm eine ganze Reihe von Forderungen, die bisher nur von der politischen Linken vertreten wurden. Gruhl, der bislang der friedlichen Nutzung der Kernenergie nur deshalb ablehnend gegenüberstand, weil Kernkraftwerke als Zielscheibe eines gegnerischen Angriffs mit der „atomaren Bereitschaft" nicht vereinbar seien[14]), schließt sich nun plötzlich dem Kampf gegen die Neutronenwaffe und für eine atomwaffenfreie Zone in Europa an (Punkt 29).

Bei anderen progressiven Parolen werden offen oder andeutungsweise reaktionäre Umdeutungen sichtbar. So erscheint die Forderung nach Gleichberechtigung für die Frauen zusammen mit der völkischen Mutterideologie (Punkt 9). Punkt 10, inhaltlich einwandfrei, ist eher dazu angetan, Schützenhilfe gegen eine demokratische Bildungsreform zu leisten. Der Kampf gegen die „Mammutschulen" (Punkt 11) wird in der Praxis im Sinne des Kampfes der CDU gegen die Gesamtschulen ausgelegt werden. Dafür spricht auch die im gleichen Satz stehende Forderung nach „privaten Ausbildungsstätten".

All das läßt nur den Schluß zu, daß die progressiven Parolen nur deshalb Eingang ins „Grüne Manifest" fanden, weil Gruhl auf Wählerstimmen aus der Jugend und speziell aus dem Kreis der Bürgerinitiativen hofft. Er verbindet den berechtigten Unmut vieler Bundesbürger über die Fortdauer der Arbeits-

12) H. Gruhl: Teufelspirale in den Untergang, in: „Die Welt" v. 31. 12. 1977.
13) Ebenda.
14) Vgl. z. B. Gruhls Beitrag in: Kernenergie offen bilanziert, Magazin Brennpunkte 4, Frankfurt/M. 1976.

losigkeit, über die Steuerungerechtigkeit, die zentralistische Gebietsreform, die Zerstörung der Natur usw. mit romantischen Orientierungen, die in unserem Lande schon seit jeher leicht Anhänger fanden und fast immer den ebenso egoistischen wie lebensgefährlichen Zielen einer kleinen Minderheit dienten. Die Art und Weise, wie Gruhl populäre progressive Forderungen mit reaktionären Orientierungen zu verbinden versteht, weist darauf hin, daß er so naiv, wie viele ihn halten, wohl doch nicht sein kann. Das „Grüne Manifest" zeigt, daß man in ein reaktionäres Programm alle möglichen linken Forderungen aufnehmen kann – außer denen, die unmittelbar die Eigentums- und Machtfrage berühren.

Auf Umwegen zur Atommacht?

Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran*)

Von Stephen Salaff

I. Einführung

Erwägungen zum nuklearen Brennstoffzyklus werden überlagert von einer ganzen Reihe brisanter politischer Fragen, die von der „Verbindung mit der atomaren Kriegführung" herrühren, die „sowohl beim Anreicherungsverfah-

15) Vgl. Anm. 4.

*) Ich danke einer Reihe von Einzelpersonen, die im Bereich der Kernenergie beschäftigt sind, für ihre hilfreichen Kommentare und Vorschläge zu früheren Entwürfen dieses Papiers. Jedem würde ich gern namentlich danken; durch gegenseitige Übereinkunft haben wir jedoch beschlossen, ihre Anonymität zu wahren. Es folgt eine Liste der Organisationen und Einrichtungen, denen sie angehörten bzw. noch angehören: Institut für Politische Wissenschaft, Universität Amsterdam – Fachbereich Politische Wissenschaft, Freie Universität Berlin – Comitato Nazionale Per L'Energia Nucleare – Commissariat à l'Energie Atomique – Center for International Studies, Cornell University – Euratom – Atomic Energy Research Establishment, Harwell – University of Melbourne – Niederländische Journalisten-Union – Science Policy Research Unit, University of Sussex.
Mit Ausnahme der Jahresberichte werden Veröffentlichungen aus den Niederlanden und Westdeutschland zitiert, die in holländischer und deutscher Sprache geschrieben sind. Ich danke Leonard Bright, Amsterdam, für seine Hilfe bei Übersetzungen aus dem Holländischen.

Für die Unzulänglichkeiten der vorliegenden Arbeit bin ich allein verantwortlich.

losigkeit, über die Steuerungerechtigkeit, die zentralistische Gebietsreform, die Zerstörung der Natur usw. mit romantischen Orientierungen, die in unserem Lande schon seit jeher leicht Anhänger fanden und fast immer den ebenso egoistischen wie lebensgefährlichen Zielen einer kleinen Minderheit dienten. Die Art und Weise, wie Gruhl populäre progressive Forderungen mit reaktionären Orientierungen zu verbinden versteht, weist darauf hin, daß er so naiv, wie viele ihn halten, wohl doch nicht sein kann. Das „Grüne Manifest" zeigt, daß man in ein reaktionäres Programm alle möglichen linken Forderungen aufnehmen kann – außer denen, die unmittelbar die Eigentums- und Machtfrage berühren.

Auf Umwegen zur Atommacht?

Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran*)

Von Stephen Salaff

I. Einführung

Erwägungen zum nuklearen Brennstoffzyklus werden überlagert von einer ganzen Reihe brisanter politischer Fragen, die von der „Verbindung mit der atomaren Kriegführung" herrühren, die „sowohl beim Anreicherungsverfah-

15) Vgl. Anm. 4.

*) Ich danke einer Reihe von Einzelpersonen, die im Bereich der Kernenergie beschäftigt sind, für ihre hilfreichen Kommentare und Vorschläge zu früheren Entwürfen dieses Papiers. Jedem würde ich gern namentlich danken; durch gegenseitige Übereinkunft haben wir jedoch beschlossen, ihre Anonymität zu wahren. Es folgt eine Liste der Organisationen und Einrichtungen, denen sie angehörten bzw. noch angehören: Institut für Politische Wissenschaft, Universität Amsterdam – Fachbereich Politische Wissenschaft, Freie Universität Berlin – Comitato Nazionale Per L'Energia Nucleare – Commissariat à l'Energie Atomique – Center for International Studies, Cornell University – Euratom – Atomic Energy Research Establishment, Harwell – University of Melbourne – Niederländische Journalisten-Union – Science Policy Research Unit, University of Sussex.
Mit Ausnahme der Jahresberichte werden Veröffentlichungen aus den Niederlanden und Westdeutschland zitiert, die in holländischer und deutscher Sprache geschrieben sind. Ich danke Leonard Bright, Amsterdam, für seine Hilfe bei Übersetzungen aus dem Holländischen.

Für die Unzulänglichkeiten der vorliegenden Arbeit bin ich allein verantwortlich.

ren als auch dem Produkt" gegeben sind[1]). In den Vereinigten Staaten wird Uran nach dem Gasdiffusionsverfahren in drei riesigen Anlagen angereichert, die in den 50er Jahren für militärische Zwecke gebaut wurden. Die Urananreicherung für den Markt der nichtsozialistischen Welt ist im wesentlichen das Monopol dieser Anlagen. Sie sind im Besitz der Energy Research and Development Administration (ERDA) und werden über Verträge mit der Privatindustrie betrieben, die dazu beigetragen haben, den Exporteuren amerikanischer Leichtwasserreaktoren (LWR) einen beträchtlichen Anteil am weltweiten Reaktormarkt zu gewährleisten.

Die Kapazität dieser drei Einrichtungen, die gegenwärtig 17 000 Metrische Tonnen Trennarbeitseinheiten pro Jahr beträgt, war Mitte des Jahres 1974 vollständig im Rahmen langfristiger Verträge bis Ende der 80er Jahre und darüber hinaus für den Bedarf der USA und des Auslands ausgebucht. Ein Programm für Verbesserungen in der Kaskadenanordnung und für eine Erhöhung des Energiebedarfs ist aufgestellt worden und soll die Kapazität der drei Anlagen bis 1984 auf 28 000 Tonnen steigern, aber selbst diese 65%ige Ausweitung der Anreicherungskapazität wird voll für geplanten Reaktorbedarf benötigt. Die Überbuchung amerikanischer Anreicherungsdienste hat das nukleare Geschäft tief beunruhigt und zur Planung neuer Blöcke internationaler Anreicherungskapazität ermutigt[2]).

Nur das klassische Gasdiffusionsverfahren ist aus dem Zweiten Weltkrieg in die Industrie übernommen worden. Ständig hat es jedoch Versuche gegeben, die Produktion angereicherten Urans durch die Entwicklung von Methoden vielfältiger zu gestalten, durch welche die miteinander verbundenen Hauptunzulänglichkeiten – niedriger Trennfaktor und sehr hoher spezifischer Energieverbrauch – überwunden werden können. Von den Atomwaffenstaaten abgesehen, wurde die weitestreichende Arbeit auf dem Gebiet der Isotopentrennung in Deutschland geleistet, wo die Uranspaltung im Jahre 1939 entdeckt wurde. Es folgte fünf Jahre lang ein zähes Bemühen um die Herstel-

1) J. Asyee und R. B. Kehoe, Some Observations on the Current Enrichment Situation. Arbeitspapier, vorgelegt auf der Internationalen Konferenz über den nuklearen Brennstoffzyklus, Stockholm, 28.–31. Oktober 1975. Die Autoren gehören zur Urenco Ltd. – Eine Spaltungsbombe kann entweder aus voll angereichertem Uran hergestellt werden (Uran, das auf über 90% des Isotops Uran 235 angereichert wurde) oder aus Plutonium; man gibt jedoch „dem Uran 235 den Vorzug bei der Herstellung thermonuklearer Waffen" – Report of the Secretary General on the Effects of the Possible Use of Nuclear Weapons and the Security and Economic Implications of the Acquisition and Further Development of These Weapons (A/6858). New York (United Nations) 10. 10. 1967; Anhang IV, S. 2. (Bericht des UN-Generalsekretärs über die Auswirkungen einer möglichen Anwendung nuklearer Waffen und über die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Folgen des Erwerbs und der Weiterentwicklung dieser Waffen). – Nach wie vor hängt die Bedeutung der Isotopentrennung im Bereich der strategischen Atomwaffen davon ab, ob es möglich ist, Plutonium oder später auch Laser als Zünder für Fusionsbomben zu verwenden. Die hauptsächliche Verwendung von hochangereichertem Uran (über 20% Uran 235) für militärische Zwecke außerhalb des Bombenbaus, die nach Art. II des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nicht verboten ist, erfolgt in atomaren Unterseebooten und anderen Schiffsreaktoren.

2) „In dem Maße, wie andere Nationen neue Quellen für Anreicherungsleistungen ausfindig machen, könnten die USA die bedeutenden Aktiva ihrer Zahlungsbilanz verlieren, die sich aus dem Verkauf derartiger Dienstleistungen und entsprechenden Ausrüstungsmaterials ergeben. Sie könnten außerdem den Einfluß verlieren, den eine beherrschende Zuliefererposition bei der Einwirkung auf die internationale Atompolitik und bei der Durchsetzung amerikanischer Ziele im internationalen Nuklearbereich gewährleistet, vor allem im Sinne einer Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen." Comptroller General of the United States; Allocation of Uranium Enrichment Services To Fuel Foreign and Domestic Nuclear Reactors. Report to the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 4. 3. 1975, S. IV. (Bericht des Präsidenten des US-Rechnungshofes an den Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses über die Gewährung von Uran-Anreicherungsdiensten zur Beschickung von Kernreaktoren im In- und Ausland.)

lung hochangereicherten Urans für eine Spaltungsbombe auf der Grundlage des alternativen Gaszentrifugenverfahrens[3]). Beeinträchtigt durch die Niederlage der Nazi-Kriegsmaschinerie, wurde die Entwicklung dieses Verfahrens in Westdeutschland mit hoher Priorität von den gleichen wissenschaftlichen Teams in Zusammenarbeit mit den gleichen Industriefirmen weiter vorangetrieben[4]). Da die methodische westdeutsche Weiterführung dieser Arbeit direkt die von den Niederlanden und Großbritannien betriebene Zentrifugenforschung und -entwicklung anregte[5]), ist das englisch-holländisch-westdeutsche Konsortium für Zentrifugenanreicherung (im folgenden „Troika" genannt) in gewissem Sinne der Sprößling des deutschen Kriegsprogramms zur Isotopentrennung.

Als ihre Führungsrolle als Lieferanten von Anreicherungsdiensten und Reaktortechnologie für die nichtsozialistische Welt kommerziell noch unbestritten war, waren die USA vor allem durch die Preispolitik für ihre Anreicherungs-

---

3) Eine Gaszentrifuge besteht aus einem schnell rotierenden Zylinder, in dem UF_n-Gas bei der Rotation einer zentrifugalen Beschleunigung unterworfen wird, die die Gravitation tausendfach übertrifft. Dies führt dazu, daß der Druck in der Nähe der Zylinderwand viele Tausend Male so groß ist wie im Bereich der Achse, und daß die Konzentration von $^{238}UF_n$ im Verhältnis zum $^{235}UF_n$ im Randbereich beträchtlich höher ist als in Achsennähe. Eine Zentrifugen-Pilotanlage wurde im Rahmen des Manhattan-Projekts gebaut; ein Programm, das zur erfolgreichen Entwicklung einer amerikanischen Zentrifuge führte, mußte jedoch bis 1960 warten.
Die Chronik der Nazi-Bemühungen zur Isotopentrennung ist gründlich dargestellt bei David Irving, The German Atomic Bomb: The History of Nuclear Research in Nazi Germany, New York (Simon and Schuster) 1967; vor allem S. 127–139, 173 und 229–230. – Das Gaszentrifugenprojekt wurde geleitet von den Chemikern der Hamburger Universität Paul Harteck und Wilhelm Groth, die in einem gemeinsamen Schreiben an das Kriegsministerium vom 24. April 1939 auf „die jüngste Entwicklung in der Atomphysik" aufmerksam machten, „die es nach unserer Meinung ermöglichen wird, einen Sprengstoff herzustellen, der die herkömmlichen an Brisanz um ein Vielfaches übertrifft" (Irving, S. 36–37).

4) Im Jahre 1949 erhielten die Zentrifugenforscher der Kriegsjahre unter Prof. Harteck und Prof. Groth von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft die finanziellen Mittel zur Fortsetzung ihrer Trennungsexperimente. Kurt Beyerle/Wilhelm Groth/Paul Harteck/Hans Jensen, Über Gaszentrifugen. Anreicherung der Xenon-, Krypton- und der Selen-Isotope nach dem Zentrifugenverfahren, Weinheim (Verlag Chemie) 1950, S. 67. – Die Notgemeinschaft wurde ursprünglich im Jahre 1920 gegründet, um die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs zu überwinden; sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg neu ins Leben gerufen und wurde die zentrale Organisation zur Förderung wissenschaftlicher Forschung in der Bundesrepublik. Die mit den Finanzen befaßten Führungskräfte der Notgemeinschaft waren im Jahre 1949 Vertreter der Metallgesellschaft AG und der Gutehoffnungshütte AG, deren Beteiligung an der Troika in Kapitel 3 beschrieben wird. – Wichtige im Kriege begonnene Arbeit wurde außerdem von Prof. Hans Martin von der Universität Kiel weitergeführt, der 1939 die Theorie der Gegenstrom-Zentrifuge entwickelte und dessen weitere Forschungen mit „höchster Priorität" finanziert wurden (Irving, S. 230). 1950 veröffentlichte Prof. Martin eine umfangreiche Untersuchung über das Gasstromprofil der Zentrifuge. Vgl. Donald G. Avery und Eirwyn Davies, Uranium Enrichment by Gas Centrifuge, London (Mills and Boon) 1973, S. 91. – Moderne Hardware von Gaszentrifugen gibt es seit dem entscheidenden Fortschritt in der Rotorkonstruktion im Jahre 1957, als Zippe, Scheffel und Steenbeck ihr neues kurzzylindriges Zentrifugenmodell patentieren ließen, und zwar im Namen der Degussa AG, der Frankfurter Edelmetall- und Chemiefirma und früheren Verbündeten der IG Farben im Mittelpunkt des Nazi-Uranprogramms. G. Zippe, R. Scheffel, M. Steenbeck: Schnellaufende Gaszentrifuge, Patent DBP 1 071 593 (1957); G. Zippe/M. Steenbeck, Schleudertrommel für schnellaufende Zentrifuge, Patent DBP 1 120 986 (1957). Zit. bei David Peirson, Centrifuge enrichment for United Kingdom nuclear fuel / Zentrifugen-Anreicherung für britischen Kernbrennstoff, „Kerntechnik", April 1973, S. 161. – Ende der 40er Jahre begann in Westdeutschland unter Dr. Erwin W. Becker die Erforschung des Trenndüsenverfahrens, mit dem die Trennung des Isotops Uran 235 durch den gleichen grundlegenden mechanischen Vorgang wie bei der Zentrifugenmethode herbeigeführt wird, die mechanischen Probleme hochbelasteter rotierender Maschinen jedoch vermieden werden. Entwickelt wurde das Verfahren von Dr. Becker im Karlsruher Kernforschungszentrum, und die Energietechnik der Firmen Steag, Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Interatom hat sich inzwischen ausgedehnt auf die industrielle Anwendung fortgeschrittener Trenndüsentechnologie. Das brasilianische Unternehmen Nuclebras hat sich gleichfalls den Bemühungen um den Bau einer Trenndüsen-Demonstrationsanlage angeschlossen (s. Kapitel III).

5) Über die westdeutschen Ursprünge des holländischen Zentrifugenprojekts unter Prof. Jacob Kistemaker (Universität Leiden), dem Direktor des Instituts für Atom- und Molekularphysik der Stiftung für Grundlagenforschung zur Materie (FOM), vergleiche man C. le Pair, Notes on the History of the Gas Centrifuge, FOM-31052, o. J., sowie die folgenden „Annual Reports" der FOM: 1954, S. 15; 1957, S. 53; 1959, S. 80; 1960, S. 64. Diese Quellen verbinden Kistemakers Proekt direkt mit Groth in Bonn und dem Brennstoffspezialisten der Degussa, Dr. Alfred Boettcher in Frankfurt (siehe Kapitel III). – Was Großbritannien der deutschen Kriegsforschung verdankt, wird erwähnt bei Groth, Gaszentrifugenanlagen zur Anreicherung von Uran-235, „Die Naturwissenschaften", Februar 1973, S. 58.

leistungen in der Lage, Reaktortechnologien für Natururan sowie multinationale Zusammenarbeit beim Bau von Anreicherungsanlagen zu erschweren. In den Jahren 1960 und 1961 erreichte Washington jeweils von Bonn und Den Haag bindende Versprechen, ihre gesamte Zentrifugenforschung und -entwicklung strenger Geheimhaltung zu unterwerfen. Zusätzlich zu den gesetzlichen Regelungen „sind die großen Kernenergie-Unternehmen der USA in Europa präsent: direkt mit speziellen Auslands-Tochtergesellschaften oder indirekt durch Lizenzabkommen mit ortsansässigen Firmen"[6]).

Die Geheimhaltungsverpflichtungen hemmten unter dem Aspekt der Nichtweiterverbreitung, aber auch mit starken kommerziellen Nebentönen, die nukleare Zusammenarbeit im westeuropäischen Rahmen. Im Jahre 1968 begannen dort jedoch die öffentlichen Verhandlungen, die in weniger als zwei Jahren zur Bildung des Dreierkonsortiums für Gaszentrifugen führten, eines Konsortiums, das sich selbst als die Troika bezeichnet. Das konkurrierende, von Frankreich geführte Konsortium für Diffusionsanreicherung, Eurodif, wurde 1973 gestartet. Die in den USA stationierten transnationalen Gesellschaften, die sich aktiv an der Energiewirtschaft der EG beteiligen, wollen nun so weit wie möglich versuchen, die expandierende westeuropäische Anreicherungsindustrie mitzuformen. Washingtons Umschwenken von der Diffusion zu „bewährten" Gaszentrifugen-Einheiten bei der nächsten Ausweitung der Anreicherungskapazität unterstreicht die Zuverlässigkeit der Zentrifugentechnologie[7]) und wird es der ERDA ermöglichen, ihre Auftragsbücher für Anreicherungsleistungen wieder zu öffnen. Dies ist einer in einer Reihe von Schritten, die von Washington im Jahre 1977 unternommen wurden, um dem wachsenen Einfluß von ausländischen Anreicherern[8]) und Exporteuren empfindlicher Nukleartechnologie entgegenzuwirken.

6) Jules Gueron, Atomic Energy in Continental Western Europe, „Bulletin of the Atomic Scientists", Juni 1970, S. 67. – Direkte private US-Investitionen in der Bundesrepublik wurden im Jahre 1975 auf 7 Mrd. Dollar geschätzt und sind deutlich ausgeprägt im Bereich der Industrien mit hochentwickelter Technologie. Eine Schlüsselrolle auf dem Atomsektor spielen umfassende Lizenzvereinbarungen zwischen Westinghouse und Siemens über Druckwasserreaktoren sowie zwischen General Electric und der AEG über Verdampfungsreaktoren. Eine Übersicht über das amerikanische Eindringen in die hochentwickelte westdeutsche Reaktorindustrie (Hochtemperaturreaktoren und Schnelle Brüter) findet sich bei W. Solfrian, Wer gehört zu wem in der deutschen Atomindustrie? – in: „Atomwirtschaft", Dezember 1973, S. 571. Diese „starke Beteiligung" erfolgt in erster Linie über Gulf und Babcock and Wilcox.

7) Verschiedene industrielle Anreicherungsgruppen einschließlich der Exxon Nuclear Co. bewerben sich darum, an der neuen Anlage beteiligt zu werden, und verfolgen Pläne für zusätzliche Gaszentrifugen-Demonstrationsanlagen unter Verwendung der nodernen, von der ERDA entwickelten Technologie. In einem der ersten nichtgeheimen Berichte über das Gaszentrifugenprogramm der Atomenergiekommission (AEC) – der Vorläuferin der ERDA – erklärte Frank Baranowski, der Leiter der AEC-Abteilung Produktion und Management, am 5. März 1974 vor dem Gemeinsamen Kongreßausschuß für Atomenergie: „Bei der Analyse von Erklärungen, die vom Management der Urenco (der Troika-Organisation für Anreicherungsverkäufe) abgegeben wurden, sind wir zu der Auffassung gelangt, daß ihre Technologie Hunderttausende von Zentrifugen für Anlagen zur Produktion im großen Maßstab erfordern würde. Die AEC-Technologie, die jetzt das Demonstrationsstadium erreicht hat, wird dagegen nur Zehntausende von Zentrifugen nötig machen, um Anlagen mit einer Kapazität von 9000 Metrischen Tonnen zu bauen." – Die Entwicklung des abgestimmten Lasers hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf neue Methoden der Isotopentrennung unter Verwendung dieses Hilfsmittels gelenkt. Intensive Laborarbeit findet zur Zeit in mehreren Ländern einschließlich der USA statt, wo Exxon eine Laser-Testanlage aufbaut. Das Laserverfahren könnte potentiell durchaus die vollständige Isotopentrennung in einem einzigen Durchgang ermöglichen und ist aus zwei Gründen wichtig: es stellt die hypothetische Drohung dar, daß einige oder alle übrigen Anreicherungsverfahren plötzlich veraltet sind, und es ist sogar noch besser als die Gaszentrifuge dafür geeignet, begrenzte Mengen voll angereicherten Urans herzustellen.

8) Zur Zeit ist die UdSSR der einzige feste Lieferant angereicherten Materials außerhalb der USA. „Die Sowjetunion hat ihre Anreicherungsdienste einer Reihe westlicher Länder und Japan angeboten, und zwar zu Preisen, die etwas unter denen der AEC liegen, und zu Bedingungen, die als flexibler und attraktiver gelten als diejenigen der AEC." Comptroller General of the United States, 1975, S. 3. – Als Datum für die volle Produktionsauslastung der 10 800-Tonnen-Diffusionsanlage der Eurodif ist 1982 geplant.

Die Troika wird beschrieben als Paradigma eines leistungsfähigen und regierungsgeleiteten internationalen Gemeinschaftsprojektes im Bereich des atomaren Brennstoffkreislaufs[9]). Aus ihrer militärischen Elternschaft stammt jedoch der schräge Balken im wirtschaftlichen Wappenschild der Troika. Die Geschichte der Troika selbst sowie Charakter, Führung und Richtung ihrer internationalen Strukturen zeigen, daß es sich bei ihr um weit mehr als eine vorübergehende Erscheinung der industriellen Situation Europas handelt. Über die Standardbegründungen für eine Zusammenarbeit hinaus ermöglicht es die Dreierallianz durch geteilte Risiken während des langwierigen Entwicklungsprozesses, durch einen vergrößerten Operationsmaßstab und durch eine erweiterte technologische Basis[10]) der westdeutschen Industrie, ihr strategisches Ziel einer bodenständigen Anreicherungskapazität zu verwirklichen und jetzt zum ersten Mal die nuklearpolitische Hegemonie der Vereinigten Staaten herauszufordern.

II. Ziele und Struktur der Troika

Urenco/Centec: ein kommerzielles Unternehmen

Verhandlungen zwischen der britischen, der holländischen und der westdeutschen Regierung begannen formell in Den Haag am 25. November 1968[11]), und mit der Almelo-Vereinbarung vom 4. März 1970 wurde die Troika gegründet[12]). In Art. I.2 verpflichten sich die drei Staaten, „die Anreicherung von Uran im Gaszentrifugen-Verfahren zu fördern, entsprechende Anlagen zu betreiben und dieses Verfahren anderweitig auf einer kommerziellen Basis zu nutzen". Die Parteien kommen weiter überein, „die Integration ihrer Forschungs- und Entwicklungsbemühungen" auf dem Zentrifugensektor „zu fördern, um eine konkurrenzfähige Position im Hinblick auf andere Quellen für angereichertes Uran zu erringen und aufrecht zu erhalten" (Art. I.4). Die Troika wird damit nach kommerziellen Profitprinzipien geführt.

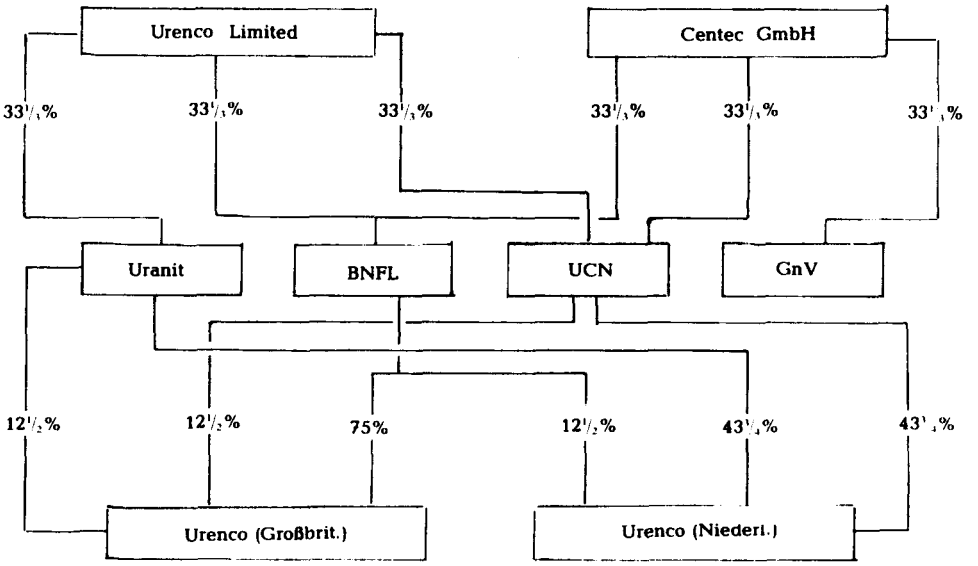
Die Dreierzusammenarbeit wurde juristisch wirksam mit der Gründung der beiden in Art. I.2 geforderten „gemeinsamen Industrieunternehmen": der Centec (Gesellschaft für Centrifugentechnik mbH) zum Bau von Industrieanlagen, die im Juli 1971 nach westdeutschem Recht in Bensberg bei Köln ins Leben gerufen wurde, und der Urenco Ltd, die im August 1971 als die Anreicherungsanlage der Troika mit Marlow, Buckinghamshire, als Sitz der Fir-

9) C. Allday, International Co-Operation in the Supply of Nuclear Fuel Cycle Services. Arbeitspapier, vorgelegt auf der Internationalen Konferenz über die Kernenergie und ihren Brennstoffzyklus, Salzburg, 2.–13. 5. 1977. Mr. Allday ist Geschäftsführer der British Nuclear Fuels Ltd. und Direktionsmitglied der Urenco.
10) Allday, 1977.
11) „Hansard" v. 22. 11. 1968, Sp. 352.
12) Agreement Between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands on Collaboration in the Development and Exploitation of the Gas Centrifuge Process for Producing Enriched Uranium, Cmnd. 4315. Almelo, 4. 3. 1970. (Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung von angereichertem Uran). – Die weiteren Schritte wurden prompt erledigt, und innerhalb von 16 Monaten war das Abkommen von allen drei nationalen Parlamenten ratifiziert. Mir ist keine offiziell veröffentlichte Begründung bekannt, warum die drei Parteien sich entschlossen, das Abkommen einen Tag vor dem Inkrafttreten des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu unterzeichnen.

menleitung gegründet wurde [13]). Centec und Urenco werden von einem Gemeinsamen Ausschuß „verbunden und beaufsichtigt", dem je ein Vertreter der drei Staaten angehört; der Vorsitz wechselt jährlich der Reihe nach, und der Ausschuß muß alle seine Entscheidungen einstimmig treffen (Art. II.2). Die Leitungen von Centec und Urenco unterstehen gemeinsam einem einzigen Hauptgeschäftsführer. Während der ersten zehn Jahre kann das Almelo-Abkommen nur durch einstimmigen Beschluß der vertragschließenden Parteien aufgehoben werden (Art. XVI), nach März 1980 jedoch „kann jede der vertragschließenden Parteien ein Jahr nach einer entsprechenden schriftlichen Erklärung sich aus dem Abkommen zurückziehen" (Art. XV).

Großbritannien und die Niederlande sind in der Centec und der Urenco durch die British Nuclear Fuels Ltd (BNFL) bzw. die Ultra-Centrifuge Nederland NV (UCN) vertreten. Die westdeutsche Vertretung in der Centec ist die Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik mbH (GnV), in der Urenco ist es die Uran-Isotopentrennungs GmbH (Uranit). Wie in Schaubild 1 dargestellt, hat jede nationale Vertretung in Centec und Urenco ein Drittel der Anteile.

Schaubild 1
Urenco/Centec – Grundlegende Organisation



13) Die Hauptaufgaben der Centec sind:
(a) die „gesamte" Zentrifugenforschung und -entwicklung in den drei Ländern zu integrieren sowie das künftige integrierte Forschungs- und Entwicklungsprogramm „zu koordinieren und zu kontrollieren";
(b) „Zentrifugen und auf der Verwendung von Gaszentrifugen basierende Anreicherungsanlagen auf Bestellung ihrer Abnehmer zu planen und zu errichten, insbesondere für Urenco Ltd."
Die Urenco ist unter anderem damit befaßt,
(a) die drei anfänglichen „nationalen" Zentrifugen-Pilotanlagen zu erwerben und zu betreiben, die von Großbritannien in Capenhurst und von den Niederlanden und der BRD in Almelo errichtet wurden, sowie künftige Zentrifugen-Anreicherungsanlagen zu planen, zu erwerben, einzurichten und zu kontrollieren;
(b) Anreicherungsleistungen auf Gebührenbasis zu verkaufen;
(c) ein integriertes Forschungs- und Entwicklungsprogramm über den Betrieb von Zentrifugen-Anreicherungsanlagen durchzuführen.

Unter Ausnutzung der beim Zentrifugenverfahren gegebenen flexiblen Größenordnung, die den Bau von Industrieanlagen in relativ kleinen, steuergünstigen Abschnitten mit wenig Bedarf an elektrischer Energie ermöglicht, wobei die Abschnitte als Modul-Prototypen künftiger Anlagenerweiterungen dienen können, sieht Art. II.6 des Almelo-Abkommens die Einrichtung einer anfänglichen Jahresgesamtkapazität von 350 Tonnen Trennleistung vor[14]). Drei Pilotanlagen zur Zentrifugen-Anreicherung, die im Rahmen der drei verschiedenen „nationalen" Programme für Zentrifugentechnologie gebaut wurden, befinden sich im Besitz der Urenco: die nach britischen Plänen gebaute Anlage bei Capenhurst und die nach holländischen und westdeutschen Plänen gebauten Anlagen in Almelo[15]). Der Bau von zwei Demonstrationsanlagen mit 200 Tonnen Kapazität in Capenhurst und Almelo, in denen „die besten Konstruktionseigenschaften der nationalen Anlagen" verwirklicht werden sollen, ist vorgesehen und soll 1979 abgeschlossen sein, während das Zieldatum für das Erreichen einer Kapazität von 2000 Tonnen in die Mitte der 80er Jahre fällt.

Art. III.1 des Almelo-Abkommens legt folgendes fest: „Die gemeinschaftlich arbeitenden Industrieunternehmen sollen ihre größten Anstrengungen unternehmen, um allen Aufträgen für Leistungen zur Urananreicherung nachzukommen, die ihnen von Abnehmern im Territorium einer der vertragschließenden Parteien erteilt werden, unabhängig davon, ob die Erfüllung derartiger Aufträge die Einrichtung neuer Anreicherungskapazitäten erforderlich macht oder nicht. Die gemeinschaftlich arbeitenden Industrieunternehmen sollen jedoch verpflichtet sein, solche Aufträge der jeweils betroffenen vertragschließenden Partei zu erfüllen, wenn Einheiten innerhalb ihres Territoriums sich bereiterklären, diejenigen Anteile der zusätzlich benötigten Finanzierung zu übernehmen, die nicht von den gemeinschaftlich arbeitenden Industrieunternehmen und den übrigen vertragschließenden Parteien bestritten werden."

Die Troika hat eine Anzahl langfristiger Verträge abgeschlossen über Dienstleistungen zur Urananreicherung, die von den zukünftigen Anlagen in Capenhurst und Almelo für westeuropäische Einrichtungen erbracht werden sollen, wobei sich die künftigen Gesamtverpflichtungen auf rund 26 000 Tonnen belaufen[16]). (Siehe auch Kapitel III über die Verhandlungen der Urenco mit

---

14) Die holländische Regierung war zu Beratungen mit dem Parlament gezwungen, bevor die jährliche Trennungskapazität der Troika 350 Tonnen übersteigen konnte. Verhandlungen der Zweiten Kammer, 3. März 1971, Gesetzentwürfe 10733 und 10469, S. 3127, rechte Spalte. Die „Almelo-Krise" begann im November 1976, als es im Koalitionskabinett des Premiers Den Uyl zu Opposition gegenüber einer Ausweitung der Almelo-Kapazität über 350 Tonnen hinaus kam (s. Kapitel IV).

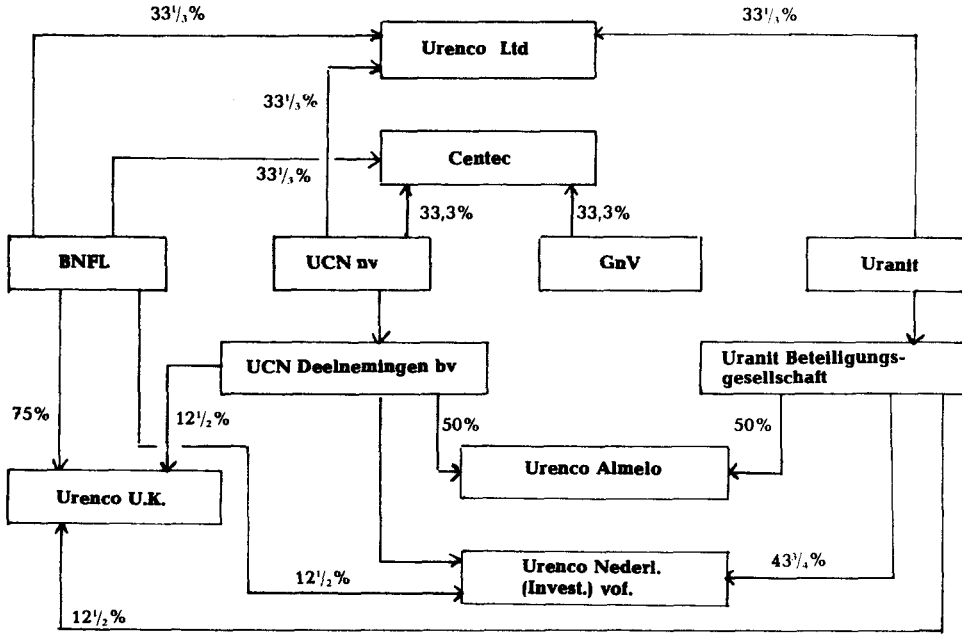
15) In der holländischen Anlage auf 2,8% angereichertes Uran wurde zu Brennelementen verarbeitet und im Jahre 1974 im Kernkraftwerk Dodewaard verwendet. Dabei handelte es sich wahrscheinlich um die erste außerlabormäßige Herstellung angereicherten Urans außerhalb der Atomwaffenstaaten, und es war das erste im Zentrifugenverfahren angereicherte Uran, das zur Beschickung eines Kraftwerks benutzt wurde. Zusammenfassender Tätigkeitsbericht Juli 1973 – Juli 1974, Reaktorzentrum der Niederlande. – Urenco hat außerdem an die britische Atomenergiebehörde Material für die SGHWR- und AGR-Reaktoren geliefert.

16) Die Euratom-Versorgungsagentur hat eine Liste aufgestellt, in der die vier Lieferanten von Lohnanreicherungsdiensten an Energieproduzenten in der EG zusammen mit der Anzahl der im Jahre 1975 abgeschlossenen Lieferverträge wie folgt angeführt werden: Urenco 10, ERDA 9, Eurodif 3 und Techsnabexport (UdSSR) 2. Jahrbuch der Atomwirtschaft 1977, S. 18. – Der am 20. Juli 1976 veröffentlichte Annual Report der BNFL stellte jedoch fest: „Nach intensiver Marketing-Aktivität in den Jahren 1974 und 1975, in denen . . . die Urenco sich Auf-

Brasilien.) Artikel III ermöglicht es einem beteiligten Staat, wenn er mit Verzögerungen im Zeitplan der Troika unzufrieden ist, durch geeignete finanzielle Aufwendungen eine Vergrößerung der Anreicherungskapazität der Urenco durchzusetzen. Dadurch wird die Möglichkeit der Zentrifugenanreicherung durch Uranit in Westdeutschland eröffnet (siehe Kapitel IV).

Zwei neue Troika-Gesellschaften wurden im Jahre 1974 etabliert: Urenco UK für die Anlage in Capenhurst unter Leitung der BNFL und Minderheitsbeteiligung von UCN und Uranit, sowie Urenco Nederland für die Anlage in Almelo unter Leitung von UCN und Uranit und einer Minderheitsbeteiligung der BNFL[17]). Die ausgedehnte Hierarchie ist in Schaubild 2 schematisch dargestellt.

Schaubild 2
Die Almelo-Hierarchie



träge für rund 26 000 Tonnen Trennarbeit sicherte, hat sich in einer Reihe von Ländern eine Verlangsamung beim Bestellen von Kernkraftwerken ergeben und damit auch ein Rückgang auf dem Auftragsmarkt für Lohnanreicherung." „Atom", September 1976, S. 244.

17) Die Aktienmehrheit der Urenco in Höhe von 75% ist im Besitz der BNFL; UCN und Uranit verfügen jeweils über eine Minderheit in Höhe von 12,5%. Urenco Nederland ist im Besitz neuer Tochtergesellschaften von UCN und Uranit (wobei jede Tochtergesellschaft über 43,75% verfügt), eine Aktienminderheit von 12,5% befindet sich im Besitz der BNFL. Zwischen die Muttergesellschaft UCN und Urenco Nederland wurde die UCN Deelnemingen BV (UCN-Beteiligungsgesellschaft) eingefügt, ebenso zwischen Uranit und Urenco Nederland die Uranit Beteiligungsgesellschaft mbH. Der Bau der 200-Tonnen-Anlage in Almelo erfolgt durch die Urenco Almelo BV, ein partnerschaftliches Unternehmen, an dem UCN Deelnemingen und die Uranit Beteiligungsgesellschaft zu je 50% beteiligt sind. Eine Deelnemingen BV hat große Ähnlichkeit mit einer Holding-Gesell-

Viertländer

Durch Art. IX des Almelo-Abkommens ist die Troika ermächtigt, „Abkommen abzuschließen zur Zusammenarbeit mit europäischen oder anderen Staaten oder internationalen Organisationen". Dieser Artikel schreibt vor, daß „jeder Vorschlag zum Abschluß eines Abkommens dieser Art vom Gemeinsamen Ausschuß zu berücksichtigen ist". 1973 gründeten Urenco und Centec die Vereinigung für Zentrifugenanreicherung (Association for Centrifuge Enrichment – ACE), der achtzehn Organisationen als Mitglieder angehören. Zu ihnen gehörten nationale und private Kernenergie-Unternehmen und Banken aus 12 verschiedenen Ländern [18]). Die ACE untersuchte verschiedene Aspekte der Nutzung von Zentrifugenanlagen – einschließlich Technologie, Bau und Finanzierung – und erarbeitete ein Planungsschema für den Bau einer 1000-Tonnen-Zentrifugen-Anreicherungsanlage im Jahre 1980 [19]). „Weil die Zentrifugentechnologie für die heimliche Herstellung atomarer Waffen verwendet werden könnte", erklärte Troika, geheime Informationen könnten Organisationen außerhalb der drei Mitgliedsländer nur dann zugänglich gemacht werden, wenn ein Sicherheitssystem, das dem von Urenco/Centec „vergleichbar" sei, bestehe oder eingeführt werde und ein bilaterales Abkommen zwischen der vierten Regierung und den drei Troika-Regierungen in Kraft sei und die betreffende Organisation mit umfasse [20]). Das formelle Arbeitsprogramm der ACE endete mit der Herausgabe ihres *Abschließenden Berichts,* die Troika sieht jedoch einer Entwicklung entgegen, nach der die an der ACE

---

schaft. Zu Beginn des Jahres 1976 wurde noch eine weitere Zwischenfirma geschaffen, die Urenco Nederland Operations BV, die sich jeweils zu 50% im Besitz von UCN und Uranit befindet. Wie Dr. Peter Boskma und seine Mitautoren anmerken, hat das schlecht informierte holländische Parlament die besitzmäßige und militärische Geheimhaltung, die das Gaszentrifugenprojekt umgibt, niemals durchdringen können, und seine Rolle wurde im wesentlichen darauf beschränkt, das Almelo-Abkommen zu ratifizieren und für die Aktivitäten der UCN die entsprechende Gesetzgebung zu gewährleisten. Die Verfasser kommentieren die Reorganisation der Troika folgendermaßen: „Urenco Nederland ist eine Gesellschaft, die nur auf dem Papier steht, und das gleiche trifft auf UCN Deelnemingen und die Uranit Beteiligungsgesellschaft zu. Mit dem Bau der Anlage wird die Urenco Almelo BV beauftragt, eine Tochtergesellschaft der UCN Deelnemingen und der Uranit Beteiligungsgesellschaft, die auch das Verwaltungspersonal einstellen wird. Die von Anfang an undurchsichtige Dreierorganisation ist auf diese Weise noch verwickelter und darüber hinaus noch weniger kontrollierbar geworden, und zwar dank der Einführung von nur auf dem Papier stehenden *geschlossenen* Gesellschaften (besloten venootschappen, BVs), die nicht zur Veröffentlichung eines Jahresberichts verpflichtet sind. Deshalb scheint die beiläufige Art und Weise, in der die Regierung im Jahre 1971 die Offenheit der die UCN betreffenden finanziellen Abmachungen verteidigte, wenig gerechtfertigt zu sein . . . Im Hinblick auf die – auch für das Parlament – zunehmende Kompliziertheit der Anreicherungsorganisation ist es sicherlich bemerkenswert, daß diese organisatorischen Veränderungen nicht im Parlament diskutiert wurden." Peter Boskma/Wim Smit/Gerard de Vries, Uranium Enrichment: History, Technologies, Market. Enschede (Twente Technical University), 17. Juni 1975, S. 122. Hervorhebung im Original. – Die Jahresberichte von Ultra-Centrifuge Nederland NV sind Verschlußsachen und nur Aktionären sowie Regierungsbehörden in ihrer offiziellen Eigenschaft zugänglich.

18) Urenco und Centec nahmen jeweils 25% bzw. 10% Aktien auf, während die übrigen Mitglieder die restlichen 65% zu gleichen Teilen übernahmen. Sie werden im Final Report der ACE, Teil 1, Zusammenfassung (Juli 1974), folgendermaßen angegeben: Australien: Australian Atomic Energy Commission – Belgien: Syndicat Belge pour la Séparation Isotopique – Brasilien: Comissão Nacional de Energia Nuclear – Kanada: Brinco Limited, Eldorado Nuclear Limited – Frankreich: Commissariat à l'Energie Atomique – Westdeutschland: Centec Gesellschaft für Centrifugentechnik mbH, Dresdner Bank – Italien: Agip Nucleare SpA, Comitato Nazionale Per L'Energia Nucleare – Japan: Enrichment Survey Committee of the Central Research Institute of Electric Power Industry – Niederlande: Bank Mees en Hope NV – Spanien: Empresa Nacional del Uranio SA – Schweden: AB Atomenergi, Svensk Kärnbränsleförsörjning AB – Großbritannien: Kleinwort Benson Ltd, S. G. Warburg and Co Ltd, Urenco Ltd.
Die Einbeziehung von vier Handelsbanken (zwei britischen, einer holländischen und einer westdeutschen) ist bezeichnend. Kleinwort Benson ist seit langem an der Finanzierung atomarer Brennstoff-Dienstleistungen beteiligt, Warburg und Nees en Hope sind jedoch Neulinge auf dem Kernsektor. Die Bank Nees en Hope ging im Dezember 1975 in der Algemene Bank Nederland auf. Zur Dresdner Bank s. Kapitel III.

19) Final Report, Teil 1, Zusammenfassung.

20) Ebd.

beteiligten Organisationen eines Tages Geschäftspartner bei der Zentrifugennutzung sein könnten[21]).

Bemerkenswert unter den Mitgliedern der ACE war der Überwachungsausschuß für Anreicherung aus Japan, wo die Industrie in der Urananreicherung sehr aktiv ist[22]). Neuerungen wurden erreicht, insbesondere bei der Anwendung karbonfiberverstärkten Kunststoffs für die Rotoren von Gaszentrifugen (s. Kapitel V).

III. Bundesrepublik Deutschland

Vom Staat unterstützte Privatwirtschaft

Die Unterstützung der Kernforschung und -technologie durch die Bundesregierung ist „massiv und überproportioniert"[23]). Die weitreichenden organisatorischen und persönlichen Verbindungen zwischen den westdeutschen Anreicherungsgesellschaften und dem Staat und parastaatlichen Gremien der Infrastruktur wurden sichtbar, als die Troika 1971 ihre Demonstrationsphase begann.

Die Gründungsunternehmen der Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik (GnV) sind Interatom und MAN, von denen jede einen Anteil von 50% innehat[24]). Der Maschinenbaukonzern Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN), ein führendes Unternehmen der Branche Strahltriebwerke und Schiffsantriebe, ist die größte Gesellschaft der Gruppe Gutehoffnungshütte im Schwermaschinenbau. Der Hauptbestandteil einer Zentrifuge ist der Rotorzylinder; er wird hergestellt in einer Rotorenfabrik, die sich entweder auf dem Gelände der Anreicherungsanlage befinden oder unabhängig davon betrieben werden kann. Die Zentrifugenrotoren für die Pilot-Anreicherungsanlage der Uranit in Almelo wurden in München von MAN in Serie hergestellt[25]), und der „spektakuläre Anstieg" der Trennkapazität bei den von MAN gebauten Rotormodellen seit 1968 wird als „der entscheidende Durchbruch" in Richtung auf die industrielle Anreicherung gewertet[26]).

Die Internationale Atomreaktorbau GmbH, Bensberg (Interatom) ist aktiv in den Bereichen Planung, Entwicklung und Bau von Kernreaktoren zur Ener-

---

21) C. Allday und R. B. Kehoe, Urenco-Centec Progress and Plans. Arbeitspapier, vorgelegt auf der Internationalen Konferenz über Uran-Isotopentrennung, London, 5.–7. März 1975. – Der Export von Anreicherungstechnologie der Troika wird aktiv in Erwägung gezogen. D. Aston und E. Raetz, Status of the Urenco/Centec Centrifuge Project and Advantages of the Process. Arbeitspapier, vorgelegt auf der Internationalen Konferenz über die Kernenergie und ihren Brennstoffzyklus, Salzburg, 2.–13. Mai 1977.

22) Über seine Verbindungen zu den internationalen Vorgängen auf dem Anreicherungssektor s. Stephen Salaff, Gas Centrifuge Technology in Japan, „Petroleum News" (Hongkong), September 1975, S. 23–25.

23) Josef Rembser, The Role of Government in the Promotion and Transfer of Technologies. Arbeitspapier, vorgelegt auf der Iranischen Konferenz über die Weitergabe atomarer Technologie, Schiras, 10.–14. April 1977. Dr. Rembser vertritt das Bundesministerium für Forschung und Technologie.

24) Die Gründungsmitglieder der GnV Anfang des Jahres 1971 waren Interatom, MAN, Dornier GmbH und ERNO Raumfahrttechnik GmbH, jeweils zu 25% beteiligt. Die beiden Flugzeug- und Raumfahrtunternehmen schieden kurz danach aus.

25) In auffallender Parallele zu chemischen Aufbereitungsanlagen, deren Vergrößerung eher eine Frage der Steigerung in der Größe von Maschinen und Apparaten als einer Vervielfachung der Anzahl von Produktionseinheiten ist, können mehrere hunderttausend Zentrifugenrotoren erforderlich sein, um eine annehmbare Leistung der Anlage zu erzielen.

26) Hans Mohrhauer, Enriching Europe with the Gas Centrifuge, „New Scientist", 5. Oktober 1972, S. 14. Dr. Mohrhauer gehört zur Leitung der Uranit.

gieerzeugung und Schiffsantrieben wie z. B. der atomaren Energiequelle für den Dampfantrieb des Schiffes „Otto Hahn" oder des Schnellen Brüters der SNR in Kalkar. Interatom entwickelte und baute die Gaszentrifugen-Versuchskaskade des Kernforschungszentrums in Jülich im Jahre 1970. Die Kraftwerk Union (KWU), Muttergesellschaft der Interatom, befindet sich im Besitz des Elektrotechnik-Giganten Siemens AG[27]). Siemens war der Lizenznehmer für Europa für den Westinghouse-Druckwasserreaktor, bis Westinghouse die Lizenz aufhob, als die KWU gegründet wurde. Die KWU strebt trotz harter US-Konkurrenz danach, der westdeutschen Industrie einen größeren Anteil am weltweiten Reaktormarkt zu erobern[28]), und da das Angebot von Dienstleistungen mit angereichertem Uran lebenswichtig für das Geschäft mit Leichtwasserreaktoren ist, wird ihre Position als Lieferant des integrierten technischen Potentials für den Bau vollständiger Kernenergiesysteme durch die Zugehörigkeit der Interatom zur Troika in hohem Maße gestärkt[29]).

„Aus den Trümmern der IG Farben"

Die Uran-Isotopentrennungs-Gesellschaft mbH (Uranit) in Jülich, die westdeutsche Komponente in der Urananreicherungs-Organisation Urenco, ist verantwortlich für das Entwicklungs-, Demonstrations- und Kommerzialisierungsprogramm der Bundesrepublik für Gaszentrifugen. Uranit ist ein partnerschaftliches Unternehmen von Hoechst (20%), Nukem (40%) und Gelsenberg (40%).

---

27) Die US-Industrie war bei Interatom direkt vertreten, bis Siemens im Jahre 1969 sämtliche Aktien übernahm, die sich im Besitz von North American Rockwell befanden. Die neuen Partner waren Siemens mit 60%, Demag mit 20 und die Deutsche Babcock and Wilcox mit 20%, aber auch dann noch war der Einfluß seitens der amerikanischen B & W spürbar. Eine echte Tochtergesellschaft der KWU wurde Interatom erst später. Nach über zwei Jahren zähflüssiger Verhandlungen erwarb Siemens im Januar 1977 den 50%-Anteil der KWU-Gründungsaktien, der sich im Besitz der AEG, des anderen Elektrogiganten, befand, und zwar für 618 Mio. DM. Der Jahresbericht 1974–75 von Siemens betont, AEG habe große Risiken in Verbindung mit Aufträgen für Verdampfungsreaktoren in die Firma eingebracht.

28) Unter Anpreisung der „tüchtigen KWU-Zweiggesellschaft Allis-Chalmers Power Systems Inc" wurde im Jahresbericht 1972 der KWU mitgeteilt, die Allis-Chalmers Corp habe „die Verkaufsorganisation und die KWU das technische Know-how eingebracht, (und) der Versuch, es mit den größten Kraftwerkträgern der Welt in ihrem eigenen Lande aufzunehmen, hat sich bislang als erfolgreich erwiesen . . . Insgesamt stehen Einheiten von über 5000 MW für Stromversorgungseinrichtungen in den USA zur Verfügung". – Der von der Tokyo Electric Power Co beabsichtigte Erwerb von Soft- und Hardware für Uranbrennstäbe von der Kraftwerk Union „gilt als Beispiel für den erfolgreichen Versuch der KWU, auf den japanischen Kernreaktormarkt vorzudringen, und zwar unter Ausnutzung einer Reihe technischer Defekte an amerikanischen Atomreaktoren, die von japanischen Elektroenergie-Unternehmen betrieben werden". Tokyo Electric Power Orders Fuel Rod Devices From KWU, Japan Economic Journal, 4. 1. 1977, S. 14, und: Tokyo Electric Will Give Up Sole Reliance on GE, Japan Economic Journal, 7. 6. 1977, S. 4.

29) Das Abkommen von 1975 zwischen der BRD und Brasilien sieht den Bau von acht Druckwasserreaktor-Einheiten des KWU-Standardtyps vor, davon jede mit einer Leistung von 1300 MW. Vertreter der Westinghouse Electric Corp enthüllten am 18. Juli 1975 vor dem US-Senat, ihre Gesellschaft, die 1971 die erste mit Kernkraft betriebene Station zur Stromerzeugung nach Brasilien exportierte, habe im Jahre 1973 Verhandlungen mit Brasilien begonnen, bei denen es um den zusätzlichen Verkauf von Kernkraftwerken, die Lizenzerteilung für die Herstellung von Kernbrennstoff und für die Ausrüstungstechnologie von Kernkraftwerken, sowie um Unterstützung bei der Entwicklung einer Anlage zur Herstellung schwerer Einzelteile gegangen sei. Die amerikanische Regierung war jedoch nicht in der Lage, die Belieferung mit angereichertem Uran zu garantieren, und Brasilien optierte daher für das westdeutsche Angebot eines Brennstoffkreislaufs. *Nonproliferation Issues*, Hearings Befor the Subcommittee on Arms Control, International Organisations and Security Agreements, Senate Committee on Foreign Relations, 1975–76, Washington, D.C. (US Government Printing Office) 1977, S. 125. – Zum Dienstleistungsvertrag Brasiliens mit der Troika zur Urananreicherung siehe weiter unten. – Aufgrund der Kernenergie-Vereinbarung vom 4. Juli 1976 zwischen der BRD und dem Iran übernahm die KWU die Lieferung von zwei schlüsselfertigen Druckwasserreaktor-Einheiten zu je 1300 MW. „Der Vertrag kommt dem Wunsch des Iran nach einer garantierten Brennstoffquelle durch die Zusage entgegen, daß die KWU Brennelemente herstellt und angereichertes Uran für die Anfangsbeschickung sowie für zehn weitere Beschickungen liefert". „Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung", Bonn, 4. 8. 1976, S. 2.

Die Hoechst AG in Frankfurt ist eine der drei großen „Nachfolgefirmen" der IG Farbenindustrie, des im Dezember 1925 gegründeten Chemie-Kartells. Als größte Anhäufung industrieller Stärke und militärischer Bereitschaft, die jemals unter der Leitung einer einzigen kleinen Gruppe von Männern zusammengefaßt war, hatte die IG enge Beziehungen zur gesamten deutschen Schwerindustrie, die im Laufe der Jahre immer bindender wurden, und beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs standen die IG Farben im Mittelpunkt der internationalen Kartellstruktur. Kriegsverbrechen der IG bewogen die US-Militärregierung zu der feierlichen Erklärung:

„Das in den im Besitz oder unter Kontrolle der IG Farbenindustrie AG stehenden Industriezweigen verkörperte Kriegspotential stellt so lange eine Hauptbedrohung des Friedens und der Sicherheit der Nachkriegswelt dar, wie sich solche Industrien noch unter der Kontrolle Deutschlands befinden."[30])

Obwohl die Mammut-*„Interessengemeinschaft"* nach geographischen Gesichtspunkten „entflochten" wurde, haben die Einzelumsätze von Hoechst, BASF und Bayer, von denen jede inzwischen die IG übertrifft, diese Unternehmen unter die sechs größten westdeutschen Firmen aufsteigen lassen. Die drei sind miteinander verbunden durch Beteiligung an Tochtergesellschaften, und ihre Vertreter sitzen an führender Stelle im Präsidium des Verbandes der Chemischen Industrie und stehen an der Spitze seiner Arbeitsausschüsse.

In dem ausgedehnten Netz nuklearchemischer Unternehmen, das von den IG-Farben-Nachfolgern gebildet wird, steht die Nuklear-Chemie und -Metallurgie GmbH (Nukem) an hervorragender Stelle, deren größter Aktionär die Degussa AG (Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt) ist[31]), seit über hundert Jahren größter und wichtigster deutscher Edelmetallproduzent und durch die Verschiedenartigkeit seiner industriellen Spezialisierungen geradezu „prädestiniert" für nukleare Betätigung[32]). Die Degussa erwarb ihre ersten nuklearchemischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, als sie das gesamte Uranmetall lieferte, das für die deutschen Anstrengungen auf dem Gebiet der Urananreicherung gebraucht wurde[33]). In der Folgezeit schmolz die Degussa die ersten Uran-Brennstäbe der Bundesrepublik, für die das Erz von der Flick-Gruppe entgegen den Besatzungsbestimmungen geschürft wurde[34]). Die Degussa übernahm dann zusammen mit der AEG die Führung bei

30) Allgemeiner Befehl Nr. 2, zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung; Blockierung und Kontrolle von Eigentum; erlassen von der Militärregierung für Deutschland, Amerikanische Zone, am 5. 7. 1945. Zit. in: Office of Military Government for Germany (US), Property Control: History, Policies, Practices and Procedures of the United States Area of Control, Germany; November 1948, S. 48.

31) Die Gründer der Nukem im Jahre 1960 waren Degussa, Metallgesellschaft, Rio Tinto-Zinc und Mallinckrodt Inc, ein angesehenes Unternehmen der Chemieindustrie in St. Louis, Missouri. Mallinckrodt schied 1964 aus, und die Nukem-Aktionäre sind jetzt die Degussa mit 45%, der mächtige Stromerzeuger Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) mit 25%, Rio Tinto-Zinc European Holdings Ltd mit 18% und die Metallgesellschaft AG mit 12%.

32) Degussa sieht große Möglichkeiten auf dem Atomenergiegebiet „Atomwirtschaft", Februar 1956, S. 85.

33) Irving, S. 82. „Zu dem Zeitpunkt, als Fermis Reaktor in Chicago Geschichte machte, hatte die Frankfurter Fabrik der Degussa über sieben und eine halbe Tonne Uranmetall hergestellt, und 99% davon waren den deutschen Atomwissenschaftlern zur Verfügung gestellt worden" (S. 83). Die Umwandlung von metallischem Uranoxyd in UF_6, das Gas, mit dem man bei der Zentrifugenanreicherung arbeitet, wurde in der IG-Farben-Fabrik Leverkusen durchgeführt. Irving, S. 47, 55.

34) Erstes deutsches Uran feierlich ausgehändigt, „Atomwirtschaft", Dezember 1956, S. 428. – Der Industrielle und frühe Förderer der Nazibewegung Friedrich Flick organisierte 1950, als er noch wegen begangener Kriegs-

der Herstellung von Brennelementen für alle Typen von Kernreaktoren. Der entscheidende Fortschritt in der Konzipierung der Zentrifugenforschung und -entwicklung, die Zippe-Zentrifuge, wurde 1957 für Degussa patentiert und von der Firma anschließend praktisch verwirklicht (s. Anm. 4). Die Entwicklung wurde dann in den 60er Jahren im Kernforschungszentrum Jülich unter der wissenschaftlichen Leitung des Degussa-Metallurgen und Spezialisten für Brennelemente Dr. Alfred Boettcher bis in die vorindustrielle Phase vorangetrieben. Die Aktienbeteiligung der Nukem in allen Bereichen des nuklearen Brennstoffkreislaufs verstärkt jetzt die zentrale Rolle der IG Farben-Nachfolger innerhalb der Troika[35]).

Auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung verwendeten Brennstoffs sind Nukem, Hoechst und Gelsenberg, die das Uranit-Trio bilden, Partner von Bayer in der Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die im Jahre 1964 gegründet wurde, um die Pilotanlage für chemische Wiederaufbereitung zu übernehmen, die auf Staatskosten im Kernforschungszentrum Karlsruhe gebaut worden war. Die Karlsruher Wiederaufbereitungsanlage (der auch noch eine kommerzielle Wiederaufbereitungsanlage folgen soll) hat den Brennstoffzyklus im Inland für natürliches Uran geschlossen, während – abgesehen von der grenzüberschreitenden Aktivität – die Tätigkeit der Uranit in Almelo eine wichtige Zielvorstellung im Energieprogramm der Bundesrepublik erfüllt: die Schließung des Brennstoffzyklus für angereichertes Uran.

Die Metallgesellschaft AG Frankfurt, Miteigentümerin der Nukem, ist bekannt für Abbau, Aufbereitung und Schmelzen von Erzen, und der Metallausstoß aus den unter ihrer Kontrolle stehenden Schmelzhütten erreicht fast die Hälfte der gesamten westdeutschen Produktion von Nichteisenmetallen. Die Metallgesellschaft schürft und liefert Uranerz aufgrund ihrer Drittelbeteiligung an der Urangesellschaft mbH in Frankfurt (mit Gelsenberg und Steag, die gleichfalls über jeweils 33,3% Anteile verfügen), deren über dreißig internationale Uranprojekte finanziell und politisch von Bonn garantiert werden. Die Metallgesellschaft-Gruppe liefert ein erhellendes Beispiel für die technologische Reichweite, Herstellungskapazität und globale Vielfalt der Konzerne im Kartellsystem. Historisch und industriell mit IG Farben und Degussa verbunden, brachte die Organisation der Metallgesellschaft die aus dem Uranprojekt des Dritten Reiches stammende Gaszentrifugenforschung mit dem frühen Atomprogramm der Bundesrepublik zusammen[36]). Es wird

---

verbrechen im Gefängnis saß, die heimliche Prospektion des Fichtelgebirges nordöstlich von Nürnberg durch die bayerischen Stahlwerke Maximilianshütte AG, und zwar „zusammen mit dem Leiter der US-Sektion der alliierten Sicherheitsabteilung in Berlin, Mr. Kelly". Ebd.

35) Zu den Tochtergesellschaften der Nukem, die Brennstoffelemente herstellen, gehören:

Alkem, Karlsruhe (Plutonium-Brennstoff für schnelle Brutreaktoren und Leichtwasserreaktoren)	Nukem 40% und KWU 60%
Hochtemperaturreaktor-Brennelement, Hanau Brennstoff für Hochtemperaturreaktoren)	Nukem 100%
Reaktor-Brennelement Union, (Hanau (Umwandlung von Uranhexafluorid in Urandioxyd und Herstellung von Brennstoff für Leichtwasserreaktoren)	Nukem 30%, KWU 50% und General Electric 20%

36) Der Vorkriegsvorsitzende des MG-Aufsichtsrats, Richard Merton, Repräsentant einer alten führenden Industriellenfamilie mit engen Verbindungen zur British Metal Corp, übernahm im Geschäftsjahr 1948–49 wiederum den Vorsitz. Im September 1949 wurde Merton zum Vorstandsvorsitzenden des Stifterverbandes für die

noch gezeigt werden, daß die Herrschaft des Clans IG Farben-Degussa-Metallgesellschaft über den Forschungs- und Entwicklungsprozeß mit der Gründung der Uranit noch weiter gefestigt wurde.

Schaubild 3[36a]) (s. S. 1092/1093) zeigt die fünf Firmen, zu denen GnV und Uranit gehören, in gestrichelten Kästen unterhalb der Muttergesellschaften. Die Beziehungen zwischen den Firmen werden durch Verbindungslinien angedeutet: durchgehende Linien bedeuten Beteiligungen von 50% und mehr, gestrichelte Linien Minderheitsbeteiligungen. Persönliche Vertreter, die von der Degussa und den früheren Vereinigten Stahlwerken in die Troika eingebracht wurden, sind durch gestrichelte Pfeillinien markiert, die jeweils zu Urenco und Centec führen.

Die Hauptbesitzverhältnisse und die persönlichen Beziehungen zwischen den Troika-Gesellschaften und beweglichem Finanzkapital werden in der oberen Hälfte des Schaubildes deutlich. Die IG Farben finanzierte sich trotz ihrer beherrschenden Größe nicht selbst und war eng mit der Deutschen Bank liiert. Nach 1945 intensivierte der Chemie/Metall-Komplex seine Verbindungen zu den beiden anderen großen Privatbanken, der Dresdner Bank und der Commerzbank[37]).

Sechs Männer in Schlüsselpositionen, von denen jeder in der Aufstellung mindestens zweimal auftaucht, sitzen an den Schalthebeln der Farben-Degussa-Metallgesellschaft: Boettcher, Prentzel, Richter, Sammet, Schimmelbusch und Winnacker. Die Wissenschaftler Boettcher, Schimmelbusch und Winnacker sind Leitende Angestellte aus der IG Farben oder der Degussa, die auf Spitzenposten bei der Deutschen Atomkommission gelangt sind und beherrschende Positionen in der atomaren Brennstoff-Hierarchie innehaben. Alfred Boettcher war von 1948 bis 1960 Metallurg bei der Degussa und wurde Spezialist für Brennstoffelemente von Hochtemperatur- und Schiffsreaktoren. Von 1960 bis 1970 war er Wissenschaftlicher Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Atomforschungszentrums Jülich, wo die westdeutsche Gaszentrifugenforschung und -entwicklung zentralisiert wurde, nachdem das Verfahren im Oktober 1960 unter staatliche Geheimhaltung gestellt worden war.

Deutsche Wissenschaft ernannt, der Agentur der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur Beschaffung finanzieller Mittel. Merton übernahm auch das Amt des Zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden der Notgemeinschaft selbst. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Stifterverbandes war der Hitler-Wehrwirtschaftsführer Hermann Reusch von der Gutehoffnungshütte AG, der 1946 die Rhein-Ruhr-Industrie wieder ankurbelte. Das Personal des Stifterverbandes wird beschrieben bei Kurt Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Wiesbaden (Franz Steiner Verlag) 1968, S. 286. – Die Tatsache, daß der Stifterverband die erneuten Laborforschungen des Zentrifugenteams Harteck-Groth und damit den Kern der westdeutschen Bemühungen um die Zentrifugenanreicherung finanzierte (siehe Anm. 4), spiegelt die große Aufmerksamkeit wider, die der Kontinuität der Gaszentrifugenforschung und -entwicklung seitens der Metallgesellschaft, der Gutehoffnungshütte und anderer im Entstehen begriffener Troika-Firmen nach dem Kriege gezollt wurde.

36a) Abkürzungen dortselbst: (*) = Zentrifugenentwicklung – AR = Aufsichtsrat – BR = Beirat – D = Direktor – ex = ehemaliger – GF = Geschäftsführer – St = Stellvertretender – VR = Verwaltungsrat – Vd = Vorsitzender – Vorst. = Vorstand.

37) „Aufgrund der starken Position der westdeutschen Industrie und der starken Bindungen zwischen Banken und Industrie sowie des relativ hohen Zinssatzes in Westdeutschland sind die westdeutschen Banken sehr aktiv auf dem mittel- und langfristigen europäischen Währungsmarkt und übernehmen oft die Führungsrolle in den internationalen Konsortien, an denen sie beteiligt sind." Meindert Fennema und Peter de Jong, Financial Networks in the European Communities. Arbeitspapier, vorgelegt auf der Konferenz des Europäischen Verbandes für Politische Forschung, Löwen, 8.–14. April 1976.

Dr. Boettcher ist der frühere Vorsitzende der Arbeitsgruppe Brennstoffelemente und Strukturmaterialien für Kernreaktoren, die bei der Atomkommission unter dem IG-Farben-Chemiker Winnacker gebildet wurde. Er dient dem Bundesministerium für Forschung und Technologie laufend als Koordinator in der bilateralen Zusammenarbeit mit Brasilien, Ägypten, Indien und Jugoslawien. 1949 wurde der ehemalige SS-Hauptsturmführer Boettcher von einer Außerordentlichen Strafkammer in Den Haag wegen Kriegsverbrechen gegen die Niederlande verurteilt[38]). – Eine weitere Ernennung, die der Degussa die Arbeitsaufsicht über das Zentrifugenverfahren ermöglichte, war die von Dr. Heinz Schimmelbusch zum Gründungsvorsitzenden der Urenco-Direktion im August 1971. Als Bergbauingenieur, der im Jahre 1936 zur Degussa ging und während des Krieges deren industrielle Schmelzofen-Abteilung leitete, übernahm Schimmelbusch Seite an Seite mit Dr. Boettcher die Initiative[39]) zum Aufbau des nuklearen Zweiges der Degussa und war eine treibende Kraft bei der Gründung der Nukem. Als Dr. Schimmelbusch im Jahre 1973 als Urenco-Vorsitzender abtrat, wurde sein langjähriger Kollege in der Direkton, der Degussa-Nukem-Chemiker Dr. Guenther Wirths, sein Nachfolger.

Die führenden Finanzvertreter Prentzel und Richter verkörpern zusammen mit Sammet und Winnacker von Hoechst das Einsteigen der Dresdner Bank bei den atomaren Brennstoffen. Nach aktiver Betätigung in der zentralen Finanzverwaltung der IG Farben und in den faschistischen Wirtschaftsräten war Dr. Felix-Alexander Prentzel[40]) von 1959 bis 1973 Vorstandsvorsitzender der Degussa, und sein Einfluß bei der Nukem wird durch seinen Sitz im Aufsichtsrat der Metallgesellschaft noch verstärkt. Als Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Hoechst und ehemaliges Aufsichtsratsmitglied von Gelsenberg erstreckt sich Prentzels Einfluß auf alle drei konstituierenden Firmen der Uranit. Während des Zweiten Weltkrieges war Prof. Winnacker Leitender Angestellter der IG-Farben-Fabrik in Höchst am Main, die zahlreiche Aufträge für die Wehrmacht ausführte. Seinerzeit Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, ist Winnacker heute Vorsitzender des Hoechst-Aufsichtsrates, Mitglied des Aufsichtsrates der Degussa und ehemaliges Mitglied des Gelsenberg-Aufsichtsrates. Auf diese Weise erstreckt sich sein Einfluß auf das Uranit-Trio Gelsenberg, Hoechst und Nukem.

„Das Triumvirat der ersten drei ‚Großen' der Chemie Winnacker, (Ulrich) Haberland (ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Bayer) und (Carl) Wurster[41])

---

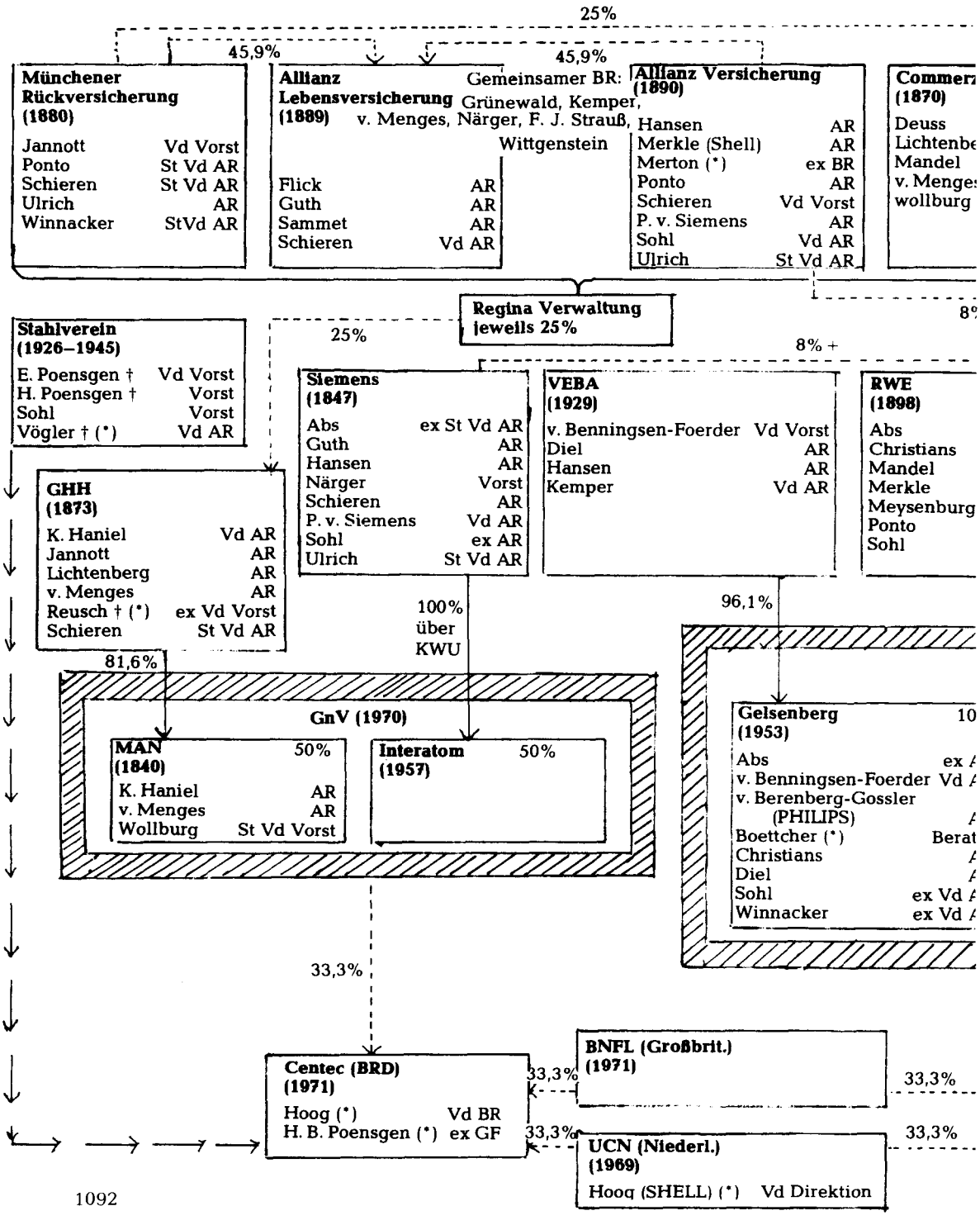
38) Ehemaliger SS-Mann leitet wichtiges Reaktorzentrum in Jülich: Atomphysiker plünderte die Niederlande aus (holl.), „Haarlems Dagblad", 1. 6. 1966. Boettcher wurde zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt wegen Ausplünderung holländischer wissenschaftlicher Laboratorien im Jahre 1944 im Auftrage des Amtes für Hochfrequenzforschung beim Reichsforschungsrat. Manuskript der Außerordentlichen Strafkammer (Bijzondere Strafkamer), Den Haag, 15. 3. 1950.

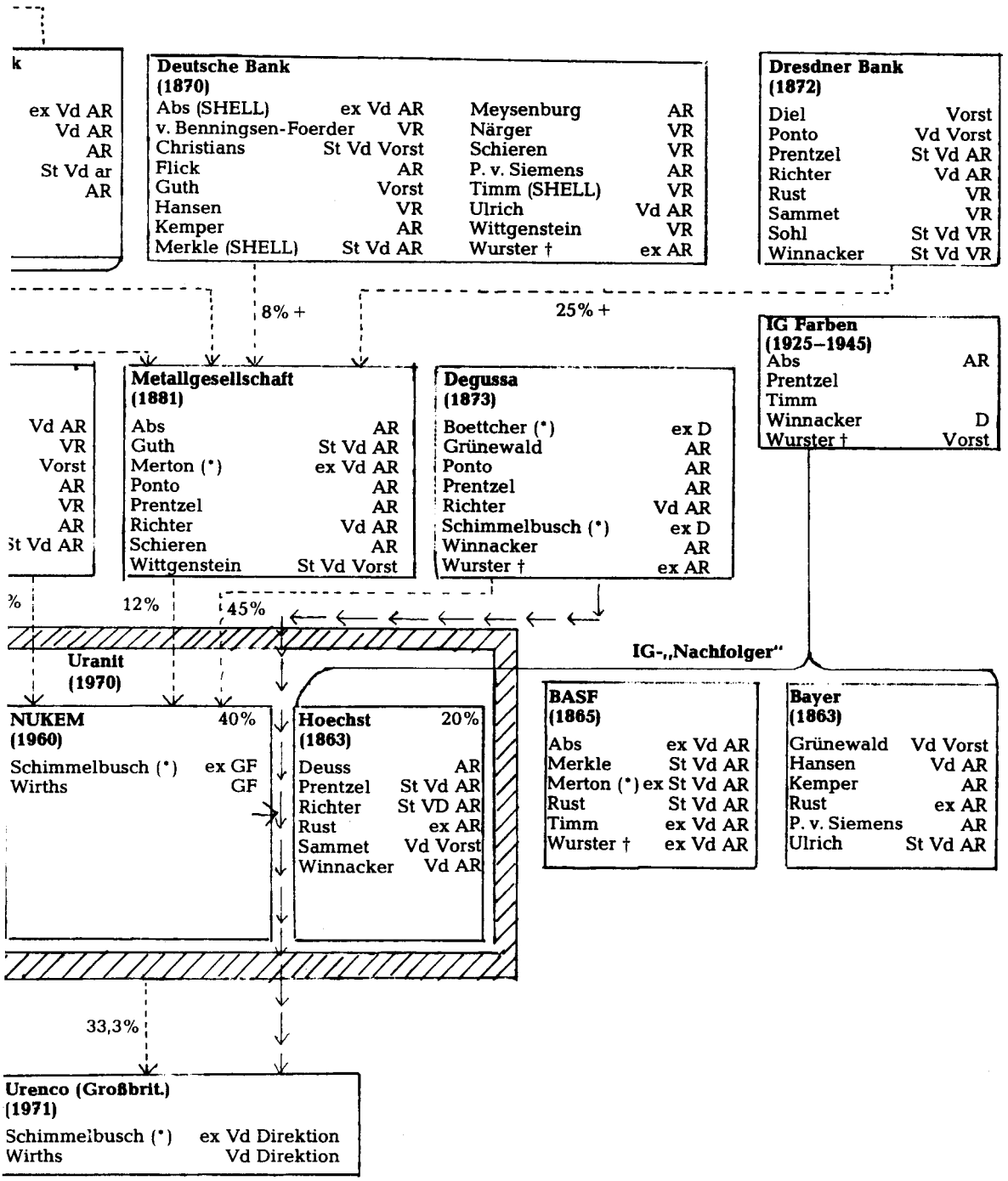
39) H. E. Schimmelbusch und H. Hardung-Hardung, Die Herstellung der Brennelemente für den FR 2, „Atomwirtschaft", Dezember 1957, S. 421–422. Bereits 1952 organisierte Schimmelbusch den von der Degussa getätigten Export einer Anlage zur Herstellung von Uranmetall nach Spanien, dem die Auslieferung derartiger Anlagen nach Argentinien, Frankreich und Japan folgte.

40) Felix-Alexander Prentzels Vater, Geheimrat Alexander Prentzel, war führend im Kalisyndikat GmbH, Berlin, tätig, einer der riesigen Gesellschaften, die den Wirtschafts- und Finanzapparat des Dritten Reiches kontrollierten.

41) Der Nazi-Wehrwirtschaftsführer und Leiter der IG-Farben-Fabrik in Ludwigshafen, der verstorbene Dr. Carl Wurster, wurde für immer berüchtigt als Vertreter der Degussa im Beirat der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH (Degesch), die die für IG Farben patentierte Blausäureverbindung Zyklon-B her-

Schaubild 3
Finanz und Industrie in Westdeutschland und die Troika




k
ex Vd AR
Vd AR
AR
St Vd ar
AR
Deutsche Bank
(1870)
Abs (SHELL) ex Vd AR
v. Benningsen-Foerder VR
Christians St Vd Vorst
Flick AR
Guth Vorst
Hansen VR
Kemper AR
Merkle (SHELL) St Vd AR
Meysenburg AR
Närger VR
Schieren VR
P. v. Siemens AR
Timm (SHELL) VR
Ulrich Vd AR
Wittgenstein VR
Wurster † ex AR
Dresdner Bank
(1872)
Diel Vorst
Ponto Vd Vorst
Prentzel St Vd AR
Richter Vd AR
Rust VR
Sammet VR
Sohl St Vd VR
Winnacker St Vd VR
8% +
25% +
IG Farben
(1925–1945)
Abs AR
Prentzel
Timm
Winnacker D
Wurster † Vorst
Vd AR
VR
Vorst
AR
VR
AR
St Vd AR
Metallgesellschaft
(1881)
Abs AR
Guth St Vd AR
Merton (*) ex Vd AR
Ponto AR
Prentzel AR
Richter Vd AR
Schieren AR
Wittgenstein St Vd Vorst
Degussa
(1873)
Boettcher (*) ex D
Grünewald AR
Ponto AR
Prentzel AR
Richter Vd AR
Schimmelbusch (*) ex D
Winnacker AR
Wurster † ex AR
%
12%
45%
IG-„Nachfolger"
Uranit
(1970)
NUKEM
(1960)
40%
Schimmelbusch (*) ex GF
Wirths GF
Hoechst
(1863)
20%
Deuss AR
Prentzel St Vd AR
Richter St VD AR
Rust ex AR
Sammet Vd Vorst
Winnacker Vd AR
BASF
(1865)
Abs ex Vd AR
Merkle St Vd AR
Merton (*) ex St Vd AR
Rust St Vd AR
Timm ex Vd AR
Wurster † ex Vd AR
Bayer
(1863)
Grünewald Vd Vorst
Hansen Vd AR
Kemper AR
Rust ex AR
P. v. Siemens AR
Ulrich St Vd AR
33,3%
Urenco (Großbrit.)
(1971)
Schimmelbusch (*) ex Vd Direktion
Wirths Vd Direktion

Aus der collectiv-Buchhandlung:

collectiv literatur

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie

Dietz Verlag, Berlin 1977, 758 Seiten, Leinen, DM 15,00
Bestell-Nr. 171/7361081

Das Herausgeberkollektiv stellte sich die Aufgabe, den gegenwärtig erreichten Erkenntnisstand in der Entwicklung der Theorie und der Definition der Begriffe zu erfassen und zu fixieren.

Autorenkollektiv
Die sozialistische Internationale
Ihre Geschichte und Politik
Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin
304 Seiten, Leinen,
DM 15,80
Bestell-Nr. 030/5705469

Fachbücher aus der DDR

Wörterbuch der Kybernetik
Dietz Verlag, Berlin, 4., überarb. Aufl., 1044 S., Leinen, DM 38,70
Bestell-Nr. 171/7354957
Mehr als 300 Tabellen, Strichzeichnungen und Fotografien tragen zur Veranschaulichung der Begriffserläuterungen bei. Ein ausführliches Sachregister ermöglicht dem Benutzer, sich schnell und umfassend zu orientieren.

Deutsche Zeitschrift für Philosophie
Registerband 1.–25. Jahrgang 1953–77
Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 400 Seiten, Pappband, DM 47,70
Bestell-Nr. 30/5706497
Das dreiteilige Register gliedert sich in: Systematisches Register, Autorenregister und einem Verzeichnis der literaturkritischen Arbeiten.

Coupon

Ich möchte über künftige Angebote kostenlos und unverbindlich informiert werden. Meine Interessengebiete sind (zutreffendes ankreuzen):

- ○ Politik/Zeitgeschichte
- ○ Bücher zur Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik
- ○ Marxistische gesellschaftswissenschaftliche Literatur
- ○ Jugendliteratur/Kinderbücher
- ○ Romane/Erzählungen/Lyrik
- ○ Fachbücher/Sachbücher
- ○ originalsprachige Bücher aus der UdSSR
- ○ progressive Zeitschriften
- ○ Schallplatten
- ○ Reisen

Name

Straße

PLZ, Ort

Bitte einsenden an Ihre collectiv-Buchhandlung oder an collectiv-Versand. Postfach 1928, 4000 Düsseldorf 1

stand vor der Aufgabe, aus den Trümmern des von den alliierten Siegern zerschlagenen IG-Farben-Komplexes den Ansatz für einen neuen Beginn zu finden."[42])

Die Deutsche Bank ist in den Führungsgremien der Veba-Gelsenberg[43]), der Metallgesellschaft und der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE) vertreten, während die Commerzbank mit Hoechst, Veba, Gutehoffnungshütte und RWE verzahnt ist. Als einer der wenigen Industriekonzerne mit engen persönlichen Verbindungen zu allen drei Großbanken ist die RWE einer der Hauptproduzenten im nuklearen Bereich. Den Einfluß der Versicherungsgruppe, die eine Schlüsselrolle bei der Versicherung von Kernenergieanlagen innehat, verkörpern in der GnV/Centec-Kammer Schieren und Ulrich von der Deutschen Bank und Jannott von der Dresdner Bank.

Der Einflußbereich der Industriediplomaten Abs und Sohl umfaßt den Chemie/Metall-Komplex ebenso wie andere Schlüsselbereiche wirtschaftlicher Konzentration. Hermann J. Abs war der „spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband . . . Abs setzte seine ganze Kraft ein zur Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands über Europa"[44]). Die Abs-Karriere seit 1945 illustriert in schlagender Weise das Wiederaufleben der früheren wirtschaftlichen und industriellen Institutionen. Abs ist seit langem die Hauptperson in britisch/holländischen Finanz- und Industrie-Unternehmen, einschließlich der Deutschen Shell. – Der Wehrwirtschaftsführer und Stellvertretende Stahlvereinsvorsitzende Hans-Günther Sohl übt seine Macht am Rhein aus als die treibende Kraft bei den Bestrebungen zum Wiederaufbau der westdeutschen Schwerindustrie. Als ausgewähltes Werkzeug Fritz Thyssens fungiert Sohl als Aufsichtsratsvorsitzender des größten Stahlproduzenten Westeuropas, der August Thyssen-Hütte, und war bis 1976 Präsident des Bundesverbandes der

---

stellte, ein Gas, das zur Ermordung von Millionen Häftlingen in den Nazi-Vernichtungslagern benutzt wurde. IG Farben war schwer belastet durch die industrielle Massenausbeutung von Sklavenarbeit und hatte Auschwitz zum Standort einer ihrer Fabriken für die Herstellung von Kerosin und Kunstgummi gemacht. Wurster wurde trotzdem im Jahre 1952 der erste Vorstandsvorsitzende der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG (BASF) und war in dieser Funktion tätig, bis er 1965 den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm. Wurster gehörte außerdem dem Vorstand des Stifterverbandes an (s. Anm. 36).

42) Wolfgang Müller-Haeseler: Neue Männer führen in der chemischen Industrie, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20. 7. 1974, S. 11.

43) Die Gelsenberg AG ist aktiv in den Bereichen Erdöl, Erdgas und Petrochemie sowie auf dem Gebiet des atomaren Brennstoffkreislaufs. Im Januar 1975 wurden 96,1% des Gelsenberg-Beteiligungskapitals vom führenden Düsseldorfer Energieunternehmen Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (Veba) erworben. Dies wurde als Versuch der Regierung (in deren Besitz sich über 40% der Veba befinden) aufgefaßt, eine Energiegruppe zu schmieden, die mächtig genug ist, um mit den führenden Großunternehmen bei der Gewinnung von Rohöl und anderen Rohstoffen konkurrieren zu können. – Gemeinsam mit der Steag, mit der sie eng verflochten ist, und mit Westinghouse gründete die Gelsenberg im Jahre 1973 die Nuklearbrennstoff GmbH, eine Firma zur Herstellung von Kernbrennstoff. Gelsenberg, Hoechst, Nukem und Steag befassen sich auch mit anderen Anreicherungsverfahren, und zwar über die Studiengesellschaft für Uranisotopentrennverfahren mbH, Essen (SIT). Zusammen mit holländischen und britischen Organisationen nahm die SIT an der ersten Phase der Urodif-Studiengruppe teil, zog sich jedoch später zurück, obwohl sie nach wie vor an der Gasdiffusion beteiligt bleibt.

44) Office of Military Government for Germany (US), Report 31/101 A, November 1946. Zit. bei Eberhard Czichon, Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Köln (Pahl-Rugenstein) 1970, S. 146. Der OMGUS-Bericht weist darauf hin, daß die Deutsche Bank unter ihrem Vorstandsvorsitzenden Abs „wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung" handelte und „der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten und der in Europa besetzten Länder" diente. Zu Absens Tätigkeit in den Niederlanden, wo er früher seine internationale Banklehrzeit absolviert hatte, s. Anm. 53.

Deutschen Industrie (BDI), der führenden westdeutschen Arbeitgeberorganisation, die das Profil von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik bestimmt.

Der mit Finanzen und Personal befaßte Verwaltungsdirektor der Centec in den Jahren 1971–75, Dr. jur. Helmuth B. Poensgen, stieg über ein Düsseldorfer Familienunternehmen, die Gebrüder Poensgen, in die Position des Geschäftsführenden Vorsitzenden von Bull General Electric GmbH in Köln auf. Dr. Poensgen ist der Sohn Helmuth Poensgens, eines Vorstandsmitgliedes der Vereinigten Stahlwerke (Stahlverein, gegründet im Mai 1926), und dieser wiederum der jüngere Vetter Ernst Poensgens, des bei der Gründung Stellvertretenden Vorsitzenden und späteren Vorsitzenden des Stahlverein-Vorstandes. „Ernst Poensgen und Helmuth Poensgen standen bis Ende des Krieges mit starker Hand am Steuer des größten deutschen Montankonzerns, der Vereinigten Stahlwerke."[45]) Die Poensgens, Fritz Thyssen und Albert Vögler halfen eine Mehrheit der industriellen Elite dafür zu mobilisieren, Hitler an die Macht zu bringen[46]) und wurden dann überaus einflußreiche Mitglieder in den Kriegsproduktionsräten der faschistischen Diktatur.

Steag und Urenco

Die Steinkohle- und Elektrizitäts AG (Steag) ist mehrheitlich im Besitz der Ruhrkohle AG, des größten westdeutschen Bergbaukonzerns, dessen Hauptaktionär die Veba ist[47]). Die von der Steag gemeinsam mit der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe betriebene Entwicklung des Trenndüsen-Anreicherungsverfahrens nach E. W. Becker hat weithin Aufsehen erregt. Eine Prototyp-Anlage des Trenndüsenverfahrens ist in Karlsruhe in Betrieb und ist

45) Paul Hubert Inden, Einführende Worte zur Besichtigung des Thyssen-Hochhauses, in: Karl Albrecht (Hrsg.), Gegenwartsaufgaben des Führungsnachwuchses in der Wirtschaft, Düsseldorf (Econ Verlag) 1961, S. 138.

46) Die politische, finanzielle und organisatorische Unterstützung der Nazipartei wurde von den Vertretern der Schwerindustrie auf einer Reihe von geheimen Treffen zugesagt, die während des Machtkampfes 1931–33 stattfanden. Dazu gehörten die Salonempfänge, die Ernst Poensgen, Thyssen und Vögler für Hitler am 11. September 1931 in Berlin und am 28. Januar 1932 auf Thyssens Schloß Landsberg an der Ruhr veranstalteten. Memoiren Ernst Poensgens, enthalten in einem „Vorläufigen Kurzmemorandum" über die Verbindungen zwischen den Nationalsozialisten und der deutschen Schwerindustrie; vorbereitet vom amerikanischen Anklagestab der Nürnberger Prozesse, 1947. Poensgens Memorandum wurde von George W. F. Hallgarten überprüft und in seinem Beitrag Adolf Hitler and German Heavy Industry, „Journal of Economic History", Sommer 1952, S. 229, zitiert. Eine Zusammenfassung von Hitlers Rede bei seinem Debut vor dem Industrieclub in Düsseldorf am 27. Januar 1932, wo die Kohle- und Stahlchefs Hitlers Programm für eine faschistische Machtübernahme und eine umfassende Wiederaufrüstung begrüßten, findet sich bei Fritz Thyssen, I Paid Hitler, New York (Farrar and Rinehart) 1941, S. 101; sowie bei Louis L. Snyder, Encyclopedia of the Third Reich, New York (Mc Graw Hill) 1976, S. 75–76. – Nach Thyssens Emigration im Jahre 1939 wurde Dr. Albert Vögler, der schon im kaiserlichen Deutschland einer der einflußreichsten Direktoren an der Ruhr war, sein Nachfolger als Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, deren Vorstand er schon vorher als Gründungsvorsitzender angehört hatte. Als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war Vögler seitens der Industrie die treibende Kraft des deutschen Atombombenprojekts, das er mit Nachdruck bis in die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges hinein unterstützte. Irving, S. 152–155.

47) Die Firmenganglien der Ruhrkohle AG und ihrer Tochtergesellschaft Steag sind dargestellt in W. Solfrian: Wer gehört zu wem in der deutschen Atomindustrie? – IV, „Atomwirtschaft", Juni 1974, S. 315. Nach Solfrians Angaben besitzt Veba-Gelsenberg 27,6% der Ruhrkohle AG; 7% gehören der August Thyssen Hütte (der Nachfolgegesellschaft der Vereinigten Stahlwerke, die jetzt die Stahlproduktion kartellmäßig unter „europäischer" Flagge betreibt), 7,7% sind im Besitz der Mannesmann AG, gefolgt von den Konzernen Hoesch, Kloeckner, Salzgitter und Wolff. Auf diese Weise verkörpert die Steag eine einflußreiche Projektion des Sektors Kohle, Eisen und Stahl in den atomaren Bereich.
Die folgenden gemeinschaftlichen Beteiligungen verbinden die Steag organisch mit der Troika:
Lieferung von natürlichem Uran: Urangesellschaft (Metallgesellschaft, Steag und Veba, jeweils 33,3%)
Herstellung von Brennstoffelementen: Nuklearbrennstoff (Gelsenberg 30%, Steag 30%, Westinghouse 40%)
Urananreicherung: SIT (Gelsenberg, Hoechst, Nukem und Steag, jeweils 25%)

ausgerichtet auf den Bau von Komponenten für große Anreicherungskaskaden. Methoden für die Massenproduktion von Trenndüsenelementen werden von der Steag in Zusammenarbeit mit Interatom, MAN und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (Westdeutschlands führendem Konzern für Raumfahrt und Flugzeugbau) entwickelt und praktisch ausgewertet. Der Bau einer Trenndüsen-Demonstrationsanlage in Brasilien ist fest geplant; beteiligt sind daran die Steag, Interatom und führend die brasilianische Gesellschaft Nuclebras. Diese Anlage wird die Technologie der Karlsruher Trennstufen benutzen und weiter ausbauen. Der außergewöhnlich umfangreiche Vertrag zwischen Bonn und Brasilien aus dem Jahre 1975, an dem die Bundesregierung trotz der amerikanischen Gegenvorstöße festhält, betrifft die folgenden westdeutschen Partnerfirmen:

Uran-Exploration	Urangesellschaft
Herstellung von Brennelementen	Kraftwerk Union und Nukem
Uran-Anreicherung	Steag und Interatom
Kernkraftwerkbau	Kraftwerk Union und Gutehoffnungshütte
Wiederaufbereitung	KEWA und Uhde (eine Tochtergesellschaft von Hoechst)[48])

Die Dresdner Bank steht an der Spitze des privaten Bankenkonsortiums, das die ersten beiden der für den westdeutschen Export nach Brasilien vorgesehenen gestaffelten Leichtwasserreaktor-Anlagen finanziert.

Wiederum mit Bonner Unterstützung schloß die Steag im Jahre 1975 ein Abkommen zur Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Gesellschaft für Urananreicherung (Uranium Enrichment Corporation of South Africa, UCOR). Darin wird der gemeinsame Bau von Südafrikas Demonstrationsanlage zur Urananreicherung festgelegt, die auf den gleichen Prinzipien basiert wie das Beckersche Trenndüsensystem[49]). Die BRD importiert mehr als ein Drittel ihres Uranerzes aus Südafrika, und zusätzliche Uranlieferungen an die Troika können über die Londoner Rio Tinto-Zinc Corporation erfolgen, eine Muttergesellschaft der Nukem, die zusammen mit der Urangesellschaft namibisches Uran erschließt (siehe Kapitel V).

Die Partnerschaften Steag-Nuclebras und Steag-UCOR bieten der westdeutschen Atomindustrie einzigartige Möglichkeiten, im großen Maßstab Erfahrungen im Brennstoffkreislauf dadurch zu sammeln, daß sie Fabriken zur Herstellung von waffentauglichem Uran und Plutonium baut. Diese Partnerschaften sind wesentlich westdeutsch-brasilianische und westdeutsch-südafrikanische Vereinbarungen und werden durch die logistischen und rechtlichen

48) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1976, S. 72–73 und 75; sowie Jahresbericht 1975 der Kraftwerk Union.
49) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1976, S. 73. – Am 9. 11. 1976 ersuchte die UNO-Generalversammlung angesichts der militärisch infizierten Anreicherungskampagne der Steag-UCOR den Sicherheitsrat, alle Regierungen aufzufordern, „im Bereich ihrer nationalen Jurisdiktion sämtlichen Einrichtungen, Agenturen oder Gesellschaften zu verbieten, jedwede Ausrüstung oder spaltbares Material oder Technologien an Südafrika zu liefern oder zur Verfügung zu stellen, die es dem rassistischen Regime Südafrikas ermöglichen würden, die Fähigkeit zum Besitz atomarer Waffen zu erlangen". Resolution 31/6 D der Generalversammlung: Arms Embargo Against South Africa, Abs. 2 (d). Die drei Troika-Staaten gehörten zu den acht Nationen, die gegen die Resolution stimmten.

Paraphernalia einer „Europäischen Integration der Atomindustrie" nicht behindert. Und um die Kernkraftwerke des umfangreichen westdeutschen Pakets mit Brennstoff zu versorgen, hofft Brasilien darauf, in den Jahren 1984–94 bei der Urenco 2000 Tonnen Trennarbeitseinheiten ordern zu können.

(Zweiter Teil folgt. Übersetzung aus dem Englischen: Rudolf Schultz)

Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie?*)

Von Heinz-Jürgen Axt

Mit der Direktwahl aus der Krise?

Die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 sind in Westeuropa keineswegs überwunden. Noch immer sind die Kräfte des konjunkturellen Aufstiegs schwach, ist die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen hoch, verstärkt sich die soziale Unsicherheit und nehmen die Versuche zu, die von fortschrittlichen Kräften errungenen sozialen und demokratischen Rechte abzubauen. In wichtigen westeuropäischen Ländern ist das politische System äußerst instabil; es wechseln nicht nur die bürgerlichen Regierungsparteien, es besteht – trotz des für die französische Linke enttäuschenden Wahlausgangs – die reale Möglichkeit, daß antikapitalistische Parteien an der Regierungsbildung beteiligt werden oder gar selbst eine Regierung bilden. Im Verhältnis zu den USA hat sich das Moment der Konkurrenz stärker geltend gemacht, ohne daß die „Partnerschaft" aufgegeben wird. Spielen hier die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise insofern eine Rolle, als die internationalen Expansionsmöglichkeiten der nationalen Kapitale beeinträchtigt werden, so hat die Krise andererseits die Stagnation des westeuropäischen Integrationsprozesses gefördert. Man beklagt zwar die ständig Überschüsse produzierenden Agrarmarktordnungen, sieht sich aber außerstande, Reformen einzuleiten. Gegenüber den Ländern der Dritten Welt tritt die EG, besonders die Bundesrepublik, als Hüter einer „freien", „liberalen"

*) Vgl. hierzu demnächst ausführlicher: H. J. Axt/F. Deppe, „Europa" vor der Wahl. Weltwirtschaftskrise und westeuropäische Integration, Köln 1978 (erscheint Ende d. J. im Pahl-Rugenstein Verlag).

Paraphernalia einer „Europäischen Integration der Atomindustrie" nicht behindert. Und um die Kernkraftwerke des umfangreichen westdeutschen Pakets mit Brennstoff zu versorgen, hofft Brasilien darauf, in den Jahren 1984–94 bei der Urenco 2000 Tonnen Trennarbeitseinheiten ordern zu können.

(Zweiter Teil folgt. Übersetzung aus dem Englischen: Rudolf Schultz)

Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie?*)

Von Heinz-Jürgen Axt

Mit der Direktwahl aus der Krise?

Die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 sind in Westeuropa keineswegs überwunden. Noch immer sind die Kräfte des konjunkturellen Aufstiegs schwach, ist die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen hoch, verstärkt sich die soziale Unsicherheit und nehmen die Versuche zu, die von fortschrittlichen Kräften errungenen sozialen und demokratischen Rechte abzubauen. In wichtigen westeuropäischen Ländern ist das politische System äußerst instabil; es wechseln nicht nur die bürgerlichen Regierungsparteien, es besteht – trotz des für die französische Linke enttäuschenden Wahlausgangs – die reale Möglichkeit, daß antikapitalistische Parteien an der Regierungsbildung beteiligt werden oder gar selbst eine Regierung bilden. Im Verhältnis zu den USA hat sich das Moment der Konkurrenz stärker geltend gemacht, ohne daß die „Partnerschaft" aufgegeben wird. Spielen hier die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise insofern eine Rolle, als die internationalen Expansionsmöglichkeiten der nationalen Kapitale beeinträchtigt werden, so hat die Krise andererseits die Stagnation des westeuropäischen Integrationsprozesses gefördert. Man beklagt zwar die ständig Überschüsse produzierenden Agrarmarktordnungen, sieht sich aber außerstande, Reformen einzuleiten. Gegenüber den Ländern der Dritten Welt tritt die EG, besonders die Bundesrepublik, als Hüter einer „freien", „liberalen"

*) Vgl. hierzu demnächst ausführlicher: H. J. Axt/F. Deppe, „Europa" vor der Wahl. Weltwirtschaftskrise und westeuropäische Integration, Köln 1978 (erscheint Ende d. J. im Pahl-Rugenstein Verlag).

Weltwirtschaftsordnung auf, im Textil- und Stahlbereich greift die EG jedoch selbst zu protektionistischen Maßnahmen, um die ausländische Konkurrenz vom EG-Markt abzuschirmen[1]). Selbst die „pragmatischen" und „realistischen" Vorschläge von Leo Tindemans zur Schaffung einer „Europäischen Union" gelten heute als kaum realisierbar. Der EG-Rat hatte im November 1976 den Tindemans-Bericht zwar „mit größtem Interesse" zur Kenntnis genommen, jedoch keine konkreten Schritte zur Verwirklichung eingeleitet. W. Wessels sieht darin ein „halbfeierliches Begräbnis"[2]). Ökonomische Krise, soziale Unsicherheit, politische Labilität und Stagnation der Integration beinhalten jedoch keineswegs den Verzicht der EG-Staaten auf außenpolitische und auch militärische Expansion. Es ist keine neue Erscheinung, daß Staaten und Ländergruppen angesichts der Akkumulation innerer Krisen- und Konfliktpotentiale den Weg der Außenexpansion beschreiten. Die Intervention Frankreichs in Nordafrika ist dafür das jüngste Beispiel, wobei das Eingreifen Frankreichs, trotz aller Meinungsverschiedenheiten zwischen den EG-Staaten, nur aufgrund der wirtschaftlichen und logistischen Absicherung durch andere EG- und NATO-Staaten möglich ist[3]). In der Situation der *Gleichzeitigkeit von Krise, Stagnation und Expansion* hatte der Ministerrat der EG den „Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments" am 20. September 1976 erlassen. Offensichtlich sollte damit ein Ventil zur Beruhigung der angestauten Konfliktpotentiale geschaffen werden. Direktwahlen haben den Zweck, „nationale Krisenzustände und gemeinschaftliche Krisenzustände nicht allein unter Gefährdung der nationalen politischen Macht innerstaatlich auflösen zu müssen. Es ist daher kein Zufall, daß genau zum Zeitpunkt deutlich krisenhafter Entwicklungen des sozial-ökonomischen Systems die Entscheidungen für die Direktwahl des Europäischen Parlaments fallen"[4]). Bezeichnenderweise hatte man bereits während der Krise 1968/69 vermehrt Anläufe zur Einführung direkter Wahlen unternommen. Entscheidender als die Wahlen sind jedoch die damit verbundenen längerfristigen Zielsetzungen.

Die Einigung des Rates auf die Direktwahl

Bereits im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist die Forderung nach der Direktwahl enthalten. In Art. 138 heißt es: „Die Versammlung (d. h. das Europäische Parlament; d. V.) arbeitet Entwürfe für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten aus." Seit 1957 ist es jedoch nicht gelungen, dieser Vertragsverpflichtung nachzukommen. Es gab zwar immer wieder Entwürfe zur

1) Daß die EG-Organe selbst da, wo ihnen vertragsgemäß die entsprechenden Mittel zur Verfügung stünden, nicht in der Lage sind, Krisen wirksam zu bekämpfen, zeigt die Stahlkrise. Maßnahmen der nationalen Regierungen und der Kapitalverbände dominieren. Vgl. H.-J. Axt, Stahlkrise und westeuropäische Integration. Die Krise – Hemmnis oder Triebkraft der Verflechtung?; in: „Politische Vierteljahresschrift", 2/1978, S. 157 ff.
2) Vgl. W. Wessels, Die Direktwahl – Wiederbelebung der europäischen Einigungspolitik?; in: „liberal", 4/1977, S. 245.
3) Die Bundesregierung betont z. B., die „Zukunft Zaires sei für den Westen auch von eminent politischer Bedeutung, der es vorderhand namentlich durch eine wirtschaftliche Stabilisierung der Lage in dem besagten afrikanischen Land Rechnung zu tragen gelte"; nach: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 13. 6. 1978.
4) R. Bieber, Funktion und Grundlagen direkter Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1978; in: „Zeitschrift für Parlamentsfragen", 2/1976, S. 229.

Direktwahl (z. B. Entwurf des „Rassemblement Démocratique" und der sozialistischen Fraktion der französischen Nationalversammlung 1963, Mommer-Plan 1964, Dehousse-Entwurf des Europäischen Parlaments 1969) – einige davon sahen die „einseitige Direktwahl" der nationalen Abgeordneten vor –, doch konnten diese Pläne nicht realisiert werden, weil sich vor allem Frankreich aus der Furcht vor einer bundesdeutschen Hegemonie der Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte widersetzte. Mittlerweile haben zwar das italienische, das französische, das bundesdeutsche, das niederländische und das luxemburgische Parlament den vom Rat im September 1976 erlassenen Direktwahl-Akt ratifiziert, eine endgültige Entscheidung im britischen Unterhaus steht allerdings immer noch aus, weshalb der zunächst als einheitlicher Wahltermin festgelegte Zeitpunkt im Mai/Juni 1978 fallengelassen werden mußte. Die Wahlen sollen jetzt „nicht vor dem Sommer 1979" stattfinden. Seit Verabschiedung des Direktwahl-Aktes bemühen sich Politiker und Publizisten, die Wahl als einen „neuen Abschnitt in der Geschichte der europäischen Einigung", als einen Weg zu einem „Europa der Demokratie, der Pluralität und der Freiheit" auszugeben[5]). Während Bundeskanzler Schmidt mit der Direktwahl die Erinnerung an den „gemeinsame(n) geschichtliche(n) und kulturelle(n) Urgrund" verbindet[6]), tragen nach W. Dröscher, dem verstorbenen Präsidenten des Bundes sozialdemokratischer Parteien der EG, die Wahlen zur Verwirklichung des „Europas des kleinen Mannes" bei: „Die Sozialdemokraten betrachten es als ihre Aufgabe, Europa für den kleinen Mann erlebbar zu machen. Wir müssen dem Europa der Kaufleute das Europa der Bürger gegenüberstellen, wie wir die multinationale organisierte Konzernwelt mit der Gegenmacht der Arbeitnehmer konfrontieren werden." [7]) Das „Europa der Kaufleute" und die „multinationale Konzernwelt" sollen zwar nicht überwunden, sondern nur mit einem stärkerem Gegenpart konfrontiert werden, doch steht selbst diese begrenzte Zielsetzung in auffälligem Gegensatz zu dem, was mit der direkten Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament wirklich erreicht wird.

Mit der Direktwahl ändert sich zunächst einmal nur das bisher angewandte Wahlverfahren. Nunmehr werden die einzelnen Abgeordneten nicht mehr von den Fraktionen der nationalen Parlamente nach Straßburg entsandt, sondern werden im direkten Wahlverfahren von den Bürgern in den einzelnen EG-Ländern gewählt. Die Kontrollrechte der Parlamentarier werden jedoch nicht ausgeweitet, so daß auch weiterhin Rat und Kommission weder von den nationalen noch vom EG-Parlament wirkungsvoll kontrolliert werden können. Das Europäische Parlament hat im wesentlichen nur eine beratende Funktion, es besitzt keine Gesetzgebungskompetenz, und die Kontrollrechte sind nur schwach entwickelt. Im wesentlichen beschränkt sich das Parlament darauf, einmal im Jahr den von der Kommission der EG vorgelegten Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft zu beraten. Es besteht das Recht,

5) Bundesaußenminister H. D. Genscher vor dem Bundestag am 26. 5. 1977; vgl. „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" („Bulletin") Nr. 56, v. 27. 5. 1977, S. 509.
6) H. Schmidt anläßlich der Verleihung des Karlspreises an W. Scheel im Mai 1977; vgl. ebd., Nr. 55 v. 25. 5. 1977, S. 501 ff.
7) Zit. nach: „Sozialdemokrat Magazin", 5/1977, S. 9.

mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Kommission das Mißtrauen auszusprechen. Daneben stellt das Parlament Anfragen, erstellt Berichte und verfügt seit 1970 bzw. 1975 bei den EG-Ausgaben über gewisse Haushaltsrechte. Auf die Willensbildung in dem zentralen Organ, dem Rat, kann die Versammlung keinerlei Einfluß nehmen[8]). Aufgrund der Gegensätze zwischen den EG-Staaten war es nicht möglich, ein auch von den Römischen Verträgen gefordertes einheitliches Wahlverfahren zu verabschieden; es wird nun – sollte die Wahl 1979 stattfinden – nach neun verschiedenen nationalen Wahlgesetzen gewählt. Die Bundesregierung bedauerte zwar, daß kein einheitliches Wahlverfahren zustande kam, hatte jedoch selbst zur Verhinderung desselben mit beigetragen, indem sie unbedingt an der die etablierten Parteien begünstigenden 5-Prozent-Klausel festhielt. Es heißt deshalb auch im Entwurf des „Manifestes der Christlichen Demokraten Europas": „Wir setzen uns für ein Wahlsystem ein, das die Vielfalt der politischen Richtungen achtet, aber auch die Bildung großer Parteien begünstigt und so stabile und handlungsfähige Regierungen gewährleistet"[9]). Von „Chancengleichheit der Parteien" kann hierbei nicht gesprochen werden. Besonderen Wert legt die Bundesregierung auch auf die Einbeziehung Westberlins. In einer Erklärung zum Direktwahlakt wurde festgehalten, daß das Berliner Abgeordnetenhaus die Abgeordneten für das EG-Parlament wählen solle. Einer sowjetischen Protestnote, die die Einbeziehung Westberlins als in „eklatantem Widerspruch zu dem Vierseitigen Abkommen" stehend bezeichnete, weil die gesetzgeberischen Vollmachten des Europa-Parlaments zukünftig die Fragen des Status von Westberlin tangieren würden, antwortete die US-Regierung, die Beteiligung Westberlins stehe in keinem Widerspruch zum Berlin-Abkommen. Während die amerikanische Regierung aber noch hervorhob, sie wolle sich bemühen, „Komplikationen in und um Berlin zu verhindern"[10]), hielten Bonner Politiker an der Strategie, die „Belastbarkeit" des Berlin-Abkommens zu testen, fest. Im Bundestag erklärte z. B. ein Sprecher der CDU: „Für uns gehört Berlin genauso zur Europäischen Gemeinschaft wie Bonn."[11])

Die Befürworter der Direktwahlen und der „außenpolitische Grundkonsens" in der BRD

Die Maxime westdeutscher Außenpolitik besteht darin, daß CDU/CSU und SPD in wesentlichen Fragen eine gemeinsame Haltung einnehmen. Am 30. Juni 1960 hat Herbert Wehner für die SPD während seiner bekannten Bundestagsrede dies offen in seinem Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik mit der CDU/CSU vertreten. Auch in der Frage der Direktwahl des Europäischen Parlaments wird wie in der Haltung gegenüber der westeuropäischen Integration überhaupt der außenpolitische Grundkonsens der Bundes-

8) Vgl. hierzu knapp E. Noël, Die Arbeitsweise der Europäischen Institutionen, Brüssel/Luxemburg 1976.
9) Europa-Wahl. Pro und Contra, hrsg. v. Institut für Europäische Politik, zusammengestellt und eingeleitet v. Th. Läufer, Bonn 1977, Bd. 1, S. 73. In Großbritannien will man durch das Festhalten am Mehrheitswahlrecht das Zweiparteiensystem erhalten und verhindern, daß sich eine grundsätzliche Oppositionsbewegung festigen kann; vgl. „Neue Zürcher Zeitung" v. 2. 3. 1977.
10) Die Erkläungen des sowjetischen Außenministers und der USA sind abgedruckt in: „Europa-Archiv" (EA), 19/1976, S. D 523f.
11) So der CDU-Abgeordnete Kunz, Berlin (West); vgl. „Das Parlament" v. 9. 7. 1977, S. 11.

tagsparteien sichtbar, was Kontroversen über die einzuschlagenden Mittel und Wege keineswegs ausschließt. Man ist sich darüber einig, daß die Direktwahl einerseits einen Beitrag zur Ablenkung innergesellschaftlicher Konflikte leisten und andererseits forciert zur politischen Integration beitragen soll. Noch heute gilt für Regierung wie Opposition das von Konrad Adenauer in seiner Direktive von 1956 – also vor Gründung der EWG – festgehaltene Ziel der schließlichen *Priorität politischer Integration,* um, basierend auf der ökonomischen Stärke, eine politische Vormachtstellung erringen, über ein supranationales Entscheidungssystem diese Dominanz ausbauen und auf die Entwicklung anderer Länder Einfluß nehmen zu können. Adenauer hatte damals seine Minister angewiesen, alle fachlichen Erwägungen in den „Dienst dieser politischen Zielsetzung" zu stellen. „Hierbei ist von vornherein nach Möglichkeit die Schaffung geeigneter gemeinsamer Institutionen anzustreben, um im Sinne der großen politischen Zielsetzung eine feste Bindung der Sechs herbeizuführen . . . Dabei müssen europäische Organe mit Entscheidungsbefugnissen geschaffen werden, um das Funktionieren dieses Marktes zu sichern und gleichzeitig die politische Weiterentwicklung zu fördern."[12])

Mittlerweile hat sich gezeigt, daß sich der Durchsetzung einer Politischen Union entscheidende Hindernisse entgegenstellen, so daß die bundesdeutsche Strategie gezwungen ist, Methoden und Mittel zur Erreichung der politischen Zielsetzung zu modifizieren. In diesem Kontext sind die Direktwahlen von entscheidender Bedeutung. Es sind im wesentlichen folgende Überlegungen, die die Vertreter der Bundesrepublik zu entschiedensten Verfechtern der Direktwahlen werden lassen: Die Direktwahl soll dazu beitragen, den gegenwärtigen Stillstand der Integration zu überwinden, sie soll einen „innovatorischen Anstoß" für den Fortgang der Integration zur Wirtschafts- und Politischen Union geben[13]). Nach erfolgter Direktwahl soll das Parlament sich die ihm bisher verweigerten Kompetenzen selbst erkämpfen und soll damit sukzessive den Widerstand gegen den Verzicht auf nationale Souveränität brechen. Nach Willy Brandt soll das Europäische Parlament als „Stimme Europas" beweisen, „daß sich bisher noch jede große Demokratie in den Rechten und Freiheiten ausgeformt hat, die von den Parlamenten erkämpft wurden"[14]). Gleichzeitig soll das Parlament die Institutionalisierung einer „europäischen Regierung" fördern und sich selbst als „permanente Konstituante Europas", als „verfassungsgebende Versammlung" konsitutieren[15]). Schließlich soll das direkt gewählte Parlament zur „Demokratisierung" und Legiti-

12) K. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Frankfurt/M./Hamburg 1969, S. 255.
13) Vgl. hierzu Europa-Wahl . . ., a.a.O., S. 10ff.
14) W. Brandt, Die Stimme Europas, in: „Das Parlament" v. 4. 12. 1976, S. 12.
15) Ebd. – Der SPD gelingt es gegenwärtig allerdings nur in geringem Maße, auch die übrigen sozialdemokratischen Parteien auf ihren Kurs einzuschwören. Dies zeigte zuletzt die Tagung sozialdemokratischer Parteien der EG-Länder, Spaniens und Portugals im Juni 1978. Nach harten Auseinandersetzungen wurde eine Erklärung zur Direktwahl verabschiedet, die die Möglichkeiten zur Ausweitung der Kompetenzen des EG-Parlaments ebenso einschränkt, wie es die Perspektive einer Verfassungsgebenden Versammlung ausschließt. Der Widerstand der Parteien aus Frankreich, Großbritannien und Dänemark ist (noch) zu stark, weshalb auch W. Brandt sich auf eine längere Zeitperspektive einstellt: „Daß es gelungen ist, die Briten und die Dänen in unsere politische Erklärung mit einzubeziehen, wenngleich auf einem kleinen Nenner, ist Gold wert . . . Das andere Konzept, dieses direkt gewählte Parlament zu einer Konstituante zu machen – die ich auch einmal befürwortet habe – ist verfrüht, und ich rede nicht mehr davon, um nicht in Frankreich schlafende Hunde zu wecken." (Nach FR v. 26. 6. 1978.)

mationsbeschaffung der EG in der Form beitragen, „daß die Idee Europa in den europäischen Völkern wieder lebendig wird"[16]). Es geht um den Versuch der Schaffung eines konsensstiftenden ideologischen Leitbildes, weil man davon ausgeht, daß die Leistungsfähigkeit des Integrationsprozesses „in erster Linie von seiner Stabilität, d. h. seinem Rückhalt im Kreise der Betroffenen" abhängt[17]). Angesichts der verschärften Krisenhaftigkeit bemüht man sich, daß „die Wahlen in jedem Mitgliedstaat in unterschiedlichem Ausmaß als Ventil für innere Konflikte genutzt werden" können[18]).

Bei Walter Behrendt (SPD) wird die mit der Direktwahl verbundene sozial-integrationistische Stoßrichtung noch deutlicher: „Immer brennender wird . . . die Frage nach der politischen Legitimation dieser Rechtsetzung (der EG; d. V.) . . . Die Gefahr, daß die Interessen der breiten Arbeitnehmer- und Verbraucherschaft zunehmend verletzt werden, kann eine zusätzliche Quelle für Unruhe bilden . . . Deshalb sollte ernsthaft daran gedacht werden, ob nicht das Europäische Parlament die Rolle eines Katalysators übernehmen könnte. Einerseits könnte es die berechtigten Sorgen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die vorhandene Unruhe auffangen, zum anderen könnte es den für den Fortgang der Integration notwendigen schmerzhaften Entscheidungen die demokratische Legitimation geben."[19]) Die Stellungnahme Behrendts macht zugleich die trotz des außenpolitischen Konsenses bestehenden Differenzen zwischen der sozialliberalen Ausrichtung der SPD einerseits und der Konfrontationsstrategie der CDU und vor allem der CSU andererseits deutlich. Gegenüber den konservativen Parteien erhebt die Sozialdemokratie den Anspruch, die wachsenden gesellschaftlichen Konflikte eher auffangen und integrieren zu können, um gerade dadurch den Bestand des Systems zu garantieren. Den Forderungen der Lohnabhängigen soll bedingt Rechnung getragen werden, damit eine Infragestellung des Gesamtsystems verhindert wird. Gestützt auf ihren Einfluß in der Arbeiterschaft glaubt die Führung der SPD, den angesichts der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zunehmenden sozialen Auseinandersetzungen ihre Schärfe nehmen, einen „inneren Ausgleich" herbeiführen und den Unmut der Bevölkerung an der EG auffangen zu können. Es heißt daher im Bericht der „Europakommission" der SPD: „Auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus bietet eine eine Europäische Föderation den bestmöglichen Rahmen für die Lösung wachsender politisch-ökonomischer Probleme und sozialer Konflikte."[20]) Ohne eine gewisse Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Arbeiter und Angestellten lasse sich eine Stabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems nicht mehr erreichen. Gefordert wird deshalb nicht die „Solidarität der Lohnabhängigen", sondern die „Solidarität zwischen den sozialen Gruppen in der EG", die „für die Bewältigung des wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsprozesses" unabdingbar sei. „Die umfassende Information und die gleichberech-

16) W. Scheel, in: „Bulletin" v. 25. 5. 1977, S. 502.
17) Europa-Wahl . . ., a.a.O., S. 13.
18) R. Bieber, Offene Fragen direkter Wahlen zum Europäischen Parlament, in: EA , 22/1976, S. 715.
19) W. Behrendt, Das Europäische Parlament – ein Stiefkind der Integration?; in: „Die Neue Gesellschaft", 4/1972, S. 273.f.
20) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik, Bonn 1975, S. 5.

tigte Mitentscheidung vor allem der Arbeitnehmer in betrieblichen, wirtschaftlichen und politisch-sozialen Fragen ist die Voraussetzung, um die Bereitschaft zur Solidarität durch Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu verankern und damit eine demokratische Konfliktlösung zu garantieren."[21]) Wenn der Integrationsprozeß von den „Zielen des demokratischen Sozialismus" getragen sei, „dann kann er dazu beitragen, gesellschaftliche Konflikte abzubauen"[22]). Dabei will die SPD dieses sozialliberale Programm nicht nur als außenpolitische Richtschnur der BRD verankern. Wohl wissend, daß im *„Rahmen eines integrierten Europas . . . das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik" wächst*[23]), bemüht sie sich, auf die Regierungen und die übrigen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien im Sinne dieser Zielsetzungen Einfluß zu nehmen: „Aufgabe der SPD und der von der SPD geführten Bundesregierung ist es daher, ihre innenpolitischen und außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten im Rahmen sozialdemokratischer Zielsetzungen optimal zu nutzen."[24]) Man bedauert zwar, daß „viele demokratische sozialistische Parteien und Verbände in Europa . . . ihren vorrangigen Aktionsrahmen noch immer zu sehr im Nationalstaat" sehen[25]). Die Folgen einer derartigen Einwirkungspolitik sind jedoch nicht mehr zu übersehen.

Nach der Überwindung der faschistischen Systeme in Portugal, Spanien und Griechenland hat die SPD ihre Beziehungen zu den sozialistischen Parteien in diesen Ländern intensiviert. Besondere Mühe gab man sich mit den portugiesischen Sozialisten – einer Partei, die 1973 während einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Münstereifel gegründet worden war. Heute bekennt sich Mario Soares zur „freien Marktwirtschaft", favorisiert Investitionen im privaten Wirtschaftsbereich und bekennt: „Wäre die Revolution in Portugal ruhiger verlaufen, dann würde es wahrscheinlich gar nicht zu Verstaatlichungen gekommen sein, zumindest jedoch nicht in der Form, wie das geschehen ist."[26]) Weiterhin betont Soares, daß die Koalition mit den Christdemokraten die „unpopuläre Politik des wirtschaftlichen Maßhaltens" erst ermöglicht habe und daß sich die Sozialisten darum bemühen, einen unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaftsverband zu gründen. Innerhalb der „Sozialistischen Internationale" kommt es zwar immer wieder zu harten Auseinandersetzungen zwischen der SPD und den französischen Sozialisten, dies hindert die Führung der SPD jedoch nicht, die französischen Sozialisten darin zu bestärken, daß eine (Rechts-)Entwicklung „nach Godesberg" mit der Anerkennung der „freien Marktwirtschaft" erfolgversprechend sei. So verliefen Gespräche zwischen H. Schmidt, W. Brandt und F. Mitterrand im September 1977 insofern für die SPD befriedigend, als der Führer der französischen Sozialisten, sich zur „Marktwirtschaft" bekannte und das Bündnis mit den Kommunisten vor allem als Mittel zur Vergrößerung des eigenen Wählerpotentials bezeichnete. Beobachter der Bonner Gespräche hoben hervor, „daß Mitterrand heute

21) Ebd., S. 17.
22) Ebd., S. 31.
23) Ebd. (Hervorhebung d. Verf.)
24) Ebd., S. 29.
25) Ebd., S. 25.
26) M. Soares auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung; vgl. FAZ v. 15. 6. 1978.

eher einem Kurs zuneige, der in Richtung auf das Godesberger Programm ziele als auf eine Übereinstimmung mit den Thesen der Kommunisten"[27]). Das Verhalten Mitterrands traf auf die entschiedene Kritik der französischen Kommunisten. Sie warfen den Sozialisten Mitterrands vor, sich auf ein Konzept einzulassen, das „eindeutig den Stempel der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei" trage. „Das gemeinsame Programm der sozialdemokratischen Parteien des Gemeinsamen Marktes ist ein typisches Programm der Klassenkollaboration ohne jeden Hinweis auf einen antimonopolistischen Kampf"[28]). Im Zusammenhang mit den geplanten Direktwahlen des Europäischen Parlaments haben sich die Bemühungen um eine Zusammenarbeit der westeuropäischen Parteien verstärkt. Am Beispiel der Beziehungen zwischen französischen Sozialisten und westdeutschen Sozialdemokraten zeichnen sich die Perspektiven einer verstärkten Einwirkung Bonner Parteien auf die Entwicklung anderer Parteien und die Vereinheitlichung programmatischer Aussagen ab.

Im Bereich der nicht-sozialistischen Parteien hat sich in letzter Zeit die CDU und vor allem die CSU darum bemüht, eine gemeinsame konservative Front unter der Parole „Freiheit oder Volksfront" zustande zu bringen. In Vorbereitung auf die Direktwahlen haben zunächst die christlich-demokratischen Parteien der EG-Länder (außer Großbritannien und Dänemark) 1976 die „Europäische Volkspartei" (EVP) gegegründet. Es wird unter diesen Parteien eine „größtmögliche Homogenität" angestrebt, „um vor allem widersprüchliche Aussagen im Wahlkampf für das Europäische Parlament zu vermeiden"[29]). Im Zentrum der Bemühungen steht die Verhinderung eines „sozialistischen Europas": „Für uns ist die Europäische Union mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluß. Sie ist eine politische Gemeinschaft, getragen von der Zustimmung ihrer Bürger. Diese Gemeinschaft braucht eine freiheitliche Ordnung, die auf den Prinzipien des Pluralismus, der Solidarität und der Subsidiarität beruht. Eine solche Ordnung ist von den Römischen Verträgen vorgezeichnet. Unsere Aufgabe ist es, sie auszubauen, sie mit Leben zu erfüllen und gegen das zerstörerische Konzept eines sozialistischen Europas zu verteidigen. Unser Ziel eines freiheitlichen und pluralistischen Europas steht mit den Zielen des Sozialismus im Widerstreit."[30]) Da nach Ansicht der um Strauß gruppierten politischen Kräfte die EVP dieses Ziel jedoch nicht energisch genug betreibt – der Vorsitzende der EVP, Leo Tindemans, bildet sehr zum Mißfallen der CSU eine Koalition mit Sozialisten –, begann der Führer der CSU mit der Reorganisation und Sammlung der rechtesten politischen Parteien und Bewegungen in Westeuropa. Ihre Maxime lautet: „Die Kommunisten, aber auch die Sozialisten sind nicht einzubinden, . . . sondern zu bekämpfen."[31]) Am 15. März 1977 wurde die Gründung einer „Europäischen Demokratischen Union" (EDU) in München vorbereitet. Der EDU schlossen sich

27) Vgl. FAZ v. 30. 9. 1977.
28) Nach FAZ v. 29. 9. 1977.
29) Vgl. „Die Welt" v. 8. 7. 1976.
30) Europäisches Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom Mai 1976; zit. nach: Europa-Wahl . . ., a.a.O., S. 93.
31) Nach FAZ v. 10. 8. 1977.

auch die englischen und dänischen Konservativen sowie die französischen Gaullisten an, die der EVP nicht beigetreten waren. Die EDU – maßgeblich von der CSU beeinflußt und deshalb sogar von den Christdemokraten Italiens, Hollands und Belgiens eher mit Skepsis betrachtet – unterhält Beziehungen nicht nur zu konservativen und reaktionären Parteien sondern auch zu Kräften, denen es nur mühsam gelingt, ihre Sympathien für autoritäre und sogar faschistische Systeme zu verbergen. Über die „Hanns-Seidel-Stiftung" werden z. B. Kontakte zur spanischen „Volksallianz" aufrechterhalten, deren Führer Fraga Iribarne noch 1977 erklärte, er weigere sich, die „Auslöschung des gigantischen Werkes der letzten 40 Jahre zu akzeptieren"[32]). In Portugal bemüht man sich besonders um das „Demokratisch-Soziale Zentrum", dessen Führer Freitas do Amaral noch mit Caetano zusammenarbeitete, und um General Spinola[33]). In der Bundesrepublik will die CSU die Direktwahlen zum EG-Parlament zugleich als Test für eine bundesweite Ausweitung der CSU nutzen, um auch innenpolitisch gegen die oftmals als schwankend und „sozialliberal infiziert" empfundene CDU-Führung die Sammlung der Rechten zu betreiben. Das jetzt in der Bundesrepublik verabschiedete Wahlgesetz, das die Aufstellung der Kandidaten entweder über Bundes- oder Landeslisten vorsieht, begünstigt dieses Vorhaben. Daß die CSU mit ihrer Neuformierung der Rechtskräfte in Westeuropa nicht nur die Konservierung eines – wenn nötig – autoritären Kapitalismus sichern und ein „sozialistisches Europa" verhindern, sondern auch weiterhin die „Befreiung des Ostens" betreiben will, macht eine Stellungnahme von Otto v. Habsburg deutlich, der erst kürzlich von der Regierung in Oberbayern die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, um für die CSU für das EG-Parlament kandidieren zu können[34]). Habsburg erklärte 1976: „Wir müssen jedermann klar machen, daß wir Großeuropäer sind. Für uns endet Europa nicht an der Linie, die an einem Unglückstag im Februar des Jahres 1945 von Nichteuropäern quer durch unseren Erdteil gezogen wurde. Für uns sind Mauern, Stacheldrähte und Minenfelder nicht das Ende Europas. Für uns sind Tschechen und Slowaken, Magyaren und Polen, Rumänen und Bulgaren genauso Europäer, wie Deutsche, Österreicher, Iren, Nor-

32) Nach „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 8. 3. 1977.

33) Zu den Beziehungen Strauß – Spinola vgl.: G. Wallraff, Portugal – Aufdeckung einer Verschwörung, in: „Blätter", 4/1976, S. 383 ff., bes. S. 401. Und: Ders., Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen, in: ebd., 5/1976, S. 511 ff., bes. S. 521 ff. Habsburg, ältester Sohn des letzten österreichischen Kaisers, ist derzeit Ehrenpräsident der „Pan Europa Union" und Vorsitzender des Beirates für außenpolitische Fragen der CSU-Hanns-Seidel-Stiftung. Gegen seine Einbürgerung hatte sich mit dem Hinweis, daß Personen, die in innerer Abhängigkeit zu „totalitären Ideologien" stehen, die Einbürgerung zu verweigern sei, A. Wernitz (SPD) ausgesprochen. Habsburg hatte in der „Zeitbühne" erklärt, einer nuklearen Epressung durch Terroristen müsse man dadurch begegnen, daß der Staatsnotstand neu definiert, alle Macht für neun Monate an eine einzige Person übertragen und das Kriegsrecht in Kraft gesetzt werde; vgl. FR v. 10. 6. 1978. – Die zutiefst sozial-reaktionäre Haltung kommt in folgender Äußerung von Habsburg zum Ausdruck: „Bei der Europa-Wahl werden zum ersten Male die großen Grundsatzfragen im Vordergrund stehen und nicht die Dinge, mit denen nur der Neid der Menschen angesprochen wird: Löhne, Renten und so weiter." (Nach FR v. 26. 6. 1978.)

34) Habsburg, ältester Sohn des letzten österreichischen Kaisers, ist derzeit Ehrenpräsident der „Pan Europa Union" und Vorsitzender des Beirates für außenpolitische Fragen der CSU-Hanns-Seidel-Stiftung. Gegen seine Einbürgerung hatte sich mit dem Hinweis, daß Personen, die in innerer Abhängigkeit zu „totalitären Ideologien" stehen, die Einbürgerung zu verweigern sei, A. Wernitz (SPD) ausgesprochen. Habsburg hatte in der „Zeitbühne" erklärt, einer nuklearen Erpressung durch Terroristen müsse man dadurch begegnen, daß der Staatsnotstand neu definiert, alle Macht für neun Monate an eine einzige Person übertragen und das Kriegsrecht in Kraft gesetzt werde; vgl. FR v. 10. 6. 1978. – Die zutiefst sozial-reaktionäre Haltung kommt in folgender Äußerung von Habsburg zum Ausdruck: „Bei der Europa-Wahl werden zum ersten Male die großen Grundsatzfragen im Vordergrund stehen und nicht die Dinge, mit denen nur der Neid der Menschen angesprochen wird: Löhne, Renten und so weiter." (Nach FR v. 26. 6. 1978.)

weger. Wenn wir heute für eine Einigung im Westen eintreten, bedeutet das nicht Verzicht auf das Herz, die Mitte unseres Erdteiles. Im Gegenteil. Wir bejahen Westeuropa, um mit mehr Nachdruck in der Welt für die Entkolonisierung ganz Europas, für das Selbstbestimmungsrecht aller Europäer einzutreten. Es wird keinen Frieden und keine Sicherheit geben, solange es europäische Völker gibt, die im Zeitalter der Entkolonisierung nicht entkolonisiert wurden. Sollte uns dabei jemand vorwerfen, wir seien ‚Kalte Krieger', so können wir dies gelassen hinnehmen."[35])

Die Furcht vor dem „Modell Deutschland"

In Italien werden die Direktwahlen von Christdemokraten wie von Kommunisten unterstützt, wobei die KPI diese Haltung einerseits in ihre Strategie des Historischen Kompromisses und andererseits in ihr Streben, ein von den USA unabhängigeres Westeuropa zu schaffen, einordnet. Giscard d'Estaing wiederum befürwortete die Direktwahl auch, um einerseits seine bürgerlichen Rivalen, Gaullisten und UDR, zu schwächen und andererseits die französiche Linke zu spalten, solange die Sozialisten für und die Kommunisten gegen die Direktwahlen waren[36]). Seit April 1977 nehmen die französischen Kommunisten gegenüber der Direktwahl eine z. T. positivere Haltung ein, sprechen sich jedoch wie andere Parteien auch gegen eine Erweiterung der Kompetenzen des EG-Parlaments aus. Das Festhalten an der nationalen Souveränität ergibt sich dabei nicht aus „nationalem Eigensinn", sondern vor allem aus der Befürchtung, ein durch die Direktwahl geförderter politischer Zusammenschluß der EG-Länder führe notwendig zur Institutionalisierung der politischen Übermacht der Bundesrepublik. Zwei Bewegungen – die eine konservativ, die andere heterogen bürgerlich bis linkssozialistisch zusammengesetzt – verdeutlichen den sich in Frankreich gegen die Dominanz der BRD formierenden Widerstand. *Michel Debré,* von 1959 bis 1962 unter de Gaulle Premierminister, hat unlängst ein *„Komitee für die Unabhängigkeit und Einheit Frankreichs"* gegründet, das dafür eintritt, daß auch weiterhin die volle Entscheidungsgewalt in der EG bei den nationalen Regierungen und dem Ministerrat bleibt. Direktwahlen werden zwar nicht vollständig abgelehnt, es soll aber durch Zusatzklauseln zu den Römischen Verträgen dafür gesorgt werden, daß die „unbestrittene Autorität der legitimen Regierungen garantiert" werde[37]). Debré stellt seine Kampagne ausdrücklich in den historischen Kontext der Debatte über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die schließlich wegen der Bedenken bezüglich einer Einbeziehung der BRD in eine integrierte westeuropäische Armee von der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde. Im Zusammenhang mit der Direktwahl des EG-Parlaments schließt Debré die Gefahr einer „deutsche(n) Bedrohung" nicht aus: „Das Problem ist nicht nur militärisch, es ist auch wirtschaftlich und

35) O. v. Habsburg, Idee Europa, München 1976, S. 180f. Der Grundgedanke der Habsburgschen Ausführungen findet sich auch im Grundsatzprogramm der CSU: „Ein in föderaler Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker vereintes Europa steht allen Staaten Europas offen, auch den Nachbarn im Osten"; zit. nach Europa-Wahl . . ., a.a.O., S. 96.
36) Vgl. M. Pöhle, Direktwahl des Europäischen Parlaments: Ein Ablenkungsmanöver?; in: „Zeitschrift für Parlamentsfragen", 2/1976, S. 223.
37) Vgl. „Europa Union", 2/1977, S. 8.

politisch."[38]) Eine Hegemonie der Bundesrepbulik in Westeuropa gilt dabei immer als Ausrichtung der EG auf eine „atlantische", eng an die USA gebundene Haltung. So ist nach Debré die Bundesrepublik bereit, „das Spiel einer Großmacht, das heißt der Vereinigten Staaten, treu und ohne Vorbehalte zu spielen . . . Einem Staat wie Deutschland, der sich durch seine Wirtschaftskraft Schuldner und Klienten verschafft, ist alles erlaubt"[39]). Einer Bemerkung von Bundeskanzler Schmidt, es sei ein Versäumnis des Gaullismus, daß die Kommunisten in Frankreich stark werden konnten, entgegnete Debré, die kartellmäßige Reorganisation der westdeutschen Stahlindustrie erinnere an das Expansionsstreben des deutschen Faschismus: „Dreißig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dreißig Millionen Toten, für die Hitler verantwortlich war, müssen wir uns fragen, ob Deutschland eine Gefahr für das Gleichgewicht der Kräfte in Europa wird und somit für den Frieden . . . Von einem gewissen Punkt an ist ein Kartell nicht mehr ein Element der Wirtschaft: es wird zum Motor der Politik."[40])

Spricht aus der Haltung Debrés sehr stark das Bedauern, daß Frankreich keine der BRD vergleichbare ökonomische und politische Vormachtstellung mehr einnimmt, so versucht ein von *Jean Paul Sartre*, General *Binoche*, Mitgliedern der Résistance-Bewegung u. a. gegründetes *„Aktionskomitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa und gegen die Wahl eines ihm dienenden Parlaments"* (Comité d'action contre une Europe Germano-Américaine et l'élection d'un parlament a son service) stärker auf den linken Flügel der französischen Sozialisten Einfluß zu nehmen. Als Resultat der Wirtschaftskrise sieht das Komitee die Festigung eines neuen Kräftefeldes, das auf die Vormachtstellung der USA und die faktische Bevormundung westeuropäischer Institutionen durch die BRD hinauslaufe. „Als starker und verfassungsmäßig abgesicherter Staat hat sich Westdeutschland, eine Symbiose amerikanischer Technologie und Jahrhunderte alter deutscher Staatsautorität und -repression (symbiose originale de la technocratie américaine et de la tradition séculaire d'un appareil d'Etat autoritaire et répressif) – wie sie durch die Namen Bismarck, Hitler und zweitweilig auch Noske charakterisiert wird –, im Laufe der vergangenen drei Jahre mit den schlagkräftigsten konventionellen Streitkräften in Europa versehen . . . Die Befürworter einer autonomen ‚westeuropäischen Zukunft' täten deshalb gut, bei ihren Überlegungen das Wesen und die Dynamik der gegenwärtigen Entwicklung Westdeutschlands in Betracht zu ziehen. Die Hexenjagd (chasse aux sorcières), die sich gerade jetzt entwickelt, verdeutlicht das Schicksal eines ‚integrierten Europas', das von den Amerikanern ‚protegiert' und von der Bundesrepublik Deutschland dirigiert würde."[41]) Das Komitee ruft auf, „sich mit uns zum Kampf gegen das geplante

38) Zit. nach FAZ v. 18. 12. 1976. Direktwahlen zum EG-Parlament bezeichnet Debré als „Falle": „Es werden nicht sechs Monate vergehen, bis dieses Parlament unter dem Druck einer Mehrheit für einen Antrag stimmen wird, Frankreich zur Verlegung seiner taktischen Atomwaffen an die Grenze der Tschechoslowakei aufzufordern"; nach „EG-Magazin", 3/1977, S. 9.
39) Nach: FAZ v. 16. 6. 1977.
40) Zit. nach: FAZ v. 26. 7. 1976.
41) „Appel de la constitution d'un comité d'action contre une Europe Germano-Américaine et l'élection d'un parlament a son service". Dieser Appell ist in einer von dem Komitee herausgegebenen knapp 40seitigen Broschüre enthalten, die neben einer allgemeineren Analyse der EG auch Ausführungen über die „renaissance de

direkt gewählte europäische Parlament zusammenzuschließen, dessen Paten die Herren Carter, Schmidt, Giscard und Andreotti und dessen wahre Urheber die Chefs der multinationalen Unternehmen sind"[42]). Die Intentionen des Direktwahl-Vorhabens analysiert das Sartre-Komitee insofern zutreffend, als die Perspektive eines „autonomen Westeuropas" unter den gegebenen Bedingungen immer die Ersetzung der amerikanischen Vorherrschaft durch eine – im günstigeren Falle – sozialliberal ausgerichtete dominante Bundesrepublik bedeutet, wobei die Straußsche Sammlungsbewegung, sollte die Integrationsfähigkeit der Sozialliberalen nachlassen, immer schon die – offen autoritäre – Alternative zur sozialdemokratisch bestimmten, als „Modell Deutschland" firmierenden Hegemonie der Bundesrepublik darstellt. Widerstand gegen die Direktwahl und ihre Konsequenzen artikuliert sich auch in Dänemark. Während nach Umfragen in der Bundesrepublik zwei von drei Bürgern die Wahlen positiv bewerten, sind es in Dänemark weit weniger als die Hälfte. „Man fürchtet, in dem großen Gesamttopf verkocht zu werden, seine Identität zu verlieren."[43]) Eine Mehrheit der Labour-Party macht in Großbritannien gegen die Direktwahlen Front. Im Juli 1977 stimmte der Parteivorstand mehrheitlich gegen die Durchführung der Wahlen. Man befürchtet, daß das Parlament von Westminster seine Souveränität und damit auch die britische Arbeiterbewegung die Autonomie, die Entwicklung des Landes zu bestimmen, verlieren würde. Die Direktwahl-Gegner erinnern dabei an die enttäuschten Hoffnungen des britischen EG-Beitritts: Die Erwartung einer Wiederbelebung der britischen Exportmacht hat sich ebenso wenig erfüllt wie die Hoffnung eines verstärkten Investitionsbooms westeuropäischer Firmen in Großbritannien. Statt dessen floß immer mehr britisches Kapital auf den Kontinent[44]). Die Befürworter der Direktwahlen setzen allerdings darauf, daß die Labour-Regierung sich, wie in anderen Fragen auch, nicht an die Haltung der Parteimehrheit halten wird.

Schlußbemerkung

Um die politisch-ideologischen Aktivitäten zur Einstimmung auf die Wahlen weiter entfalten zu können, werden aus EG-Mitteln rund 3 Mio. DM zur Öffentlichkeitsarbeit und rund 5 Mio. DM für die Fraktionen im Europäischen Parlament entsprechend ihrer Mandatszahl zur Verfügung gestellt[45]). In der bundesdeutschen Öffentlichkeit werden die Direktwahlen, von einigen als „pünktliches Rendezvous mit der europäischen Geschichte" hochstilisiert[46]), bislang noch kaum kritisch auf ihre Implikate und Intentionen hin diskutiert. Von der politischen Publizistik wird weiterhin das harmonisierende Bild einer Demokratisierung der EG, des „Schritts zum Europa der Bürger", zum „Europa des kleinen Mannes", gezeichnet. Auf nur wenig Zustimmung tref-

---

l'impérialisme allemand" und über die ökonomische und politische Bedeutung der Direktwahlen enthält. Eine auszugsweise deutsche Übersetzung des Appells ist auch in „Europa Union", 3/1977, S. 3, abgedruckt. In Nr. 4/1977 derselben Zeitung findet sich eine Entgegnung von Altiero Spinelli.

42) Appel . . ., a.a.O.

43) FAZ v. 29. 6. 1977.

44) Vgl. D. Buhl, Europa – nur zum Gähnen, in: „Die Zeit" v. 24. 6. 1977.

45) Vgl. FR v. 9. 2. 1977.

46) Läufer/Murmann/Schneider, zit. nach Europa-Wahl . . ., a.a.O., S. 35.

fen dagegen diese schönfärberischen Darstellungen in den Diskussionen der westdeutschen Linken. Allerdings gehen Teile von ihr – insofern z. T. identifizierbar mit der allgemeinen Zustimmung zur Direktwahl – von der (irrealen) Prämisse aus, eine direkte Wahl des EG-Parlaments könne sich als Vorteil erweisen, indem die im westeuropäischen Spektrum rechts angesiedelte sozialdemokratische und ggf. die liberale Partei gezwungen wären, sich zumindest nach links zu öffnen, wenn nicht sogar sich nach links zu entwickeln. Man traut z. B. den französischen Sozialisten zu, im Rahmen der gemeinsamen Fraktion im EG-Parlament auf die SPD einwirken und die Partei auf fortschrittlichere Positionen bringen zu können. Auch die totale Abgrenzung der westdeutschen Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten könnte danach im EG-Parlament aufgrund der relativ starken Vertretung französischer und italienischer Kommunisten sowie der Notwendigkeit, in bestimmten Fragen auch einmal mit den KP-Vertretern zu stimmen, abgebaut werden. Sicher wird es derartige Entwicklungen punktuell geben können und wird die fortschrittliche Bewegung in der BRD diese „Auslandshilfe" wie schon gegenwärtig bei den Aktivitäten gegen den „Radikalenerlaß" und seinen Folgen zu nutzen wissen. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, daß schon heute die Möglichkeiten zur Einflußnahme höchst ungleich verteilt sind: Nicht die weiter links stehenden Parteien des Auslands nehmen auf SPD und FDP Einfluß, sondern es sind umgekehrt gerade die sozialliberalen Parteien der BRD, die – gestützt auf das ökonomische und mittlerweile auch politische und militärische Potential der BRD – auf die übrigen westeuropäischen Parteien zur Verhinderung von Linkstendenzen einwirken. Für die zukünftige Haltung der sozialliberalen Parteien wird schließlich die Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik entscheidend sein. Nur wenn es hier gelingt, die zum großen Teil noch isoliert wirkenden Linkskräfte zusammenzuführen, können sich überhaupt Entwicklungen mit der o. a. Perspektive ergeben. Dies setzt gerade jetzt zu Beginn des „EG-Wahlkampfes" auch eine realistische Bewertung der Direktwahlen wie der damit zugleich angestrebten „Europäischen Union" voraus. Es sind im wesentlichen fünf Intentionen, die mit den Direktwahlen verbunden sind: Erstens soll von den gegenwärtigen Krisenerscheinungen und ihren Ursachen abgelenkt und die „Idee Europa" wiederbelebt werden. Zweitens sollen innenpolitische Konfliktpotentiale auf die Diskussionen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Direktwahl (des-)orientiert werden. Drittens sollen Direktwahlen angesichts der Stagnation der EG als Hebel zur Ingangsetzung politischer Integration und zum Abbau nationaler Souveränität dienen. Viertens sollen über den Souveränitätsverzicht die Möglichkeiten zur Äußeren Einwirkung auf innenpolitische Entwicklungen vergrößert und sollen fünftens die programmatischen Aussagen und Aktivitäten der systemstabilisierenden Parteien zur kollektiven Absicherung der ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnungen in Westeuropa aufeinander abgestimmt werden. Wenn man schon die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der EG-Länder nicht verhindern kann, bzw. wie im Falle der BRD aus Interesse an der weiteren Exportexpansion gar nicht verhindern will, so bemüht man sich dennoch darum, *Ungleichzeitigkeiten der politischen Entwicklung zu verhindern,* um so die relative Stabilität des politi-

schen Systems in Westeuropa zu erhalten. Man baut u. a. darauf, daß die kommunistischen Parteien im EG-Parlament insgesamt schwächer als in einigen nationalen Parlamenten vertreten sind. Während die KPI knapp 35% und die KPF gut 20% der Wähler Italiens bzw. Frankreichs auf sich vereinigen, sollen die Kommunisten nach der Direktwahl im EG-Parlament Meinungsumfragen zufolge zusammen nur 9% erringen[47]). Neben Frankreich gelten Italien und – im Falle einer Erweiterung der EG – Spanien, Portugal und Griechenland als die „Problemländer", auf die man die Einflußnahme und auch die mit wirtschaftspolitischen und sonstigen politischen Auflagen versehene Kreditvergabe konzentriert. *Man will verhindern, daß aus der Kette der westeuropäischen Staaten ein „schwaches Glied" herausbrechen könnte.*

Demokratische Alternativen zum Direktwahl-Akklamations-Unisono in der Bundesrepublik müßten sich auf folgende Aktivitäten und Forderungen konzentrieren: Es ist zu verdeutlichen, daß es bei den entschiedenen Befürwortern der Direktwahlen gar nicht so sehr um die Wahlen als um die dahinter stehenden Zielsetzungen geht, wobei eine die nationale Souveränität einschränkende „Europäische Union" als besondere Gefährdung grundlegender demokratischer Entwicklungen erscheint. Es besteht zwar durchaus ein Interesse an einer erweiterten Kontrolle der EG-Organe durch das Europäische Parlament. Kontrolle, Mitbestimmung und Einflußnahme können sich jedoch nicht auf parlamentarische Aktivitäten beschränken. Strategien zur Gesellschaftstransformation leiten sich darüber hinaus aus den nationalen Bedingungen ab und können auch nur insofern erfolgversprechend sein, als sie diesen Bedingungen Rechnung tragen. Insoweit ist die Forderung nach nationaler Souveränität keineswegs antiquiert. Soweit bürgerliche Kreise ebenfalls für die Erhaltung nationaler Unabhängigkeit eintreten, bieten sich für die Arbeiterbewegung durchaus Bündnismöglichkeiten. Es wird allerdings darauf ankommen, die Preisgabe der Souveränität durch die Herrschenden in dem Fall zu verhindern, wo diese zum Zwecke der Systemsicherung dazu bereit sind. Dies beinhaltet zugleich, nationale Unabhängigkeit als eine Voraussetzung zu begreifen, die die Öffnung eines Weges fortschrittlicher Alternativen erst ermöglicht[48]). Soweit eine auf diese politischen und sozialen Inhalte hin spezifizierte Souveränität nicht untergraben wird, sind auch Kompetenzerweiterungen des EG-Parlaments zu diskutieren, um die auf den Rahmen des EWG-Vertrags zu begrenzenden Aktivitäten der Gemeinschaftsorgane auch parlamentarisch effektiver kontrollieren zu können.

---

47) Vgl. Europäische Zeitung, 7/1977, S. 4.

48) Es ist nicht nur unzutreffend, sondern lenkt auch den Blick von der entscheidenden, der nationalen, Ebene sozialer Auseinandersetzungen ab, wenn behauptet wird, „daß eine Neuorientierung der bisherigen gesellschaftspolitischen Ausrichtung in diesen Fragen (von Reformen; d. V.) nur noch auf der Ebene der Gemeinschaft und nicht mehr auf der der Mitgliedstaaten erfolgen kann". (U. Weinstock, Auf dem Wege zur Sozialunion, in: Ders. (Hrsg.), Neun für Europa, Düsseldorf/Köln 1973, S. 171. Zur Auseinandersetzung mit diesen Thesen der „schwindende(n) nationale(n) Souveränität zu Reformen" (Weinstock) vgl. H.-J. Axt, Westeuropäische Integration, Nationalstaat und Arbeiterbewegung, in: F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 98ff., bes. S. 136ff.

Die innerpolitische Entwicklung im Iran

25 Jahre nach dem Sturz Mossadeghs

Von Mostafa Danesch

Im Jahre 1953 wurde im Iran die Regierung Mossadegh gestürzt – auf Betreiben vor allem der US-amerikanischen Ölkonzerne. Mit Schah Reza Pahlevi stützten sie an der Spitze des Staates einen Mann, von dem sie erwarten durften, daß er ein williger politischer Handlanger ihrer wirtschaftlichen Pläne sein würde. Die Diktatur über den Iran währt mittlerweile ein Vierteljahrhundert. Berichte über politische Gefangene, Folter und Mord erreichten immer wieder das Ausland. Doch konnte bei ausländischen Beobachtern über die Jahre hin der Eindruck entstehen, ein ernsthafter Widerstand gegen das Schah-Regime existiere kaum. Daß dieser Eindruck trügt, zeigte sich spätestens zu Anfang dieses Jahres, als mit nahezu erruptiver Gewalt Demonstrationen und Streiks das Schah-Regime an den Rand des Sturzes brachten. Im folgenden soll versucht werden, einen knappen Überblick über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Iran seit dem Sturz Mossadeghs zu geben und vor allem die augenblickliche Situation sowie die Perspektive der antidiktatorischen Kräfte zu analysieren.

I

In dem Vierteljahrhundert seit der nationalen Bewegung für die Verstaatlichung des Erdöls im Jahre 1951 hat die iranische Gesellschaft sich unter den Bedingungen einer abhängigen kapitalistischen Entwicklung und der Hegemonie eines diktatorischen Satelliten-Regimes mehr und mehr in zwei feindliche soziale Lager polarisiert. Die Mehrheit der iranischen Gesellschaft – Arbeiter, Bauern, Kleingrundbesitzer, Handwerker, fortschrittliche Intellektuelle und nationale Bourgeoisie – formiert sich gegen die Minderheit der herrschenden Klasse, die mit allen Mitteln versucht, den Status quo aufrechtzuerhalten. Annähernd 6 Millionen Menschen ernähren sich durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft, davon sind 3,5 Millionen in der Industrie und im Bausektor, 1,5 Millionen im Dienstleistungsbereich und 1 Million in der Landwirtschaft beschäftigt. Aufgrund des relativ hohen Konzentrationsgrades in der Wirtschaft ist auch der Anteil der Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 1000 Arbeiter recht groß. Das ist eine wichtige materielle Voraussetzung für das Entstehen einer organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Der industrielle Sektor ist im wesentlichen ein Produkt der Entwicklung in den 50er und 60er Jahren. Die damaligen Bauernbewegungen drohten, in Anbetracht einer sozio-ökonomischen Krise, zu einer Gefahr für das etablierte Herrschaftssystem im Iran zu werden. Die Herrschenden suchten einen Ausweg. Genau wie das ausländische Kapital, waren auch sie an einer kapitalisti-

schen Wirtschaftsentwicklung interessiert, um neue Märkte und Möglichkeiten zur Ausbeutung des Landes zu erschließen. Der Iran ist reich an Bodenschätzen, verfügt über billige Arbeitskräfte und einen großen inneren Markt – alles zusammen ideale Voraussetzungen für ein kapitalistisches Wirtschaftssystem. Die strategische und geopolitische Lage des Iran, dem der Westen die Rolle eines „Gendarmen der Region" zugewiesen hat, erfordert ein stabiles Regime. Bedingt durch diese Faktoren, setzte eine Industrialisierungswelle ein, die u. a. folgende Bereiche erfaßt hat: Textil-, Zucker, Elektrizität, Petrochemie, Pkw-, Traktoren-, Stahl-, Gas-, Erdöl-, Aluminium-, Tabak-, Zement- und Kabelindustrie. Da die Arbeiterklasse die potentiell stärkste Kraft in der iranischen Gesellschaft ist, kann keine ernstzunehmende Bewegung ohne die Teilnahme ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eine Chance auf Erfolg haben.

Die in letzter Zeit sich mehrenden Streiks beginnen sichtbare Erfolge zu zeitigen. In den letzten zwei Jahren fanden mehr als 100 wichtige Arbeitskämpfe gegen die Schah-Diktatur statt. Trotz Unterdrückung, Erschießungen, Folterungen und Verhaftungen der politisch aktiven Arbeiter konnte die Streikbereitschaft nicht gebrochen werden. Beispiele dafür sind: Der Streik der Arbeiter der Textilfabrik in Schahi 1977, einer der größten Massenstreiks der letzten Jahre, bei dem der Geheimdienst SAVAK 4 Arbeiter ermordete, sowie der Hungerstreik der Arbeiter der Druckerei „Besto-Pange-Schahivar", ebenfalls im letzten Jahr, der massiv von der Druckergewerkschaft unterstützt wurde.

Der 1943 aus dem Zusammenschluß verschiedener Gewerkschaftsverbände entstandene „Zentralrat der Vereinigten Gewerkschaften des Iran" (CCSU) muß seit dem Putsch von 1953 in der Illegalität arbeiten. Zugelassen ist lediglich der vom Regime gegründete „Gewerkschaftskongreß" (TUCI). Dieser wird jedoch – soweit dies möglich ist – von den verbotenen Gewerkschaften dazu benutzt, die Arbeitskämpfe zu organisieren.

Die zweite bedeutende Kraft innerhalb der antidiktatorischen Front sind die Bauern. Die von Reza Pahlevi in den 60er Jahren mit großem propagandistischen Aufwand inszenierte „weiße Revolution" hat die Lage auf dem Land kaum verbessert. Vorgesehen war, kapitalistische Verhältnisse in der Landwirtschaft zu schaffen. Bisher ist dies jedoch nicht in dem erhofften Tempo erreicht worden. Auch heute überwiegen in der Landwirtschaft noch die vorkapitalistischen Verhältnisse. 22% der Landbesitzer produzieren 59% der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Das bedeutet, daß die restlichen 78% – die verarmten Bauern mit einem Besitz unter 10 ha – nur 41% produzieren. Die großen landwirtschaftlichen Betriebe sind also in den Händen weniger konzentriert. In Anbetracht der Armut der kleinen Bauern liegt die Erkenntnis nahe, daß sie mit äußerst primitiven Produktionsmitteln arbeiten müssen. 2,2 Millionen Familien können mit ihrer Produktion nur ihren Eigenbedarf decken. Die fehlende Kapitalakkumulation führt zwangsläufig zu einer Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion. Die Bauern kommen nicht in den Genuß der staatlichen Subventionen, die dagegen in hohem Maße den großen Landwirtschaftsbetrieben der Angehörigen des Schahs oder den ausländischen

Konzernen zugutekommen. Die Anwendung neuer Technologien in der Landwirtschaft bleibt damit ein Monopol großer inländischer und ausländischer Konzerne. Ca. 60% der Gesamtbevölkerung und ca. 80% der Landbevölkerung leben unter dem offiziellen Existenzminimum, und die Zahl der Analphabeten liegt bei ca. 70%. Die medizinische Versorgung auf dem Land ist unzureichend, immer wieder treten Epidemien auf. Das führt zu einer immensen Landflucht, aber die wirtschaftliche Situation der Betroffenen verbessert sich dadurch in keiner Weise. Sie vegetieren in den Slums der großen Städte und sind ein Reservoir billiger Arbeitskräfte für die Industrie.

Sein Ziel, das iranische Dorf zur sozialen Stütze seines Regimes zu machen, hat Reza Pahlevi also in keiner Weise erreicht. Vielmehr kommt es immer wieder zu – teilweise blutigen – Unruhen, die manchmal noch archaischen Charakter haben und häufig zur Zerstörung der technischen Anlagen auf den großen Farmen führen. Anlaß für solche Demonstrationen sind in der Regel die staatlichen Preisrichtlinien und die jährlichen Abgaben an die Großgrundbesitzer, denn die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind sehr gering und die Abgaben hoch. In manchen Teilen des Landes müssen die Bauern auch heute noch vier Fünftel der Ernte an den Landlord abliefern.

Die Kämpfe der Bauern finden Unterstützung bei den Handwerkern und Zünften. Die wesentlichen Ursachen der Unzufriedenheit dieser Schichten liegen in dem wirtschaftlichen Druck, dem sie durch den uneingeschränkten Import ausländischer Produkte ausgesetzt sind; in der verstärkten Ausbeutung durch ausländische Konzerne und inländische Unternehmen; im Vordringen der Industrie in die traditionellen Bereiche des Handwerks sowie im Entzug der politischen und ökonomischen Rechte der Handwerker und Zünfte.

Auch der Widerstand der Intellektuellen ist gewachsen. Traditionsgemäß war es diese Bevölkerungsschicht, besonders die Studenten, die auf Mißstände und Intrigen des Schah-Regimes und des Imperialismus hingewiesen haben, so z. B. nach dem Putsch 1953 und nach der „weißen Revolution" 1963. Sie haben immer wieder nachgewiesen, daß die herrschende Klasse im Iran keine „Revolution" im Sinne und zugunsten des Volkes durchführen konnte. Die Universitäten des Iran waren von 1953 an, auch in Zeiten äußerer „Ruhe", Zentren des antidiktatorischen Kampfes. Die Intellektuellen haben Einfluß auf die Schülerbewegung, aber auch auf hohe und kleine Beamte und Angestellte der staatlichen und privaten Institutionen, Freiberufler und Geistliche. Quantitativ erreicht die Schicht der Intelligenz die Millionengrenze.

Zur Front gegen die Schah-Diktatur gehört auch die Klein- und Nationalbourgeoisie, deren Interessen nur durch die Ausdehnung der inneren Produktion und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes befriedigt werden können. Diese Schichten der iranischen Bourgeoisie sind durch den Widerspruch zwischen ihren Interessen und der Hegemonie des Auslandskapitals sowie durch die Diktatur des Schah-Regimes, die die Entwicklung der einheimischen Produktion hemmt, und durch die versagte Teilnahme an der politischen Macht mit dem Regime in einen ernsten Konflikt geraten. Die nationale Bourgeoisie konzentriert sich vor allem in der Konsumgüterindustrie (Textil

und Bekleidung, Lebensmittelverarbeitung, Tabak, etc.). Das erklärt auch die zahlreichen Protestbewegungen in den Basaren, die ja die Zentren des iranischen Wirtschaftslebens sind.

Die ausländischen Monopole – amerikanische, westdeutsche, französische, italienische – investieren außer im Erdölsektor ihr Kapital in Banken, in der Zucker-, Chemie-, Metall-, Bergbau-, Pkw-, Fraktor-, Petrochemie- und Aluminiumindustrie. Die Investoren sind mit mehr als 50%iger Beteiligung in der iranischen Industrie fest verankert. Die folgende Tabelle zeigt die Hauptteilhaber am ausländischen Kapitalzufluß in den Iran, der von 1957 bis 1972 insgesamt eine Höhe von 12,6 Mrd. Rials erreichte.

Kapitalzufluß in die iranische Wirtschaft von 1957–1972 (in Mrd. Rials))*

USA	*6,677 Mrd. Rials*
BRD	*1,592 Mrd. Rials*
England	*1,43 Mrd. Rials*
Frankreich	*0,715 Mrd. Rials*

Die Zahlen der vorstehenden Tabelle beinhalten jedoch nicht die Investitionen im Erdölsektor und in den großen petrochemischen Betrieben.

Konzerne aus der Bundesrepublik hatten bis 1970 91 Mio. DM, bis 1973 180 Mio. DM und bis 1976 über 1 Mrd. DM im Iran investiert. Am 29. Oktober 1974 schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), daß die direkten Kapitalinvestitionen westdeutscher Konzerne im Iran in nächster Zeit auf 3,5 Mrd. DM steigen würden. 1974 schloß die Babcock AG mit der iranischen Regierung einen Vertrag im Wert von 2,3 Mrd. DM. Nach einer ebenfalls 1974 stattgefundenen Konferenz im Iran wurde ein Vertrag über 24 deutsche Investitionsprojekte im Iran im Wert von insgesamt 5,5 Mrd. DM abgeschlossen. Bundesdeutsche Großkonzerne wie VEBA-Gelsenberg, die German Oil-Gruppe, die Hoechst AG, Bayer, Klöckner, Krupp, Daimler-Benz etc. haben in folgenden Wirtschaftssektoren des Iran investiert: Automobilindustrie, Kernkraftwerke, Bauwesen, Pharmazie, Kunststoffindustrie, Kommunikationsmittel, Landwirtschaft und Bankwesen.

Die folgenden deutschen Banken sind am iranischen Banksystem beteiligt: Bayerische Vereinsbank; Deutsche Bank; Saarländische Bank; Commerzbank; Berliner Bank und Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

Die praktische Konsequenz des starken Auslandseinflusses ist die Transferierung hoher Gewinne ins Ausland, so daß eine Kapitalakkumulation im Lande sich nicht vollziehen kann. Die kolossalen Vorteile einer Investition in der iranischen Industrie liegen u. a. in der Gewährung einer 5jährigen Steuerfrei-

*) Nach dem Kurs von 1975: 28 Rial = 1 DM.
Die Zahlen der vorstehenden Tabelle beinhalten jedoch nicht die Investitionen im Erdölsektor und in den großen petrochemischen Betrieben.

heit, in Darlehen zu sehr günstigen Zinssätzen, in der Versorgung mit Energie zu äußerst niedrigen Tarifen, in der freien Ausfuhr von Kapital und Einnahmen, in der freien Festsetzung der Preise und Profite. Diese Vorzüge genießen die ausländischen Investoren in völlig gleicher Weise wie das iranische Kapital. Wenn man berücksichtigt, daß die ausländischen Gesellschaften – durch das bestehende Regime des Terrors, das jeden Streik schonungslos niederschlägt – die Möglichkeit haben, die iranischen Arbeiter ziemlich schrankenlos auszubeuten, ist die Anziehungskraft des Iran für das Auslandskapital verständlich. So hebt Joachim Zahn, Vorstandsprecher der Daimler-Benz AG, in seiner Rede vor der Deutsch-Iranischen Gesellschaft (10. 11. 1969) als besonders positive Eigenschaften des Iran hervor: „die gesellschaftliche und politische Ordnung und Stabilität, die Aufgeschlossenheit für unternehmerisches Denken . . . Dieses Bewußtsein des absoluten Rechtsschutzes scheint nur wohl die wichtigste Voraussetzung des von uns allen erwünschten positiven Investitionsklimas zu sein . . ." In diesem Sinne äußerte sich auch Bundeswirtschaftsminister Hans Friederichs 1973: „Die Kontakte und Verbindungen zwischen Unternehmern in der Bundesrepublik Deutschland und Persien können inzwischen wohl als ein Musterbeispiel für Kooperation angesehen werden." („Überseerundschau", 3/1973.)

II

Der Ruf nach Demokratie und nationaler Unabhängigkeit, verbunden mit dem Sturz der Diktatur des Regimes, ist in den vergangenen zwei Jahren immer lauter geworden. Ungeachtet der Verschärfung des offenen Terrors durch den SAVAK, der Gründung einer faschistischen Einheitspartei („Partei der Auferstehung") im Jahre 1975, der Verabschiedung eines Gesetzes, das die Todesstrafe für die gegen die „Monarchie" agierenden und opponierenden Kräfte vorsieht, formiert sich der Kampf des iranischen Volkes. Im November vorigen Jahres begann die Flut der Proteste. Der illegale iranische Schriftstellerverband veranstaltete in Teheran 10 Kundgebungen, bei denen mehr als hunderttausend Iraner ihre Stimme gegen die Schah-Diktatur erhoben. Um der wachsenden Unruhe Herr zu werden, setzt das Schah-Regime neben der berüchtigten Geheimpolizei Armee- und Polizeieinheiten ein. Mit Hilfe dieser Einheiten schlugen die SAVAK-Agenten im November und Dezember 1977 mehrere antidiktatorische Protestdemonstrationen blutig nieder und töteten dabei über 200 Demokraten (vgl. „Le Monde" v. 12. Januar 1978). Während antidiktatorischer Demonstrationen in Ghom am 9. und 10. Januar 1978 wurden mehr als 100 Menschen vom SAVAK erschossen (vgl. „Le Monde" v. 14. Januar 1978). Entsprechend den religiösen Vorschriften des Islam gedachten 40 Tage nach diesen blutigen Ereignissen in Ghom am 18. und 19. Februar 1978 mehr als 100 000 Einwohner von Täbris der Todesopfer. Die Polizei schoß in die Demonstranten, was die Bewegung jedoch nicht aufhalten konnte. Durch Einsatz von Panzern, Hubschraubern und Maschinengewehren der iranischen Armee sind in diesen Tagen mehrere hundert unbewaffnete Demonstranten in Täbris ermordet worden. In den folgenden Monaten fanden in mehr als 80 iranischen Städten antidiktatorische Kundgebungen statt. Da-

bei waren mehr als 100 Todesopfer zu beklagen. Das Schah-Regime versucht diesen an die Anfänge eines Volksaufstandes gemahnende Bewegung durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über das gesamte Land zu begegnen. Seit Mitte Mai überwachen massive Panzereinheiten, Hubschrauber, zusätzliche Armee- und Polizeieinheiten alle Aktivitäten der iranischen Bevölkerung, um erneute Demonstrationen zu verhindern. Aber der Ruf nach Freiheit und Unabhängigkeit konnte nicht erstickt werden. Wenn der Schah – wie am „Verfassungtag" am 5. August 1978 geschehen – von mehr „Freiheit" spricht, die er dem iranischen Volk gewähren wolle, so klingt das wie Hohn. Diesen Versprechungen vorangegangen war Ende Juli 1978 eine gewaltige Volkserhebung in Meschhed, wo durch den Einsatz der iranischen Armee mehr als 250 Bürger ums Leben kamen (vgl. „Der Spiegel", 34/1978). Zur gleichen Zeit kam es in weiteren 15 iranischen Städten – Theheran, Isfahan, Ghom, Schiras, Hamedan, Behbahan, Kirman u. a. – zu Massendemonstrationen. In den ersten Agusttagen kam es erneut zu großen Protestaktionen in der Industriestadt Isfahan, an denen mehrere zehntausend Menschen teilnahmen. Das Schah-Regime veranstaltete unter der Bevölkerung von Isfahan ein beispielloses Massaker, dem Hunderte von Menschen zum Opfer fielen. Über die Stadt Isfahan ist seither das Kriegsrecht verhängt. Parallel zu den antidiktatorischen Demonstrationen traten in den letzten Monaten mehrere 100 politische Gefangene in Teheran in einen Hungerstreik, um dadurch ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Studentendemonstrationen gehören zum alltäglichen Bild der iranischen Städte. Dies veranlaßte das Schah-Regime, verschiedene Universitäten, wie in Teheran, Isfahan, Täbris etc. für mehrere Monate zu schließen. Diese Welle der Widerstandskämpfe ist ein Indikator dafür, daß die soziale Basis des Regimes täglich schrumpft und die klassenspezifische Basis der Diktatur immer geringer wird.

Die Propagandaorgane des Schah-Regimes versuchen, diese Massenbewegungen, insbesondere die Bewegung in Täbris, als Werk der „Extremisten", die das Ziel einer „Subversionsbewegung" verfolgten (FR v. 21. Februar 1978), der „entmachteten Anhänger der persischen Feudaldespotie und ihrer geistlichen Verfechter" oder der „. . .rechtsextremen islamischen Geistlichen, die den raschen Wandel des vor 15 Jahren noch weitgehend feudalistischen Landes in einen modernen Industriestaat westlichen Zuschnitts ablehnen" (FR v. 5. April 1978) zu diffamieren. Das Schah-Regime macht Anstrengungen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen völlig natürliche Heterogenität der Opposition für seine Verleumdungen zu nutzen. So werden diese Massenbewegungen als eine Allianz der „Roten" und der „Schwarzen", von „Linken" und „Rechten" gegen die „große Zivilisation" im Iran dargestellt.

Das Regime schwankt z. Z. zwischen Freiheitsversprechungen und blutiger Repression bis hin zur Verhängung des Kriegsrechtes, denn dem Schah ist jedes Mittel recht, das zur Stabilisierung seiner Diktatur beitragen könnte. Auf inneriranische Krisen und Miseren reagiert Schah Reza Pahlewi nach dem Sündenbock-System. Im vergangenen Jahr muß der Ministerpräsident Howeida zurücktreten, da ihm die fehlgeschlagenen Industrialisierungen und Elektrifizierungenspläne zur Last gelegt wurden. Im Juni dieses Jahres wurde

der SAVAK-Chef Nassiri als Sündenbock für die massive Unterdrückung des Volkes abgestempelt und entlassen. Am 25. August dieses Jahres trat Ministerpräsident Amuzegar zurück. Die Zügellosigkeit des SAVAK wurde selbst dem Ministerpräsidenten Amuzegar zuviel. Seine Bemerkungen hinsichtlich des Kinobrandes in Abadan vom 19. August, bei dem mehr als 400 Menschen ums Leben kamen, bestätigen die Vermutungen, daß dieser der Opposition in die Schuhe geschobene Brand ein Werk des SAVAK war. Amuzegar erklärte zum Grund seines Rücktritts: „Die Attentäter von Abadan sind nicht ermittelt."

Die Eskalation der antidiktatorischen Bewegung verschärft den Widerspruch innerhalb des politischen Systems. In dieser Situation versuchen manche Flügel der Herrschenden, sich vom Schah zu distanzieren. Für den Schah war der Rücktritt des Ministerpräsidenten Amuzegar jedoch ein willkommener Anlaß, um durch ein Scheinzugeständnis – die sogenannte „Fortsetzung der Liberalisierung" durch den am 28. August 1978 ernannten Ministerpräsidenten Scharif Emami – innerhalb der antidiktatorischen Kräfte eine Spaltung herbeizuführen. Teile der demokratischen Kräfte sollen zu einem Kompromiß mit dem Regime bewogen werden. Es ist kein Zufall, wenn der neue Ministerpräsident Emami von der Einhaltung der „islamischen Gesetze", von „freien Wahlen", von der Bereitschaft der Regierung zum „Meinungsaustausch" mit bestimmten Kräften der Opposition und von der Zulassung von „Parteienneugründungen" spricht, die Tudeh-Partei jedoch von all dem von vornherein ausschließt.

Die Ursachen und Hintergründe dieser antidiktatorischen Massenbewegung liegen aber tief im sozialökonomischen Gefüge des Landes. Die tiefe Unzufriedenheit der Bevölkerung hat sich aktiviert. Die Massenbewegungen in Täbris, Isfahan, Schiras, Abadan etc. haben folgende Charakteristika:

– Im Gegensatz zu früheren Demonstrationen gegen das herrschende Regime, wo bestimmte Schichten und Klassen für sich alleine vorgegangen sind, kam es durch den Aufruf der demokratischen Kräfte und der fortschrittlichen islamischen Geistlichen zu einer breitangelegten Solidarisierung aller Bevölkerungsklassen und -schichten: Arbeiter, Bauern, Studenten, Jugendliche, Handwerker, die Geistlichkeit, Intellektuelle sowie auch die Bazar-Kaufmannschaft. Dieser Vorgang ist eine fundamentale Neuerung im Kampf der antidiktatorischen Kräfte des Iran. Diese durch ein Zweckbündnis zusammengeführte antidiktatorische Front stellte sich der Öffentlichkeit zum erstenmal in den Demonstrationen am 18. und 19. Februar dieses Jahres in Täbris dar und setzte sich fort.

– Der gegenwärtige Hauptinhalt dieses Zweckbündnisses aller Klassen und Schichten ist der Sturz des diktatorischen Schah-Regimes. Das bisher im Hintergrund vorhandene politische Bewußtsein artikulierte sich plakativ in der Parole „Nieder mit dem diktatorischen Schah-Regime". Auch dies ist ein für iranische Verhältnisse neues Phänomen.

– Die starke Anteilnahme der Frauen widerlegt die Behaptung des Regimes, es handele sich lediglich um Umtriebe rechter islamischer Kräfte.

– An dem neuen Bewußtsein partizipieren auch Teile der iranischen Armee, was darin zum Ausdruck kam, daß Offiziere und Soldaten sich weigerten, die skrupellosen Befehle des Regimes zur Erstickung der berechtigten Forderungen des eigenen Volkes durchzuführen.

Trotz der massiven Unterdrückungsmaschinerie des SAVAK formiert sich der Kampf aller Klassen und Schichten der iranischen Bevölkerung gegen das despotische Schah-Regime.

III

Der immer lauter werdende Ruf nach Freiheit und Demokratie erinnert an die Regierungszeit Mossadeghs (1951–1953). In dieser kurzen Periode wurde der Iran relativ demokratisch regiert. Mit Hilfe der reaktionären Kräfte gelang es jedoch dem CIA, die legitime Regierung Dr. Mossadeghs am 19. August 1953 zu stürzen.

Die Ablehnung Mossadeghs, der in der Zeit erster Ansätze einer parlamentarischen Demokratie (1945–1953) im Jahre 1951 vom Parlament zum Premierminister gewählt worden war, muß in der Unvereinbarkeit seiner nationalen Politik mit den ökonomischen und politischen Interessen des anglo-amerikanischen Imperialismus gesehen werden. Die antiimperialistische Bewegung im Iran hatte nach 1945 einen enormen Aufschwung genommen. Das iranische Volk, insbesondere die Arbeiterschaft, forderte die Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie, die unentgeltliche Übergabe aller Werke der AIOC (Anglo-Iranian Oil Company) an den Iran, die Liquidierung aller fremden Konzessionen und die Herstellung der demokratischen Freiheiten. Unter diesem Druck verabschiedete das Parlament am 20. März 1951 das Gesetz zur Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie. Mossadegh übernahm das Amt des Ministerpräsidenten am 29. April 1951 unter der Bedingung, daß der Schah das vom Parlament verabschiedete Gesetz über die Verstaatlichung der Erdölindustrie unterzeichne. Die Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse und die aktive Unterstützung der Wirtschaftspolitik Mossadeghs durch das iranische Volk zwangen den Schah am 2. Mai 1951 zur Unterzeichnung. Dies rief den Protest aller internationalen Erdölkonzerne, die um ihre hohen Profite bangten, und letztlich ihrer Regierungen hervor. Die Erdölindustrie stellte einen gewaltigen finanziellen Machtfaktor dar. Nach einer Erklärung Mossadeghs vor dem Sicherheitsrat im Oktober 1951 hatte die AIOC im Jahre 1913 einen Reingewinn von 6,5 Mio. und im Jahre 1948 einen Reingewinn von 61 Mio. Pfund Sterling zu verzeichnen. Der iranischen Regierung kam nur ein Betrag in Höhe von 9 Mio. Pfund Sterling davon zugute. Ein zusammenfassender Überblick ergibt ein erstaunliches Bild der finanziellen Entwicklung der AIOC. Der Reingewinn dieser Gesellschaft betrug in den Jahren 1905–1932 insgesamt 171 Mio. Pfund Sterling; davon erhielt der Iran nur 11 Mio. (Alavi Bozorg, Kämpfender Iran, 1955, S. 120). Laut Iwanow betrug der Reingewinn der AIOC in den Jahren 1914–1950 5 Mrd. Dollar. Der Anteil, der

dem Iran zukam, war mit 8% verschwindend gering (Iwanow, M.S., Die neue Geschichte des Iran, S. 145).

Diese ungeheuere finanzielle Macht der Gesellschaft schloß eine politische Machtposition mit ein, untermauert durch das Privileg, Grundbesitz zu erwerben, Eisenbahnlinien zu bauen, Häfen und Flugplätze anzulegen, Telefon- und Telegraphenlinien sowie Funkstationen zu errichten und eigene Polizeikräfte, Schulen und Sozialversicherungen zu unterhalen. Die Ausübung der Kontrollfunktionen über die gesamten wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten des Landes wurde durch eine Verstaatlichung infrage gestellt. Die imperialistischen Mächte, an ihrer Spitze die USA, die seit 1943 durch die Entsendung der Mission Millspaugh in den Iran großen Einfluß gewonnen hatten, planten den Putsch vom 19. August 1953 gegen die Regierung Mossadegh. Die Mission Millspaugh führte den Iran in eine Finanz- und Wirtschaftsmisere. Die staatlichen Einnahmen verringerten sich im Laufe eines einzigen Jahres um 60 Mio. Dollar, d. h. von 83 Mio. Dollar im Jahre 1942 auf 23 Mio. Dollar im Dezember 1943 (Iwanow, S. 102). Die staatlichen Fabriken registrierten in der Zeit vom März 1944 bis zum März 1945 über 650 Mio. Rials Defizite (Iwanow, S. 102). Infolge dieser Wirtschaftskrise nahm der Iran bei der amerikanischen Regierung einen Kredit in Höhe von 40 Mio. Dollar auf (Iwanov, S. 103). Im Gegenzug vereinnahmten die USA die Erdölindustrie. Diese wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit erleichterte den USA den Weg zur absoluten Hegemonie über den Iran.

Der CIA-Putsch vom 19. August 1953 erstickte eine echte revolutionäre Bewegung. Ein Brief Nelson Rockefellers an Präsident Eisenhower vom Januar 1956 verdeutlicht, wie sehr die USA ihre wirtschaftliche und politische Hegemonie im Iran im Gefolge des Putsches festigen konnten. „Ich freue mich zu sehen, daß die Regierung, wenn auch unter Einfluß äußerer Faktoren, endlich der ökonomischen Seite unserer Militärbündnisse die notwendige Beachtung geschenkt und erkannt hat, daß ökonomische Politik von militärischer Politik nicht zu trennen ist. Das typische Beispiel in der Praxis für das, was ich meine, war das iranische Experiment, mit dem ich, wie Sie sich erinnern werden, direkt zu tun hatte. Durch Anwendung wirtschaftlicher Hilfe gelang es uns, Zugang zum iranischen Öl zu bekommen, und wir haben jetzt in der Wirtschaft des Landes festen Fuß gefaßt. Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Position im Iran hat es uns ermöglicht, seine gesamte Außenpolitik unter unsere Kontrolle zu bringen und ihn insbesondere zum Beitritt zum Bagdad-Pakt zu bringen. Gegenwärtig würde es der Schah noch nicht einmal wagen, irgendwelche Veränderungen in seinem Kabinett durchzuführen, ohne unseren Botschafter zu konsultieren." (G. Feikel, Brennpunkt Orient, S. 1.)

Mit dem Putsch vom 19. August 1953 wurde zwar die Revolution zerschlagen, aber die Notwendigkeit einer grundlegenden Umwälzung der sozialen Verhältnisse bestand weiterhin und konnte bisher nicht beseitigt werden. Aus diesem Grund versuchte der Schah auf massiven Druck von amerikanischer Seite hin mit einer Pseudorevolution, der sogenannten „weißen Revolution", einer aus dem Volke aufsteigenden Umwälzung zuvorzukommen.

Das „revolutionäre" Programm des Schahs wird infrage gestellt durch die Tatsache, daß nach dem Staatsstreich vom 19. August 1953, als an die Stelle der legitimen Regierung Mossadeghs eine Militärdiktatur trat, alle politischen Parteien durch Massenverhaftungen und Hinrichtungen ihrer Führer und Mitglieder derart unter Druck gesetzt wurden, daß sie keine legale Tätigkeit mehr entfalten konnten. Das Parlament des Landes wurde auseinandergejagt. Jahrelang regierte eine Militär- und Polizeidiktatur, die vor brutalsten Unterdrückungsmethoden nicht zurückschrak. Nachdem das faschistoide Regime sich mit Hilfe nackter Gewalt konsolidiert hatte, versuchte man sich dem Ausland gegenüber demokratisch zu zeigen. Es wurden zwei Parteien gegründet, deren eine man zur Regierungspartei (Nationalpartei) erklärte, die andere zur Oppositionspartei (Volkspartei). Diese beiden Parteien vertraten angeblich verschiedene Interessen, die sich auch in verschiedenen Programmen manifestieren sollten. Beide fühlten sich aber dem Schah, als gemeinsamem Führer, verpflichtet. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien bestand im Wetteifer bei der Verherrlichung des Schahs und im Grad der Unterwerfung. Charakteristisch hierfür ist ein Zitat aus der Rede des damaligen Ministerpräsidenten Eghbal aus dem Jahre 1962 vor dem Parlament: „Ich bin der Diener seiner Majestät und kümmere mich nicht um die Spiele der Opposition und der Regierungspartei. Solange es seiner Majestät gefällt, bleibe ich, will er nicht mehr, dann gehe ich." („Donia", 3/1962, S. 28.)

IV

Wenn schon die Scheinparteien den Iran als Pseudodemokratie erwiesen, wieviel mehr erst die Gründung der faschistischen Einheitspartei „Rastakhiz" („Partei der Auferstehung") im Jahre 1975. Der Schah begründete diesen Schritt mit der Unmöglichkeit, der ihm unterworfenen „Oppositionspartei" eine angemessene Rolle zu übertragen. „Die Ein-Mann-Entscheidungsgewalt hat in unserem Land erwiesen, daß sie die Dinge voranbringt", sagte der Schah 1976. („Der Spiegel", 48/1976.)

Laut § 26 der iranischen Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Im Iran jedoch sind alle drei Gewalten in den Händen des Schahs fest verankert. Der Verstoß gegen elementare Regeln der Demokratie wird offensichtlich, wenn der Schah sich z. B. bei der Gründung der Einheitspartei zur Diktatur im Iran bekannte, indem er jedem „patriotisch gesinnten" Iraner nahelegte, Mitglied dieser Partei zu werden. Für den gegenteiligen Fall drohte er mit der Brandmarkung als Kommunist, was mit Verfolgung und Gefängnis enden würde. In verschiedenen Interviews verkündete der Schah: „Diejenigen, die sich weigern, Mitglied der Einheitspartei Rastakhiz zu werden, sind als heimatlos und Verräter zu betrachten. Sie müssen das Land verlassen. Sie dürfen keine Forderungen an die Regierung stellen." Diese Drohungen zeigen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Menschenrechte im Iran verletzt werden. So sind Gewerkschaften, gesellschaftliche und kulturelle Organisationen, die Schriftsteller- und Künstlerverbände sowie alle Kultur-, Sport- und Kunstvereine verboten. Dieser Tatbestand hat die permanente Verletzung der Grundrechte und der Interessen des iranischen Volkes zur Folge. Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt: „Kein Mensch soll der Fol-

ter sowie grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung unterworfen werden." Das Schah-Regime als Mitglied der Vereinten Nationen und als Mitunterzeichner der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der internationalen Konvention über die zivilen und politischen Rechte hat diesen Artikel offiziell anerkannt! Das Schah-Regime steht jedoch außerhalb des Wirkungskreises dieser Prinzipien. Reza Pahlevi sagt dazu: „Selbstverständlich haben wir die Menschenrechtsdeklaration bewilligt, aber nicht mehr und nicht weniger." („Le Monde" v. 1. Oktober 1976).

Seit der Gründung des SAVAK 1957 auf die Initiative und mit dem geistigen Beistand des ehemaligen Chefs des CIA, Allan Dulles, stehen Hinrichtungen und Folterungen von Oppositionellen auf der Tagesordnung. Während die Zwillingsschwester des Schah, „Prinzession" Aschraf (Präsidentin des sogenannten „Komitees der Menschenrechte" im Iran), als iranische Delegierte für Menschenrechtsfragen vor der UN-Vollversammlung, Folterungen scharf verurteilte und die bekannt gewordenen Folterungen im Iran als Ausschreitungen von Einzelpersonen einzustufen versuchte, die ohne Wissen und Billigung der Regierung durchgeführt würden, bekannte sich der Schah selbst mehrfach offiziell zu diesen Methoden: „Jedes Land wendet sie an . . . Zeigen Sie mir ein Land, das es nicht tut." („Le Monde" v. 25. Juni 1974.) Er scheute sich nicht, die Anwendung der Folter in verschiedenen Presseorganen als legitimes Machtmittel zuzugeben: „Folter . . . Warum sollen wir nicht die gleichen Methoden, die auch die Europäer anwenden, gebrauchen? Die Feinheiten der Folter sind uns von den Europäern gelehrt worden." („Le Monde", 1. Oktober 1976.) In der englischen Zeitschrift „Economist" vom 25. November 1977 erklärte der Schah, daß zwar die Zahl der politischen Gefangenen im allgemeinen zurückgegangen sei, aber Folter und diskriminierende Behandlungen der politischen Gefangenen durchaus praktiziert würden. Die von Amnesty International auf 40 000–100 000 geschätzte Zahl der politischen Gefangenen wird systematischer Folter unterzogen, über die der „Spiegel" (37/1976) berichtete: „SAVAK-Opfer berichten, daß das Folterrepertoire vom Fingernagel-Ausreißen bis zum erzwungenen Verzehr von gegrilltem Fleisch aus dem eigenen Körper alle nur erdenkbaren Scheußlichkeiten umfaßt."

V

Angesichts dieser Menschenrechtsverletzungen, der massiven Waffenlieferungen an den Iran, die gegenwärtig ein Drittel des Bruttosozialprodukts des Iran verschlingen, und der Kooperation des CIA mit dem SAVAK, die von der US-Regierung gefördert wird, erscheinen die Menschenrechtskampagnen Carters und führender Politiker der westlichen Welt, die anläßlich des 50jährigen Bestehens der Pahlevi-Dynastie nach Teheran fuhren, in einem seltsamen Licht. Es taucht unweigerlich die Frage auf, wie Carters Äußerungen zu den Menschenrechten in Einklang zu bringen sind mit seinen politischen Maßnahmen im Iran. „Menschenrechte", bezogen auf Länder wie den Iran, vertragen sich für die NATO-Mächte offenbar durchaus mit der massiven Unterdrückung des Volkes, solange sie mit der Unterstützung des Regimes die nationalen Reichtümer des Iran ausbeuten können. Bemerkenswert ist in die-

sem Zusammenhang Carters Äußerung anläßlich seines Besuchs in Teheran, welche in dem iranischen Regierungsorgan „Ettelaat" große Resonanz fand: „Er sei sich der kolossalen Gewinne für sein Land, resultierend aus dieser harmonischen Handelsbeziehung mit dem Iran, bewußt." („Ettelaat" v. 1. Januar 1978.) In der selben Rede nannte er den Schah einen „Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrechte". (Vgl. „Der Spiegel", 34/1978.)

Privatisierung der „inneren Sicherheit"?

Von Udo Gelhausen und Albert Spitzner

Während nahezu alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen an der aktuellen Diskussion über die Privatisierung öffentlicher der sogenannten Leistungsverwaltung zuzuordnender Aufgaben partizipieren, entzog sich bisher die schleichende, ohne besonderen Übertragungsakt vorgenommene Entstaatlichung hoheitlicher Aufgaben aus den Zuständigkeitsbereichen von Polizei und Justiz weitgehend einer kritischen Betrachtung. Neuerliche Beispiele wie die zweifelhafte Rolle eines „Wachkommando Nord" auf dem Baugelände des Kernkraftwerks Brokdorf[1]), sich häufende Übergriffe des Werkschutzes[2]) sowie Detailinformationen über die Praxis der Betriebsjustiz[3]) dokumentieren Erscheinungsformen einer von D. Bischoff/Nikusch zu Recht als „gefährliche Erosion staatlicher Hoheitsfunktionen"[4]) bezeichneten Entwicklung: ganze Aufgabenbereiche, die, wie beispielsweise der bewaffnete Objekt- und Personenschutz oder die Verfolgung von Straftaten, der Wahrnehmung durch staatliche Organe obliegen, werden zunehmend von Privaten usurpiert, ohne daß deren Tätigkeit einer im Bereich des staatlichen Gewaltmonopols immerhin noch in gewissen Grenzen möglichen Einflußnahme oder gar einer demokratischen Kontrolle zugänglich wären.

Unter *Betriebsjustiz,* dieser Begriff tauchte zu Anfang der 60er Jahre in der Bundesrepublik auf, soll im folgenden die innerbetriebliche, häufig aber nicht notwendig unter Einhaltung gerichtsähnlicher Verfahren erfolgte Ahndung von Verstößen gegen Arbeitsordnungen und Strafgesetze verstanden werden[5]). Im Bereich der industriellen Produktion erfuhr die von jeher als

1) Vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 1. 11. 1976.
2) Vgl. „stern" v. 13. 4. 1978, S. 278.
3) Vgl. G. Kaiser/G. Metzger-Pregizer (Hrsg.), Betriebsjustiz. Untersuchungen über die soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens in Industriebetrieben, 1976.
4) Privatisierung öffentlicher Aufgaben, 1977, S. 13.
5) Vgl. „BT-Drucksache" VI/3080, S. 159.

statthaft empfundene „Strafgewalt" des Unternehmers durchweg eine Regelung derart, daß die Art und Weise der Verhängung von Betriebsbußen sowie deren Höhe präzisiert wurden[6]). Unter der Geltung des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit" (AOG) vom 20. Januar 1934 wurde den Betriebsstrafen, deren erzieherischer Zweck darin liegen sollte, im Betrieb für „Zucht und Ordnung" zu sorgen[7]), „betriebspolizeilicher", zumindest aber „polizeilicher" Charakter beigemessen. Vorschriften über die Betriebsjustiz existieren in nachkonstitutioneller Zeit nicht mehr, wenngleich eine gesetzliche Regelung mehrfach intendiert wurde[8]). Die herrschende Rechtsauffassung geht daher, ohne dies auch nur ansatzweise zu problematisieren, von dem „gesetzlich nicht begründeten Recht des Arbeitgebers" aus, „den Arbeitnehmer zu maßregeln"[9]). Die erste umfassende Untersuchung zur Praxis der Betriebsjustiz erschien 1976[10]) und enthält, soweit sie auf repräsentativem Material basiert, zuverlässige Angaben über die Ausübung staatlicher Befugnisse im privatwirtschaftlichen Bereich. So wird beispielsweise der betriebsinternen Ahndung krimineller Verstöße, in ihrer Mehrzahl Personen- und Eigentumsdelikte, insbesondere unter den Gesichtspunkten „Ersetzbarkeit des Täters" und „Austauschbarkeit von Arbeitnehmergruppen" der Vorzug gegenüber einer staatlichen Strafverfolgung eingeräumt, um auf diese Weise die Entscheidung über Verbleib und Verlust von Arbeitskräften in der Hand zu behalten[11]). Insgesamt gelangen nur 22% der bekanntgewordenen Delikte zur Kenntnis der staatlichen Ermittlungsbehörden[12]). Dort, wo die Betriebsjustiz ihr vorrangiges Verbreitungsfeld findet, in den Großbetrieben, ist ihre Handhabung untrennbar mit der Tätigkeit des Werkschutzes verbunden, der häufig, will man eine Parallele zum staatlichen Ermittlungs- und Strafverfahren ziehen, die Funktionen der Polizei, des Anklagevertreters und des Zeugen auf sich vereinigt.

Werkschutzorganisationen im Sinne verselbständigter, nicht unmittelbar in den Produktionsprozeß eingebundener, der „Kommandogewalt"[13]) des Unternehmers unterstehender Einheiten sind keineswegs Erscheinungen neuerer Zeit. Ihre Existenz läßt sich in auffälliger Affinität zur Geschichte der Betriebsjustiz ebenfalls bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts zurückverfolgen. Als historische Vorläufer sind die regionalen Zusammenschlüsse einzelner Firmen zu „Fabrikdiebstahlsvereinen" anzusehen, deren Funktion aus den bei Jeske[14]) auszugsweise dokumentierten Sicherheitsvorschriften der Firma Krupp von 1872 erhellt: „Wie hoch auch immer die Kosten sein mögen,

6) Vgl. z. B. die durch die Novelle zur GewO v. 1. 6. 1892 („Arbeiterschutzgesetz") in § 134 lit. b getroffene Regelung sowie § 80 lit. b und d. pr. Allg. BergG (1892), § 13 vorl. LAO (1919) und §§ 78, 80 BRG (1920).
7) Hueck/Nipperdey/Dietz, AOG, 4. Aufl., 1943, § 28 Rdnr. 3; heute wird gelegentlich von einem dem Arbeitnehmer zu verpassenden „Denkzettel" gesprochen: Löwisch/Württemberger, JuS 1970, 261.
8) Siehe insb. G. Arzt u. a., Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Betriebsjustiz, 1975, und hierzu die abl. Besprechung von Pfarr, ZRP 1976, S. 233 ff., sowie die Kritik bei Rose, Justiz im Betrieb?, in: „Gewerkschaftliche Umschau", 5/1975, S. 14 f.
9) Franzheim, Werkschutzrecht für die Betriebspraxis, 1966, S. 45.
10) Siehe Anm. 3.
11) Ebd., S. 206, 303 f.
12) Ebd., S. 198.
13) Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1; in: Marx-Engels-Werke Bd. 23, S. 351; s. dort auch die Ausführungen über den „zwieschlächtigen" und „despotischen" Charakter der Leitung des Produktionsprozesses.
14) Wie schütze ich meinen Betrieb? Das Handbuch für alle Unternehmensbereiche, 1973, S. 10.

alle Arbeiter müssen ständig von energischen und erfahrenen Männern überwacht werden, die für jeden Saboteur, Faulenzer oder Spion, den sie entlarven, eine Prämie erhalten." Unter Geltung des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" erwiesen sich die „Fabrikdiebstahlsvereine" als wirksames Instrument bei der Ausfindigmachung, Überwachung und Verfolgung von Mitgliedern und Anhängern der SPD sowie gewerkschaftlicher Organisationen. Während des Ersten Weltkrieges und der Herrschaft des Faschismus wurde dem Werkschutz ein dem einer Hilfspolizei ähnelnder Status verliehen, der ihn sogar nach Ansicht seiner heutigen Befürworter „in ein Zwielicht" rückte[15]). Sein endgültiger Durchbruch in der heutigen Form erfolgte nach Jahren „politischer Stabilität in der Bundesrepublik" 1969 mit der Gründung der von BDA, BDI und DIHT getragenen „Koordinationsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft"[16]). Für das Jahr 1975 wurde die Zahl der im betriebseigenen, häufig mit Schuß- und Hiebwaffen, aber auch Abwehrmitteln „nichttödlicher Art" wie der als „humanes Verteidigungsmittel" bezeichneten ‚chemical mace'[17]) bewaffneten Werkschutz Beschäftigten mit 55 000 angegeben[18]).

In zunehmendem Maße treten heute an die Stelle des betriebseigenen Werkschutzes kriminal- und waffentechnisch in ähnlicher Weise ausgerüstete *gewerbliche Unternehmen.* Insgesamt kann für das hiermit angesprochene traditionelle, seit 1901 existierende Wach- und Sicherheitsgewerbe festgestellt werden, daß sich vom 2. Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG, G. Döding, kürzlich[19]) als „Privatarmeen" bezeichnete Organisationen spezielle Betätigungsfelder erschlossen haben, die, wie z. B. die Bewachung militärischer Anlagen und öffentlicher Einrichtungen, Ordnungsdienste bei Veranstaltungen, Patrouillengänge in Stadtvierteln oder bewaffneter Personenschutz[20]), der Wahrnehmung durch staatliche Organe obliegen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Ende 1977 branchenunüblich in Konkurs gefallene, in zahlreiche Affären auch politischer Natur involvierte „G. & F. Mihm OHG, Civil Intelligence Agentur/CIA", die mit dem Slogan warb „Der erste Schuß muß tödlich sein" sowie den 900 Personen beschäftigenden „Zivilen Sicherheitsdienst" des Münchners C. Wiedmeier, dessen Unternehmen sich u. a. auf dem Gebiet der Bewachung von kommunalen Datenverarbeitungsanlagen, Kern- und Heizkraftwerken sowie U-Bahnstationen betätigt[21]). Betrachtet man die Entwicklung des Wach- und Sicherheitsgewerbes in der Nachkriegszeit[22]), so fällt auf, daß sowohl hinsichtlich der Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen als auch jener der bei diesen Beschäftigten die Krise der 60er Jahre noch einen deutlichen Niederschlag fand[23]), während dies in

15) Ebd.
16) Zu Einzelheiten s. insb. Freiling, „Funktion und Struktur des Werkschutzes", in: „Blätter", 7/1974, S. 733ff.
17) J. Hoffmann, Reizstoffsprühgeräte in Baak (Hrsg.), Werkschutzhandbuch für Ausbildung und Praxis, 1975, S. 357.
18) Vgl. „BDA-Pressedienst" v. 25. 2. 1976, S. 3, FR v. 24. 2. 1976.
19) Vgl. „Berliner-Extra-Dienst" (ED) v. 10. 3. 1978, S. 10.
20) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 24. 9. 1977, S. 17.
21) Vgl. ED, a.a.O. (Anm. 19); „Die Zeit" v. 14. 4. 1978, S. 14.
22) Vgl. zum folgenden: Kusch, Das Wach- und Sicherheitsgewerbe heute, in: „Die Polizei" 1977, S. 14ff.; „Kriminalistik" 1975, S. 573.
23) 1966: 324, 1968: 317, 1970: 325 Unternehmen bei einer Entwicklung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahr in Prozent von 1967: −5,4, 1968: −2,5, 1969: +8,6.

der gegenwärtigen nicht mehr der Fall ist, das Gewerbe vielmehr expandiert. Dies legt den Schluß nahe, daß bei Existenz einer gewissen Krisenanfälligkeit (Konkurse kleinerer Unternehmen, Entlassungen etc.) der zu konstatierenden verstärkten Aktivität in diesem Bereich interessengebundene politische Ursachen zugrunde liegen. Als bemerkenswert erscheint weiterhin, daß 1974 über 30% der seinerzeit insgesamt 335 Wach- und Sicherheitsunternehmen im bevölkerungs- und industriereichsten Bundesland NRW konzentriert waren.

Die Frage nach den Gründen für die oben skizzierten Entwicklungen ist eng mit der staatlichen Tätigkeit in den betroffenen Bereichen verbunden, die zweifellos der „klassischen" Funktion des Staates, nämlich jener des politischen Schutzes der bestehenden Ordnung mittels des Einsatzes außerökonomischen Zwanges. Die Zunahme dieser Staatstätigkeit während der letzten hundert Jahre zeigt sich vornehmlich in der personellen und materiellen Expansion des Polizei-, Staatsschutz-, Militär- und Justizapparates; das „herrschaftssichernde Gewaltpotential"[24]) hat bei schrittweise erfolgter Zentralisierung und Verfeinerung im Vergleich mit der Zeit etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts nachgerade gigantische Ausmaße ausgenommen. Einen ungefähren Eindruck von der jüngeren Entwicklung vermittelt ein Überblick über die Personalentwicklung im Bereich der staatlichen „politischen und administrativen Systemsicherung" in den Dekaden 1950, 1960 und 1970[25]).

Funktionsbereiche	*Staatsbeschäftigte in Tausend*			*Staatsbeschäftigte in %*		
	1950	*1960*	*1970*	*1950*	*1960*	*1970*
A Administrativer und politischer Staatsapparat	*150*	*231*	*287*	*6,9*	*7,8*	*8,0*
B Gewaltapparat	*97*	*529*	*872*	*4,4*	*18,0*	*24,4*
B_1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	*97*	*131*	*196*	*4,4*	*4,4*	*5,5*
B_2 Verteidigung	–	*91*	*175*	–	*3,1*	*4,9*
B_3 Militärpersonal	–	*307*	*501*	–	*10,4*	*14,0*
A + B	*247*	*760*	*1159*	*11,3*	*25,8*	*32,4*

Der forcierte quantitative und qualitative Ausbau soll mittels differenzierter Ausgestaltung dazu befähigen, abgestuft auf verschiedene und in unterschiedlichem Maße als bedrohlich empfundene politische Krisenerscheinungen zu reagieren und im Verbund mit einer entsprechenden Gesetzgebung und Judikatur einen relativ einheitlichen staatlichen Funktionsmechanismus

24) Asseln/Deppe, Die „Staatsfrage" und die Strategie der Arbeiterbewegung, in: „Probleme der materialistischen Staatstheorie", in: „Argument"-Sonderband 16, S. 114.
25) Quelle: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/M., Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, Sozialstatistische Analyse, 2. Hdb., S. 162.

zu konstituieren. Es liegt die Annahme nahe, daß die Expansion des privaten „Justiz"- sowie des parapolizeilichen und paramilitärischen Apparats zu Ende des letzten Jahrzehnts von den gleichen Faktoren determiniert ist wie die Erweiterung und Verfeinerung des entsprechenden staatlichen Instrumentariums. Bis in die Mitte der 60er Jahre hinein bestand aufgrund der raschen Kapitalakkumulation die Möglichkeit einer flexiblen, insbesondere in Fragen der Lohngestaltung nachgiebigen Politik. Lange Zeit galt die Bundesrepublik als eine Oase des sozialen Friedens mit einer vergleichsweise geringen Streikaktivität. Spätestens seit der Krise 1966/67 war jedoch deutlich geworden, daß die „soziale Marktwirtschaft" weder eine krisenfreie Entwicklung noch ein endloses Wirtschaftswachstum garantieren kann. Damit aber schwand auch die materielle Grundlage für die Politik der Zugeständnisse und Integration mit der Folge, daß die Auseinandersetzungen über die Verteilung des Nationaleinkommens härter wurden, die „Befestigung" der Gewerkschaften nur begrenzten Erfolg zeitigte[26]; insgesamt, so wird beklagt, begannen „Begriffe wie Treue und Loyalität" an Wert zu verlieren[27]. In diese Periode fällt der entscheidende Aus- und Umbau des staatlichen Instrumentariums der „inneren Sicherheit" sowie die Schaffung eines „unauflösbaren Geflechts"[28] aus Werk-, Katastrophen- und Zivilschutzeinheiten, die Betriebsjustiz kommt ins Gerede[29], das „Geschäft mit der Sicherheit" erlebt seinen großen Boom. Eine gewisse „Arbeitsteilung" zwischen staatlicher Justiz und Polizei einerseits und privater Tätigkeit andererseits ist, wie eingangs skizziert, bereits ab der Mitte des letzten Jahrhunderts bekannt und aus der jeweiligen im umfassende Sinne verstandenen politischen Entwicklung heraus zu begründen, doch sind insgesamt noch weitere, auf die in Rede stehenden Bereiche in unterschiedlicher Intensität zutreffende Gründe maßgeblich. Sie sollen im folgenden kurz angerissen werden.

Zwar wird im Rahmen der aktuellen Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, die vorrangig unter dem Gesichtspunkt staatlicher Aufgabenersparnis geführt wird, bisher eine Entstaatlichung polizeilicher und justizförmiger Tätigkeiten von offizieller Seite noch nicht gefordert[30], doch spielen in diese Richtung gehende Überlegungen zumindest eine unterschwellige Rolle. So würde beispielsweise die Übernahme der bisher betriebsintern durchgeführten, überwiegend Delikte aus dem Bereich der sogenannten Kleinkriminalität betreffende „Verfahren" durch die ordentlichen Gerichte einen kostspieligen, nicht unerheblichen, aber wenig effektiven Ausbau des staatlichen Justizapparats erfordern. Auch die „Übernahme von

26) Vgl. hierzu insb. Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 410ff.
27) Vgl. Jeske, a.a.O. (Anm. 14), S. 11.
28) Kullmann, Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der „Inneren Verteidigung" in der BRD, in: „Blätter", 10/1969, S. 1072.
29) Vgl. etwa „Die Zeit" v. 25. 12. 1964, S. 20, „Industriekurier" v. 7. 8. 1965, S. 9; vgl. auch die parlamentarischen Anfragen von SPD-MdB in: „Verhandlungen des Deutschen Bundestages", 4. Wahlperiode, Stenographische Berichte, S. 7149, 8698, 8947, 9241, 5. Wahlperiode, S. 3157.
30) In einer Broschüre des Bundes der Steuerzahler prangt allerdings unter der Überschrift „Im Ausland funktioniert es" das Bild eines amerikanischen Privatpolizisten. Text: „Auch im Dienst privat – Ordnungshüter in den USA"; vgl. Bund der Steuerzahler (Hrsg.), Entstaatlichung, 1975, S. 16f.; in den USA bestand lt. Kriminalistik 1976, S. 429 ein Verhältnis zwischen bei privaten Sicherheitsdiensten und bei der Bundes-, Staats-, Regional- und Gemeindepolizei Beschäftigten von *800 000* zu *450 000*!

Sicherungsaufgaben durch Private entlastet den Staatshaushalt" und ermöglicht es, „diese Kräfte als mobile Einsatzreserve zu verstehen, sie zu ‚Spitzenzeiten' je nach Bedarf als Hilfspolizisten zur Unterstützung bei polizeilichen Aufgaben"[31]) einzusetzen. Finanzfragen spielen ebenfalls eine Rolle, wenn die Stadt München ihre U-Bahnstationen von privaten „Sheriffs" bewachen läßt. Diese Bereitwilligkeit staatlicherseits, die Forderung nach Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Tätigkeit des Werkschutzes und die Praxis der Betriebsjustiz sowie die emsige Durchforstung des Paragraphengestrüpps nach einer Legitimationsgrundlage für hochgerüstete Privatarmeen lassen vermuten, daß ein weiteres Vordringen privater Tätigkeit in hoheitliche Bereiche zumindest nicht beeinträchtigt, die Koordination und Effizienz der „Arbeitsteilung" verbessert werden und eine staatliche Aufsicht lediglich die gröbsten Auswüchse beschneiden sollen[32]).

Als weiterer Ursachenfaktor ist die „relative Selbständigkeit des Staatsmechanismus" denkbar, die im Rahmen seiner (des Staates) zunehmenden, auf die Erhaltung und Stabilisierung des bestehenden Systems gerichteten insbesondere ökonomischen Funktionen wächst, andererseits aber, da hiermit gleichzeitig seine Sensibilität und Störanfälligkeit vergrößert wird, eine widerspruchsvolle Erscheinung ist, welche es progressiven Kräften in bestimmten konkreten Situationen ermöglichen kann, Einfluß auf den Staat zu gewinnen und ihn zu für sie günstigen Reaktionen zu zwingen. Aus dieser objektiven Entwicklung heraus wäre, wenn auch keineswegs geradlinig und direkt, eine gewisse subjektiv empfundene „Staatsunsicherheit" bei einzelnen Unternehmern verständlich. Mit dem Eintritt der SPD in die Regierungsmehrheit wurde die Unsicherheit akut, nicht weil man ein schlechtes Verhältnis zu dieser Partei befürchtete, sondern weil man annahm, daß die SPD aufgrund ihrer mehr unter Arbeitern und Angestellten zu findenden sozialen Basis empfindlicher als die CDU für systemkritische Einflüsse sein könnte.

Weiterhin läßt sich die Etablierung verselbständigter Werkschutzorganisationen und gewerblicher quasipolizeilicher und -militärischer Sicherheitsunternehmen sowie die Praxis der Betriebsgerichtsbarkeit in einem gewissen Sinn als Gegenbewegung zu dem, wenn auch ständig ausgebauten, so doch zentralisierten und daher in bezug auf kleinere gesellschaftliche Einheiten (Betriebe etc.) unbeweglichen staatlichen Instrumentariums verstehen, die es ermöglicht, „betriebsnah" bei Vermeidung direkter Konfrontation mit „dem Staat" und unter Umgehung des „bürokratischen Weges" ökonomischen und außerökonomischen Zwang miteinander zu verbinden. Es soll nicht bestritten werden, daß in Einzelfällen die innerbetriebliche Ahndung von Straftaten für den Betroffenen weniger einschneidende Folgen haben kann als eine Aburteilung durch staatliche Gerichte – falls das Verfahren nicht bereits wegen

31) Hoffmann-Riem, Übergang der Polizeigewalt auf Private?, ZRP 1977, 278.

32) Vgl. Kuhlmann, Betriebsjustiz und Werkschutz, ZRP 1977, 299: „Die Lösung des Problems kann nicht das Verbot einer Werkspolizei sein. Staatliche Organe haben vielmehr ein Interesse daran, daß . . . das einzelne Unternehmen zunächst selbst alle Maßnahmen trifft, um einen möglichst weitgehenden Selbstschutz vor rechtswidrigen Eingriffen Dritter zu erlangen. Betriebsstörungen im weitesten Sinn müssen von den betroffenen Betrieben zunächst mit eigenen Mitteln behoben werden. Erst dann kann der Staat mit seinen Organen eingreifen". Jedoch erfordere die Abwehr von Auswüchsen „eine Verstärkung der staatlichen Aufsicht".

Geringfügigkeit eingestellt worden ist –, doch stärkt die Betriebsjustiz insgesamt als eine spezielle Form „industrieller Herrschaftsausübung"[33]) die Abhängigkeit des einzelnen Arbeitnehmers: Nach Verhängung einer Betriebsstrafe (Verweis, Geldbuße, Laufbahnstrafe, Entzug betrieblicher Sozialleistungen u. a.) behält der Unternehmer es weiterhin als Druckmittel in der Hand, die Sache an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, die wegen des Legalitätsgrundsatzes (§ 152 II StPO) zum Tätigwerden verpflichtet sind. An der Einschätzung des Betriebsstrafensystems als Disziplinierungsmittel und sehr spezifische Verschmelzung privatwirtschaftlicher und staatlicher Macht ändert auch nichts das vom Bundesarbeitsgericht – im übrigen sehr bereitwillig – zuerkannte Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates[34]), sofern ein solcher existiert.

Werkschutz und gewerbliche Sicherheitsunternehmen der in Rede stehenden Art vereinigen ein dem Umfang nach nur zu erahnendes Macht- und Gewaltpotential, welches im Gegensatz zu den entsprechenden staatlichen Organen, sieht man einmal ab von der u. U. eingreifenden Mitbestimmungspflichtigkeit bestimmter Tätigkeiten des Werkschutzes sowie der nach § 34 a I GewO einzuholenden Erlaubnis zur Ausübung des Wach- und Sicherheitsgewerbes und der Pflicht zur Duldung behördlicher Nachschau[35]), überhaupt keiner Kontrolle mehr, dafür aber der „Kommandogewalt" des Unternehmers unterliegt bzw. käuflich ist und unter bestimmten Bedingungen, die sich unter den Begriff des „inneren Notstands" subsumieren lassen, für politische Zwecke nutzbar gemacht werden kann. Die Gefahr einer Umwidmung dieser Organisationen zu schlagkräftigen politischen Einheiten mag zur Zeit nicht aktuell sein, sie ist aber real. Wenn vom Schutz individueller oder auch allgemeiner Rechtsgüter die Rede ist, können Macht und Herrschaft gemeint sein[36]). Die potentielle Bedrohung, die von bewaffneten Werkschutzorganisationen und Privatpolizeien für eine am Demokratiegebot sowie am Sozial- und Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes orientierte und vorwärtsdrängende Bewegung in der Bundesrepublik ausgeht, die mit der Unterwerfung unter die gegenwärtige Praxis der Betriebsgerichtsbarkeit verbundene Herabwürdigung und den emanzipatorischen Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung entgegenwirkende Disziplinierung sind somit evident. Der DGB weist seit langem auf den fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft hin, der „die Gefahr des Mißbrauches wirtschaftlicher Macht zu wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken" ständig wachsen läßt, und fordert eine demokratische Kontrolle in den Betrieben sowie mehr Mitbestimmung als Ergänzung zur politischen Demokratie.

33) Rose, a.a.O. (Anm. 8).
34) Vgl. zuletzt BAG BB 1976, S. 415 f.
35) Gem. § 12 II der VO über das Bewachungsgewerbe v. 22. 11. 1963 BGBl. I, S. 846.
36) Vgl. Hoffmann-Riem, a.a.O. (Anm. 31), S. 279.

Medienkritik

TATORT HERZ
(MIMIS KRIMI, 2. TEIL)

In ihrem Bemühen, die Reduzierung des Anteils amerikanischer Serien am Fernseh-Krimiangebot als nationale Katastrophe erscheinen zu lassen, haben „Bild"-Redakteure auf eine Figur zurückgegriffen, der dieser Entzug besondere Not bereitet: „Laßt doch Mimi ihren Krimi", ist die Überschrift des „Bild"-Kommentars vom 7. September. Der folgende Satz drückt die Schreckensvision lapidar aus: „Die Mimi soll jetzt ohne Krimi ins Bett!" Richtig ist daran, daß die beabsichtigte Umorientierung auf deutsche Produktionen das Krimiangebot verändern wird.

Denn die Deutschen sind in der Tat anders. Sie unterscheiden sich von den US-Serials durch weniger Hektik, weniger Auto-Verfolgungsjagden, und haben seltener eine Schießerei mit Show-Down-Charakter am Ende. Ihre Handlung ist zumeist im deutschen Alltagsleben angesiedelt, die Protagonisten sind *Menschen wie du und ich* – nicht Berufsverbrecher oder Angehörige einer Unterwelt, die vielleicht in der gezeigten Form nur eine Kinowelt sein mag. Jedenfalls ist der Versuch deutlich, das Verbrechen im deutschen Alltagsleben, nicht in einem fest ausgeordneten Gangster-Milieu stattfinden zu lassen. Folge dieser Tendenz ist eine auf den ersten Blick differenzierter erscheinende psychologische Zeichnung der Figuren. So waren in den letzten Wochen mindestens drei Beiträge zu sehen, in denen gleichermaßen versucht wurde, das Verhalten einer Gruppe von Menschen unter dem Verdacht eines Verbrechens zu analysieren und dabei verschiedene Reaktionsweisen zu dokumentieren („. . . wie die Wölfe", ARD, 15. Juli, „Kaffee mit Beate", 14. Juli, und „Himmelfahrt", 13. August). Verdächtigungen, Mißgunst, sonst unter der Fassade der Wohlanständigkeit versteckte Denk- und Verhaltensweisen kamen ans Licht. Dabei rückten vermeintliche oder tatsächliche Tatmotive in den Vordergrund, die sich erheblich von denen der amerikanischen Serien unterscheiden: Nicht Geldsucht, Habgier, Rache für den Verrat eines Komplotts, für einen Mord stehen im Vordergrund, sondern Geltungs-, Anerkennungs- und Liebesbedürfnisse.

Diese Tendenz der Verlegung der Verbrechensmotivation in den Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen (was meist auf Eifersucht in irgendeiner Form hinausläuft) wird noch deutlicher an den vielen Beispielen, in denen Liebesentzug, Partnerentfremdung als Auslöser für verbrecherische Handlungen im Mittelpunkt stehen. So waren beide „Tatort"-Filme des Monats Juli auf Eifersuchtsverbrechen aufgebaut. Die Liebe und das Scheitern von Liebesbeziehungen, in den amerikanischen Filmen nur ganz unbedeutendes Nebenmotiv, ist hier Zentrum und Begrenzung des Handlungsaufbaus. In „Lockruf" (Tatort, ARD, 2. Juli) will eine Frau die Geliebte ihres Mannes umbringen, verwechselt sie aber mit der *unschuldigen* Freundin ihres Sohnes. Interessant ist, mit welchen Mitteln und Handlungszusätzen in solchen Krimis, um sie auf 90 Minuten zu bringen, das dürftige Skelett verlängert wird. Der Sohn, der den Mord an seiner Freundin entdeckt, traut sich nicht, zur Polizei zu gehen, weil er Angst hat, selber in Verdacht zu geraten.

Die Angst vor der doch Gerechtigkeit und Schutz bietenden Polizei, das Zögern, sich ihr anzuvertrauen, und der natürlich falsche Verdacht, die Polizei könnte einen Fehler machen, ist häufiger und akzentuierter anzutreffen, als es die zeitliche Handlungsökonomie erwarten lassen könnte. In der Inszenierung erscheint das Mißtrauen gegenüber der staatlichen Autorität als widersinnige unvernünftige Halsstarrigkeit oder als Amoklauf, als *Außersichsein* – dem starken Affekt, in dem der um Liebe betrogene Verbrecher handelt, nicht unähnlich, aber verzeihbar, da er nur auf dem *Irrtum* beruht, die Obrigkeit sei nicht vollkommen.

Sie ist aber vollkommen, wenn es sich um die Aufklärung solcher Irrtümer handelt. Scheitern muß sie allerdings – und hierin liegt die sympathische *Menschlichkeit*, d. h. Unvollkommenheit der deutschen Kommissare begründet – vor den Verbrechen des Herzens, da, wo der Täter von der Übersteigerung seiner Gefühle getrieben wird, *aus Liebe schuldig wird*, kurz: wo das Schicksal eingreift.

Mit ist nicht klar, warum das der *Mimi* nicht gefallen soll.

Günter Giesenfeld

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1978

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Entgegen einigen hoffnungsfrohen Stimmen aus der Wirtschaftspresse und aus Kreisen der Bundesregierung bietet der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung bis zur Jahresmitte keinen Anlaß, mit einer Wende der depressiven Konjunkturtendenz in den nächsten Monaten zu rechnen. Damit scheinen die von Bundesregierung, Sachverständigenrat und Konjunkturinstituten zu Jahresbeginn erstellten Wachstumsprognosen, die mit einer Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts (BSP) von 3,5% rechneten, schon jetzt hinfällig zu sein. Sie wären ohnehin nur dann realisierbar gewesen, wenn zu Jahresbeginn ein kräftiger konjunktureller Aufschwung eingesetzt hätte – wofür es aber schon damals keine Anzeichen gegeben hatte.

Dementgegen war das erste Vierteljahr 1978 durch eine anhaltende Stagnation der Wirtschaftstätigkeit gekennzeichnet, die sich auch im zweiten Vierteljahr fortsetzte.

Reales BSP im 2. Vierteljahr 1978

	In Mrd. DM[1])	*In % gegen Vorjahr*
BSP	*205,2*	*+3,1*
Privater Verbrauch	*116,0*	*+3,1*
Öffentlicher Verbrauch	*36,1*	*+4,0*
Anlageinvestitionen	*48,4*	*+5,4*
Export	*60,9*	*+5,3*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 34/1978, S. 322.

Die relativ hohen Steigerungsraten im Vorjahresvergleich sind auf das besonders schwache Ergebnis des zweiten Vierteljahrs 1977 zurückzuführen, sind also nur optisch. In saisonbereinigter Betrachtung – die allerdings einige statistische Unsicherheiten enthält – hat das BSP gegenüber dem ersten Vierteljahr 1978 nicht zugenommen.

Untersucht man die wichtigsten Posten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, so haben der öffentliche Verbrauch und die Bauinvestitionen stabilisierend gewirkt. Aber auch der Export ist weiter gewachsen. Erneut hat sich gezeigt, daß Wechselkursverschiebungen zumindest auf kurze Sicht nur wenig Einfluß auf die Entwicklung des Warenhandels haben. Besonders dynamisch haben sich die Ausfuhren in die USA entwickelt, die doch durch die Abwertung des Dollars eigentlich am stärksten berührt waren. Der Exportüberschuß der Bundesrepublik hat sich insgesamt sogar noch vergrößert: in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres lag er bei 21,2 Mrd. DM, gut eine Milliarde höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Relativ schwach expandierte der private Verbrauch. Obwohl die steuerlichen Vergünstigungen, die 1977 eingeführt worden waren, sich günstig auf die Entwicklung der Einkommen auswirkten, hat sich die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger dadurch nicht stärker erhöht als im Vorjahr. Die niedrigeren Tarifabschlüsse haben das verhindert. Im ersten Halbjahr 1978 wurden für fast 13 Millionen Lohnabhängige Tariferhöhungen von durchschnittlich 5% vereinbart – gegenüber 6,4% im 1. Halbjahr 1977.

Entscheidend für die anhaltende Stagnation ist die Entwicklung im produzierenden Gewerbe, d. h. die Industrieproduktion. Nach bisher vorliegenden Ergebnissen lag sie im zweiten Vierteljahr 1978 knapp auf dem Vorjahresstand, wobei vor allem der Investitionsgüterbereich negativ ins Gewicht fiel. Dagegen schlägt sich die günstige Situation der Bauwirtschaft inzwischen auch in den Produktionsziffern nieder.

Produzierendes Gewerbe im 2. Vierteljahr 1978

	In % gegen Vorjahr
Produzierendes Gewerbe insgesamt	*0,0*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*+2,6*
Investitionsgüter	*−4,3*
Verbrauchsgüter	*−1,7*
Bauhauptgewerbe	*+5,0*

Quelle: „Monatsberichte der deutschen Bundesbank", 8/1978, S. 65*.

Die Produktionsrückgänge im März und April waren zunächst mit den Auswirkungen der Streiks in der Druckindustrie und der Metallverarbeitung erklärt worden. Das hat aber offensichtlich keine große Rolle gespielt, da in den folgenden Monaten ein „Nacholeffekt" ausgeblieben ist. Der Produktionsrückgang hat sich fortgesetzt.

Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe lagen zwar deutlich über dem Vorjahresstand, was aber durch den „Basiseffekt" der besonders ungünstigen Situation im zweiten Vierteljahr 1977 zu erklären ist. Saisonbereinigt waren sie im Zweimonatszeitraum Mai/Juni noch um 1% niedriger als im März/April des laufenden Jahres.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe im 2. Vierteljahr 1978

	In % gegen Vorjahr[1])
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	*+5,5*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*+3,6*
Investitionsgüter	*+7,2*
Verbrauchsgüter	*+4,8*

1) In jeweiligen Preisen.
Quelle: „Bundesanzeiger", 147/1978, S. 8.

Zwischen den Auftragseingängen aus dem Inland und dem Ausland gab es im Beobachtungszeitraum keine wesentlichen Unterschiede: zwar stellen die Auslandsbestellungen kein ausgesprochen expansives Moment der Konjunkturentwicklung mehr dar, von einem Einbruch der Auslandsnachfrage kann aber keine Rede sein. Die Auslandsaufträge spiegeln im großen und ganzen die gedrückte Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft wider, in der ebenfalls – mit Ausnahme der USA und Japans – depressive Tendenzen vorherrschend sind.

Entsprechend der langsamen Wirtschaftsentwicklung hat sich die Beschäftigungssituation nur wenig geändert. Während das Arbeitsvolumen, gemessen in Arbeitsstunden, wegen der größeren Zahl von Arbeitstagen größer war als im zweiten Vierteljahr 1977, ging die Zahl der Beschäftigten weiter zurück.

Beschäftigung im 2. Vierteljahr 1978

	In 1000	*In % gegen Vorjahr*
Arbeitsvolumen (Mrd. Arbeitsstunden)	*11 637*	*+1,4*
Abhängig Beschäftigte	*21 151*	*−0,1*
Arbeitsproduktivität (in DM)[1])	*17,63*	*+1,7*
Arbeitslose	*930*	*−4,3*
Kurzarbeiter	*255*	*−6,3*
Offene Stellen	*264*	*+5,6*

1) Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunden.
Quelle: „Monatsberichte der deutschen Bundesbank", 7/1978, S. 65*.

Der vergleichsweise schwache Anstieg der Arbeitsproduktivität hängt lediglich mit der erwähnten größeren Zahl von Arbeitstagen zusammen, ist also nur statistisch bedingt. Tatsächlich steigt die Arbeitsproduktivität etwa im Tempo von 4%. Auch die anscheinend etwas verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt drückt nicht die tatsächliche Entwicklung aus. Die im Vorjahresvergleich niedrigeren Arbeitslosenziffern hängen teilweise mit den verschobenen Ferien- und Schulentlassungsterminen zusammen, die einen Vorjahresvergleich beeinflussen. So stieg denn im Juli die Zahl der Arbeitslosen wieder deutlich an, stärker als in den Vorjahresmonaten. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß eine steigende Zahl von Arbeitslosen aus der Förderung ausscheiden und resignieren: sie werden nicht mehr als arbeitslos registriert. Dieser Vorgang kommt schon in der Struktur der registrierten Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck. Ein wachsender Teil der Arbeitslosen findet auch langfristig keine Beschäftigung mehr. Nach den Ergebnissen der Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit waren im Mai 1978 mehr als 200 000 Arbeitslose schon über ein Jahr ohne Beschäftigung, das sind über 22% der Gesamtzahl, gegenüber 18% im Vorjahr.

Entscheidend ist, daß die Beschäftigung stagniert bzw. sogar rückläufig ist, während die Zahl der Berufsanfänger kontinuierlich ansteigt.

Der Rückgang der Inflationsrate ist in den letzten Monaten offensichtlich gestoppt worden. Einige Faktoren, die sich günstig auf die Verbraucherpreise auswirken, haben an Gewicht verloren. Dazu gehört die Entwicklung der Lebensmittelpreise, die nach der durch die Trockenheit bedingten Mißernte im Jahre 1976 zunächst sprunghaft angestiegen waren. In der Folgezeit fielen die Steigerungsraten daher zunächst nur noch sehr niedrig aus.

Besonders günstig auf das inländische Preisniveau wirkten sich die zeitweilig rückläufigen Rohstoffpreise aus, die für die Bundesrepublik zusätzlich durch die Aufwertung der DM gedrückt wurden. Ein weiterer Rückgang der Rohstoffpreise ist aber nicht zu erwarten. Auch der Entlastungseffekt der Wechselkursverschiebungen schwächt sich etwas ab.

Preise im 2. Vierteljahr 1978

	In % gegen Vorjahr
Lebenshaltung[1])	*+2,7*
Industriepreise	*+1,0*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*−5,6*
Importpreise	*−6,5*

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 8/1978, S. 68*.

Infolgedessen dürfte das Inflationstempo in der nächsten Zeit wieder etwas zunehmen, ohne daß jedoch sprunghafte Veränderungen zu erwarten sind. Immer noch wirken die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und die Aufwertung der DM entlastend.

Die wirtschaftlichen Perspektiven für die nächste Zeit versprechen wenig Veränderungen. Konjunkturstabilisierend wirkt die Expansion der Bauwirtschaft. Allerdings ist in den letzten Monaten das Zinsniveau, das vor allem den Wohnungsbau günstig beeinflußt hatte, wieder etwas angestiegen. Zudem hat die Bauwirtschaft die Preise kräftig heraufgesetzt. Dadurch dürfte der Finanzierungsspielraum der öffentlichen Haushalte, deren Aufträge ein wesentlicher Faktor der Belebung in der Bauwirtschaft sind, eingeschränkt werden. Schließlich muß auch befürchtet werden, daß das im Juli angekündigte „Konjunkturprogramm" – wenn es in der vorliegenden Form realisiert werden sollte – durch die Kürzung der Gewerbesteuer die Finanzkraft besonders der Gemeinden als den wichtigsten öffentlichen Bauträgern verringert und diese zu Einsparungen veranlaßt. Aber selbst wenn die Baukonjunktur anhält, wird sie kaum eine kräftige gesamtwirtschaftliche Belebung auslösen können. Denn in weiten Teilen der Investitionsgüterindustrie hält die Stagnation an. Bei einer rückläufigen Auslastung der industriellen Kapazitäten, die im Juli mit 80,2% knapp auf Vorjahresniveau lag, wird die schwache Investitionstätigkeit vom Rationalisierungs- und Ersatzmotiv bestimmt. Erweiterungsinvestitionen werden nur in einem relativ geringen Umfang getätigt.

Investitionsziele der Industrie[1])

	1973	*1977*	*1978*[2])
Erweiterung	*41*	*26*	*25*
Rationalisierung	*42*	*39*	*39*
Ersatz	*17*	35	36

1) Jeweils März/April, Anteile in %.
2) Planungen.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 17/1978, S. 9.

Die erhoffte Belebung der Investitionstätigkeit hängt entscheidend von der Nachfragesituation ab. Dabei ist vor allem der private Verbrauch als größter Posten von Bedeutung. Hier wird sich im zweiten Halbjahr 1978 die verzögerte Rentenanpassung negativ auswirken, so daß ein konjunktureller Impuls auch von daher nicht zu erwarten ist. Jörg Goldberg

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

101 **Wir Verfassungsfeinde.** Porträts 12,80
104 Tripp, **Betr.: Piaget** 14,80
105 Lange, **Technik im Kapitalismus** 12,80
107 Butterwegge, **Marxistische Staatsdiskussion** 12,80
108 Bauß, **Geschichte der Studentenbewegung** 14,80
110 Stuby/Wulff (Hg.), **Nürnberger Verhandlungen: Chile** 14,80
111 Bracht u.a. (Hg.), **Hochschulrahmengesetz** 12,80
113 Blank/Braun u.a., **Wohin treibt der Rechtsstaat?** 14,80
116 Haumann (Hg.), **Vom Hotzenwald bis Wyhl** 14,80
115 Finker, **Stauffenberg und der 20. Juli 1944** 14,80

Pahl-Rugenstein

Bücher

Forschungspolitik als Gesellschaftspolitik?

Vier Monographien zu neuen Tendenzen in der staatlichen Forschungspolitik der BRD

Im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren vollzogen sich in der BRD signifikante Veränderungen in den Bedingungen, den Mechanismen, der Reichweite, den Intentionen und der für eine breitere Öffentlichkeit bestimmten Darstellung und Selbstdarstellung der staatlichen Forschungspolitik, die auf die umfassende, zentrale Regulierung und Funktionalisierung des gesamten Wissenschaftsbereichs hinauslaufen und deshalb nicht nur Konsequenzen für die in diesem Bereich Tätigen haben, sondern auch für die konkreten Ausprägungen der sozialen Funktion von Forschung in der Bundesrepublik insgesamt.

Die staatlichen forschungspolitischen Aktivitäten bis zur Krise von 1966/67 waren u. a. gekennzeichnet durch die Schaffung und den Ausbau einer zentralen forschungspolitischen Administration auf Bundesebene, durch die kontinuierliche Steigerung der staatlichen Forschungsaufwendungen, ihres Anteils am Bruttosozialprodukt und an den gesamten Forschungsaufwendungen (des Bundes, der Länder und der Industrie) sowie durch den Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur einschließlich eines Netzes von Großforschungseinrichtungen.

Inhaltlich lag das Schwergewicht der staatlichen Aktivitäten auf der Kernforschung, der Forschung im Luft- und Raumfahrtsektor und der Verteidigungsforschung, d. h. auf einem relativ begrenzten Ausschnitt der Forschungs- und Technologie-Entwicklung im unmittelbaren Verwertungsinteresse einiger Monopolgruppen, womit die forschungspolitischen Prioritäten und Zielsetzungen der USA kopiert wurden. Erst ab Mitte der zweiten Hälfte der 60er Jahre setzte – stimuliert u. a. durch die ökonomische Krise und ihre weitreichenden sozialen Folgen – eine Orientierung an längerfristigen Wachstumskalkülen ein, die den kontinuierlichen und umfassenden staatlichen Zugriff auf den *gesamten* nationalen Forschungs- und Innovationsprozeß sowie die Notwendigkeit seiner Regulierung und Steuerung impliziert, und die sich verstärkt um öffentliche Legitimation sorgen muß – u. a. wegen der knapper werdenden staatlichen Mittel, der offenbarer werdenden „sozialen Kosten" des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Bedingungen und wegen der mit den objektiven Planungserfordernissen einhergehenden Erosion der Ideologie von der Autonomie und der Freiheit der Wissenschaft.

Diese Legitimation soll die Formel von der „Orientierung der Forschung an gesellschaftlichen Bedürfnissen" sicherstellen. Waren mit diesem Postulat jedoch Mitte der 60er Jahre noch emphatische reformpolitische Ansprüche verbunden, so wird es seit etwa einem halben Jahrzehnt im wesentlichen strukturpolitisch akzentuiert.

Die kritische empirische Analyse der Entwicklung der bundesrepublikanischen Forschungspolitik der 50er und 60er Jahre – einsetzend nach der Zurückdrängung des Einflusses der wissenschafts- und technikkritischen Spekulationen der Frankfurter Schule[1]) und vermittelt durch die Ergebnisse marxistischer Arbeiten von Autoren aus der DDR[2]) mit bahnbrechenden Studien von Rilling und Hirsch[3]) – hatte zwingend die Dominanz minoritärer Kapitalinteressen im Forschungs- und Technologiebereich der BRD und dessen daraus resultierende Deformation nachgewiesen. Mittlerweile vorliegende Untersuchungen der neue-

1) Vgl. z. B. H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin 1965; M. Horkheimer/Th. W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971. Davon abzugrenzen freilich J. Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/M. 1968.

2) Einen wesentlichen Einfluß übte aus: Autorenkollektiv, Wissenschaft im Klassenkampf, Berlin/DDR 1968 (zur Kritik vgl. R. Rilling, Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975, S. 130ff.).

3) Insbesondere R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970; J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1970.

ren forschungspolitischen Entwicklung zeigen, daß sich deren wesentlicher sozialer Inhalt, d. h. ihre Ausrichtung auf die Verwertungsinteressen der Konzerne, allen Reformversprechen zum Trotz nicht gewandelt hat, wenngleich sich unterhalb dieser prinzipiellen Ebene gravierende neue Tendenzen abzeichnen.

Im folgenden sollen vier dieser neueren Untersuchungen zunächst global charakterisiert und sodann – unter Einbeziehung weiterer Literatur – schwerpunktmäßig erörtert werden, wobei vor allem abgehoben wird auf die soziale Funktion der gegenwärtigen staatlichen Forschungspolitik sowie auf die Möglichkeiten der letzteren, die Forschungs- und Technologie-Entwicklung als wesentliche Elemente der Produktivkraftentwicklung zu gestalten. Schließlich stehen die Chancen einer demokratischen Alternative zur Diskussion.

I

Die 575seitige Studie von *Schmitz u. a. „Der Staat und die Steuerung der Wissenschaft"* [4]) ist im Auftrag der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel entstanden und thematisiert vor allem die institutionelle Seite der Steuerungskapazität der politischen Verwaltung im Forschungsbereich. Theoretischer Bezugsrahmen ist die Funktion der Wissenschaft als einem arbeitsteiligen Bereich in der kapitalistischen Gesellschaft; damit werden immanente und abstrakt-allgemeine Interpretationen der Wissenschaftsentwicklung zurückgewiesen. Die Arbeit, die sich besonders nachdrücklich zu Methodenproblemen der forschungspolitischen Forschung äußert, untersucht die Mechanismen, durch die die politische Verwaltung zu ihren Entscheidungskriterien und Informationen gelangt – oder nicht. Im Anschluß an die empirische Bestandsaufnahme wird ein detaillierter Vorschlag zur Änderung des Verfahrens der staatlichen Wissenschaftsförderung entwickelt. Er bezweckt, dieses zu „politisieren". Im Anhang findet sich ein sehr informativer Literaturessay zur Forschungsforschung.

Mit derjenigen von Schmitz u. a. teilt die politikwissenschaftliche Arbeit von *Volker Ronge, „Forschungspolitik als Strukturpolitik"* [5]) die Frage, inwieweit die gegenwärtige BRD-Forschungspolitik tatsächlich Politik ist. Insofern, als diese Frage auf das allgemeinere Thema „Staat-und-Ökonomie-Verhältnis im gegenwärtigen Kapitalismus" abzielt, wird die Forschungspolitik hier nur exemplarisch behandelt. Ronge versucht die These zu begründen, daß die heutige Forschungspolitik der BRD im Unterschied zum ursprünglichen Anspruch der sozial-liberalen Koalition nicht Reform-, sondern (ökonomische) Strukturpolitik ist und zunehmend als solche „verkauft" wird.

Die Arbeit von *Joachim Hirsch, „Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals"* [6]), ist stark staatstheoretisch und politökonomisch angelegt. Sie thematisiert die durch systematische administrative Wissenschaftspolitik gekennzeichneten Veränderungen des „Staatsinterventionismus" und argumentiert, daß der krisenhafte Verlauf des Akkumulationsprozesses in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern eine progressive Entwicklung der Produktionstechnologie erzwingt, die von den monopolistisch konkurrierenden Einzelkapitalen nicht sichergestellt werden kann, weshalb staatliche Wissenschaftspolitik kompensatorisch als administrative Gewährleistung „allgemeiner Produktionsbedingungen" fungiert. Die hieraus resultierenden Versuche, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu regulieren, „stellen eine spezifische Variante der staatsinterventionistischen Kompensation gesellschaftlicher Widersprüche dar, was zugleich bedeutet, daß diese Widersprüche innerhalb des Staatsapparats reproduziert werden, ohne damit aufgehoben zu sein" (S. 276).

Mit dem breitesten Interpretationsrahmen tritt die Arbeit eines Autorenkollektivs aus der DDR auf: *„Imperialismus und Wissenschaft. Wissenschaftliche Tätigkeit und staatsmonopolistischer Kapitalismus"* [7]). Methodisches Prinzip der Studie ist es, die Forschungspolitik der Hauptländer des Kapitalismus, speziell der BRD, in der ersten Hälfte der 70er Jahre unter Berücksichtigung aller „drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus", d. h. der politischen

4) K. Schmitz/R. Riehle/W.-D. Narr/C. Koch/U. Albrecht, Der Staat und die Steuerung der Wissenschaft. Analyse der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, Göttingen 1976 (Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel Nr. 110).

5) V. Ronge, Forschungspolitik als Strukturpolitik, München 1977.

6) J. Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Projekt Wissenschaftsplanung 2, Frankfurt/M. 1974.

7) Autorenkollektiv, Imperialismus und Wissenschaft. Wissenschaftliche Tätigkeit und staatsmonopolistische Forschungspolitik, hrsg. v. G. Domin u. H.-H. Lanfermann, Berlin/DDR 1977.

Ökonomie, der Philosophie und des wissenschaftlichen Sozialismus, anzugehen. Es verdichtet sich zum Anliegen einer methodischen Synthese von Imperialismusforschung und Wissenschaftstheorie. Die Autoren sehen einen Zusammenhang zwischen der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise und den ab den 70er Jahren verstärkt unternommenen staatlichen Regulierungsbestrebungen im allgemeinen und im Forschungsbereich im besonderen, die, so die These, zur Herausbildung eines „staatsmonopolistisch geprägten Typs wissenschaftlicher Tätigkeit" (S. 29ff.) führen. Großes Gewicht wird auf den Einfluß der Systemkonkurrenz und der Politik der friedlichen Koexistenz auf die Forschungspolitik der kapitalistischen Länder gelegt. Hervorzuheben ist, daß die Arbeit in zwei Kapitel relativ ausführlich auf die gegenwärtige soziale Funktion der bürgerlichen Sozialwissenschaften und der Kreativitätsforschung eingeht, also auf zwei in der vergleichbaren marxistischen westlichen Literatur vernachlässigte Gebiete.

II

Nimmt man die offiziellen und offiziösen Verlautbarungen in Regierungserklärungen, den Forschungsberichten IV und V, in Interviews, populären Broschüren und in den seit einigen Jahren verstärkt auf den Markt geworfenen halb-theoretischen Schriften von Vertretern der staatlichen Forschungsadministration für bare Münze, dann orientiert sich die (sozialliberale) Forschungspolitik am „gesellschaftlichen Bedarf". Das impliziert, so der jetzige Bundesforschungsminister *Volker Hauff* in einem Aufsatz aus dem Jahre 1974: Alternativen öffentlich zur Diskussion zu stellen die Konsequenzen der Forschungspolitik aufzuzeigen, forschungspolitische Konflikte und Kontroversen öffentlich auszutragen und in einem „kritischen Dialog" herauszufinden, wo das „technologisch Machbare mit gesellschaftlich Wünschenswertem übereinstimmt"[8]). Forschungspolitik soll so „zukunftsgestaltende Gesellschaftspolitik" sein. Im *Forschungsbericht V* der Bundesregierung (1975) nimmt diese Programmatik folgende Gestalt an: Als Teil der Gesamtpolitik der Bundesregierung solle die Forschungspolitik dazu beitragen, „die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und auszubauen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger zu verbessern, unsere wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern"[9]). Diese Reihenfolge ist eine Rangfolge: sie indiziert, daß sich als „gesellschaftlicher Bedarf" in erster Linie der Bedarf der Industrie darstellt. Freilich liegt das Kritikwürdige dieses Sachverhalts nicht bereits darin, daß der Staat die progressive Integration wissenschaftlicher Forschung in die materielle Produktion zu fördern und zu organisieren sucht, sondern darin, daß dies unter den gegebenen antagonistischen Produktionsverhältnissen notwendig zugunsten der einseitigen Zwecke und Verwertungsinteressen der Konzerne und zulasten der Mehrheit der Bevölkerung vonstatten geht. – So unangefochten Wirtschaftsförderung den ersten Rang der Prioritätenskala einnimmt, so kümmerlich fallen die Mittel und so vage die Zielbestimmungen für Zwecke aus, die wenigstens potentiell im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegen könnten. Detaillierte Nachweise hierfür finden sich in den genannten Monographien (auch wenn sie z. T. den Forschungsbericht V *nicht mehr direkt auswerten*). Eine kurze, übersichtliche Zusammenstellung der einschlägigen Daten liefert *Leisewitz*[10]). Eine stärker qualitativ argumentierende, an den programmatischen und faktischen Prioritäten des Forschungsberichts und ihren immanenten Widersprüchen ansetzende Kritik üben *Bartelt u. a.*[11]). Sie krankt allerdings an der von den Autoren vorausgesetzten problematischen Industriegesellschaftsthese.

III

In früheren Untersuchungen der Prioritätenmuster der staatlichen Forschungspolitik wurde die Dominanz von Industrieinteressen *mitunter etwas kurzschlüssig aus der Präsenz*

8) V. Hauff, Regierung, Parlament, Öffentlichkeit – Träger der Forschungspolitik, in: H. Matthöfer/ V. Hauff (Hrsg.) Forschungspolitik für eine lebenswerte Zukunft, Grafenau-Döffingen 1974, S. 15.

9) Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.) Bundesbericht Forschung V, Bonn 1975, S. 10.

10) A. Leisewitz, Kapitalinteressen und Forschung: Zur Charakterisierung der „sozialliberalen" Forschungspolitik, in: U. Bracht/B. Hülsmann/ D. Keiner (Hrsg.), Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD, Köln 1977, S. 102ff. Vgl. ebenfalls Beiträge des IMSF 4, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, S. 196–209. Frankfurt/M. 1976.

11) M. Bartelt/K. Kaiser/K. E. Wenke, H. Westmüller/H. Zilleßen, Forschungspolitik und gesellschaftliche Entwicklung. Stellungnahme zum V. Forschungsbericht der Bundesregierung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte". Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" v. 3. 7. 1976, S. 26ff.

von Industrievertretern in den forschungspolitisch relevanten Gremien und Organen abgeleitet – extensiv in „Wissenschaft im Klassenkampf", teilweise auch in Hirschs Arbeit von 1970. In neueren Arbeiten gibt es eine Tendenz zu einer mehr strukturell orientierten Herangehensweise. Charakteristisch ist neben der späteren Arbeit von Hirsch (1974) die Studie von *Schmitz u. a.* Die Autoren stellen fest, daß die Weltmarktposition bundesdeutscher Unternehmen als dominantes Ziel der staatlichen Forschungspolitik fungiert, wobei die privatwirtschaftlichen Prämissen vorweg akzeptiert werden. Das bedeutet einerseits, daß die Genese der Probleme, auf die die Forschungspolitik reagiert, nicht mehr wahrgenommen wird und andererseits die dominanten Interessen der Industrie dem obersten Ziel von vornherein genügen, zumal die bürgerliche ökonomische Theorie keine gehaltvollen Informationen für Forschungsentscheidungen zu geben vermag. Die Administration bleibt ohne spezifische Kriterien und ist auf ein ausuferndes, demokratisch unkontrolliertes Beraterwesen angewiesen, in welchem Information und Interesse untrennbar ineinander übergehen. Es ist weitgehend von Industrievertretern durchsetzt – und zwar desto mehr, je näher zu begutachtende Projekte an Verwertbarkeit grenzen – und unfähig, Konzepte für eine übergreifende, konsistente Forschungsplanung bereitzustellen. Problematisch und durchaus symptomatisch für bestehende Forschungsdefizite ist jedoch, daß die Verfasser ihre Studie in berechtigter Abgrenzung gegen bloße Einflußforschung als Output-Analyse bezeichnen und unter „Output" vor allem die faktisch vergebenen finanziellen Mittel verstehen. Denn wenn dieser Terminus in diesem Zusammenhang einen Sinn haben soll, dann darf er doch weder den Ertrag an neuem Wissen im weitesten Sinn noch dessen gesellschaftliche Wirkungen ausblenden. *Joachim Hirsch* spricht statt dessen umgekehrt und richtiger von „Input" und hält damit den weitergehenden Fragenkomplex nach den Relationen zwischen forschungspolitischen Entscheidungen und erzielten kognitiven und sozialen Resultaten wenigstens offen, ermuntert also zu weiteren Forschungen[12]). Allgemein gesagt, drückt sich in dieser Problematik die noch sehr mangelhafte Integration wissenschaftstheoretischer Arbeit in die empirische Analyse der Forschungspolitik aus. Dies gilt, entgegen ihrem Anspruch, auch weitgehend für die Monographie des DDR-Kollektivs. Autoren wie etwa Peter Weingart setzen hier ein, um den Einfluß der Verwertungsbedingungen auf die kognitive Entwicklung als angeblich trivial herunterzuspielen und die marxistische Theorie als vulgär abzutun[13]).

Angesichts der strategischen Ziele der Administration und der Mechanismen, durch die forschungspolitische Prioritäten und Entscheidungen zustande kommen, kann von einem „kritischen Dialog" der an der Forschung Beteiligten und der von ihr Betroffenen ebensowenig die Rede sein wie von daraus sich ergebenden, an gesamtgesellschaftlichen Interessen orientierten Schwerpunktsetzungen. Dies schon deshalb nicht, weil unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ein gesamtgesellschaftliches Interesse prinzipiell imaginär ist, wie die Autoren des Kollektivwerks aus der DDR zu Recht feststellen[14]). *Schmitz u. a.* und auch *Ronge* kommen zu dem Ergebnis, daß in der staatlichen Forschungsförderung Politik de facto nicht stattfindet, wenn darunter die öffentliche und prinzipiell offene Auseinandersetzung über alternative Zielprojektionen verstanden werden soll (dieser Einschätzung liegt ein normativer Politik-Begriff zugrunde; faßt man Politik dagegen als Kampf konkurrierender sozialer Gruppen bzw. Klassen um die Durchsetzung ihrer sozialen Interessen, so ist die von diesen Autoren diagnostizierte „Entpolitisierung" der Forschungspolitik richtiger als uneingeschränkte Dominanz, als – zeitweiliger – „Sieg" der einen Klasse zu begreifen, d. h. als politischer Zustand mit politischen Wirkungen). Das Informations- und Entscheidungssystem sowie die apriorische Ausrichtung der Forschungspolitik am privatkapitalistisch verstandenen Wachstumspostulat blenden bereits die Möglichkeit der Wahrnehmung von Alternativen durch die Administration weitestgehend aus. Der Reformanspruch, mit dem die sozial-liberale Koalition auch hinsichtlich des Forschungsbereichs antrat, bleibt auf der Strecke; Forschungspolitik reduziert sich auf Strukturpolitik, d. h. auf einen Typ der Wirtschaftsförderung innerhalb der Gesamtstrategie, „die Vergesellschaftung voranzutreiben und gleichzeitig die privatkapitalistische Aneignung mit den Mitteln der politischen Administration abzusichern"[15]).

12) Hirsch, Staatsapparat . . ., a.a.O., S. 292.

13) Vgl. P. Weingart, Wissensproduktion und soziale Struktur, Frankfurt/M. 1976, S. 12ff., S. 134ff., S. 166ff.

14) Autorenkollektiv, Imperialismus und Wissenschaft . . ., a.a.O., S. 23.

15) Ebd. S. 15.

IV

Die u. a. infolge des erreichten Niveaus der Produktivkraftentwicklung, der neuen Dimensionen der Vergesellschaftung der Produktion, des weitgehenden Ausfalls des Marktmechanismus sowie der Bedingungen der Systemkonkurrenz objektiv erzwungene Ausweitung und Intensivierung der Staatstätigkeit hat auch auf dem Gebiet der Analyse der staatlichen Forschungspolitik zu einer Konjunktur staatstheoretischer Erörterungen teilweise recht esoterischer Art geführt. Dabei steht u. a. zur Diskussion, ob die neuen Staatsfunktionen einen prinzipiellen Wandel im Verhältnis von Staat/Politik und Ökonomie – auf einer allgemeineren Ebene gesprochen: von Überbau und Basis – anzeigen, und wie die Chancen des Staatsapparats einzuschätzen sind, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Bei allen (hier nicht darstellbaren) terminologischen, konzeptionellen und politischen Divergenzen der oben genannten Arbeiten läßt sich doch als grobes Fazit hervorheben, daß die Antworten auf diese Fragen in ihrer allgemeinen Tendenz auffallend konvergieren. Übereinstimmend wird eine Funktionalisierung der staatlichen Forschungspolitik durch Konzerninteressen festgestellt, die ihr zwar ein gewisses Maß an relativer Autonomie beläßt, ihre wesentlichen Entscheidungen jedoch wirksam determiniert. Ideologien eines neutralen oder Sozialstaates können daher auch auf diesem Sektor empirisch-analytisch begründet zurückgewiesen werden, ebenfalls Theoreme eines grundsätzlichen Wandels der Basis-Überbau-Determination.

Unterhalb dieses relativen Konsenses auf hoher Abstraktionsstufe bleiben freilich genügend Fragen kontrovers. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß beispielsweise Hirsch letztlich ein recht direktes Determinationsverhältnis von Einzelkapitalkonkurrenz und staatlicher Forschungspolitik ansetzt, während die Autoren des DDR-Buches zu einer – sei's komplexeren, sei's unbestimmteren, je nach Lesart – Sicht der Determinationsweise der Forschungspolitik gelangen: „Forschungspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nicht allein in deduktiver Ableitung von den strategischen Zielen der herrschenden Klasse bestimmbar, sondern ergibt sich in dialektischer *Durchdringung* von *generellem* Profit- und Herrschaftsinteresse, von *spezifischen*, rivalisierenden Interessen von Vertretern der herrschenden Klasse und schließlich von jeweils spezifischen Erfordernissen und vor allem *Möglichkeiten der Forschung* selbst."[16]) Unklar bleibt hier auch, inwieweit sich Interessen der arbeitenden Bevölkerung in der Forschungspolitik Geltung zu schaffen vermögen.

Mit ihrer strukturell bedingten Subsumtion unter die Interessen der Konzerne, wie sie sich u. a. in den gegenwärtigen Informations- und Entscheidungsprozessen sowie in ihren Resultaten manifestiert, ist die Forschungsadministration in ihrer Steuerungs- und Planungsfähigkeit zumindest stark eingeschränkt. Die Krisenhaftigkeit des ökonomischen Prozesses schlägt, so *Hirsch*, auf die Forschungspolitik durch und erzeugt „ein Konglomerat unverbundener Teilprogrammierungen, in denen sich die objektiven Reproduktionserfordernisse des Gesamtkapitals lediglich krisenhaft und beschränkt durchsetzen können"[17]). Daher sind zwar recht effektive Programmierungen von Teilprozessen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts möglich, wie das Beispiel der Kernenergie zeigt, aber eine gesellschaftliche Gesamtplanung, die ihren Namen verdiente, scheint beim jetzigen Stand der Dinge ausgeschlossen. Dies auch deshalb weil sich noch immer ein beträchtlicher Teil des nationalen Forschungspotentials staatlichen Zugriffsmöglichkeiten weitgehend entzieht. Das gilt naturgemäß in erster Linie für die Forschungskapazität der Konzerne selbst aber auch – in einem Maß, über das noch keine hinreichende Klarheit besteht – für die öffentlich-rechtlich verfaßten Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft. Allerdings sind die Möglichkeiten, einen Verbund von Hochschul- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Staates und der Industrie zu etablieren, sicherlich noch nicht ausgeschöpft. Darüber hinaus kann von einer zentralen staatlichen Planung der Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen unter monopolistischen Verhältnissen keine Rede sein. Welche Ergebnisse effektiv in die ökonomische Praxis eingehen, unterliegt den profit- und konkurrenzbestimmten Entscheidungen der privaten Unternehmen. Damit sind einer initiativen und umfassenden Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts von seiten des Staates schier unüberwindbare Schranken gesetzt, und zwar auch dann noch, wenn sich die Forschungsadministration tatsächlich an gesamtgesellschaftlichen Nutzenkalkülen zu orientieren versuchte. Dies ist – in

16) Ebd. S. 22 (Hervorheb.: d. Verf.).
17) Hirsch, Staatsapparat . . ., a.a.O., S. 284f.

groben, unvollständigen Strichen – der Ist-Zustand.

V

Freilich ist staatliche Politik im Kapitalismus bei aller Dominanz von Kapitalinteressen immer auch Ausdruck von – veränderbaren – Kräfteverhältnissen. Hirsch weist zu recht darauf hin, daß die von den sozialen Auseinandersetzungen abstrahierende Frage nach „der" Steuerungskompetenz „des" Staatsapparats falsch gestellt ist[18]). Reflexionen über forschungspolitische Alternativen und Anstrengungen, sie durchzusetzen, sind daher so legitim wie nötig.

Hierzu ist unabdingbar, daß die demokratische Bewegung entschieden den in jüngerer Zeit wieder um sich greifenden wissenschafts- und technikfeindlichen Tendenzen entgegentritt und ihr historisches Interesse an einer progressiven, umfassenden und möglichst ausgewogenen Entwicklung des Produktivkraftsystems zur Geltung bringt. *Hans Jörg Sandkühler* hat unlängst die fundamentale Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowohl als Kraft, die mit zur Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise beiträgt, wie auch als unabdingbare Voraussetzung des Aufbaus einer höheren Form der gesellschaftlichen Organisation in Erinnerung gerufen und die These begründet, daß Wissenschaft und Technik, so sehr sie unter den gegenwärtigen Bedingungen in ihrer Entwicklung und ihrer Qualität von den Interessen der großen Konzerne geprägt sind, dennoch den mittel- und langfristigen Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen.[19]).

Sicherlich erfordert die effektive und stabile Orientierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung letztlich andere politische und soziale Verhältnisse. Das bedeutet jedoch nicht, daß bis dahin der Wissenschaftsbereich demokratischen Interessen unzugänglich wäre. Erstens ist demokratische Wissenschaft bereits unter den gegebenen Verhältnissen möglich. Den Beweis für diese These stellen nicht nur die hier besprochenen fortschrittlichen Arbeiten dar; für sie spricht auch die Existenz demokratischer Wissenschaftsinstitutionen, eines linken Publikationswesens, fortschrittlicher Wissenschaftlerverbände und die Einbeziehung eines schon beträchtlichen Teils der wissenschaftlich Tätigen in die sozialen Auseinandersetzungen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Zweitens kommt dem Kampf um demokratische Wissenschaft eine immer gewichtigere strategische Bedeutung im Kampf um die Demokratisierung der bestehenden Verhältnisse zu. Wissenschaft im Kapitalismus ist als prinzipiell willfähriges Instrument systemerhaltender Politik falsch begriffen; in zunehmendem Maße ist sie Element des Ensembles zur Auflösung treibender Widersprüche, Objekt *und* Schauplatz von Klassenauseinandersetzungen. Damit sich diese fortschrittliche Funktion weiter realisiere, bedarf es freilich mehr als abstrakter Bekenntnisse zu wissenschaftlich-technischem Fortschritt, nämlich konkreter Zielperspektiven, konkreter Benennung alternativer Möglichkeiten, Wissenschaft und Technik einzusetzen, konkreter wissenschaftspolitischer Verfahrensvorschläge, und es bedarf einer Antwort auf die Frage, wer eigentlich welche Interessen an Wissenschaft hat. In dieser Richtung sind in der BRD kaum mehr als erste Schritte zu verzeichnen. Die Entwicklung demokratischer wissenschaftspolitischer Alternativen hat noch längst nicht das Niveau an Konkretheit erreicht, das sich beispielsweise auf dem Gebiet der Ökonomie in den Alternativgutachten demokratischer und sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler weit über die linke Bewegung hinaus Gehör zu verschaffen verstand.

Die Entwicklung wissenschaftspolitischer Alternativen wird dadurch erschwert, daß noch keine hinreichende Klarheit darüber besteht, inwieweit sich Wissenschaftsentwicklung als kognitive Entwicklung entlang „extern" gesetzter Zwecke steuern läßt. Diese Frage steht im Mittelpunkt der von *Böhme u. a.* entwickelten „Finalisierungsthese"[20]). Abgesehen von den immensen erkenntnistheoretischen Problemen, die diese aufwirft, bleibt festzuhalten: solange nicht angegeben wird, welche soziale Kraft mit welchen praktischen und Erkenntnisinteressen das Subjekt einer Anbindung der Wissenschaftsentwicklung an „externe Zwekke" sein soll, bleibt – bestenfalls – alles wie es ist. Dies hervorzuheben, ist um so mehr geboten, als Böhme u. a. sich in ihren Überlegungen ja durchaus von praktischen Zielen leiten las-

18) Ebd., S. 370ff.

19) H. J. Sandkühler, Über die „logische Basis des Kommunismus" oder – Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus, in: „Sozialistische Politik", Nr. 39 (April 1977).

20) Zur Explikation der These vgl. neuerdings G. Böhme/W. v. d. Daele/R. Hohlfeld/W. Krohn/W. Schäfer/T. Spengler, Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts, Starnberger Studien I, Frankfurt/M. 1978.

sen. Dasselbe gilt für die Konzeption *Leinfellners*, dem angesichts des angeblichen Selbstlaufs der „theoretischen Wissenschaft" nur einfällt, die Wissenschaftler auf ein vages „sozio-ökologisches Kriterium" zu verpflichten, das fordert, „aktiv für alle Menschen vorzusorgen und Sorge zu tragen – für das Individuum wie auch für alle Menschen in einer frei von ihnen gewählten Gesellschaft. Solch ein höchster Wert . . . sollte als das höchste externe oder kategorische Kriterium für die Bewertung aller wissenschaftlichen Realisationen, Operationen, Entscheidungsverfahren etc. eingeführt werden. Es spielt keine Rolle, ob die Realisierungen bloß technologische sind oder soziale"[21]). Solch eine Norm traut und mutet den Wissenschaftlern als Wissenschaftler mehr zu als sie, selbst ihren besten Willen vorausgesetzt, zu leisten vermögen, stehen sie doch in ihrer großen Mehrheit in Verhältnissen, die ihnen weder die Möglichkeit lassen, über die soziale Funktion ihrer Arbeit mitzuentscheiden, noch ihnen gestatten, eigenständig Forschungsgegenstände zu wählen. Alternativen der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik können nicht das Werk der Wissenschaft(ler) allein sein, sondern nur Ergebnis des Kampfes der gesamten demokratischen Bewegung.

Thematisieren Böhme u. a. und Leinfellner die kognitiven Bedingungen einer möglichen alternativen sozialen Funktion der Wissenschaft unter Ausklammerung ihrer sozialen und institutionellen Bedingungen, so verfährt der Vorschlag von *Schmitz u. a.* im wesentlichen umgekehrt. Sicherlich hat es keinen Sinn, die eine Strategie gegen die andere auszuspielen; ins Auge zu fassen ist vielmehr die Überwindung der wechselseitigen Exklusivität beider diese Bemerkung abstrahiert von den konkreten Ausprägungen dieser Konzeptionen und bezieht sich auf sie nur als Forschungsrichtungen). Der Vorschlag von Schmitz u. a. zielt auf die „Politisierung" der Forschungsförderung, was meint, „daß die strukturelle Einseitigkeit der Interessengeltung im Rahmen der Forschungspolitik wenn nicht aufgehoben, so doch aufgebrochen wird, so daß sich auch andere Interessen im Hinblick auf die Forschungspolitik entfalten können, so daß Forschungspolitik wenigstens teilweise das werden kann, was sie heute nur im Sinne der weiteren Verfestigung der festgelegten Struktur ist: antizipatorische Gesellschaftspolitik"[22]). Bezweckt ist also die Ausweitung der sozialen Determinationsstruktur der Wissenschaftspolitik vermittels hierfür als geeignet erscheinender Umstrukturierungen des forschungspolitischen Informations- und Entscheidungssystems als deren Resultat – so hoffen die Verfasser – sich eine Neugewichtung in der sozialen Interessenbindung der Wissenschaftspolitik ergeben könnte. Auf die explizite Angabe alternativer forschungspolitischer Ziele unterhalb der wenig informativen Ebene der „antizipatorischen Gesellschaftspolitik" wird verzichtet. Ob die Tatsache, daß die Autoren mit dem letzteren Terminus einen Ausdruck des jetzigen Bundesforschungsministers aufnehmen, für die Realisierungschancen ihres Vorschlags spricht, bleibe dahingestellt. Jedenfalls enthebt die „Politisierung der Forschungsförderung" die demokratische Bewegung nicht der Aufgabe, konkretere, inhaltlich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientierte wissenschaftspolitische Alternativen und Strategien zu ihrer Durchsetzung zu entwickeln. Das vierte Kapitel („Perspektiven des Kampfes für eine demokratische Hochschule und Wissenschaft") des Bandes von *Bracht / Hülsmann / Keiner*[23]) enthält hierfür wertvolle Überlegungen und Erfahrungsberichte.

Rolf-Dieter Vogeler

21) W. Leinfellner, Interne und externe Kriterien der Wissenschaften und der kybernetische Charakter des wissenschaftlichen Fortschritts, in: H. Strasser/Karin D. Knorr (Hrsg.), Wissenschaftssteuerung. Soziale Prozesse der Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt und New York 1976, S. 150.

22) K. Schmitz u. a., Der Staat . . ., a.a.O., S. 3.

23) U. Bracht/B. Hülsmann/D. Keiner (Hrsg.), Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD, a.a.O.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

127 *Kirchhoff-Hund* **Rollenbegriff und Interaktionsanalyse.** 300 S. DM 14,80
130 *Ruben* **Dialektik und Arbeit der Philosophie.** 280 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Friedrich HITZER, geb. 1935 in Ulm, Studium der Slawistik und Geschichte an der University of Oklahoma, der Universität München und der Lomonossow-Universität Moskau, Chefredakteur des „Kürbiskern", zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Joachim EISBACH,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln. • • • *Horst J. ANDEL,* geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976), Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976), Die Araber – Europas Nachbarn (Frankfurt 1978). • • • *Dr. jur. Peter O. CHOTJEWITZ,* geb. 1934 in Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt (1977) erschien: „Der dreißigjährige Friede". • • • *Bernt ENGELMANN,* geb. 1921 in Berlin, Schriftsteller, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Forschungsstudium „mediterrane Ökologie" in Marseille, z. Z. Doktorand in Münster. • • • *Stephen SALAFF,* Ph. D., geb. 1938 in New York, lebt in Toronto/Kanada, Mathematiker und Publizist; Veröffentlichungen über Fragen der Kernenergie und Querverbindungen zwischen der Kernenergieentwicklung in Nordamerika, Westeuropa und Japan. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wiss.Ass. am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Mostafa DANESCH,* 5 Köln 41, Berrenrather Str. 405, Tel. 46 41 86; Konto-Nr.: Dresdner Bank, Köln, Filiale Rudolfplatz, 3019925. • • • *Udo GELHAUSEN,* geb. 1953 in Burscheid, Studium der Volkswirtschaft in Köln. • • • *Albert SPITZNER,* geb. 1955 in Moers, Studium der Rechtswissenschaften in Köln. • • • *Rolf-Dieter VOGELER,* geb. 1949 in Magdeburg, Studium der Sozialwissenschaften in Stuttgart und Bremen, 1976 Abschluß als Diplom-Sozialwissenschaftler, promoviert z. Z. über Probleme der Wissenschaftssoziologie.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe ist eine Postkarte beigeheftet, auf der dem Verlag Adressen von potentiellen Interessenten für die „Blätter" mitgeteilt werden können. Wir danken allen Lesern, die sich an dieser Aktion beteiligen, im voraus für ihre Bemühungen. D. Red.

Der Beitrag von Jo Rodejohann, Militärische Aspekte der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe (ERW), in Heft 8/1978 der „Blätter" enthält auf S. 931 zwei bedauerliche Druckfehler. In der Tabelle ist die Benennung der ersten beiden Spalten vertauscht worden; die erste Spalte bezieht sich auf Kernspaltungswaffen von 1 kt, die zweite Spalte auf solche von 10 kt. Ebenfalls auf S. 931 muß es in der siebten Zeile kt statt kg heißen. Wir bitten um Entschuldigung. D. Red.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Dreiundzwanzigster Jahrgang · Heft 9/1978

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats August 1978

1. 8. – USA / Türkei. Mit knapper Mehrheit (208 gegen 205 Stimmen) billigt das amerikanische Repräsentantenhaus die von Präsident Carter gewünschte Aufhebung des im Februar 1975 gegen die Türkei verhängten Waffenembargos; der Senat hatte am 25. 7. mit 57 gegen 42 Stimmen einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen ist an Bedingungen geknüpft, die sich auf die Politik der Türkei gegenüber Zypern beziehen. – Am 11. 8. deutet Ministerpräsident Ecevit die türkische Bereitschaft an, mit den USA über eine Wiedereröffnung ihrer militärischen Beobachtungsstützpunkte auf türkischem Territorium zu verhandeln.

6. 8. – Naher Osten. Der amerikanische Außenminister Vance bemüht sich in Jerusalem um die Wiederaufnahme der direkten Kontakte zwischen Israel und Ägypten. Vance verhandelt zunächst mit Premierminister Begin und reist anschließend zu Gesprächen mit Präsident Sadat nach Alexandria. Später wird bekannt, Vance habe Begin und Sadat Einladungen Präsident Carters zu einer „Gipfelkonferenz" in Camp David für Anfang September 1978 übermittelt. – Am 10. 8. heißt es in einem Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, der amerikanische Präsident versuche, die Genfer Nahostkonferenz zu „sabotieren" und einen Separatvertrag zwischen Israel und Ägypten zu erreichen.

7. 8. – Baden-Württemberg. Ministerpräsident Hans Karl Filbinger kündigt seinen Rücktritt an, läßt aber gleichzeitig mitteilen, er werde seine Ämter als Landesvorsitzender und als stellvertretender Parteivorsitzender der CDU nicht aufgeben. Filbinger zieht damit die Konsequenzen aus den öffentlichen Diskussionen über seine Tätigkeit als Marinerichter in der NS-Zeit. – Am 16. 8. nominiert die CDU-Fraktion mit 42 Stimmen den bisherigen Innenminister Lothar Späth für das Amt des Ministerpräsidenten; 27 Stimmen werden für den Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel abgegeben. Späth wird am 30. 8. mit 69 von 121 Stimmen vom Landtag gewählt.

– Honduras. Der „Oberste Rat" der Streitkräfte veranlaßt den durch einen Staatsstreich im April 1975 zur Macht gekommenen Präsidenten Brigadegeneral Juan Alberto Melgar Castro zum Rücktritt. Die Nachfolge übernimmt eine Militärjunta unter Vorsitz von Brigadegeneral Policarpo Juan Paz Garcia, Chef der Streitkräfte und Oberbefehlshaber des Heeres.

8. 8. – Abrüstung. Der britische Vertreter auf der Genfer Abrüstungskonferenz legt einen gemeinsamen Bericht Großbritanniens, der USA und der UdSSR vor, in dem auf „wesentliche Fortschritte" bei den Verhandlungen über das vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642) hingewiesen wird. Man sei übereingekommen, vom Meinungsaustausch zur Formulierung konkreter Vertragsbestimmungen überzugehen. Der internationale Austausch seismographischer Daten werde eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Einhaltung eines entsprechenden Vertrages spielen. – Am 31. 8. stellt die „Konferenz des Abrüstungsausschusses" (Conference of the Committee on Disarmament/CCD) mit der 805. Plenarsitzung die Arbeit ein. Das Verhandlungsgremium, das seit dem 14. März 1962 (vgl. „Blätter", 4/1962, S. 243) unter verschiedenen Bezeichnungen und in wechselnder Zusammensetzung in Genf tagt, soll nach einem Beschluß der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen vom Juni d. J. (vgl. „Blätter", 7/1978, S. 771) durch einen neuen Ausschuß mit erweiterter Mitgliederzahl ersetzt werden.

9. 8. – Portugal. Präsident Eanes ernennt Alfredo Nobre da Costa (parteilos) zum neuen Ministerpräsidenten (vgl. „Blätter", 8/1978, S. 899). Das aus 16 Mitgliedern bestehende neue Kabinett, dem keine Vertreter von Parteien angehören, wird am 29. 8. vereidigt. Das Außenministerium übernimmt Correia Gago. Die Minister für Verteidigung, Inneres sowie der Staatssekretär für Information sind Militärs.

11. 8. – Iran. Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über die Stadt Isfahan versucht die Armee, regierungsfeindliche Demonstrationen zu unterdrücken. Der Militärgouverneur macht „islamische Marxisten" für die Aktionen verantwortlich. Das Kriegsrecht wird am 13. 8. auf die Städte Najaf-Abad, Homayunschahr und Scharesa ausgedehnt, das Militär in der Hauptstadt Teheran wird verstärkt und in Alarmbereitschaft versetzt. Die Regierung ordnet eine Nachrichtensperre an. – Am 27. 6. nimmt der Schah den Rücktritt von Ministerpräsident Amouzegar entgegen und beauftragt den früheren Ministerpräsidenten und Senatspräsidenten Scherif Emami mit der Umbildung der Regierung.

12. 8. – China/Japan. In Anwesenheit des Parteivorsitzenden Hua Kuo-feng unterzeichnen die Außenminister Huang Hua (China) und Sunao Sonoda (Japan) einen „Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen der Volksrepublik China und Japan". In Artikel II erklären die vertragschließenden Parteien, daß „keine von ihnen Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum oder in irgendeiner anderen Region anstreben wird und daß beide sich gegen die Bestrebungen irgendeines anderen Landes oder anderer Staatengruppen, eine derartige Hegemonie zu errichten, wenden werden". Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS kritisiert noch am gleichen Tage in einem Kommentar die Einbeziehung „der berüchtigten Klausel über das Auftreten gegen ‚Hegemonie' in dem Text des Vertrages". Der Inhalt dieser Klausel richte sich „gegen die Sowjetunion, worauf die Pekinger Führung in ihren Erklärungen selbst offen verwiesen" habe.

14.–26. 8. – UNO. Einberufen von den Vereinten Nationen findet in Genf eine „Weltkonferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung" statt, um Entwürfe für eine Deklaration und ein Aktionsprogramm zu erörtern und zu verabschieden und um die Einhaltung der Konventionen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1964) und die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (1973) zu prüfen. Vertreten sind 123 Staaten, die Eröffnungsrede hält UN-Generalsekretär Waldheim. Der Abstimmung über die einzelnen Teile der Schlußdokumente, in denen u. a. die „sich verstärkenden Be-

ziehungen" zwischen dem „zionistischen Staat Israel" und dem „rassistischen Regime Südafrikas" verurteilt werden, bleiben die neun EG-Länder (darunter die Bundesrepublik), Australien, Neuseeland, Norwegen, Kanada, verschiedene Staaten Zentralafrikas und des Nahen Ostens sowie die Republik Korea und Albanien fern; die USA und Israel hatten an der Konferenz nicht teilgenommen. Gegenstimmen werden von der Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland und San Marino abgegeben.

16. 8. – China. Zu einem ersten Besuch als Parteivorsitzender und Ministerpräsident kommt Hua Kuo-feng nach Europa. Hua, der von zwei Politbüromitgliedern sowie Außenminister Huang Hua begleitet wird, hält sich zunächst in Rumänien auf, wo er mit Präsident Ceausescu zusammentrifft. Auf Einladung von Präsident Tito reist Hua am 21. 8. nach Jugoslawien. Aus Belgrad verlautet, der chinesische Parteivorsitzende plane für 1979 Besuche der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Schwedens. – Am 29. 8. trifft Hua zu Gesprächen mit Schah Reza Pahlewi in Teheran ein.

19.–21. 8. – Zaire/Angola. Die Präsidenten Neto (Angola) und Mobutu (Zaire) treffen in Kinshasa zusammen, um über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verhandeln (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642 f.). Es wird vereinbart, unter Aufsicht der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Kontrollkommissionen zur Überwachung der Sicherheit an der gemeinsamen Grenze zu bilden. Neto lädt Mobutu zu einem Gegenbesuch nach Angola ein.

22. 8. – Kenia. Mit dem Tode von Präsident Jomo Kenyatta, des ersten Präsidenten seit der Unabhängigkeit im Jahre 1964, übernimmt das Amt der bisherige Vizepräsident Daniel Arap Moi. Innerhalb von drei Monaten sollen Neuwahlen stattfinden.

23. 8. – Nicaragua. Eine Gruppe von 20 Angehörigen der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront besetzt den Nationalpalast von Managua und nimmt eine Anzahl von Abgeordneten und Beamten als Geiseln. Die Forderungen der Gruppe, u. a. die Freilassung von politischen Gefangenen und freie Ausreise, werden am 24. 8. von der Regierung weitgehend erfüllt. Drei katholische Bischöfe treten als Vermittler auf. Die Mitglieder der Befreiungsfront und die Freigelassenen werden nach Venezuela ausgeflogen. – Am 26. 8. beginnt mit Unterstützung der Handelskammer ein Generalstreik, mit dem 16 oppositionelle Organisationen den Rücktritt von Präsident Anastasio Somoza fordern, dessen Familie das Land seit Jahrzehnten regiert. Es kommt zu Kämpfen zwischen Gegnern der Regierung und Einheiten der Nationalgarde, deren Einsatz der Präsident verfügt, um einen Rücktritt abzuwenden.

26. 8. – Vatikan. Zum Nachfolger des am 6. 8. verstorbenen Papst Paul VI. wählt das Kardinalskollegium in Rom den Patriarchen von Venedig, Kardinal Albino Luciani. Die Wahl erfolgt schon am zweiten Tage des Konklaves. Das neue Oberhaupt der katholischen Kirche nimmt als 263. Papst den Namen Johannes Paul I. an.

– Weltraum. Mit dem Raumschiff Sojus 31 startet erstmalig ein Kosmonaut aus der DDR in den Weltraum, Sigmund Jähn, Oberstleutnant der Nationalen Volksarmee. In den vergangenen Monaten hatte schon ein tschechoslowakischer und ein polnischer Kosmonaut an Raumflügen im Rahmen des Programms „Interkosmos" teilgenommen.

30. 8. – Dänemark. Die Sozialdemokratische Partei geht eine Koalition mit den rechtsstehenden Liberalen (Liberale Venstre) ein, um die parlamentarische Basis der Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Jörgensen zu erweitern (zur Regierungsbildung nach den Wahlen vom Februar 1977 vgl. „Blätter", 3/1977, S. 261). Dem neuen Kabinett, das sich im Folketing auf 88 von 179 Sitzen stützen kann, gehören zwölf Vertreter der Sozialdemokraten und sieben der Liberalen an. Das Außenministerium wird von Henning Christophersen, dem Vorsitzenden der Liberalen geleitet.

31. 8. – Island. Zehn Wochen nach den Wahlen zum Allthing (25. Juni 1978) einigen sich Vertreter der Fortschrittspartei, der Sozialdemokraten und der Volksallianz (Kommunisten) auf die Bildung einer Koalition. Im Parlament verfügen die Fortschrittspartei über 10, Sozialdemokratische Partei und Volksallianz über je 14 Sitze gegenüber 21 Sitzen der Unabhängigkeitspartei. Jede der drei Parteien stellt drei Minister. Ministerpräsident wird Olafur Johannesson (Fortschrittspartei), Außenminister Benedikt Gröndal (Sozialdemokrat).

Entschließungen des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik

(Wortlaut)

Am Antikriegstag, dem 1. September, ist in diesem Jahr in einer ganzen Reihe von Veranstaltungen gewerkschaftlicher Organisationen, vor allem der Gewerkschaftsjugend, ein verstärktes gewerkschaftliches Engagement für Entspannung und Abrüstung sichtbar geworden. Den „traditionellen Antikriegstag . . . wieder zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik zu machen", hat der 11. ordentliche DGB-Bundeskongreß beschlossen, der vom 21. bis 27. Mai dieses Jahres in Hamburg stattfand. Im folgenden dokumentieren wir alle Entschließungen des DGB-Kongresses zur Entspannungs- und Abrüstungsproblematik. D. Red.

Entschließung zur Entspannung, Abrüstung und zum Frieden in der Welt

Antrag 64, DGB-Bundesvorstand, ergänzt auf Empfehlung der Antragsberatungskommission um die 6 letzten Absätze

Noch immer ist die Welt in Interessen- und Einflußsphären aufgespalten. Die damit verbundenen Gegensätze bedrohten auch weiter Frieden und Sicherheit. Um so mehr stellt der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Befriedigung fest, daß, nachdem lange Zeit der „Kalte Krieg" den politischen und gesellschaftlichen Geist in Europa und in der Welt bestimmt hat, heute in Europa eine wachsende Bereitschaft zur Entspannung und Entkrampfung zu erkennen ist.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 in Helsinki war hierbei ein Schritt in die richtige Richtung.

Entspannung kann sich nicht auf gute Kontakte der verantwortlichen Politiker und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Regierungen beschränken, sondern muß die Menschen einbeziehen und sie durch Freizügigkeit und freien Fluß der Informationen zueinander führen.

Die umfassende Sicherung des Friedens ist ein zentrales Anliegen der freien und demokratischen Gewerkschaften. Sie muß so auch das vorrangige Ziel internationaler Politik sein.

Selbst lokale Krisenherde bergen heute in sich die Gefahr einer weltweiten Katastrophe. Nur wenn es gelingt, den Frieden sicherer zu machen, wird es Sicherheit in unserer Welt geben. Darum unterstützt der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes den systematischen Ausbau einer weitumspannenden Konfliktforschung und Friedensplanung zur frühzeitigen Erkennung und Abwendung von Spannungen.

Der unvermindert anhaltende Rüstungswettlauf beider Großmächte bedeutet eine ernste Bedrohung des Weltfriedens. Durch die umfangreichen Rüstungsausgaben werden Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der ganzen Welt dringend erforderlich sind. Der DGB-Bundeskongreß appelliert an die Bundesregierung, alle Bemühungen um eine weltweite kontrollierte Abrüstung zu unterstützen.

In der Überzeugung, daß weltweite kontrollierte Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit den sehnlichsten Wünschen aller Menschen und Völker in West und Ost und Nord und Süd und ihren Anliegen nach einem dauerhaften Weltfrieden entsprechen, erwartet der 11. Ordentliche

Bundeskongreß des DGB von allen Regierungen in der Welt eine Politik, in der diese Bestrebungen voll anerkannt und berücksichtigt werden.

Der DGB-Bundeskongreß stellt daher fest, daß der begonnene Weg zur politischen Entspannung fortgesetzt und durch die militärische Entspannung, d. h. durch Initiativen zur gleichgewichtigen Abrüstung erweitert werden muß. Friedenssicherung und weltweite Abrüstung sind elementare politische Schritte im Interesse der arbeitenden Menschen und zur Sicherung von Frieden, Demokratie und Fortschritt in allen Ländern.

Der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert darum:
- sofortige Einstellung des Wettrüstens
- keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern
- sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte *in Ost und West*
- einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei allen derzeit aktuellen Rüstungsverhandlungen

Alle Gewerkschaftsgliederungen sind aufgerufen, den traditionellen Anti-Kriegstag auf der Grundlage und mit der Zielsetzung dieses Antrags durch geeignete Veranstaltungen und Aktivitäten wieder zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik zu machen.

Die folgenden Anträge 65–67 wurden angenommen als Material zur „Entschließung zur Entspannung, Abrüstung und zum Frieden in der Welt". Antrag 68 gilt als durch die Annahme dieser Entschließung erledigt.

Antrag 65, Deutsche Postgewerkschaft

Der DGB-Kongreß fordert:

1. Eine konsequente Entspannungspolitik und Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), mit dem Ziel der Abrüstung in der ganzen Welt;

2. den weltweiten Verzicht auf neue Rüstungsobjekte;

3. die Senkung der Rüstungsausgaben entsprechend den Beschlüssen der Vereinten Nationen ab 1978 um jeweils 10 Prozent, um die freiwerdenden Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für soziale Aufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung (Bildungsreform, Rentenprobleme usw.) zu verwenden. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, für die Verwirklichung dieser Forderungen intensiv einzutreten.

Begründung

Die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Die militärischen Ausgaben betragen momentan insgesamt nahezu ein Drittel der Ausgaben des Bundes. Weitere Ausgabensteigerungen sind durch bereits beschlossene teuere Projekte (MRCA, Fregatten, Panzer usw.) vorprogrammiert. Begründet wird dies bei uns mit der angeblichen Unterlegenheit des Westens. Parallel dazu werden arbeitslose Lehrer, die in den Schulen fehlen, nicht eingestellt, Rentner belastet, Arbeitslosengelder gekürzt, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Ader gelassen, die Berufsbildungsreform ad acta gelegt, die staatliche Verschuldung vergrößert, öffentl. Dienstleistungen verteuert usw.

– Rüstungsausgaben werden aus von den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufgebrachten Steuermitteln finanziert und sind gesellschaftlich verlorene Gelder.

– Die Kräfte, die aus Gewinnsucht und Herrschaftsinteresse für die weitere Aufrüstung eintreten und für die beiden letzten Weltkriege verantwortlich waren, handeln gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung; Kapital, reaktionäre Gruppen und deren Parteigänger.

– Das immer weitere Vorantreiben des Rüstungskreislaufs und das dadurch entstehende Rüstungspotential erhält eine immer gefährlicher werdende Eigendynamik.

Dies gilt besonders dann, wenn man es auf dem Hintergrund der Verpflichtung von Bundeswehr und Rüstungsindustrie (ehemaliger General Steinhoff jetzt Vertreter der Flugzeugindustrie,

ehemaliger Staatssekretär Mann jetzt Vertreter des BDI, Kruppmanager Mommsen als ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium usw.) und dem Beispiel konservativen Geistes in der Bundeswehr sieht (siehe Spanienbesuch des Generalinspekteurs Hildebrandt zum 30. Jahrestag des Sieges des Faschismus, den Fall der beiden Luftwaffengenerale Krupinski und Franke, die relativ hohe Zahl von NPD-Mitgliedern unter den Berufssoldaten usw.).

– Es gibt realistische Abrüstungsangebote auf parallele Rüstungseinschränkung. Es gibt die KSZE-Vereinbarungen von Helsinki. Ein friedliches Nebeneinander von Ost und West ist möglich.

– Die Gefahr von außen wurde von jeher von den konservativen und reaktionären Kräften zur Ablenkung von gesellschaftlichen Problemen im Innern zur Begründung ihrer Ziele nach außen benutzt.

Antrag 66, IG Metall

Der 11. Ordentliche DGB-Bundeskongreß stellt mit Genugtuung fest, daß der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation und zum friedlichen Nebeneinanderleben der Völker der Welt weitere Fortschritte gemacht hat. Auf diesem Weg war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Meilenstein, der den Erwartungen der Gewerkschaftsbewegung entsprach. Obgleich die Schlußakte von Helsinki keinen rechtsverbindlichen Charakter hat, ist sie der umfassendste Kooperationsversuch zwischen Ost und West, den es seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa gegeben hat. Dies gilt von den drei Hauptbereichen der Schlußakte gleichermaßen, nämlich den Fragen der Sicherheit, der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft sowie in humanitären und anderen Bereichen.

Ausgehend von den Grundsätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, begrüßt der 11. Ordentliche DGB-Bundeskongreß die bisher erzielten Ergebnisse der KSZE. Er erwartet weitere Fortschritte von der Folgekonferenz in Belgrad und erinnert erneut daran, daß das Verbot der Herstellung, der Anwendung und der Weitergabe atomarer Waffen nach wie vor angestrebt werden muß. Dieses Ziel ist nur durch schrittweises Zusammenwirken aller Mächte, insbesondere der über nukleare Waffen verfügenden Länder, durch multilaterale Abkommen zu erreichen. Abrüstung und Entspannung kann nicht ohne oder gegen eines der großen weltpolitischen Lager erreicht werden.

Der 11. Ordentliche DGB-Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung, daß sie auch künftig alle Entspannungsmöglichkeiten ausschöpfen wird und daß sie mit der gebotenen Zähigkeit und Umsicht an den internationalen Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR) mitwirkt und sich gleichfalls für befriedigende Fortschritte des SALT-II-Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der strategischen Waffen einsetzt.

Die fortwährende Entwicklung immer neuer Waffen, die technologisch immer komplizierter und ökonomisch immer teuerer werden, gefährdet schon in Friedenszeiten das Leben zahlloser Menschen in Entwicklungsländern, weil die finanziellen Mittel den Regierungen der Entwicklungsländer fehlen für den Auf- und Ausbau von Wirtschaft und Gesellschaft; den Regierungen der Industrieländer fehlen sie für die notwendige Aufstockung der Entwicklungshilfe.

Der 11. Ordentliche DGB-Bundeskongreß bekräftigt erneut, daß die Aufrechterhaltung des Friedens absoluten Vorrang hat, trotz aller ideologischen und gesellschaftspolitischen Gegensätze in der Welt. Der Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, ist als Mittel der Politik untauglich. Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, deren Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit der Grenzen respektieren. Der Bundeskongreß ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle der Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik die Perspektive des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung keine Alternative hat. Er bekräftigt seine ablehnende Haltung gegenüber der Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. Er fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte der Bundesrepublik auf, von den beteiligten Regierungen zu verlangen, sich für die Sicherung des Friedens, der Entspannung und für Fortschritte bei den entsprechenden internationalen Verhandlungen einzusetzen.

Der 11. Bundeskongreß des DGB würde es begrüßen, wenn zu den Sitzungen einer vorbereitenden Studiengruppe des Auswärtigen Amtes zur Sonderkonferenz der Vereinten Nationen über Abrüstungsfragen auch ein Vertreter der deutschen Gewerkschaften hinzugezogen würde. Es wäre auch wünschenswert, wenn in die Delegation der Bundesrepublik Deutschland zur UNO-Sonderkonferenz für Abrüstungsfragen ein Vertreter der organisierten Arbeitnehmer mit aufgenommen werden könnte.

Antrag 67, DGB-Landesbezirk Bayern

Der 11. Ordentliche Bundeskongreß möge folgende Entschließung beschließen:

Der Bundeskongreß stellt mit Genugtuung fest, daß der Prozeß der Entspannung, der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation zwischen den Völkern der Welt weitere Fortschritte gemacht hat.

Sie begrüßt die bisher erzielten Ergebnisse der KSZE und erwartet weitere Fortschritte von der Folgekonferenz in Belgrad.

Sie erwartet von der Bundesregierung, daß sie auch künftig alle Entspannungsmöglichkeiten ausschöpft. Dazu gehören die Mitwirkung und eigene Initiativen bei den internationalen Verhandlungen über die beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung (MBFR). Dazu gehört auch, daß sich die Bundesregierung einsetzt für erkennbare Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zur Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II).

Die Konferenz bekräftigt die Auffassung des DGB, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt absoluten Vorrang hat. Der Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, ist als Mittel der Politik untauglich. Jede neue Drehung der Rüstungsspirale aber macht den Frieden nicht sicherer, sondern unsicherer. Die fortwährende Entwicklung immer neuer Waffen, die technologisch immer komplizierter und ökonomisch immer teurer werden, gefährdet darüber hinaus schon in Friedenszeiten das Leben zahlloser Menschen in Entwicklungsländern, weil die finanziellen Mittel für die Aufrüstung den Regierungen der Entwicklungsländer fehlen für den Auf- und Ausbau von Wirtschaft und Gesellschaft, den Regierungen der Industrieländer fehlen sie für die notwendige Aufstockung der Entwicklungshilfe.

Der Bundeskongreß verurteilt die jüngst angekündigte kostspielige Aufrüstungspolitik des Iran ebenso energisch, wie sie endlich eine spürbare Senkung der Rüstungsausgaben der militärischen Großmächte einschließlich der Bundesrepublik erwartet.

Sie verurteilt gleichermaßen den Kauf von Rüstungsgütern im Ausland und die allmähliche Lockerung der bisher praktizierten Politik der Rüstungsexportbeschränkung durch die Bundesregierung.

Die Delegierten verkennen dabei nicht die Probleme, die in diesem Zusammenhang zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen in solchen Betrieben oder Unternehmen entstehen, die zumindest zeitweise in erheblichem Maße auf Rüstungsaufträge angewiesen sind. Dieser Entwicklung ist entgegenzuwirken

– durch schrittweise Umstellung von militärischer auf zivile Produktion auf der Basis der vorhandenen hochentwickelten Technologien;

– durch staatliche Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Fertigung;

– durch eine langfristige Kapazitätsplanung für Forschung, Entwicklung und Produktion.

Da es in der Bundesrepublik nicht nur an Plänen, sondern schon an Forschungsergebnissen für eine solche Umstellung der Produktion von militärischen auf zivile Güter fehlt, ist eine verstärkte Förderung derartiger Forschungsvorhaben nötig.

Der Bundeskongreß beauftragt den Vertreter des DGB im Kuratorium der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, sich dort in diesem Sinne einzusetzen.

Der Bundeskongreß unterstützt die Forderung der internationalen Pugwash-Bewegung nach Schaffung von Abrüstungsämtern, die nicht nur die Verhandlungen über Rüstungsverminderungen erleichtern könnten, sondern auch helfen könnten, eventuelle negative wirtschaftliche Aus-

wirkungen in den einzelnen Ländern durch rechtzeitige Umstellungsplanung zu reduzieren oder ganz zu vermeiden.

Der Bundeskongreß appelliert an die Bundesregierung und die Fraktionen des Bundestages, insbesondere an die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten, in der Bundesrepublik ein Abrüstungsamt zu schaffen, das beim Bundeskanzleramt die Verbindung von Forschung, Verhandlungsvorbereitung und Verhandlungsführung für die Bereiche Rüstungskontrolle und Abrüstung, Rüstungsexporte und Arbeitsmarktprobleme gewährleistet. Durch die enge Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik sollte das Abrüstungsamt beim Bundeskanzleramt für jeden Abrüstungsschritt die innenpolitischen und vor allem beschäftigungspolitischen Folgeprobleme erörtern, konkrete Umstellungspläne für die betroffenen Branchen und Regionen und Wiedereingliederungs- bzw. Umschulungskonzepte für die betroffenen Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie und bei der Bundeswehr entwickeln.

Durch die Schaffung eines Abrüstungsamtes beim Bundeskanzleramt würde ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, daß die Sorge um die Sicherung der Arbeitsplätze nicht zur Gefährdung übergeordneter politischer Zielsetzungen wie der Entspannungs-, Abrüstungs- und Friedenspolitik führt.

Mit der Schaffung eines deutschen Abrüstungsamtes und mit einer verstärkten Förderung von Projekten zur Umstellungsplanung könnten günstige Voraussetzungen für echte Schritte zur Truppenreduzierung und Rüstungsverminderung eingeleitet werden. Diese Maßnahmen können nach Ansicht der Konferenz einseitig ergriffen werden. Sie würden die äußere Sicherheit der Bundesrepublik nicht beeinträchtigen und wichtige Voraussetzungen für eine zweite Phase der Entspannungspolitik schaffen, die von der politischen Entspannung zur militärischen voranschreiten sollte. Durch beide Entscheidungen könnte auch ein konkreter deutscher Beitrag für die im Mai/Juni 1978 stattfindende Sonderkonferenz der Vereinten Nationen über Abrüstungsfragen geleistet werden.

Die Konferenz würde es begrüßen, wenn zu den Sitzungen einer vorbereitenden Studiengruppe des Auswärtigen Amtes auch ein Vertreter der deutschen Gewerkschaften hinzugezogen würde. Es wäre auch wünschenswert, wenn in die Delegation der Bundesrepublik Deutschland zur UNO-Sonderkonferenz für Abrüstungsfragen ein Vertreter der organisierten Arbeitnehmer mit aufgenommen werden könnte.

Antrag 68, IG Druck und Papier

Die Delegierten des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses begrüßen die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als einen Schritt auf dem Wege zum friedlichen Zusammenleben der Völker in Europa. Sie sind aber der Ansicht, daß die Verhandlungsergebnisse nicht nur auf dem Papier stehenbleiben sollen. Sie begrüßen darum, daß es wieder zu Gesprächen zwischen den Spitzengremien des DGB und des FDGB gekommen ist. Nunmehr muß der politischen Entspannung die militärische folgen. Vor allem gilt das für die Rüstungsausgaben. Wir fordern daher eine allgemeine, kontrollierte, weltweite Abrüstung. Auch in der Bundesrepublik könnten damit die von den Gewerkschaften geforderten sozialen Reformen schneller realisiert werden.

Entschließung zur Neutronenbombe

Die Bundesregierung ist aufzufordern, Schritte einzuleiten, um ein völkerrechtliches Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen.

Begründung

Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik ist beunruhigt über die öffentliche Diskussion um die Neutronenbombe.

Diese Bombe, die auf die Vernichtung von Menschen spezialisiert ist, verstößt gegen das elementarste Menschenrechte: das Recht auf Leben und Frieden.

Wir wenden uns daher gegen diese Pläne einer Serienproduktion neuer nuklearer Waffen, die neue Hindernisse gegen alle Abrüstungsbemühungen auftürmen.

In jedem Fall ist unmißverständlich gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß die Lagerung dieser Waffen in der Bundesrepublik abgelehnt wird.

Der von offizieller Seite bereits begonnenen Verharmlosung dieses Waffensystems ist energisch entgegenzutreten.

Diese als Antrag 69 vom DGB-Landesbezirk Hessen eingebrachte Entschließung wurde angenommen, die nachstehenden Anträge 70 und 71 als Material angenommen bzw. als erledigt erklärt.

Antrag 70, Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Die Delegierten des 11. Ordentlichen Bundeskongresses mögen beschließen:

Der DGB-Bundeskongreß fordert in aller Eindringlichkeit sowohl die Bundesregierung als auch den Bundestag auf, sich gegen die Stationierung der sogenannten Neutronenbombe auf dem Gebiete der Bundesrepublik zu wehren und die Einbeziehung dieses furchtbaren Waffensystems in die Militärstrategie der atomaren Abschreckung konsequent zu ächten. Statt den Einsatz dieses Waffensystems in Erwägung zu ziehen, sollten die Anstrengungen zur Durchsetzung einer gleichgewichtigen Abrüstung verstärkt werden.

Das bisherige Wettrüsten hat gezeigt, daß auf die Einführung eines neuen Waffensystems immer sehr schnell mit einem Gegensystem geantwortet wird. Dieses Wettrennen um optimale Vernichtungswaffen gefährdet und demokralisiert in erschreckendem Maße die davon betroffenen Völker, behindert eine sozial verantwortliche Wirtschaftspolitik in den führenden Militärstaaten der Welt und erhöht ständig das Risiko eines dritten Weltkriegs. Die für die Neutronenbombe vorgebrachte Rechtfertigung, es würden nunmehr die Städte und Gebäude, d. h. alle Sachwerte, nahezu unbeschädigt bleiben, kann angesichts ihres entsetzlichen Tötungspotentials nicht als sozusagen saubere Lösung verstanden werden, sondern muß mit aller Schärfe als „Perversion des Denkens" (Egon Bahr) gebrandmarkt werden.

Antrag 71, DGB Landesbezirk Berlin

Der 11. Ordentliche DGB-Bundeskongreß möge beschließen:

Die Delegierten des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses verurteilen den Bau von Neutronenwaffen und fordern „Stopp mit dem Wettrüsten".

Die Neutronenwaffe ist eine Angriffswaffe mit verheerender Wirkung. Sie ist speziell dazu entwickelt worden, um massenhaft Leben zu zerstören. Dagegen schont sie Sachwerte – wie industrielle Anlagen, Häuser und Straßen –. Diese Waffe wurde von Egon Bahr als ein „Symbol der Perversion des Denkens" bezeichnet. Selbst der Leiter der nuklearen NATO-Planungsgruppe, General a. D. Johannes Steinhoff, mahnt: „Die Neutronenwaffe gehört nicht aufs Gefechtsfeld, eine Verkleinerung der Atomwaffen verführt zu ihrem Einsatz. Mit der Einführung der Neutronenbombe erreicht das Rüstungswettrennen die nächste Spirale."

Ein solcher Schritt würde also das Wettrüsten weiter anheizen und neue Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschwören. Den Frieden zu sichern, ist Aufgabe eines jeden Gewerkschafters. Dazu heißt es im Grundsatzprogramm des DGB:

„Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden. Die Gewerkschaften fordern die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungswaffen, Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung."

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, sich gegen die Neutronenwaffe und das Wettrüsten, für Abrüstung und soziale Sicherheit auszusprechen und die Arbeitnehmerschaft zum Protest gegen die Neutronenwaffe aufzurufen.

Antrag 72, DGB-Bundesjugendausschuß

Dieser Antrag wurde erledigt durch Annahme von Antrag 64 in der von der Antragsberatungskommission empfohlenen Fassung und durch Annahme von Antrag 69.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die gleichgewichtige umfassende Abrüstung in allen Ländern und Militärblöcken der Welt.

Direkte und indirekte Ausgaben der Staaten für die Rüstung schaffen für die Menschen und besonders für die Arbeitnehmer immer mehr soziale Ungerechtigkeiten. Werte in Milliardenhöhe werden verschwendet, um eine riesige Vernichtungsmaschinerie aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Eine Vernichtungsmaschinerie,
- die Inflation beschleunigt,
- die Staatshaushalte immer mehr belastet,
- die soziale und demokratische Reformen erschwert oder gar verhindert,
- die Bildungschancen verringert, statt sie auszubauen,
- die Steuergelder vergeudet, statt Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen,
- die reaktionäre Tendenzen aus der Zeit des Kalten Krieges wieder aufleben läßt.

Der DGB-Bundeskongreß stellt daher fest, daß der begonnene Weg zur politischen Entspannung fortgesetzt und durch die militärische Entspannung, d. h. durch Initiativen zur gleichgewichtigen Abrüstung, erweitert werden muß. Friedenssicherung und weltweite Abrüstung sind elementare politische Schritte im Interesse der arbeitenden Menschen und zur Sicherung von Frieden, Demokratie und Fortschritt in allen Ländern.

Der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert darum:

- sofortige Einstellung des Wettrüstens
- keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern
- sofortigen Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte
- einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei allen derzeitig aktuellen Rüstungsverhandlungen.

Die Delegierten fordern Bundesregierung und Bundestag auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Bau der Neutronenbombe zu verhindern. Sie verurteilen die Perversion menschlichen Denkens, die in der zweifelhaften Moral führender Militärs der NATO, welche sich für den Bau der Neutronenbombe einsetzen, zutage tritt. Ein Waffensystem, das „nur" Menschen tötet und Produktionsstätten verschont, ist unmenschlich und muß weltweit geächtet werden.

Der 11. Ordentliche DGB-Bundeskongreß fordert den DGB-Bundesvorstand und alle Mitglieder und Funktionäre auf, sich

- tatkräftig für die Einstellung des Wettrüstens in aller Welt einzusetzen,
- dafür einzutreten, daß der Rüstungsetat der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird,
- die Rüstungsausgaben entsprechend den Beschlüssen der Vereinten Nationen ab 1978 um jeweils 10 Prozent senken und diese Mittel für wirtschaftliche und soziale Aufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung (Bildungsreform, System der sozialen Sicherung usw.) zu verwenden.

Alle Gewerkschaftsgliederungen sind aufgerufen, den traditionellen Antikriegstag auf der Grundlage und mit der Zielsetzung dieses Antrages durch geeignete Veranstaltungen und Aktivitäten wieder zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik zu machen.

„Das Grüne Manifest" – Programm der Partei „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) vom 13. Juli 1978

(Wortlaut)

1. Unsere Politik ist verantwortlich gegenüber Kindern, Enkeln und künftigen Generationen. Für ihr und unser Überleben ist die Bewahrung der ökologischen Grundlagen alles Lebens – Luft, Wasser, Boden, Pflanzen- und Tierwelt – Voraussetzung.

2. Das derzeitige ökonomische System der Menschen in den Industrieländern zerstört diese Voraussetzungen mit der Folge der Selbstvernichtung. Darum muß die Ökonomie in Übereinstimmung mit den Naturgesetzen gebracht und in sich selbst zu einer Wirtschaft des dynamischen Gleichgewichts ausgestaltet werden.

3. Es ist ein Irrtum, daß die jetzige materialistische Verschwendungswirtschaft noch das Glück und die Lebenserfüllung der Menschen fördere. Der Mensch wird in diesem materialistischen Frondienst immer gehetzter und unfreier, je länger er dem Götzen dient, den man fälschlich „wirtschaftliches Wachstum" nennt.

4. Die unhaltbare Wachstums-Ideologie ist bereits im Begriff, weltweit zusammenzubrechen. Die jetzigen Versuche, weiteres „wirtschaftliches Wachstum" zu erzwingen, werden die Krise verschärfen und um so eher in eine noch größere Katastrophe münden.

5. Die wahrheitsgemäße Aufklärung muß an die Stelle der haltlosen Versprechungen treten, die das materielle Anspruchsdenken immer höher treiben, welches auf einer begrenzten und überfüllten Erde nicht mehr erfüllt werden kann. Es kann nicht mehr angehen, jeder Bevölkerungsgruppe reihum das Meiste zu versprechen, sondern allen – besonders den schwachen Gruppen – das Mindeste auf Dauer zu sichern.

6. Nur in einer Gleichgewichtswirtschaft können Preise und Löhne stabil gehalten und damit sozial gerechte Verhältnisse geschaffen werden; denn die Inflation trifft die Schwächsten. Sie verhindert die dauerhafte Sicherung der Renten und die Steuergerechtigkeit.

7. Unser Ziel ist es, allen Menschen ein sinnerfülltes Leben zu ermöglichen. Die Erfüllung findet jeder Einzelne vorwiegend in seinen geistig-seelischen, kulturellen und religiösen Erlebnissen sowie in den sozialen Bindungen seiner Familie, der Wohn- und Arbeitsgemeinschaft innerhalb seines Heimatlandes. Gegenseitiges Vertrauen und Helfen muß die ökonomische Rücksichtslosigkeit ablösen. Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen.

8. Alles muß einfacher werden: der Mensch, die Verwaltung, die Technik, der Verkehr. Nur dann bekommen wir wieder mehr Freiheit, weniger Konsumzwang und Leistungsterror, damit auch weniger Streß, Neurosen und andere Leiden.

9. Das Leben beginnt in der Familie. Den Müttern als dem wichtigsten Stand des Volkes muß mehr Anerkennung und Gerechtigkeit zuteil werden. Den Frauen stehen überall die gleichen Rechte zu wie den Männern, besonders das Recht auf gleichen Lohn für die gleiche Arbeit.

10. Die Bildungspolitik muß davon ausgehen, daß der junge Mensch verschiedene Entwicklungsstadien durchläuft und auch unterschiedliche Begabungen und Möglichkeiten mitbringt. Eine echte Lebens-Schule muß dieser Verschiedenheit gerecht werden.

11. Im gesamten Bildungssystem muß der verantwortliche Umgang mit der Umwelt gepflegt und gelehrt sowie zu solidarischem Handeln erzogen werden. Das Ziel ist eine angstfreie und selbständige Persönlichkeit. Mammutschulen sollten abgebaut und private Ausbildungsstätten gefördert werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre muß garantiert sein, ohne daß sich beide der gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

12. Ein jeder Mensch hat Anspruch auf eine sinnvolle Tätigkeit. Die derzeitige rationalisierte Massenproduktion verschwendet Energien und Rohstoffe und macht immer mehr Menschen überflüssig. Nur durch Dezentralisation und Förderung der handwerklichen Berufe bekommen wir dauerhafte Arbeitsplätze, Lehrstellen und einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb.

13. Künftig werden die weltweit knapper und teurer werdenden Grundstoffe deren höchst sparsamen Einsatz erzwingen. Menschen werden Arbeit haben, weil langlebige Qualitätsprodukte und deren Reparatur, die Wiederverwendung, der Umweltschutz aller Art und soziale Dienstleistungen arbeitsintensiv sind.

14. In unserem Energie- und Wirtschaftskonzept ist die Atomenergie überflüssig. Die Nutzung der natürlichen regenerierbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser (auch Gezeiten) sowie die Wärme-Kraft-Koppelung sind zu fördern – ebenso der sparsame Einsatz von Energie durch entsprechende Preisgestaltung.

15. Neue technische Projekte sind vor ihrem Beginn daraufhin zu überprüfen, ob der Aufwand an Rohstoffen und Energie sowie die unvermeidlichen Umweltschäden noch in einem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen für den Menschen stehen. Die Werbung für unnötige oder gesundheitsschädliche Artikel ist einzustellen. Wahrheitsgemäße Informationen über Wirkung und Inhalt zu verkaufender Waren sind vorzuschreiben.

16. Die Entwicklung neuer Technologien mit dem Ziel langlebiger, wiederverwendungsfähiger Gebrauchsgüter unter sparsamer Verwendung von Energie und Rohstoffen wird nicht nur die internationale Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft verringern. Damit werden auch neue zukunftsträchtige Exportchancen geschaffen; denn nur solche „Kreislauftechnologien" können das Überleben der Menschen in aller Welt sichern.

17. Die Landwirtschaft hat die lebenswichtige Aufgabe, uns mit gesunden Lebensmitteln weitestgehend aus dem eigenen Land zu versorgen. Die Entwicklung naturnaher und giftfreier Produktionsweisen sowie biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel ist zu fördern. Landwirtschaftliche Neben- und Zuerwerbsbetriebe sind zu erhalten; sie erhöhen die wirtschaftliche Sicherheit in Zeiten des Arbeitsplatzmangels.

18. Die Landschaft und der fruchtbare Boden, auf dem die Sonnenenergie über Jahrtausende unschätzbare Werte hervorbringt, sind zu bewahren. Neue Industriebetriebe sind in der Regel nur auf aufgegebenen bebauten Flächen zu errichten.

19. Der Wasservorrat unterliegt im Bereich der Bundesrepublik einer besorgniserregenden Verschlechterung. Eine vorsorgliche Wasserwirtschaft erfordert den umgehenden Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer vor Verunreinigungen und Entnahmen, die über der örtlichen Ergiebigkeit liegen.

20. Wir fordern die Beendigung der Stadt und Land fressenden Straßen-Neubauten, die nicht mehr nötig sind, sondern die verkehrstechnische Verbesserung bestehender Straßen, den Bau von Rad- und Fußwegen und damit der Sicherheit von Leib und Leben. Nötig ist der Ausbau des energiesparenden öffentlichen Verkehrsnetzes, besonders der Bundesbahn.

21. Städte- und Wohnungsbau haben die Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen zu fördern, indem überschaubare Lebensbereiche geschaffen werden. Die Innenstädte müssen wieder bewohnbar werden. Die Zersiedelung der Landschaft, insbesondere das unorganische Auswuchern der Großstädte, ist zu unterbinden.

22. Die zentralistische und bürgerfeindliche Gebietsreform ist auf ihr sinnvolles Maß zurückzufahren. Die Verwaltung muß so überschaubar und bürgernah organisiert werden, daß die Betroffenen und die Bürgerinitiativen bei allen Planungen und Entscheidungen mitwirken können.

23. Die enge Verflechtung von Wirtschaft, Parteien und Behörden muß aufgelöst werden, damit die ökologischen Erfordernisse gegen die wirtschaftlichen Interessen durchgesetzt werden können. Parlamentarier und Staatsbeamte dürfen keine Aufsichtsratsmandate, Beraterverträge oder ähnliche Verpflichtungen in der Wirtschaft und Verwaltung übernehmen.

24. Ein jeder Bürger ist vor Gewalttaten aller Art zu schützen, besonders Frauen und Kinder. Andererseits müssen die Freiheiten des demokratischen Rechtsstaates aufrecht erhalten werden, so besonders das Recht zur gewaltlosen Demonstration.

25. Durch eine Reform ist das Steuersystem so zu gestalten, daß es für Steuerzahler, -berater und -beamte verständlich wird. Die Steuergerechtigkeit muß dabei in wesentlichen Punkten verbessert werden.

26. Außenpolitisch sind wir für eine Politik der Partnerschaft und des friedlichen Zusammenlebens mit allen Völkern, auch mit denen des Ostblocks.

27. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht für alle Menschen und Völker, so auch für alle Deutschen.

28. Wir haben die moralische Pflicht, den armen Völkern zu helfen, besonders bei der Stabilisierung ihrer Bevölkerung. Partnerschaftliche Hilfe kann nicht im Export umweltzerstörender Industrien bestehen, sondern in der Lieferung angepaßter handwerklicher und mittlerer Technologien.

29. Weitere atomare Zerstörungswaffen, besonders die lebensvernichtende Neutronenwaffe, lehnen wir ab. Unser Ziel ist eine atomwaffenfreie Zone in Europa und eine schrittweise Abrüstung aller Mächte.

Wir sind für einen Ausbau der europäischen Gemeinschaft, wenn diese auf ökologischer Grundlage unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Zukunftssicherung erfolgt.

Konvention über das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt

(Wortlaut)

Am 18. Mai 1977 wurde im Genfer Palais des Nations die Konvention über das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt unterzeichnet. Die Signatare sind 34 UNO-Staaten. D. Red.

Die Teilnehmer der vorliegenden Konvention haben, ausgehend von den Interessen der Festigung des Friedens und in dem Wunsch, zur Einstellung des Wettrüstens und zur Erreichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle sowie zur Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines Einsatzes neuer Kriegführungsmittel beizutragen;

von der Entschlossenheit erfüllt, die Verhandlungen fortzusetzen, um einen wirksamen Fortschritt in Richtung weiterer Abrüstungsmaßnahmen zu erreichen;

in Anerkennung dessen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt Neues auf dem Gebiet der Einwirkung auf die Umwelt bieten kann;

mit Rücksicht auf die in Stockholm am 16. Juni 1972 beschlossene Deklaration der UNO-Konferenz über die natürliche Umwelt des Menschen;

in dem Bewußtsein, daß die Anwendung von Mitteln zur Umweltbeeinflussung für friedliche Zwecke die Wechselwirkung von Mensch und Natur verbessern sowie die Erhaltung und Vervollkommnung der Umwelt zum Wohl der heutigen und der künftigen Generationen fördern könnte;

in der Erkenntnis jedoch, daß militärische oder sonstige feindselige Anwendung solcher Mittel verhängnisvolle Folgen für das Wohlergehen der Menschen haben könnte;

geleitet von dem Wunsch, militärische oder sonstige feindselige Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt wirksam zu verbieten, um die sich aus einer solchen Anwendung ergebenden Gefahren für die Menschheit zu beseitigen, und in Bekräftigung ihres Wunsches, auf dieses Ziel hinzuwirken;

bestrebt ferner, zur Vertiefung des Vertrauens zwischen den Völkern und zur weiteren Gesundung der Weltlage gemäß den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta beizutragen;

folgendes vereinbart:

Artikel I: 1. Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention verpflichtet sich, Mittel zur Einwirkung auf die Umwelt, die weitgehende, langfristige oder ernsthafte Folgen nach sich ziehen, nicht zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken, zur Zerstörung, Benachteiligung oder Schädigung eines anderen Teilnehmerstaates anzuwenden.

2. Jeder Teilnehmerstaat verpflichtet sich, einen Staat, eine Staatengruppe oder eine internationale Organisation bei einer Tätigkeit, die den Bestimmungen von Punkt 1 dieses Artikels zuwiderläuft, nicht zu unterstützen, nicht zu fördern und nicht dazu anzuregen.

Artikel II: Der in Artikel I verwendete Terminus „Mittel zur Einwirkung auf die Umwelt" gilt für alle Mittel zu einer durch vorsätzliche Steuerung der Naturvorgänge verursachten Veränderung der Dynamik, Zusammensetzung oder Struktur der Erde, darunter ihres Bios, ihrer Lithosphäre, Hydrosphäre und Atmosphäre sowie des Weltraums.

Artikel III: 1. Die Bestimmungen dieser Konvention bilden kein Hindernis für die Anwendung von Mitteln zur Umweltbeeinflussung für friedliche Zwecke und rühren nicht an den allgemein anerkannten Prinzipien und den anwendbaren Völkerrechtsregeln, die eine solche Anwendung betreffen.

2. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, einen möglichst vollständigen Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen über die Mittel zur Umweltbeeinflussung für friedliche Zwecke zu fördern, und sind berechtigt, an einem solchen Austausch teilzunehmen. Die Teilnehmerstaaten, die dazu einzeln oder gemeinsam mit anderen Staaten bzw. internationalen Organisationen imstande sind, werden zur internationalen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit bei der Erhaltung, Verbesserung und friedlichen Nutzung der Umwelt unter gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsgebiete der Welt beitragen.

Artikel IV: Jeder Teilnehmerstaat verpflichtet sich, alle Maßnahmen, die er gemäß seinen Verfassungsverfahren als notwendig erachtet, zu treffen, um im Rahmen seiner Rechtshoheit oder Kontrolle, wo auch immer, beliebige Tätigkeit zu verbieten und zu verhüten, die den Bestimmungen der vorliegenden Konvention widerspricht.

Artikel V: 1. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, bei der Entscheidung aller Fragen, die im Hinblick auf die Ziele der Konvention oder auf die Erfüllung ihrer Bestimmungen aufkommen können, einander zu konsultieren und miteinander zusammenzuarbeiten. Die Konsultationen und die Zusammenarbeit in Befolgung dieses Artikels können ferner durch Anwendung der entsprechenden internationalen Verfahren im Rahmen der UNO und gemäß ihrer Charta realisiert werden. Diese internationalen Verfahren können die Inanspruchnahme von Diensten der einschlägigen internationalen Organisationen sowie des in Punkt 2 dieses Artikels erwähnten Beratenden Expertenausschusses umfassen.

2. Zu den in Punkt 1 dieses Artikels dargelegten Zwecken beruft der Depositärstaat spätestens einen Monat nach dem Ersuchen beliebigen Teilnehmerstaates der vorliegenden Konvention einen Beratenden Expertenausschuß ein. Jeder Teilnehmerstaat kann einen Experten in den Ausschuß entsenden, dessen Funktionen und Verfahrensregeln in der Anlage enthalten sind, die einen integrierenden Bestandteil der vorliegenden Konvention bildet. Der Ausschuß übermittelt dem Depositärstaat ein zusammenfassendes Dokument über die Klärung des faktischen Sachverhalts, das alle dem Ausschuß während seiner Sitzungen unterbreiteten Standpunkte und Informationen enthalten muß. Der Depositärstaat leitet dieses Dokument an alle Teilnehmerstaaten weiter.

3. Jeder Teilnehmerstaat, der Grund zu der Annahme hat, daß ein anderer Teilnehmerstaat gegen die sich aus der Konvention ergebenden Verpflichtungen verstößt, kann sich beim UNO-Sicher-

heitsrat beschweren. Eine solche Beschwerde muß die ganze Information zur Sache sowie alle möglichen Beweise für die Begründetheit der Beschwerde enthalten.

4. Jeder Teilnehmerstaat verpflichtet sich, bei beliebigen Ermittlungen, die der Sicherheitsrat gemäß der UNO-Charta aufgrund der beim Rat eingereichten Beschwerde einleiten kann, zusammenzuarbeiten. Der Sicherheitsrat informiert die Teilnehmerstaaten über die Ermittlungsergebnisse.

5. Jeder Teilnehmerstaat verpflichtet sich, gemäß der UNO-Charta jedem Teilnehmerstaat, der darum bittet, Hilfe zu erweisen bzw. sie zu fördern, wenn der Sicherheitsrat befindet, daß ein solcher Teilnehmerstaat infolge eines Verstoßes gegen die Konvention geschädigt worden ist bzw. es sein kann.

Artikel VI: 1. Jeder Teilnehmerstaat kann Zusatzanträge zur vorliegenden Konvention vorschlagen. Der Wortlaut jedes eingebrachten Zusatzantrages muß dem Depositärstaat unterbreitet werden, der ihn unverzüglich allen Teilnehmerstaaten zuleitet.

2. Der Zusatzantrag wird für jeden Teilnehmerstaat, der ihn akzeptiert, nach Hinterlegung der Dokumente über ihre Annahme durch die Mehrheit der Teilnehmerstaaten beim Depositärstaat wirksam. In der Folgezeit wird der Zusatzantrag für jeden übrigen Teilnehmerstaat an dem Tag wirksam, an dem dieser Staat das Dokument über seine Annahme hinterlegt hat.

Artikel VII: Diese Konvention ist unbefristet.

Artikel VIII: 1. Fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Konvention beruft der Depositärstaat in Genf (Schweiz) eine Konferenz der Teilnehmerstaaten ein. Die Konferenz wird die Frage erörtern, inwiefern die Konvention wirksam ist, um die Gewißheit zu haben, daß ihre Ziele und Bestimmungen verwirklicht werden, und insbesondere die Wirksamkeit der in Punkt 1 von Artikel I enthaltenen Bestimmungen untersuchen, die die Beseitigung der Gefahren militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt betreffen.

2. In der Folgezeit kann eine Mehrheit der Teilnehmerstaaten nach mindestens weiteren 5 Jahren durch Unterbreitung des entsprechenden Vorschlags an den Depositärstaat die Einberufung einer Konferenz zu gleichen Zwecken erwirken.

3. Sollte die Konferenz jedoch nicht, wie in Punkt 2 dieses Artikels vorgesehen ist, im Laufe von zehn Jahren nach der vorausgegangenen Konferenz durchgeführt werden, so fragt der Depositärstaat bei allen Teilnehmerstaaten wegen der Einberufung einer solchen Konferenz an. Sind ein Drittel oder 10 Teilnehmerstaaten, je nachdem, welche Zahl kleiner ist, dafür, so ergreift der Depositärstaat Sofortmaßnahmen zur Einberufung der Konferenz.

Artikel IX: 1. Die vorliegende Konvention steht allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Jeder Staat, der die Konvention bis zu ihrem Inkrafttreten laut Punkt 3 dieses Artikels nicht unterzeichnet, kann ihr jederzeit beitreten.

2. Die vorliegende Konvention ist durch ihre Signatarstaaten zu ratifizieren. Die Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden werden beim UNO-Generalsekretär hinterlegt.

3. Die vorliegende Konvention tritt in Kraft, nachdem laut Punkt 2 dieses Artikels 20 Regierungen die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben.

4. Für die Staaten, deren Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden nach Inkrafttreten dieser Konvention hinterlegt werden, tritt sie am Tag der Hinterlegung ihrer Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden in Kraft.

5. Der Depositärstaat informiert unverzüglich alle Staaten, die diese Konvention unterzeichnet haben bzw. ihr beigetreten sind, über das Datum jeder Unterzeichnung, das Datum der Hinterlegung jeder Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde, das Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Konvention und jedes Zusatzes zu ihr sowie über den Erhalt anderer Natifikationen.

6. Die vorliegende Konvention wird durch den Depositärstaat laut Artikel 102 der UNO-Charta registriert werden.

Artikel X: Die vorliegende Konvention, deren russischer, englischer, arabischer, spanischer, chinesischer und französischer Wortlaut gleichermaßen gültig sind, wird beim UNO-Generalsekretär hinterlegt, der die beglaubigten Kopien der Konvention den Regierungen der Staaten zuleitet, die die Konvention unterzeichnet haben bzw. ihr beigetreten sind.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen entsprechend befugten Unterzeichneten die vorliegende Konvention, die am achtzehnten Mai neunzehnhundertsiebenundsiebzig in Genf zur Unterzeichnung freigegeben worden ist, signiert.

Anlage zur Konvention

Beratender Expertenausschuß

1. Der Beratende Expertenausschuß unternimmt die entsprechende Klärung des faktischen Sachverhalts und gibt ein Expertengutachten über beliebiges Problem ab, das laut Punkt 1 von Artikel V der vorliegenden Konvention von einem Teilnehmerstaat angeschnitten wurde, der um die Einberufung des Ausschusses ersucht hat.

2. Die Arbeit des Beratenden Expertenausschusses wird auf eine Weise organisiert, die ihm die Ausübung der Funktionen ermöglicht, wie sie in Punkt 1 dieser Anlage dargelegt sind. Der Ausschuß trifft Entscheidungen über Verfahrensfragen seiner Arbeitsorganisation, nach Möglichkeit im Konsens oder, wenn dies nicht möglich ist, durch Stimmenmehrheit der Anwesenden, die an der Abstimmung teilnehmen. Über Grundsatzfragen wird nicht abgestimmt.

3. Der Vorsitzende des Ausschusses ist der Depositärstaat bzw. sein Vertreter.

4. Jeder Experte kann auf den Sitzungen von einem oder mehr Beratern assistiert werden.

5. Jeder Experte ist berechtigt, über den Vorsitzenden die Staaten und internationalen Organisationen um eine Information und Zusammenarbeit zu bitten, die nach Ansicht des Experten wünschenswert sind, damit der Ausschuß seiner Arbeit nachgehen kann.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 50,–; öS 360,–; hfl 55,–; bfrs 792,–; FF 114,–; £ 12,60; Lit 21 000,–; dkr 140,–; nkr 125,–; skr 115,–; Yen 6000; $ 24,50. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. *ISSN 0006 – 4416*

Autoren dieses Heftes

Friedrich HITZER, geb. 1935 in Ulm, Studium der Slawistik und Geschichte an der University of Oklahoma, der Universität München und der Lomonossow-Universität Moskau, Chefredakteur des „Kürbiskern", zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Joachim EISBACH,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln. • • • *Horst J. ANDEL,* geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976), Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976), Die Araber – Europas Nachbarn (Frankfurt 1978). • • • *Dr. jur. Peter O. CHOTJEWITZ,* geb. 1934 in Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt (1977) erschien: „Der dreißigjährige Friede". • • • *Bernt ENGELMANN,* geb. 1921 in Berlin, Schriftsteller, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Forschungsstudium „mediterrane Ökologie" in Marseille, z. Z. Doktorand in Münster. • • • *Stephen SALAFF,* Ph. D., geb. 1938 in New York, lebt in Toronto/Kanada, Mathematiker und Publizist; Veröffentlichungen über Fragen der Kernenergie und Querverbindungen zwischen der Kernenergieentwicklung in Nordamerika, Westeuropa und Japan. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wiss.Ass. am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Mostafa DANESCH,* 5 Köln 41, Berrenrather Str. 405, Tel. 46 41 86; Konto-Nr.: Dresdner Bank, Köln, Filiale Rudolfplatz, 3019925. • • • *Udo GELHAUSEN,* geb. 1953 in Burscheid, Studium der Volkswirtschaft in Köln. • • • *Albert SPITZNER,* geb. 1955 in Moers, Studium der Rechtswissenschaften in Köln. • • • *Rolf-Dieter VOGELER,* geb. 1949 in Magdeburg, Studium der Sozialwissenschaften in Stuttgart und Bremen, 1976 Abschluß als Diplom-Sozialwissenschaftler, promoviert z. Z. über Probleme der Wissenschaftssoziologie.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe ist eine Postkarte beigeheftet, auf der dem Verlag Adressen von potentiellen Interessenten für die „Blätter" mitgeteilt werden können. Wir danken allen Lesern, die sich an dieser Aktion beteiligen, im voraus für ihre Bemühungen. D. Red.

Der Beitrag von Jo Rodejohann, Militärische Aspekte der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe (ERW), in Heft 8/1978 der „Blätter" enthält auf S. 931 zwei bedauerliche Druckfehler. In der Tabelle ist die Benennung der ersten beiden Spalten vertauscht worden; die erste Spalte bezieht sich auf Kernspaltungswaffen von 1 kt, die zweite Spalte auf solche von 10 kt. Ebenfalls auf S. 931 muß es in der siebten Zeile kt statt kg heißen. Wir bitten um Entschuldigung. D. Red.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (9/1978)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz